

# **Wortprotokoll**

## **28. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags**

19. September 2024

### **Inhalt:**

#### **Eröffnung und Begrüßung**

#### **Mitteilungen des Vorsitzenden**

#### **Trauerkundgebung für Abg. a.D. und LR a.D. Dr. Walter Aichinger**

#### **Fragestunde:**

Beilage 9207/2024: Anfrage der Abg. Bauer an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

Beilage 9208/2024: Anfrage der Abg. Mag. Engl an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

Beilage 9209/2024: Anfrage der Abg. Vukajlović, MSc BA, an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9210/2024: Anfrage des Abg. KO Mag. Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9211/2024: Anfrage des Abg. Präsident Peter Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9212/2024: Anfrage der Abg. Margreiter an Landesrat Dr. Hattmannsdorfer

Beilage 9213/2024: Anfrage des Abg. Mag. Höglinger an Landeshauptmann Mag. Stelzer

#### **Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung**

#### **Geschäftsanträge:**

Beilage 922/2024: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH infolge des 9. Mittelfristigen Investitionsprogramms im Zeitraum 2024 bis 2026

Redner/innen: Abg. Handlos  
Abg. Bgm. Raffelsberger  
Abg. Mag. Höglinger  
Abg. Mag. Engl

Beilage 935/2024: Initiativantrag betreffend Einrichtung von Stadtrechnungshöfen

Redner/innen: Abg. KO Mayr  
Abg. KO KommR Ing. Mahr  
Abg. Präsident Peter Binder  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 936/2024: Initiativantrag betreffend eine Gesamtreform der Wohnbeihilfe - für leistbares Wohnen in OÖ

Redner/innen: Abg. Präsident Peter Binder  
Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb  
Abg. Vukajlović, MSc BA  
Abg. KO KommR Ing. Mahr

Beilage 938/2024: Initiativantrag betreffend eines verpflichtenden KZ-Gedenkstätten-besuches für oö. Schüler:innen

Redner/innen: Abg. Ing. Wahl, MBA  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Abg. Bauer  
Abg. Gruber  
Abg. Stanek

**Aktuelle Stunde** über das Thema:

„Hochwasser 2024 - Konsequenzen und Lösungen zum Schutz Oberösterreichs“ - Beilage 8011/2024

Redner/innen: Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger  
Abg. Bgm. Froschauer  
Abg. Gruber  
Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.  
Abg. KO Krautgartner  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Landesrat Kaineder  
Abg. Ing. Fischer  
Abg. Haas  
Landesrätin Langer-Weninger, PMM  
Abg. Bauer  
Abg. Stanek  
Abg. KO Mayr

**Geschäftsantrag:**

Beilage 939/2024: Initiativantrag betreffend Verstärkung Hochwasserschutz durch Erhalt und Wiederherstellung von natürlichen Retentionsräumen in Oberösterreich

**Dringliche Anfragen:**

Beilage 15017/2024: Dringliche Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander: „Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie vor dem

Hintergrund des Lehrkräftemangels an den öffentlichen Schulen in Oberösterreich, um die Systempartner des Bildungsstandorts Oberösterreich von den Schulkindern über die Lehrkräfte bis hin zu den Eltern bestmöglich zu unterstützen?“

Redner/innen: Abg. Margreiter  
Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberland  
Abg. Margreiter  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Abg. Hofmann  
Abg. Mag. Ammer  
Abg. Ing. Mag. Aspalter

Beilage 15018/2024: Dringliche Anfrage des FPÖ-Landtagsklubs an Herrn Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Wie hat sich die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung in Oberösterreich seit den Reformschritten ab 2016 entwickelt?“

Redner/innen: Abg. KO KommR Ing. Mahr  
Landesrat Dr. Hattmannsdorfer  
Abg. KO KommR Ing. Mahr  
Abg. Heitz  
Abg. Vukajlović, MSc BA  
Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.  
Abg. KO Mayr  
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

### **Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 928/2024: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend Landwirtschaftliche Nutztierhaltung - Förderungen und Tierschutzkontrollen

Berichterstatter: Abg. Haas  
Redner/innen: Abg. Haas  
Abg. ÖkR Ing. Graf  
Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger  
Abg. ÖkR Ecker

Beilage 929/2024: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend Verwaltungsstrafen im Umweltbereich

Berichterstatter: Abg. Bgm. Froschauer  
Redner/innen: Abg. Bauer  
Abg. Haas  
Abg. Ing. Fischer

Beilage 930/2024: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Sonderprüfung Fragen im Zusammenhang mit einem finanziellen Mehrbedarf bei der Anton Bruckner Privatuniversität

Berichterstatterin: Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.  
Redner/innen: LRH-Dir. Mag. Hoscher

Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.  
Abg. Dim  
Abg. KO Mayr  
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 931/2024: Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend das Landesgesetz, mit dem Artikel V der Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle 2021 geändert wird

Berichterstatter: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Redner/innen: Abg. KO KommR Ing. Mahr  
Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger  
Abg. Strauss  
Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb

Beilage 932/2024: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Erhöhung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen der Übereinkommen über die Gewährung von Finanzierungsbeiträgen zur Aufrechterhaltung, Attraktivierung und zum Ausbau des Bahnbetriebs der Privatbahnstrecken der Stern & Hafferl Verkehrsgesellschaft m.b.H. im Zeitraum 2025

Berichterstatter: Abg. Ing. Fischer

Redner/innen: Abg. Handlos  
Abg. Bgm. Raffelsberger  
Abg. Mag. Höglinger  
Abg. Mag. Engl  
Landesrat Mag. Steinkellner

Beilage 933/2024: Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend die Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz-Novelle 2024

Berichterstatterin: Abg. Gneißl

Redner/innen: Abg. Gneißl  
Abg. Mag. Ammer  
Abg. Margreiter  
Abg. Hofmann

Beilage 934/2024: Bericht des Verfassungsausschusses betreffend das Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 - Oö. DRAG 2024

Beilage 940/2024: Abänderungsantrag zur Beilage 934/2024 - Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 - Oö. DRAG 2024

Beilage 941/2024: Zusatzantrag zur Beilage 934/2024 - Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 - Oö. DRAG 2024

Berichterstatter: Abg. Bgm. Oberlehner

Redner/innen: Abg. Bgm. Oberlehner  
Abg. Mag. Höglinger  
Abg. Kroiß  
Abg. Vukajlović, MSc BA

Beilage 922/2024: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH infolge des 9. Mittelfristigen Investitionsprogramms im Zeitraum 2024 bis 2026

Berichterstatter: Landesrat Mag. Steinkellner

Redner/innen:

**Vorsitz:** Präsident Hiegelsberger  
Zweite Präsidentin Sabine Binder  
Dritter Präsident Peter Binder

**Schriftführer:** Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Dr. Hattmansdorfer, Kaineder, Langer-Weninger, PMM, Mag. Lindner und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Mag. Dr. Bammer, Abg. Platzer, MBA

Landesamtsdirektor Mag. Schäffer

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin MMag. Dr. Renate Raab

(Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr)

**Präsident:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und begrüße Sie dazu sehr herzlich. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, die sollten noch eintreffen, die Bediensteten des Hauses, die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unserer Sitzung im Internet beiwohnen.

Von der heutigen Sitzung entschuldigt sind Alexandra Platzner und Julia Bammer. Julia Bammer ist zeitlich unbefristet entschuldigt. Es wird eine Karte durchgehen, da bitte ich die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder diese zu unterschreiben, die wir ihr zukommen lassen werden.

Die Amtliche Niederschrift über die 27. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit von 20. September bis 4. Oktober 2024 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss in seiner Sitzung am 12. September 2024 einstimmig beschlossen hat, der gemäß Paragraf 8 in Verbindung mit Paragraf 6 Absatz 2 Ziffer 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes angezeigten leitenden Stellung von Herrn Abgeordneten Joachim Aigner als Geschäftsführer der Philoxenia Gastro GmbH zuzustimmen. Diesen Beschluss bringe ich gemäß Paragraf 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes und gemäß Paragraf 4 Ziffer 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem Oberösterreichischen Landtag zur Kenntnis.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Weiters teile ich mit, dass der FPÖ-Landtagsklub mit Wirksamkeit 1. September 2024 Herrn Mag. Manuel Danner zum Klubdirektor und als seinen Stellvertreter Mag. Mag. Marco Ratzenböck bestellt hat. Ich wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeit in diesem Haus alles Gute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Wir trauern um Herrn Landtagsabgeordneten außer Dienst und Präsidenten des Roten Kreuz Oberösterreich Walter Aichinger, welcher am Dienstag, dem 27. August 2024, im 72. Lebensjahr verstorben ist.

Der gebürtige Welser Walter Aichinger studierte in Innsbruck Medizin, anschließend absolvierte er die Facharztausbildung für Pathologie. Bis 2018 war er Primarius am Institut für Hygiene und Mikrobiologie im Klinikum Wels-Grieskirchen.

Seine politische Laufbahn begann Walter Aichinger 1985 als Gemeindevorstand seiner Heimatgemeinde Krenglbach, deren Vizebürgermeister er 1991 wurde, im gleichen Jahr wurde er zum Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags gewählt. Von 1995 bis 2003 war er als Landesrat für unterschiedliche Agenden von Jugend bis zu den Landesanstalten betraut. 2003 bis 2018 gehörte er anschließend wieder dem Oberösterreichischen Landtag an. Als Obmann des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport und Mitglied unter anderem

im Kontrollausschuss, im Ausschuss für öffentliche Wohlfahrt und im Sozialausschuss prägte er auch die Arbeit des Landtags.

Die Gesundheitsversorgung der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher war Walter Aichinger stets ein Herzensanliegen, politisch, beruflich und vor allem auch ehrenamtlich. Sein Wirken und sein Lebenswerk gingen dabei weit über die Politik hinaus. Insbesondere mit seinem unermüdlichen Engagement für das Rote Kreuz OÖ und das Hilfswerk OÖ hat er tiefe und unauslöschliche Spuren hinterlassen. Im Jahr 2019 erhielt Walter Aichinger für sein vielfältiges Engagement das Große Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich.

Den Zusammenhalt und das Miteinander zu stärken, stand für Walter Aichinger immer im Zentrum seines Handelns. Er bleibt uns als feinsinniger, offener und wertschätzender Gesprächspartner in Erinnerung, der sich Zeit nahm für seine Mitmenschen.

Der Oö. Landtag und das Land Oberösterreich werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. (Gedenkminute) Danke!

Ich begrüße jetzt auf der Galerie die Teilnehmer der VSG AusbildungsFit-Factory, die heute unserer Sitzung beiwohnen. Ich begrüße Sie ganz herzlich. Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Ich beginne mit der Anfrage der Abgeordneten Anne-Sophie Bauer an Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Landesrätin, eine schönen guten Morgen! Extremwetterereignisse nehmen aufgrund des Klimawandels zu. Alleine in der Landwirtschaft liegen heuer die Ernteausfallskosten wegen Dürre, Hagelsturm und Überschwemmung für die die Hagelversicherung aufkommt österreichweit bis dato bei 250 Millionen Euro. Vielleicht erlauben Sie mir die kurze Anmerkung, dass diese Zahl sich auf den Einbringungszeitraum bezieht und natürlich vielleicht mittlerweile überholt ist.

Wie hoch sind die Kosten für das Land Oberösterreich, die durch Extremwetterereignisse verursachte Schäden in der Landwirtschaft 2024 anfallen?

**Präsident:** Bitte!

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Vielen Dank geschätzte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für diese Anfrage. Nachdem es um Unwetterschäden geht, darf ich zu Beginn dieser Anfragebeantwortung noch ganz kurz ein ganz ein herzliches Dankeschön sagen an alle Einsatzkräfte, die am vergangenen Wochenende hier mitgeholfen haben, Schäden soweit wie möglich hinten an zu halten für die Bevölkerung. Gerade bei der Freiwilligen Feuerwehr insbesondere. Die Zahlen möge man sich zu Gemüte führen. 1.830 Einsätze von 420 Feuerwehren, 16.700 eingesetzte Kräfte über 36.000 Stunden. Das ist eine unglaubliche Leistung, die hier Tag und Nacht vollbracht worden sind, um eben die Schäden so gering wie möglich zu halten. Und auch ein großes Dankeschön, dass hier 250 Kräfte und 46 Fahrzeuge auch Niederösterreich unterstützt haben, die natürlich ganz, ganz schwer von diesem Unwetter betroffen waren. (Beifall)

Zu deiner Frage bezüglich der Schäden und der Kosten für das Land Oberösterreich und ja, die Zahlen, die auch ich mithabe für das Land Oberösterreich werden mit dem vergangenen

Wochenende bereits überholt sein. Aber ohne das eingerechnete Wochenende, dass wir hinter uns haben, haben wir grundsätzlich Schäden in der landwirtschaftlichen Kultur in Oberösterreich aufgrund der Dürre von 30 Millionen Euro, von Frost 2 Millionen Euro und bei Hagel, Sturm und Überschwemmung 6 Millionen Euro. Da kommt bestimmt jetzt einiges dazu.

Die Landwirtschaft hat ja ihre Werkstatt unter freiem Himmel und ist deshalb auch besonderen Risiken ausgesetzt und darum sind auch die Versicherungen, gerade die Hagelversicherung, hier ein ganz wesentlicher Faktor um auch das unternehmerische Risiko für die Landwirtschaft hier so gering wie möglich zu halten. Und deshalb gibt es ja auch die politische Einigung hier von öffentlicher Hand bei den Prämien zu unterstützen, nämlich im Ausmaß von 55 Prozent, die wir uns, Land und Bund, zur Hälfte teilen.

Wir sind in Oberösterreich in einer Situation, dass neun von zehn Ackerbaubetriebe sich gegen das Risiko Hagel und auch Frost, Dürre, Sturm und Überschwemmung abgesichert haben. Zwei von drei Ackerbaubetrieben zusätzlich auch die Dürreindexversicherung abgeschlossen haben. Im Grünland, einzigartig in ganz Europa gibt es seit 2015 die Möglichkeit für diese Dürreindexversicherung, 80 Prozent der Betriebe sind mit dabei. Das heißt wir haben einen Durchversicherungsgrad von 85 Prozent, was dem zu Folge ein budgetäres Volumen für uns im Land Oberösterreich für diese Unterstützung eine Prämie von 17 Millionen Euro bedeutet.

Der zweite Faktor, der uns im Landeshaushalt natürlich trifft, ist das Thema des Katastrophenfonds, wo es entsprechende Unterstützung dazu auch gibt. Es ist ja genauso für die Landwirtschaft, dort wo es um Murenabgänge und Überschwemmungen und so weiter geht, auch der Katastrophenfonds eine Möglichkeit diesen anzurufen. Genauso auch wie für Unternehmungen und Private, wo wir in Oberösterreich zwischen 20 und 50 Prozent des anerkannten Schadens dann entsprechend finanzieren. Im Hintergrund 40 Prozent vom Land, 60 Prozent vom Bund. Die Entschädigungshöhe richtet sich nach dem Einkommen der jeweiligen Person die anfragt, nach Schuldenstand, nach Kinderanzahl und all diesen Themen. Es ist sozial gestaffelt.

Da hatten wir bisher im landwirtschaftlichen Bereich zwei Anträge, bei dem wird es nicht bleiben, mit einer Unterstützung von 870 Euro. Im Forst, beim Wald 19 Anträge für 63 Hektar im Ausmaß von 102.500 Euro.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Bauer:** Ja, Dankeschön für diese ausführlichen Zahlen und die Beantwortung. Man kann ja davon ausgehen, dass die Kosten kontinuierlich steigen werden in den nächsten Jahren. Wie wird sich das mittel- und langfristig auf Ihre Budgetplanung auswirken?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Die Kosten sind in den letzten Jahren schon deutlich gestiegen, weil natürlich mehrere Betriebe diese Versicherung in Anspruch genommen haben. Wie gesagt, wir stehen jetzt bei 85 Prozent Durchversicherungsgrad und gehen davon aus, dass das wahrscheinlich auch die Decke sein wird, die wir damit auch erreicht haben. Spannend ist es insofern, ob landwirtschaftliche Kulturen gerade im Ackerbaubetrieb höher versichert werden, da gibt es die Möglichkeit das höher zu versichern, aber wir müssen natürlich auch im Hintergrund schauen, ob die Berechnungsmodelle alle in dieser Art und Weise auch in der Zukunft ausfinanzierbar sind und finanzierbar sind und da sind wir auch mit den anderen Bundesländern immer sehr im Austausch.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?



Abg. **Bauer:** Ja, eine habe ich noch. Welche Klimawandelanpassungsmaßnahmen sind notwendig im Bereich Landwirtschaft und in wie fern werden diese durch Informationen und Förderungen vom Land Oberösterreich unterstützt?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Wir machen in der Landwirtschaft sehr, sehr viel um auch den Klimawandel hinten anzuhalten. Wir sind der Sektor, wo Treibhausgasemissionen auch seit den Neunzigerjahren um über 16 Prozent reduziert worden sind. Zum einen Teil natürlich auch um eine Abstockung des Rinderbestandes. Aber auch durch die Mengen von Stickstoff, die ausgebracht worden sind, aber auch in anderen Bereichen wie Düngemanagement, Fütterungsstrategien, Haltungssysteme, aber genau so auch durch Maßnahmen in der Bodenbearbeitung, wenn es um Humusaufbau geht, wenn es um Kohlenstoffspeicherung geht.

Auf der anderen Seite haben wir 18.500 Betriebe, die im ÖPUL teilnehmen, 85 Prozent, also im Umweltprogramm. Wir haben 4.300 Betriebe, die nach ökologischen Kriterien wirtschaften, das sind 83.000 Hektar. Wir haben 2.100 Betriebe, die vorbeugenden Gewässerschutz machen auf 64.000 Hektar, gerade im Projektgebiet ist das möglich. Wir machen Begrünungsmaßnahmen, um den Humusaufbau und auch den Erosionsschutz entsprechend zu stützen mit 12.000 Betrieben und 130.000 Hektar. Wir haben 13.500 Hektar Biodiversitätsfläche. Wir haben 3.000 Hektar, die an regionalen Naturschutzprojekten teilnehmen und wir unterstützen auch im Bereich der Investitionsförderung, gerade wenn es um tierwohlfreundliche Stallungen geht, emissionsmindernde Stallungen geht, dass wir auch das entsprechend unterstützen.

Es braucht natürlich auch entsprechende Forschungsthemen, gerade um die Auswahl von Pflanzensorten, welche sind trockenresistenter, welche können besser mit diesen Gegebenheiten des Klimawandels auch umgehen. Wir werden auch noch intensiver im Bereich der Bewässerungen nachdenken müssen, gerade im Zentralraum. Gemüseanbau, Erdbeeranbau und all diese Dinge. Auch in der Forstwirtschaft ist das große Thema der klimafitten Wälder ohnehin omnipräsent, möchte ich schon fast sagen, dass der Wald ein ganz, ganz großes Unterstützungsmittel dazu ist.

Wir machen in Oberösterreich auch die Waldlabore, wo wir über Jahrzehnte testen, welche Pflanzen können auch in der Zukunft den Wald, ist ja eine Angelegenheit in 60, 80, 100 Jahren, welche können in der Zukunft mit diesen neuen Wetterbedingungen gut umgehen.

Wir sind gerade auch dabei eine Waldtypisierung zu machen, um den Boden genau zu typisieren und damit auch Ableitungen zu treffen in der Beratung für die Waldbäuerinnen und Waldbauern, welche Pflanzen werden dort gut mit den zukünftigen Bedingungen auch umgehen können.

**Abg. Bauer:** Dankeschön!

**Präsident:** Damit kommen wir zur nächsten Anfrage durch Frau Abgeordnete Dagmar Engl an Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Abg. **Mag. Engl:** Guten Morgen Frau Landesrätin! Den Medien war zu entnehmen, dass es in der Gemeinde Tiefgraben zu einer hundertprozentigen Überschreitung der Baukosten für den Gemeindekindergarten kam. Welche Konsequenzen hat eine mehr als hundertprozentige

Kostenüberschreitung beim Kindergartenbau, wie etwa in der Gemeinde Tiefgraben in Bezug auf die zugesagten Fördermittel aus Ihrem Zuständigkeitsbereich?

**Präsident:** Bitte!

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Es ist ja in den geltenden Richtlinien der Gemeindefinanzierung Neu, die ja in der Regierung auch einstimmig beschlossen worden sind, ganz klar geregelt. Für jedes investive Einzelvorhaben, das förderfähig ist, wenn der genehmigte Kostenrahmen mehr als ein Fünftel überschritten wird, ohne dass es vorher eine Genehmigung gegeben hat, entweder durch die IKD oder eben durch die entsprechend zuständige Landesstelle, das ist in diesem Fall die Abteilung Gesellschaft, dann heißt das den gänzlichen Entfall der Fördermittel, im Gemeindebedarfszuweisungsfall genauso wie auch bei den Landesmitteln.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Engl:** Ja. Das heißt, Sie sind schon informiert worden über diesen Fall im Tiefgraben? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt war das?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Nach meinem Wissensstand gibt es derzeit noch keine Meldung von der Gemeinde über die Mehrkosten, die offiziell beim Land eingelangt ist. Wenn diese Meldung reinkommt, dann wird diese natürlich entsprechend geprüft. Und sollte es stimmen, dass es zu einer Mittelüberschreitung gekommen ist, dann wird genau diese Rückforderung auch gestellt.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Engl:** Ja, bitte. Das heißt, das Fünftel ist eine zwanzigprozentige Kostenüberschreitung von den zugesagten beschlossenen Mitteln. Gibt es eine Zahl, in wie vielen Fällen so eine zwanzigprozentige Kostenüberschreitung bisher schon einmal Auslöser bei uns war, dass wir diese Fördermittel streichen hat müssen?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Im BZ-Mittelbereich hat es eine gänzliche Streichung hat es bis jetzt in meinem Ressort noch nicht gegeben. Wenn eine Rückforderung gekommen ist, dann deshalb, weil der Zeitraum von zehn Jahren nicht eingehalten worden ist und dann kommt es zu einer BZ-Mittel Rückforderung. Eine Kostenüberschreitung gibt es natürlich in vielen Bereichen möchte ich sagen, aber normalerweise wird rechtzeitig von der Gemeinde gemeldet und dann kann geprüft werden und dann kann auch wieder der anerkannte Förderrahmen festgelegt werden.

Abg. **Mag. Engl:** Dankeschön!

**Präsident:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage durch Frau Abgeordnete Margreiter.

Abg. **Margreiter:** Guten Morgen Frau Landesrätin auch von meiner Seite! Ist mit der Nichteinhaltung des Kostendämpfungsverfahrens mit einer Rückzahlung der Landesmittel zu rechnen?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Für die Landesmittel würde ich bitten die Frau Kollegin Haberlander zu fragen, die auch für die Landesmittelauszahlung zuständig ist.

Abg. **Margreiter**: Danke!

**Präsident**: Eine weitere Zusatzfrage durch Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz**: Es ist für eine Gemeinde ganz schwierig, wenn solche Sachen passieren. Meine Frage an dich wäre, wird hier die Gemeindeaufsicht, oder regst du an, die Gemeindeaufsicht tätig werden zu lassen, um diese Fehler in der Gemeinde oder dieses mögliche Versagen in der Gemeinde aufzuarbeiten, um so auch für andere Gemeinden zu lernen?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM**: Grundsätzlich ist für die Planung, für die Umsetzung, für die Ausführung von einem Bauvorhaben die Gemeinde zuständig. Das nennt man die Gemeindeautonomie. Es gibt auch noch einen Prüfungsausschuss, der auch die Umsetzung von Projekten entsprechend kontrollieren und begleiten kann. Derzeit wissen wir offiziell beim Land Oberösterreich noch nichts von einer Kostenüberschreitung, deshalb können wir derzeit noch nicht tätig werden.

Abg. **Schwarz**: Danke.

**Präsident**: Wir kommen zur nächsten Anfrage durch Abgeordnete Ines Vukajlović an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberland.

Abg. **Vukajlović, MSc BA**: Schönen guten Morgen auch meinerseits, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Den Medien war zu entnehmen, dass es in der Gemeinde Tiefgraben zu einer mehr als hundertprozentigen Überschreitung der Baukosten für den Gemeindekindergarten kam. Welche Konsequenzen hat eine mehr als hundertprozentige Kostenüberschreitung beim Kindergartenbau, wie etwa in der Gemeinde Tiefgraben in Bezug auf die zugesagten Fördermittel aus Ihrem Zuständigkeitsbereich?

**Präsident**: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland**: Hohes Haus, sehr geehrte Frau Abgeordnete! In den geltenden Richtlinien der Gemeindefinanzierung Neu, die in der Regierung einstimmig beschlossen worden sind, ist es klar für jedes investive Einzelvorhaben, das förderfähig ist, geregelt. Wird der genehmigte Kostenrahmen um mehr als ein Fünftel überschritten und ist eine vorherige Genehmigung der Mehrkosten durch die Direktion Inneres und Kommunales beziehungsweise die zuständige Landesstelle nicht erfolgt, hat es grundsätzlich den gänzlichen Entfall der Förderungen zur Folge.

**Präsident**: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Vukajlović, MSc BA**: Ja, Dankeschön für die Antwort. Ich habe noch eine Zusatzfrage. Zu welchem Zeitpunkt wurden Sie hinsichtlich der Kostenüberschreitungen in der Gemeinde informiert und was waren die resultierenden Konsequenzen daraus?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Auch bei uns ist offiziell noch nichts eingelangt.

**Präsident**: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Ja, ich habe noch eine Zusatzfrage. Welche zusätzlichen Mittel wurden der Gemeinde zugesagt oder in Aussicht gestellt, um die zusätzlichen Kosten von nahezu drei Millionen Euro tragen zu können?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Da bei uns noch nichts offiziell eingelangt ist, gab es noch keine Prüfung und keine Replik auf ein noch nicht eingelangtes Eingangsschreiben. Das heißt, sollte sich die Gemeinde einmal an uns wenden, wird geprüft werden.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Dankeschön!

**Präsident:** Eine weitere Anfrage durch Frau Abgeordnete Margreiter. (Heiterkeit)

Abg. **Margreiter:** War irgendwie klar. Wunderschönen guten Morgen! Nachdem eben das Kostendämpfungsverfahren nicht eingehalten wurde, wo es genaue Vorgaben gibt, dass es verpflichtend bei einer Landesförderung durchzuführen ist. Ist hier mit der Rückzahlung der vollständigen Landesmittel zu rechnen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wenn eine Endabrechnung oder Detailkostenaufstellung vorliegt und diese offiziell bei der Abteilung eingelangt sind, dann wird das geprüft werden mit einem offenen Ausgang.

**Präsident:** Damit kommen wir zur nächsten Anfrage durch Klubobmann Felix Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberland.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Guten Morgen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Bundeskanzler Karl Nehammer verspricht nunmehr eine Garantie auf ganztägige Kinderbetreuung. Währenddessen liegt Oberösterreich bei der VIF-konformen Betreuung Untersechsjähriger auf dem letzten Platz, ebenso bei den täglichen Öffnungszeiten. Bei der Betreuungsquote der Null- bis Zweijährigen ist Oberösterreich auf dem vorletzten Platz. Teilen Sie, verfolgen Sie das Ziel von Bundeskanzler Nehammer auf die Garantie einer ganztägigen Betreuung, eines ganztägigen Betreuungsplatzes für jedes Kind?

**Präsident:** Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich begrüße, dass sich die Parteien, die sich im Nationalratswahlkampf befinden, alle umfassend mit dem Thema Kinderbetreuung auseinandersetzen. Das tut die ÖVP mit ihrer Forderung für eine Garantie auf ganztägige Betreuung, insbesondere für jene, die Vollzeit arbeiten. Das tut die SPÖ entsprechend ihrem Parteiprogramm, sowohl die Grünen als auch eben die NEOS. Und ich glaube es ist wesentlich und wichtig, dass alle Parteien ein entsprechendes Bekenntnis auch abgeben. Wir in Oberösterreich haben ja die Wahlfreiheit in den Mittelpunkt gestellt und haben damit, Oberösterreich als Kinderland Nummer eins in diesem Bereich haben zu wollen, einen wesentlichen und wichtigen Schritt schon gesetzt.

Wir haben ein Grundgehalt für die PädagogInnen mit 3.200 Euro, das der Einstieg ist, und sieben Wochen Urlaub ab dem ersten Arbeitstag. Es ist uns gelungen, dass wir in dem letzten Kindergartenjahr 69 neue Krabbelgruppen geschaffen haben mit den oberösterreichischen Gemeinden. So viel wurde noch nie erreicht. Wir haben die VIF-Konformität ausgebaut. Ich verhehle nicht und sage das auch immer wieder, dass noch viel zu tun ist und dass es insbesondere auch ein Mehr an Geschwindigkeit braucht.

Wir haben die Gemeinden und die Städte hier in einer guten Zusammenarbeit mit dem Land Österreich in der aktuellen Situation. Wir genehmigen sehr viel von den Provisorien bis zu den fixen zusätzlichen Gruppen. Ich bin davon überzeugt, dass wir Schritt für Schritt Richtung Kinderland Nummer eins gehen. Wesentlich und wichtig ist uns die Wahlfreiheit und das bedarfsgerechte Angebot in den Gemeinden.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Ja, Herr Präsident! Sie haben jetzt gesagt, Schritt für Schritt in Richtung Kinderland Nummer eins gehen. Gibt es eine konkrete Strategie mit konkreten, messbaren Zielen hin zu diesem Kinderland Nummer eins?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Kinderland Nummer eins, das ist eine Werthaltung, wo uns wesentlich und wichtig ist, dass es die besten Angebote für die Kinder gibt mit der größten Unterstützung für die Eltern, mit Angeboten nah am Zuhause, für alle die die Unterstützung auch brauchen, mit der Wahlfreiheit für alle, die sich diese auch wünschen. Wichtig ist uns, glaube ich, in der Politik oder sollte es zumindest allen in der Politik sein, dass wir nur Versprechen auch abgeben, die wir einhalten können und wichtig ist, dass der Ausbau Schritt für Schritt auch erfolgt. Sollte von einem Tag auf den anderen zum Beispiel ein Rechtsanspruch da sein für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, dann würden wir zusätzlich 4.000 bis 5.000 Pädagoginnen und Pädagogen brauchen.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Ja! Deshalb ist die Strategie so wichtig, der Weg dorthin. Man soll nichts versprechen, was man nicht halten kann. Ist also das Versprechen einer Garantie für einen Betreuungsplatz, einen ganztägigen Betreuungsplatz für jedes Kind, das etwa Karl Nehammer abgibt, ein Versprechen, das nicht gehalten werden kann ihrer Einschätzung nach?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In den Wahlprogrammen, die mir vorliegen, und ich habe eben ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS vor mir liegen, im Bereich der Elementarpädagogik werden viele Ziele definiert, auch so von den NEOS. Und ich bin davon überzeugt, dass jede Partei, die ein Wahlprogramm erarbeitet, tief überzeugt ist, dass dies auch umsetzbar ist.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Dankeschön!

**Präsident:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage durch Abgeordneten Ammer.

Abg. **Mag. Ammer:** Guten Morgen Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die Bedarfserhebung liegt bei den Gemeinden, die Zuständigkeit liegt bei den Gemeinden. Meine Frage auf diesem Weg zum Kinderland Nummer eins, was spricht eigentlich dagegen, dass wir landesweit eine Bedarfserhebung haben, um beispielsweise agieren zu können in Richtung fehlende Plätze, Wartelisten und Ähnlichem?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gelegentlich ärgere ich mich als zuständige Landesrätin, warum in einer Gemeinde etwas sehr lange dauert. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Gemeindeautonomie etwas

Wesentliches und Wichtiges in diesem Land ist, dass der Föderalismus wesentlich und wichtig ist in diesem Land. Und zu dem Zeitpunkt, wo die Gemeinden sich zusammenschließen und sagen wir wollen das nicht mehr, wir wollen, dass das Land das einstimmig für uns auch erledigt und da ganz klare Vorgaben macht, sage ich, reden wir darüber, ja. Aber ich hätte diese Wahrnehmung in den letzten Monaten und Jahren noch nicht gehabt.

Wir haben von Seiten der Bildungsdirektion, wo wir uns als Service-Organisation für die Gemeinden auch verstehen, ein Konzept entwickelt, wie eine Bedarfserhebung ausschauen kann, welche Fragen gestellt werden können, damit es für jene, die sich intensiver damit auseinandersetzen wollen beziehungsweise auch noch offene Fragen haben, eine Handreiche gibt, aber die Gemeindeautonomie ist per se etwas Gutes.

Abg. **Mag. Ammer**: Danke!

**Präsident**: Wir kommen zur nächsten Anfrage durch Präsident Peter Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! In einem ORF-Bericht vom 19. September 2023, also vor genau einem Jahr, waren mit Stand 31. August 2023 432 Betten in den oberösterreichischen Krankenanstalten gesperrt. Diese Bettensperren wurden aufgrund der Personalsituation umgesetzt. Von Seiten der Krankenhäuser wurde im ORF-Bericht darauf hingewiesen, dass gerade dort, wo die Spitäler Versorgungsschwächen des niedergelassenen Bereichs ausgleichen sollten, wie in der Inneren Medizin, Neurologie und so weiter, Personal fehle. Wie viele Betten sind derzeit in den oberösterreichischen Krankenanstalten aufgrund von Personalmangel gesperrt?

**Präsident**: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte zu Beginn versuchen, deine Frage zu präzisieren. Du hast den ORF-Bericht vom 19. September 2023 angeführt, wo 432 Betten gesperrt waren. Das ist eine Zahl der Oberösterreichischen Gesundheitsholding. Und gleich vorweg, und das ist eine gute Botschaft, letztes Jahr waren es 432 Betten, die gesperrt waren, jetzt sind es nur 358. Weil es oft Schwierigkeiten mit minus und plus gibt, möchte ich sagen, es sind weniger Betten gesperrt, es sind mehr Betten in Betrieb.

Das gilt auch für Gesamtoberösterreich. Wir hatten letztes Jahr im Sommer 785 Betten gesperrt und jetzt sind es 719, das heißt, wir sehen wieder, es sind weniger Betten gesperrt, es sind mehr Betten in Betrieb. Und ich möchte auch sagen, dass wir nicht sagen können, ob die alleine wegen dem Thema Personal gesperrt sind, sondern zum Beispiel, wenn eine Station ausgemalt wird, sind Betten gesperrt, wenn umstrukturiert wird, sind Betten gesperrt. Wir haben ja mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als in den letzten Jahren in den Krankenhäusern im Anstellungsverhältnis. Wir sind leider noch immer unter dem Soll, das die Krankenhäuser auch im genehmigten Personalplan haben, 140 Dienstposten sind leider nicht besetzt, für sie wird gesucht.

Nichtsdestotrotz ist es nicht nur ein Thema der Personalsuche, sondern uns ist auch wichtig, dass die Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernst genommen werden. Die sprechen sich dafür aus, dass Teams nicht getrennt werden. Und das ist mir auch wichtig, dass die Arbeitszeiten eingehalten werden, das ist mir auch wichtig. Und da sind wir in einem guten

Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit dem Betriebsrätinnen und Betriebsräten.

Wir waren ja vor einiger Zeit selbst auch in einem Unterausschuss, wo ein Pflegemitarbeiter gefordert hat, dass doch Betten gesperrt werden, wenn der Druck so groß ist und ich sehe, dass unsere Krankenhausführungen dem Wunsch auch immer wieder entsprechen.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Präsident Peter **Binder:** Ja! Zunächst einmal freue ich mich, dass du Gelegenheit hattest, eine dem Grunde nach positive Nachricht jetzt abzusetzen durch die Präzisierung meiner Anfrage.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Danke dir, dass du mir die Möglichkeit dafür gabst.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr gerne! Weniger gute Nachrichten haben uns vor zwei Tagen erreicht. Im Budget für das kommende Jahr fehlen dem Vernehmen nach bis zu einer halben Milliarde Euro, titelte eine Tageszeitung. Kannst du schon abschätzen, welche Auswirkungen das auf das Gesundheitsressort haben wird, insbesondere eben auch auf die Schwierigkeit bei Personalanwerbungen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf dir versichern, dass das Gesundheitsbudget 2025 ein stabiles sein wird. Wir gehen von einem leichten Plus auch aus. Und wesentlich und wichtig ist mir, dass die Leistungen, die in den Krankenhäusern gemäß KAG notwendig sind, auch in Zukunft erfüllt sind. Das schaffen wir mit einem Budget 2024 schon und darüber bin ich sehr froh.

**Präsident:** Gibt es weitere Zusatzfrage?

Abg. Präsident Peter **Binder:** Eine Zusatzfrage habe ich noch. Ein Ressourcenproblem wird mir noch aus dem Innviertel berichtet. Dort werden aktuell offenbar immer mehr Patienten mit Herzkatheter-Untersuchungen eben aus dem Innviertel in andere Krankenanstalten gebracht. Es taucht wieder die Forderung auf, dass es einen Herzkatheder im Innviertel braucht. Wie stehst du zu dieser Forderung?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist eine medizinisch wichtige Fragestellung, die einer intensiven Prüfung auch bedarf. Das heißt, es könnte sein, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben worden ist, das sich mit dem Thema beschäftigt. Es könnte sein, dass die Abteilung Gesundheit sich schon intensiv mit dieser Frage auseinandersetzt, wie denn die Versorgung in Oberösterreich in dieser Frage gesamthaft zu bewerten ist.

Wir haben ein Herzinsuffizienz-Netzwerk, wo auch der Landessanitätsdirektor dabei ist, wo wir in einem guten Austausch sind mit den Krankenhäusern und auch mit dem niedergelassenen Bereich, wo immer wieder festgestellt worden ist und auch festgehalten worden ist, dass die Behandlung in Oberösterreich leitlinienkonform erfolgt und dass bisher noch kein Änderungsbedarf notwendig war. Aber wir prüfen die Möglichkeiten von weiteren Entwicklungen.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Danke!

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage durch Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ja, liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Nachdem die angespannte Personalsituation sowohl auf den stationären als auch den ambulanten Bereich Auswirkungen hat, meine Frage dahingehend, haben wir solche Ressourcen vorrätig, damit man eben ganz wichtige Ambulanzen, wie zum Beispiel die Long-Covid-Ambulanz, oder genau diese Schnittstelle auch gut bedecken kann?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Situation gestaltet sich in jedem Krankenhaus und an jedem Standort anders. Die Vorgabe, die die Krankenhäuser haben, ist, die Leistungen, die gemäß KAG vorgeschrieben sind, auch zu erfüllen. Wir müssen sicherlich auch in Zeiten angespannter Personalsituationen darauf schauen, wofür sind wir intramural zuständig und wofür machten wir uns in der Vergangenheit zuständig. Und ich nehme es immer wieder voller Erschrecken zur Kenntnis, dass wir im Bundesländervergleich bei den am schlechtesten versorgten Bundesländern mit Kassenärzten sind. Das heißt, die Oberösterreichische Gesundheitskasse versorgt hier aus meiner Sicht nicht suffizient und es wäre insbesondere notwendig, dass der niedergelassene Bereich aufgebaut wird, dann könnten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Aufgaben entlasten, die sie jetzt übernehmen für den niedergelassenen Bereich und uns anderen Aufgaben widmen.

Abg. **Schwarz:** Danke!

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage durch Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Derzeit warten etwa 80 Kinder und Jugendliche auf einen dringend benötigten Platz in der Kinder- und Jugendpsychiatrie oberösterreichweit. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie im KUK sind derzeit zehn ambulante Betreuungsplätze explizit aufgrund der Personalsituation vorübergehend gesperrt. Welche Maßnahmen setzen Sie, um diese Sperre schnellstmöglich zu minimieren?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens habe ich hier nur neun gesperrte Betten, nein zehn, Entschuldigung, in der Psychiatrie sind es neun. Wir haben die medizinische Fakultät geschaffen als Land Oberösterreich mit massiver Beteiligung, weil wir mehr Ärztinnen und Ärzte brauchen. Das ist einmal der größte Meilenstein, den jemals ein Bundesland überhaupt geschaffen hat, um den Bedarf an Ärztinnen und Ärzten bedecken zu können. Da sind wir massiv in die Vorleistung getreten und ich hoffe doch, dass der Bund sich in Zukunft auch zuständig erachtet und die entsprechende Finanzierung der Medizinischen Fakultät auch sicherstellen wird.

Zum Zweiten ist es mir wesentlich und wichtig, dass wir auch hier erkennen, dass wir in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, wie überhaupt in der Psychiatrie, der Endversorgungspunkt sind. Es braucht draußen eine Versorgungskette, die alles tut, um zu verhindern, dass man ins Krankenhaus kommt. Und da haben wir massive Lücken. Ja, wir haben im Krankenhaus offene Dienstposten, wir attraktivieren die Rahmenbedingungen, wir rekrutieren, wir haben jetzt Stipendien ausgeschrieben alleine für diesen Bereich. Das heißt, wir tun hier sehr viel in der Oberösterreichischen Gesundheitsholding, aber alles ist draußen zu tun, von der Österreichischen Gesundheitskasse, damit es nicht zu dieser Endversorgungspunkt-Notwendigkeit überhaupt kommt. Und da sehe ich die massiven Mängel, die man kritisieren müsste.



Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Dankeschön!

**Präsident**: Damit kommen wir zur nächsten Frage durch Abgeordnete Doris Margreiter an Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer.

Abg. **Margreiter**: Wunderschönen guten Morgen, Herr Landesrat!

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Guten Morgen!

Abg. **Margreiter**: Laut Oberösterreichischen Nachrichten Artikel vom 22. Jänner 2024 will die VIVAG Vorsorge-Immobilien-Veranlagungs AG auf dem Traungrundstück in Seenähe eine private Pflegeschule samt Wohnungen für betagte Menschen errichten. Die Inbetriebnahme einer privaten Pflegeschule zur Sicherung des Pflegeausbildungsbedarfs in Oberösterreich ist noch nicht erfolgt und die Suche nach BetreiberInnen ist noch im Gange. Werden Sie als Soziallandesrat Maßnahmen setzen, um am Standort der ehemaligen Landwirtschaftsschule Weyregg eine öffentliche Pflegeschule zur Deckung des Pflegeausbildungsbedarfs zu ermöglichen, wenn der private Projektant das Projekt nicht entsprechend verwirklicht?

**Präsident**: Bitte!

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das Land Oberösterreich und somit auch die Sozialabteilung und der Soziallandesrat sind weder Eigentümerin noch Projektentwickler der Liegenschaft. Wenn ein entsprechender Antrag vorgelegt wird, gibt es ganz klare gesetzliche Grundlagen. Sollte es sich um eine Ausbildung handeln im Bereich der Sozialbetreuungsberufe ist es Paragraph 52 Sozialberufegesetz, sollte es sich um eine GuKG-Schule handeln, gibt es einschlägige gesetzliche Grundlagen und sollte es sich um eine Schule mit eigenem Statut handeln, ist das eine bundesgesetzliche Aufgabe.

**Präsident**: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Margreiter**: Ja! Ich denke trotzdem, dass Sie großes Interesse daran haben sollten, dass es dort eine Pflegeschule gibt, so wie anfangs auch versprochen wurde. Welche Form der Stützung würden Sie dieser zukommen lassen?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben in Oberösterreich ein ganz ein großes Interesse, dass so viele Menschen wie möglich sich für eine Ausbildung im Bereich Gesundheits- oder Sozialberufe entscheiden. Deswegen haben wir auch in Oberösterreich eine eigene Fachkräftestrategie Pflege ins Leben gerufen, wo ich mich ganz herzlich bedanke, dass auch Ihre Fraktion diese Maßnahmen alle mitgetragen hat. Und wir sehen, dass diese Fachkräftestrategie Pflege wirkt. Zum Beginn der Strategie hatten wir 1.405 Personen in Ausbildung im Bereich der Sozialbetreuungsberufe und wir haben mittlerweile nach eineinhalb Jahren die Zahl steigern können auf 1.652 Personen. Das ist ein Plus von 29 Prozent, von 238 Personen zusätzlich, die eine Ausbildung in diesem Bereich auch machen.

Warum haben wir das geschafft? Weil wir bewusst unser Budget im Sozialbereich auch umgeschichtet haben, eine eigene Ausbildungs koordinierungsstelle eingerichtet haben, unsere Ausbildungsangebote modularer, digitaler, vor allem auch berufsbegleitend gestaltet haben, weil wir Rufflehrgänge machen und weil wir im heurigen Jahr so viele Lehrgänge anbieten, wie noch nie, nämlich ganz konkret 55 Lehrgänge an 28 Ausbildungsstandorten.

Das heißt, die öffentliche Hand gibt hier ordentlich Gas diesen Bereich auch zu attraktivieren. Wenn es dazu ein privates Angebot gibt, bin ich sehr, sehr dankbar. Weil jede Initiative, die mehr Personen in die Sozialbetreuungsberufe bringt, ist zu begrüßen. Wir als öffentliche Hand, glaube ich, machen sehr nachweisbar, sehr ordentlich unsere Hausaufgaben.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Margreiter:** Ja, eine habe ich noch! Sie haben das Budget schon angesprochen und Umschichtungen. Könnten die neuen Budgetvorgaben in irgendeiner Form Auswirkungen auch hier möglicherweise haben?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer:** Jedes Regierungsmitglied hat unabhängig von seiner Ressortzuständigkeit auch eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler, dass wir mit den Steuermitteln ordentlich umgehen, effizient umgehen und im Rahmen des Budgets unsere Schwerpunkte setzen. Und wenn ich mir die Entwicklung des Sozialbudgets in den letzten Jahren anschau, haben wir, glaube ich, bewiesen, wie wir viele, viele zahlreiche neue Initiativen im bestehenden Budget auch setzen können, weil es die politische Verantwortung ist, entsprechend der Vorgaben auch Schwerpunkte zu setzen.

Abg. **Margreiter:** Danke!

**Präsident:** Eine weitere Zusatzfrage kommt durch Abgeordnete Schwarz!

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Landesrat, da muss ich die letzte Zeit noch nutzen. Du hast gerade gesagt, 55 Schulen, 28 unterschiedliche Stätten. Nach deiner Wahrnehmung, braucht es noch mehr Dezentralisierung der Angebote für die Pflegeausbildungen, damit auch in peripheren Regionen Menschen diese Möglichkeit haben?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer:** Ist immer eine schwierige Frage. Natürlich ist es immer super, wenn du in jeder Gemeinde jede Ausbildung anbieten kannst. Am Ende des Tages kostet das alles Geld und wir müssen die Ausbildungslehrgänge, die wir haben, auch voll bekommen. Weil wir haben schon immer wieder das Thema, dass wir zum Teil Ausbildungen nicht starten können, weil es zu wenig Anmeldungen gibt. Dann ist unsere Fachabteilung sehr, sehr dahinter und auch die Schulen, dass wir die Leute dann immer auch in andere Ausbildungen auch bringen. Wir haben extra das Angebot auch geschaffen der Ruflehrgänge insbesondere im Bereich der Heimhilfen, wo wirklich die SHVs, die Häuser vor Ort die Ausbildungen auch in ihren Häusern anbieten können. Aber ich glaube, das muss sich immer nach der Nachfrage auch richten, nach dem Bedarf auch richten. Die Regionalität ist ein Schlüssel für eine Attraktivierung der Ausbildungen.

Abg. **Schwarz:** Danke!

**Präsident:** Damit kommen wir zur letzten Anfrage durch Abgeordneten Tobias Höglinger an Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. **Mag. Höglinger:** Guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Laut Krone-Artikel vom 17. Juli 2024 soll ein Linzer Luxusmakler von der Landes-Immobilien-gesellschaft beauftragt worden sein, das historische Schloss Bergheim samt 16,4 Hektar Grund zu verkaufen. Das Schloss Bergheim samt Grundstück wurde auf der Website des Maklers zum Verkauf angeboten, ist dort aber jedenfalls seit dem 29. August nicht mehr auffindbar. Seit letzter Woche ist die Annonce wieder online, ergänzend.

Was ist der aktuelle politische Auftrag der Landes-Immobilien-gesellschaft im Zusammenhang mit dem Schloss Bergheim?

**Präsident:** Bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Herr Präsident, geschätzter Herr Kollege, liebe Damen und Herren! Der Auftrag für die LIG-Geschäftsführung ist, für das Schloss Bergheim und das Gelände die bestmögliche Nachnutzung für das Land Oberösterreich und damit auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unseres Landes vorzubereiten und vorzuschlagen.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Höglinger:** Ja, bitte. Herr Landeshauptmann, entgegen deiner Fragebeantwortung im März hat es keine Einbindung der Gemeinde Feldkirchen gegeben, was die Frage der Entwicklung der Liegenschaft anbelangt. Es hat immer nur Gespräche oder besser Informationen über das Ende der Schule und die Absicht des Landes, zu verkaufen, gegeben.

Das ist umso überraschender, weil derzeit die Widmung all die Nutzungsmöglichkeiten, die vom Makler angepriesen werden, nicht möglich macht und damit auch ein niedrigerer Verkaufspreis zu erzielen sein wird. Ich frage deshalb noch einmal. Warum wird nicht vom Land Oberösterreich die Gemeinde Feldkirchen aktiv und transparent in die Verwertung der Liegenschaft eingebunden und wenn schon von deiner Seite keine sinnvolle Entwicklung der Liegenschaft angestrebt wird, so doch zumindest der höchstmögliche Verkaufspreis erzielt wird?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie immer versuche ich, deinen charmanten Unterton in der Frage auszublenden. Ich kann nur sagen, der Makler wurde angewiesen, seine Aktivitäten zu stoppen, weil die LIG- Geschäftsführung jetzt tätig ist. Die LIG-Geschäftsführung bemüht sich um einen Gesprächstermin mit dem Bürgermeister der Gemeinde, der bis zum Beginn der Sitzung nicht rückbestätigt wurde.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Höglinger:** Weil der vereinbarte Termin von der LIG abgesagt worden ist. Ja, bitte. Eine Frage noch. Wenn die LIG diese Liegenschaft nicht selbst entwickelt respektive entwickeln kann, stellt sich für mich die Frage, die ich dir gerne stellen würde. Warum wurde die LIG um ein weiteres Geschäftsfeld, das genau das machen soll, aufgestockt und wie passt die Einsetzung eines zusätzlichen Geschäftsführers mit entsprechenden Mehrkosten für das Land zusammen mit dem offenbar von dir angestrebten Sparpaket für das Land Oberösterreich, wenn die LIG genau dann diese neue Aufgabe nicht erfüllen kann oder will?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Kollege! Die LIG in der Aufstellung mit den zwei Geschäftsführern hat die Aufgabe, alle Grundstücke, die dem Land direkt oder indirekt im Sinne der Töchter gehören, auch zu bearbeiten und sinnvoll zu entwickeln, denn am teuersten sind für unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die ungenutzten Flächen, die dem Land Oberösterreich und damit uns allen gehören.

Für das Modell des Agrarbildungszentrums Waizenkirchen gibt es ja ein Vorgängermodell. Das ist jenes in Hagenberg. Auch damals wurden bis dahin drei Standorte der

Landwirtschaftsschulen, das waren Kirchschat, Katsdorf und Freistadt, zusammengelegt und dann in Hagenberg die neue Schule gemacht.

Genau das ist auch jetzt das Vorhaben, im Übrigen einstimmig vom gesamten Land getragen, dass wir die Standorte Bergheim, Mistelbach und Waizenkirchen am Standort Waizenkirchen zusammenfassen und dort in eine tolle, neue Schule über 41 Millionen Euro investieren, um die Schülerinnen und Schüler gut weiterbilden und fortbilden zu können.

Im Vorzeigefall, den es in Hagenberg gegeben hat, gab es unterschiedliche Nutzungen. In Katsdorf hat bekanntermaßen die Gemeinde Interesse gehabt, den Standort zu übernehmen und hat das auch getan. In Kirchschat wurde Wohnbau verwirklicht und in Freistadt ist es ein sehr agiles Betriebsgelände zum Nutzen der Stadt geworden. All das sind Möglichkeiten, die auch jetzt am Tisch liegen.

**Präsident:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage durch Abgeordneten Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Ich habe jetzt deinen Anfragebeantwortungen entnommen, dass es eher dahin geht, dass private Träger auch etwas entwickeln. Wenn es für so regional relevante Liegenschaften, wie eben auch das Schloss Bergheim, keine Entwicklungspläne von Seiten des Landes gibt, stellt sich mir die Frage, wie viele Liegenschaften auch angesichts des angekündigten Sparpakets noch verkauft werden sollen. Gibt es dazu Überlegungen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Herr Kollege, meine Anfragebeantwortung hat gelautet, dass die Geschäftsführung der LIG den Auftrag hat, die bestmögliche Nachnutzung im Interesse der Steuerzahler vorzubereiten und vorzuschlagen. Alles andere ist eine unzulässige Spekulation deinerseits.

**Präsident:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage durch Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Dankeschön. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Zusammenhang mit dieser strategischen Immobilienentwicklung hat es ja heuer im Frühjahr einen Regierungsbeschluss gegeben, wie auch diese Umstrukturierung stattgefunden hat, und in weiterer Folge auch die Einstellung der beiden Geschäftsführer.

In diesem Amtsvortrag ist festgehalten, dass sich die LIG an die strategischen Vorgaben des Landes Oberösterreich zu halten hat. Das habe ich auch im letzten Ausschuss nachgefragt, wie das aussieht. Deshalb da auch meine Frage. Wie ist der Prozess zur Entwicklung dieser strategischen Vorgaben des Landes aufgesetzt?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Herr Klubobmann! Die größte Vorgabe, die die Landesverwaltung, damit auch die Regierung und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes haben, sind die Vorgaben, die der Landtag gibt. Das ist das Budget und die mittelfristige Finanzplanung, und an dem haben sich alle zu orientieren.

Abg. KO **Mayr:** Danke.

**Präsident:** Da es keine weitere Zusatzfrage gibt, ist die Fragestunde geschlossen. Ich ersuche die Frau Schriftführerin den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Zuweisung des Eingangs in der 28. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 19. September 2024.

Folgende Beilagen werden dem Umweltausschuss zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 923/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Bericht über die Umsetzung des Oberösterreichischen Abfallwirtschaftsplans 2017 (Landesabfallbericht), Beilage 924/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Oberösterreichischen Umweltbericht 2024.

Folgende Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 925/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe geändert wird.

Folgende Beilage wird dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 926/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zur Förderung des Breitband-Infrastrukturausbaus in Oberösterreich 2025 bis 2028.

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 927/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für den Bau der Umfahrung Haid (B139 Kremstalstraße) für die Jahre 2025 bis einschließlich 2030. Beilage 937/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für den Bau der Umfahrung Mattighofen - Munderfing (B147 Braunauer Straße) für die Jahre 2025 bis einschließlich 2029.

Folgende Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 5 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden. Beilage 922/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH infolge des 9. Mittelfristigen Investitionsprogramms im Zeitraum 2024 bis 2026.

Folgende Beilagen sollen gemäß Paragraph 25 Absatz 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden. Beilage 935/2024 - Initiativantrag betreffend Einrichtung von Stadtrechnungshöfen. Beilage 936/2024 - Initiativantrag betreffend eine Gesamtreform der Wohnbeihilfe - für leistbares Wohnen in OÖ. Beilage 938/2024 - Initiativantrag betreffend eines verpflichtenden KZ-Gedenkstättenbesuches für oö. Schüler:innen.

Folgende Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 7 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden. Beilage 939/2024 - Initiativantrag betreffend Verstärkung Hochwasserschutz durch Erhalt und Wiederherstellung von natürlichen Retentionsräumen in Oberösterreich.

**Präsident:** Ich danke. Die von Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Wie die Frau Schriftführerin bereits angekündigt hat, schlägt die Oö. Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vor, die Beilage 922/2024 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.

Bei der Beilage 922/2024 handelt es sich um die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH in Folge des 9. Mittelfristigen Investitionsprogramms im Zeitraum von 2024 bis 2026.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 922/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Handlos.

Abg. **Handlos:** Geschätzter Herr Präsident, werte Zuseher, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus! Dringliche Regierungsvorlagen sollen und sind eher die Ausnahme. Und gerade unserem Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner mit seiner langjährigen Erfahrung als Klubobmann ist die politische, fraktionsübergreifende Diskussion und der Diskurs mit allen Parteien sehr wichtig und zu Recht ein hohes Gut.

Bei der Beilage 922/2024 bleibt leider nur der Weg über die dringliche Eingabe. Geplant war ein Beschluss in der Regierungssitzung am 22. Juli 2024, welcher aber nicht erfolgte. Und warum nicht? So einfach und unangenehm, im internen System hat es einen Übertragungsfehler gegeben. Das heißt nichts anderes als, der geplante Beschluss im hohen Landtag vor der Sommerpause war somit nicht mehr möglich. Und warum jetzt dringlich? Auch ganz einfach, die Zeit drängt. Sowohl bei der Aschacher Bahn sowie bei der Regionalstadtbahn herrscht hoher Zeitdruck und somit hohe Dringlichkeit.

Ich ersuche um Anerkennung der Dringlichkeit und kann hier und jetzt versichern, dass natürlich Landesrat Steinkellner Bericht über diese Beilage erstatten wird und die fachlichen Inhalte am Ende dieses heutigen Plenartags im Detail erklären wird. Vorab schon ein herzliches Dankeschön. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Raffelsberger.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, ich kann mich in diesem Fall auch sehr, sehr kurzhalten. Die Inhalte werden ja noch bekanntgegeben von Herrn Landesrat Steinkellner. Ansonsten verweise ich auf die Sitzung im Jahr 2023, eine sehr harmonische Sitzung, eine sehr positive Sitzung, die in einem einstimmigen Beschluss gemündet hat, mit großen Aussagen, dass nichts und niemand mehr dieses Jahrhundertprojekt bitte, behindern soll.

Das wollen wir auch nicht. Das werden wir auch nicht, ganz im Gegenteil. Wir werden alles daransetzen, dass dieses Projekt möglichst rasch im wahrsten Sinne des Wortes auf Schiene kommt. Gleiches gilt für den Bahnhof in Eferding. Hier ist es genauso wichtig, weil wir dort ein sehr enges, zeitliches Korsett haben. Bis 2023 müssen diese Sicherungsmaßnahmen abgeschlossen sein. Daher von unserer Fraktion jedenfalls die Zustimmung.

**Präsident:** Auf der Galerie Platz genommen haben die Mitglieder und Freunde des MS-Regionalklub Ried-Schärding. Ich begrüße Sie ganz herzlich im Landtag! Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Höglinger.

Abg. **Mag. Höglinger:** Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss die positive Stimmung ganz kurz ein bisschen unterbrechen. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Überraschung!“) Ich fange aber trotzdem mit etwas Positivem an.

Positiv ist die Übernahme der Aschacher Bahn durch das Land, respektive durch die Schiene OÖ, weil hier einerseits der Bestand der Aschacher Bahn gesichert worden ist, der Personenverkehr als Ziel wieder aufgenommen werden soll und insgesamt dadurch die

Schiene jetzt als Privatbahn-Unternehmen die Möglichkeit hat, Gelder vom Bund im Rahmen des mittelfristigen Investitionsprogramms zu bekommen.

In diese erfreuliche Tatsache reiht sich auch der realistisch werdende Umbau des Bahnhofs Eferding ein. Zumindest wird jetzt das Projekt erstellt und die Planungskosten stehen zum Beschluss in der Mehrjahresverpflichtung. Der Bahnhof Eferding ist jetzt schon überregional wichtig und wird an Bedeutung noch zulegen, durch die Aufwertung der Aschacher Bahn mit dem Personenverkehr. Der Bahnhof selbst kann, wie bekannt, aktuell mit seiner Bedeutung sowohl baulich als auch sicherheitstechnisch und komfortmäßig nicht mithalten. In Summe also auch hier ein wichtiges Projekt, das wir natürlich unterstützen.

Der Großteil dieser Mehrjahresverpflichtung geht aber in die Planung der Regionalstadtbahn von Linz nach Gallneukirchen beziehungsweise Pregarten. Eigentlich ist es ja nur die Adaption der Erhöhung des Beschlusses vom Juni 2023, der Kollege Raffelsberger hat es angesprochen, den wir natürlich mitgetragen haben und auch noch immer mittragen. Aber laut Amtsvortrag erhöhen sich die Kosten von damals angenommen und freigegeben 3,3 Millionen Euro auf über 9 Millionen Euro, eine Verdreifachung. Okay, offenbar hat die Schiene beim letzten Mal keine Reserve eingeplant. Das ist ja auch vom Landesrechnungshof angesprochen worden und auch im Amtsvortrag so dargestellt.

Auch wenn wir durch diese Beteiligung des Bundes jetzt fix nur 50 Prozent davon zahlen, wirft das ein paar Fragen auf. Erstens, und nach wie vor, wie bearbeitet die Schiene OÖ, zumindest bis zum letzten Jahr, solche Finanzierungen? Auf welcher Basis werden solche Entscheidungen an den Landtag herangetragen? Was hat sich so Gravierendes in diesem Jahr geändert?

Zum Zweiten, und das ist politisch noch viel relevanter, was heißen solche Kostenentwicklungen für die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich? Wir haben diese Woche erfahren, dass der Finanzreferent Stelzer ein Rasenmäher-Sparpaket plant mit Kürzungen quer über alle Bereiche. Wie sollen bei diesen Kostenentwicklungen einerseits und der politischen Fehlsichtigkeit des Landeshauptmanns andererseits, der wieder einmal eher wie ein Buchhalter agiert als ein Manager, die vielen wichtigen auch kleineren Projekte zur Mobilitätswende in Oberösterreich sich ausgehen?

Letztlich muss man auch die Frage stellen, warum ist das nicht in den Ausschuss gekommen? Der Landesrat hat im Ausschuss etwas gesagt von wegen ähnlicher Anträge. Der Kollege Handlos hat jetzt gesagt, da hat es einen Übertragungsfehler gegeben. Das klingt nicht sehr wahrscheinlich, zumal im Amtsvortrag vom 22. Juli auch schon die Dringlichkeit drinnen gestanden ist und es trotzdem am Ausschuss vorbei hätte gehen sollen.

Es wirkt schlichtweg so, als ob man von Anfang an die Diskussion im Ausschuss verhindern wollte. Das ist aus zwei Punkten sehr schade. Das muss ich dem Landesrat dann später sagen. Erstens mögen wir es, mag ich es selbstverständlich als Parlamentarier nicht sehr gerne, wenn ich nicht, sagen wir es so, von einem Regierungsmitglied alle Informationen bekomme oder falsch informiert werde.

Und zweitens ist es deswegen schade, weil wir als Sozialdemokratie in Oberösterreich bei jedem relevanten Projekt ohnehin die Unterstützung zugesagt haben, Verkehrsprojekte, die wichtig sind, konstruktiv erarbeitet, bearbeitet, mitdiskutiert und mitgetragen haben, weil wir der Meinung sind, dass das große Ganze wichtig ist, öffentlicher Verkehr ein wesentlicher

Aspekt zur Mobilitätswende ist und damit zur Klimawende beiträgt und es natürlich für die Regionen in Oberösterreich wichtig ist.

Deshalb stimmen wir trotz dieser wichtigen Fragen der Beilage und auch der Dringlichkeit zu. Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass Untersuchungskommissionen ein Minderheitenrecht sein müssen (Beifall).

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Dagmar Engl.

Abg. **Mag. Engl:** Danke, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen! Ja, es ist schon einiges von meinen Vorrednern gesagt worden. Es geht bei dieser Vorlage, wo wir jetzt die Dringlichkeit debattieren, um zwei ganz konkrete öffentliche Verkehrsprojekte, nämlich wie schon genannt, die Aschacher Bahn, konkret den Umbau vom Bahnhof Eferding, und die Planungskosten der Regionalstadtbahn.

Die Dringlichkeit ist jetzt schon in mehreren Arten erklärt worden. Ich darf vorwegschicken, wir werden der Dringlichkeit hier zustimmen, möchte aber doch ein bisschen etwas ausführen, nämlich weil jetzt gerade der Dringlichkeitsbegriff und die Budgetüberschreitung vom Kollegen Höglinger angesprochen wurde, bei der Regionalstadtbahn.

Wir sehen an dieser Vorlage ganz deutlich, dass die Mehrkosten, die uns bei Infrastrukturprojekten begleiten, die betreffen ja nicht nur die Schiene oder öffentliche Verkehrsinfrastruktur, sondern die haben uns in den letzten Sitzungen auch massiv bei Straßenbauprojekten betroffen. Das ist der Teuerung geschuldet. Das ist der Krise geschuldet.

Wir haben die Ursachen schon eingehend immer wieder erläutert. Was ich aber gerne hervorheben möchte ist schon die Tatsache, ja auch wir stimmen natürlich diesem öffentlichen Verkehrsprojekt und der Erhöhung zu. Warum? Weil es besonders wichtig ist. Aber ich möchte schon etwas hervorheben. Der Rechnungshof wurde heute schon einmal angesprochen mit seiner eindringlichen Mahnung an uns, die er ja immer wieder im Bezug auf Straßenbauprojekte, Schienenprojekte, öffentliche Infrastruktur an uns heranträgt und konkret seit dem Jahr 2011, dass wir da natürlich mit den Budgetmitteln vorsichtig umgehen müssen und da natürlich sehr viele Kostensteigerungen schon da sind und auch in der Zukunft. Wir haben das Wochenende heute schon angesprochen, wird heute wahrscheinlich auch noch öfter Thema sein, dass wir diese Kostensteigerungen ja auch in Zukunft einpreisen müssen. Das betrifft eben nicht nur ein einzelnes öffentliches Verkehrsprojekt, sondern das betrifft alle Verkehrsprojekte, insbesondere die Straße.

Wenn wir diese Warnung ernst nehmen, ich habe das schon öfter an dieser Stelle eingemahnt, dass wir die Bestandssicherung der Infrastruktur, insbesondere beim Straßenbau, bei den Autobahnen, bei den Schnellstraßen, im Fokus haben, vor dem Ausbau von neuen Straßen. Dann hat es noch mehr Relevanz, wenn ich schaue, dass die wichtigen öffentlichen Verkehrsprojekte, die wir ja machen müssen, weil wir die Verkehrswende schaffen müssen. Es lässt uns überhaupt keine andere Wahl. Die Klimasituation da draußen und die notwendige CO<sub>2</sub>-Reduktion lässt uns ja gar keine andere Möglichkeit. Das heißt, wir müssen schon sehr genau schauen, wie wir die Mittel einsetzen. Wir sind einmal mehr der Meinung, dass wir die Mittel prioritär dort einsetzen, wo die Zukunftsinfrastruktur ist. Das ist eben am Bahnhof. Das ist eben beim Ausbau eines Schienenprojektes. Das ist bei der Neuerrichtung einer wesentlichen Schienenachse ins Mühlviertel, wie bei der Regionalstadtbahn.



Der Rechnungshof adjustiert uns das jetzt seit 2011. Wenn wir aber nur jetzt in der jüngsten Vergangenheit schauen, welche Straßenprojekte wir hier debattiert haben. Welche beschlossen worden sind, mit den Stimmen, nicht nur von der ÖVP und von der FPÖ, sondern auch von der SPÖ, wie zum Beispiel den Autobahn-Halbanschluss von Auhof, der gerade gefeiert wurde. Oder die Westspange in Steyr, wo auch unser Versuch noch einmal den Klimacheck einzufordern, der ganz banale zwei Ziele hat. Nämlich zu schauen, ob die Klimaziele überhaupt erreichbar sind mit dieser Bebauung auf der grünen Wiese, auf fruchtbarem Boden. In Gebieten, wo auch Hochwasser passieren, oder ob die Bodenverbrauchsziele, also das was wir uns eigentlich auf Bundesebene einmal zum Ziel gesetzt haben, das 2,5 Hektar Ziel erreichen. Das wurde abgelehnt mit den aufgezählten Stimmen ÖVP, FPÖ und SPÖ.

Das heißt, wir müssen schon einmal schauen, wie wir denn aus diesen Sonntagsreden rauskommen und konkret einmal was ändern. Bei der A7-Eröffnung habe ich ein Bild mitgebracht. Weil es wirklich sehr eindringlich ist. Ich verstehe die Freude der Herren über eine weitere Autobahnabfahrt. Was fällt auf? Es ist erstens keine Frau auf dem Bild. Das ist vielleicht auch die Ursache, dass der Radverkehr genau dort und der Fußgängerverkehr nicht wie versprochen erleichtert worden ist, sondern massiv erschwert worden ist. Dort gibt es mehr Steigungen, massive Umwege. Das ist eigentlich nicht zum Hinnehmen und sollte in dieser jetzigen Zeit nicht mehr das Thema sein. Aber ich stehe immer wieder da und appelliere an das Gemeinsame und an die guten (Präsident: „Ich bitte zum Schluss zu kommen!“) Sonntagsreden von uns allen, dass wir künftig umdenken, Budgets umlenken und das, was uns zumindest der Rechnungshof gemeinsam hier, den wir alle sehr ernst nehmen, rät, dass wir konkrete Budgets umlenken.

Natürlich ist die Schiene und solche Ausbauprojekte eine Möglichkeit beziehungsweise eine Notwendigkeit und darum stimmen wir nicht nur der Dringlichkeit zu, sondern auch der Beilage inhaltlich. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 922/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 935/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 935/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Einrichtung von Stadtrechnungshöfen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 935/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher! Heuer im März mag sich der interessierte Beobachter der Linzer Kommunalpolitik gedacht haben, jetzt ist schon wieder was passiert. Im März hat der Falter Vorwürfe publiziert gegen den künstlerischen Geschäftsführer der LIVA, die Linzer Veranstaltungsagentur, wo auch das Brucknerhaus dazugehört. Wo es in diesen Vorwürfen um Spesenabrechnungen, um lukrative Nebengeschäfte und so weiter und so fort, gegangen ist.

Die Aufregung ist losgegangen. Die ersten Rufe nach Kontrolle haben begonnen. Und man hat sich schon daran erinnert, was in den zehn, elf, zwölf Jahren, davor passiert ist und man

hat sich diese Geschichten immer wieder in Erinnerung gerufen. Weil, es war ja nicht das erste Mal, dass in Linz etwas passiert ist. Ich erinnere zurück an die Swap-Affäre in Linz, wo es danach die großen Rufe nach mehr Kontrollrechten gegeben hat. Ich erinnere zurück an die sogenannte Aktenaffäre, wo man genau das Gleiche gehabt hat, die Rufe nach stärkeren Kontrollrechten. Und jetzt hat man diese Geschichte im Brucknerhaus. Also Vorwürfe gegen den Geschäftsführer. Hätte an sich schon dafür gereicht, eine Debatte zu führen, über verstärkte Kontrollrechte.

Aber es ist ja dann die nächste Stufe gekommen in diesem Drama. Es ist dann publiziert worden, dass es nicht nur dubiose oder zumindest nicht bewilligte Nebengeschäfte oder halbbewilligte Nebengeschäfte gegeben hat. Sondern, dass die gesamte Bestellung von diesem Geschäftsführer geschoben war. Die Bestellung des Geschäftsführers. Da ist es nicht darum gegangen, dass ein Lehrling eingestellt wird, wo irgendwer nicht genau hingeschaut hat oder ein Praktikant eingestellt worden wäre. Nein, es ist dort publiziert worden, dass die Bestellung geschoben war. Dass der anscheinend die Fragen vom Hearing vorab gehabt hat.

Reicht aus meiner Sicht für einen veritablen Skandal. Die Stufe, mit der wir dann gar nicht mehr gerechnet haben, dass sie kommen kann, ist dann in den Oberösterreichischen Nachrichten publiziert worden. Weil die Fragen, die da anonym diesem Herrn Kerschbaum zugespielt wurden, sind nicht von irgendeiner dubiosen Quelle gekommen. Sondern vom Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden, außer Dienst mittlerweile, Klaus Luger. Und wer jetzt glaubt, dass dies jetzt die Spitze wäre, das ist erst danach dann noch gekommen. Wie man dann noch herausfindet, dass der Bürgermeister auch noch ein Gutachten in Auftrag gegeben hat - allerdings nicht als Privatperson - was denn sein Handeln für Rechtsfolgen hätte, sondern dieses Gutachten hat dann auch noch gleich die LIVA in Auftrag geben dürfen. Ich bin gespannt auf die Antwort, wer das dann am Ende bezahlen wird für das private Rechtsgutachten für den Herrn Bürgermeister?

Konsequenz ist mittlerweile gezogen. Nachdem die SPÖ in einer kurzen Schrecksekunde, die ein, zwei Tage gedauert hat, zuerst das Vertrauen einstimmig ausgesprochen hat, ist eine personelle Konsequenz passiert. Aus Zeitgründen spreche ich jetzt das Zeit im Bild2-Interview vom Präsidenten Binder nicht mehr an, wo er behauptet hat, wer sinngemäß in der Politik noch nie gelogen hat, der werfe den ersten Stein. Ich gehe davon aus, dass hier hohe Steinschlaggefahr wäre, wenn das eintreten würde.

Es hat jetzt einen Rücktritt gegeben, aber ich gehe davon aus, dass es das nicht gewesen sein kann. Und da herrscht große Einigkeit. Man höre sich um bei den Linzer Parteien ÖVP, FPÖ, Grüne, Neos. Alle sind der Meinung, wir brauchen in der Stadt Linz bessere Kontrollrechte und das ist Zuständigkeit des Landes Oberösterreich. Ich habe auch positiv vernommen, dass der Präsident Binder gesagt hat, es wurde medial verkündet, Stadtrechnungshöfe wären eine sehr, sehr gute Idee. Und jetzt haben wir in der Vergangenheit immer die Situation gehabt, immer wenn etwas passiert ist, waren sich alle einig, jetzt brauchen wir stärkere Kontrolleinrichtungen und nie ist etwas passiert. Deswegen dieser Antrag heute. Warten wir nicht auf den vierten Skandal, auf den fünften Skandal, auf den sechsten Skandal bis wir uns wieder alle gegenseitig versprechen, dass wir jetzt etwas tun werden. Machen wir es jetzt! Stärken wir die Kontrolle in den Statutarstädten!

Und wir haben ja gute Beispiele. Wir haben einen Landesrechnungshof, der unabhängig und weisungsfrei arbeiten kann und seine Berichte publiziert. Wir haben auch einen Rechnungshof des Bundes, der unabhängig arbeitet, der ausreichend finanziell dotiert ist, der seine Prüfberichte kritisch erstellen kann und sie natürlich publiziert. Die Prüfberichte des

Kontrollamtes in Linz, des sogenannten Rechnungshofs in Wels oder in Steyr, dürfen nicht publiziert werden. Die sind im Kontrollausschuss und kein Mensch darf jemals in der Öffentlichkeit erfahren was da drinsteht. Da gibt es eine Reihe von Kriterien, die ein unabhängiger Rechnungshof zu erfüllen hat, für die Kontrollämter, die Kontrollstellen der Statutarstädte, und das noch nicht machen können.

Es ist mir ein ernsthaftes Anliegen, dass wir diesen Skandal nicht wieder vorübergehen lassen und nichts tun. Es liegt in unserer landesgesetzlichen Kompetenz, da etwas zu ändern. Wenn wir beim einen oder anderen Punkt noch etwas dazu brauchen, dann bitte ergänzen wir das noch dazu. Aber es reicht nicht, dass man es so macht wie in Wels, wo man das Türschild ändert und dann Stadtrechnungshof darauf schreibt und der in Wirklichkeit gleich wenig Kompetenzen hat wie das Kontrollamt in Linz.

Mir ist es ein tatsächliches, ehrliches Anliegen, dass das der letzte Skandal war, der auch deswegen passiert ist, weil es mangelnde Transparenz gibt und weil es mangelnde Kontrollrechte gibt. Deswegen nehmen wir unsere Verantwortung als Landesparlament war und verschärfen die Statute der Statutarstädte, auch im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, hier herinnen ist jedem wichtig, dass es eine wirksame, dass es eine effiziente und eine transparente Kontrolle gibt. Aber, was hier beantragt wird, ist, meines Erachtens, Etikettenschwindel.

Weil, was hier gefordert wird, gibt es entweder bereits oder es geht aufgrund bundesverfassungsrechtlicher Bestimmungen gar nicht. Anlass dazu ist die LIVA. Das wissen wir. Nur so viel, nach Bekanntwerden dieser verschiedenen Missstände haben sich ja alle Fraktionen für eine lückenlose Aufklärung ausgesprochen. Das ist, glaube ich, auch gut so und sollte intensiv verfolgt werden, weil es geht immerhin um sehr viel Steuergeld. Aber gerade deshalb ist es notwendig, dass wir den Bürgern keinen weiteren Sand in die Augen streuen. Weil ganz im Sinne dieser wichtigen Kultureinrichtungen müssen sich die handelnden Personen und ich beziehe mich schon auf die handelnden Personen, neben der notwendigen Aufklärung, aber auch vor allem darum bemühen, das Vertrauen der Steuerzahler zurückzugewinnen. Und das schafft man sicher nicht, wenn man laufend versucht, ich sage das jetzt vielleicht aus wahltaktischen Überlegungen, unseriöse Forderungen, zu erheben.

Die Thematik als solches, meine Damen und Herren, ist ja nicht neu. Wir haben uns darüber mehrfach intensiv in Ausschüssen unterhalten. Und bitte zur Wiederholung, Rechnungshöfe, das was gefordert wird, sind Hilfsorgane der Gesetzgebungsorgane. Auch, wenn es in der Öffentlichkeit vielleicht anders wahrgenommen wird, ist der Gemeinderat aber oberstes Verwaltungsorgan der Gemeinde und keines der Gesetzgebung. Das heißt, es kann auf Gemeindeebene keine Kontrollinstitution geben, die eins zu eins den Rechnungshöfen nachgebildet ist. Das würde ja einen grundlegenden Umbau unseres Staatsaufbaus erfordern. Und was bei dem Antrag auch völlig unerwähnt bleibt ist, dass die Rechnungshöfe bereits eine Prüfkompetenz bei den Gemeinden haben. Das muss man der Vollständigkeit halber sagen und feststeht, jene Vorkehrungen und Instrumente, die wir auch rechtmäßig tatsächlich verankern können auf Landesebene, haben wir bereits umgesetzt.

Ich möchte nur ein paar Beispiele sagen. Bereits jetzt ist in den Statuten im Verfassungsrang verankert, dass die Kontrollämter weisungsunabhängig sind. Nämlich sowohl hinsichtlich des Inhalts, als auch des Umfangs. Bereits jetzt werden deren Leiter nach einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren vom jeweiligen Gemeinderat mit qualifizierter Mehrheit bestellt und können so auch abberufen werden. Bereits jetzt prüfen die Kontrollämter amtswegig, können aber auch von allen relevanten Stellen der Gemeinde beauftragt werden, wie beim Rechnungshof. Bereits jetzt haben die Kontrollämter, neben den Kernbereichen, auch wirtschaftliche Unternehmungen, Vereine und kulturelle Einrichtungen zu prüfen, an denen die Städte beteiligt sind oder die von diesen gefördert werden. Und bereits jetzt sind alle Prüfberichte im jeweiligen Kontrollausschuss des Gemeinderates zu behandeln. Im Übrigen ist auch ein inhaltlicher Bericht über den Erfolg der Prüftätigkeit zu veröffentlichen.

Und, wenn ich das alles zusammenfasse, ist also bereits jetzt die Unabhängigkeit der Kontrolle sichergestellt. Was dann die Städte, insbesondere die konkret geprüften Stellen, aus den Feststellungen machen, das ist wieder eine andere Sache. Das ist aber Sache und Aufgabe der zuständigen Gremien auf Stadtebene, die auch unzweifelhaft gefordert sind. Also es wäre, meines Erachtens, völlig sinnlos und unseriös hier auf Landesebene einen Stellvertreterkrieg zu entfachen. Denn wir haben unsere Hausaufgaben sicher gemacht. Wir können gerne im Ausschuss das noch einmal diskutieren, aber in dieser Form können wir dem Antrag auf alle Fälle nicht zustimmen. Wir stehen für eine ehrliche, für eine seriöse Politik. Herzlichen Dank!

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Präsident Peter Binder!

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, Herr Landesrat, Herr Rechnungshofdirektor! Spätestens jetzt, nach den Aussagen von Herwig Mahr, ist wieder eines offensichtlich, die größte Kontrollfraktion im Oberösterreichischen Landtag ist die Sozialdemokratie und nicht die Freiheitliche Partei. Nicht die einzige, aber die größte. Wie medial schon bekannt geworden ist oder bekannt gemacht wurde, wir unterstützen diesen Antrag. Auch aus voller Überzeugung, weil uns Transparenz ganz besonders wichtig ist. Ich zitiere auch Kollegen Höglinger, der hier ja nicht müde wird zu betonen, dass auch Untersuchungskommissionen auf Landesebene endlich ein Minderheitenrecht werden sollten. (Beifall) Also auch da der Widerspruch zu den Aussagen von Kollegen Mahr, wir hätten auf Landesebene unsere Hausaufgaben bereits gemacht.

Wir sind einfach der Überzeugung, dass diese Transparenz und weitgehende Kontrollmöglichkeiten wichtig sind, um das Vertrauen in demokratische Strukturen zu untermauern. Da sind wir uns einig und ich glaube einfach, dass wir alles nutzen sollten, um hier diese Kontrollmechanismen zu stärken. In demokratischen Institutionen arbeiten Menschen, und Menschen sind nun einmal nicht fehlerfrei. Das heißt, es können Fehler passieren. Es sind ja auch in Linz Fehler passiert und aus diesen Fehlern kann und soll man lernen. Dazu ist es aber notwendig, dass diese Fehler nicht vertuscht oder verharmlost werden, dass sie unter den Teppich gekehrt werden, sondern, dass sie offen eingestanden werden. Auch das ist in Linz passiert und konsequent aufgearbeitet worden.

Und wenn es dazu notwendig ist, dass wir Kontrollinstrumente und Kontrollinstitutionen stärken, dann stehen wir dazu zur Verfügung. Denn das ermöglicht eine konstruktive und positive Fehlerkultur. Das ist einfach eine weitere Säule unseres demokratischen Miteinanders und unserer politischen Arbeit.

Dass es mit Wahrheit, Halbwahrheit und Unwahrheit im politischen Diskurs halt manchmal nicht so einfach ist, das sieht man ja auch jetzt wieder an dieser Diskussion. Das sind diese Fälle, die Klubobmann Mayr aufgezählt hat, miteinander alle nicht vergleichbar. Sie werden aber trotzdem alle in einen Topf geworfen. Du sagst gleichzeitig du willst mein ZiB2-Interview nicht zitieren und tust es dann phasenweise trotzdem. Also das ist, glaube ich, tatsächlich, dass wir da insgesamt als Politik viel aufzuarbeiten haben. Und dieses ZiB2-Interview, übrigens, das angesprochen wurde, hätte ich diese Aussage hier im Landtag gemacht, die mehr als unglücklich war, hätte ich mir wahrscheinlich selber einen Ordnungsruf erteilt. Weil diese Aussage einfach wirklich unpassend war. Ich möchte mich dafür auch an dieser Stelle entschuldigen. (Beifall)

Ich habe dann auch in der Vergangenheit nachgeschaut, weil dieser Antrag ist ja auch nicht ganz neu, wurde ja teilweise auch im Linzer Gemeinderat schon öfter ein Stadtrechnungshof gefordert. Da haben wir uns immer nobel enthalten als sozialdemokratische Fraktion. Und jetzt sage ich es ganz ehrlich, ich weiß eigentlich nicht wieso. Der Standort bestimmt den Standpunkt. Damals haben wir das möglicherweise als Mehrheitsfraktion im Linzer Gemeinderat nicht so gesehen, dass wir einen eigenen Stadtrechnungshof brauchen. Ich habe aber nachgefragt und eigentlich sind wir gemeinschaftlich in der Fraktion darauf gekommen, wir haben da jetzt nichts dagegen. Und so wie der Antrag vorliegt, jetzt ist der Klubobmann Mahr leider hinausgegangen, aber diesem Antrag jetzt Unseriosität zu unterstellen, also das ist eigentlich ein Hammer. Weil, da ist noch nichts fertig. Da steht einfach nur die Landtagsdirektion, die ist ein wichtiges Instrument, das wir für unsere Landtagsarbeit brauchen. Wir haben bewusst nicht die Landesregierung offenbar aufgefordert hier, sondern die Landtagsdirektion wird ersucht eine Novelle vorzubereiten, wo ein Stadtrechnungshof eingerichtet wird, der manchen Kriterien entsprechend soll. Da steht aber noch nichts davon, dass das einem Landes- oder Bundesrechnungshof entsprechen muss und es deswegen eine gesetzgebende Körperschaft braucht. Sondern einfach nur gewisse Kriterien, die erfüllt werden sollen, die die Kontrolltätigkeit auch in den Statutarstädten aufwerten. Und gegen so eine Novelle, die ausgearbeitet wird von der Landtagsdirektion, die uns gerade ja in unserer Gesetzgebungsarbeit immer bestens unterstützt und die richtige Adresse ist für so eine Ausarbeitung, so einen Antrag zu formulieren, dass wir eine Novelle einmal vorgelegt bekommen und dann darüber diskutieren in den entsprechenden Ausschüssen. So ein Antrag ist nicht unseriös, sondern im höchsten Grade seriös und darum unterstützen wir das auch sowohl in der Dringlichkeit als auch in der weiteren Diskussion, dass wir so eine Novelle bekommen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke Herr Präsident! Ja, wir NEOS haben uns entschieden, gemeinsam mit den Grünen den vorliegenden Antrag einzubringen, weil wir es an höchster Zeit erachten, dass die Städte in Oberösterreich eine weisungsfreie, eine personelle, eine budgetäre, et cetera unabhängige Kontrolle bekommen. Sie haben sie derzeit nicht.

Was auch jemand nicht hat ist die FPÖ, nämlich keine Sensibilität für die eigene Sprache. Völlig egal ob man dem Kollegen Gruber zuhört in Bezug auf die LGBTQ-Community oder ob man dem Kollegen Mahr zuhört, wie er hier diesen Antrag als unseriös bezeichnet. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, genau diese Sprache ist es die das Vertrauen in die Politik vermindert, weil das ist nicht unseriös, sondern das ist Parlamentarismus der da passiert und dafür sind wir gewählt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

Warum ist es sehr wohl notwendig, dass wir Schritte in Richtung unabhängiger Kontrolleinrichtungen in den Städten gehen und wie könnte das ausschauen? Die Skizzen dazu entnehmen Sie dem Antrag. Es gibt zwei Aspekte, die hier herauszuarbeiten sind. Der eine ist die Veröffentlichung von Prüfberichten. Die Veröffentlichung von Prüfberichten bräuchte definitiv keine Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes, das würde ich dem Kollegen Mahr, wenn er da wäre, gerne erklären.

In der Stadt Graz tut der Stadtrechnungshof, das Kontrollamt, es nämlich und die Stadt Graz ist bekanntlich demselben Bundes-Verfassungsgesetz unterworfen wie alle Städte in Oberösterreich und überhaupt ganz Österreich.

Das könnten wir ganz einfach beschließen und es ist notwendig es zu beschließen. Weil wie absurd ist es denn, dass jetzt, wenn wir zurückschauen aktuell auf die Causa Luger, auf die Causa Brucknerhaus, dass das ganze Land über eine Causa debattiert. Jeder weiß was in diesem Prüfbericht des Kontrollamts drinnen stand, in dem das ja wesentlich aufgearbeitet wurde. Aber offiziell hat ihn keiner, weil offiziell darf er ja nicht veröffentlicht werden. Da sieht man wie undemokratisch und intransparent diese Regelung ist. Und das ist nicht die Schuld der Stadt Linz, sondern das ist die Verantwortung der Mehrheitsfraktionen im Oberösterreichischen Landtag, die es auch jetzt in der Hand haben, das Statut der Stadt Linz, das Statut der Stadt Wels und das Statut der Stadt Steyr entsprechend zu ändern.

Das könnten wir sofort machen nach einer Ausschusssrunde. Wir könnten die Landtagsdirektion beauftragen, wie es hier beantragt wird, einen Entwurf zu machen. Den könnten wir hier beschließen, dann hätten wir mehr Transparenz, mehr Kontrolle für die drei größten Städte in Oberösterreich. Ich glaube, das ist auch eine Ansage. Das kann man doch einfach einmal umsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

Der zweite Aspekt und da frage ich, warum nicht? Wir können es ja im Ausschuss debattieren, aber fachlich spricht nichts dagegen. Der zweite Aspekt ist, die tatsächliche Unabhängigkeit der Kontrollämter ist nicht gegeben, so wie bei unserem Landesrechnungshof oder beim Rechnungshof in Wien, der für ganz Österreich zuständig ist. Die ist nicht gegeben, weil es keine personelle, keine organisatorische Unabhängigkeit gibt.

Und wenn man sich mit der rechtswissenschaftlichen Literatur auseinandersetzt, dann sieht man, dass das nicht so trivial ist, das gebe ich zu. Aber, dass es möglich ist kann man dazu zum Beispiel, ich empfehle die Lektüre dem Klubobmann Mahr, aus der Fachtagung des Österreichischen Städtebundes 2012 zum Thema „Personalwesen in städtischen Kontrolleinrichtungen“ nachlesen, wo sich Menschen, die rechtswissenschaftlich viel gescheiter sind als ich, als höchstwahrscheinlich auch der Kollege Mahr und viele andere, damit auseinandersetzen und sehr klar argumentieren.

Erstens, dass die gegebene fehlende Unabhängigkeit der Kontrollämter in Städten eigentlich nicht haltbar ist und kein Zustand ist. Und zweitens verschiedene Wege aufzeigen wie wir das lösen könnten. Und es gibt auch Lehrmeinungen die sagen, wir könnten das sogar im Rahmen der bestehenden Bundesverfassung tun.

Daher ist es sicher nicht unseriös, dass wir hier als NEOS gemeinsam mit den Grünen beantragen, dass sich der Oö. Landtag damit auseinandersetzt, wie er das schaffen kann, sondern dringend notwendig, geboten und absolut machbar. Und wenn der Kollege Mahr, wenn ÖVP und FPÖ in Oberösterreich es mir nicht glauben, dass es notwendig und wichtig ist, dann darf ich Bürgermeister Dr. Rabl von der FPÖ in Wels zitieren, der im Gemeinderat

sagt, wir können keinen Rechnungshof machen der unabhängig ist, weil dass das Gesetz nicht zulässt. Sonst würde er das, ich zitiere „sicher veranlassen“ und einer Gesetzesänderung steht ja nichts im Wege, Gemeinderatsprotokoll aus der Stadt Wels am 25. Jänner 2016.

Na dann machen wir es doch. Und wenn die ÖVP auch noch jemanden aus den eigenen Reihen braucht der ihr gut zuredet, dann soll sie doch ihren Klubobmann, jetzt ist er mittlerweile Vizebürgermeister, ich kenne ihn noch als Klubobmann Martin Hajart in Linz, zuhören, der explizit sagt, wir brauchen Mechanismen, die einen Machtmissbrauch verhindern, stärkere Kontrollrechte, insbesondere für die ausgelagerten Gesellschaften. Und aus der Zusammenarbeit mit dem Kollegen Hajart damals zur Aktenaffäre und zur Swap-Affäre weiß ich, dass er sicher auch an einer unabhängigen Kontroll Einrichtung in Linz interessiert ist. Also es spricht nichts dagegen, es geht rechtlich, es geht inhaltlich, es bringt uns was, mehr Kontrolle, mehr Transparenz, mehr Augenhöhe mit der Bevölkerung und eine bessere Verwaltung. Also machen wir es. Danke den Grünen dafür, dass wir den Antrag gemeinsam einzubringen konnten und ich hoffe auf eine konstruktive Zusammenarbeit, dass wir hier was auf den Weg bringen. Danke schön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja erfreulich, dass wir zehn Tage vor der Nationalratswahl einer Meinung sind. Vor allem wenn wir einer Meinung sind, dass im Bereich der Stadt Linz im Bereich der Transparenz und Kontrolle nachgebessert werden muss. (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „In Steyr nicht?“)

Daher sind wir natürlich dabei, wenn es darum geht, die Kontrollämter weiterzuentwickeln und das Aufgabengebiet zu präzisieren. Auslöser ist ja die Stadt Linz und da muss man schauen. Wels ist ja weit weiter als in diesem Antrag begehrt wird und auch Steyr sagt, wir leben das ja. Wir werden da natürlich was machen, wir werden das weiterentwickeln. Wir werden die Kontrollrechte im Statut der Stadt Linz jedenfalls erweitern oder stärken.

Ich möchte aber nur ein bisschen auf die Euphoriebremse treten. Auch das ist bereits gesagt worden. Die Frage der Weiterentwicklung des Kontrollamts zu einem selbstständigen Stadtrechnungshof, der auch Personalhoheit hat, ist jedenfalls verfassungsrechtlich problematisch. Es gibt Meinungen, dass man die Bundes-Verfassung gar nicht ändern muss, andere sagen aber genau das Gegenteil. Daher müssen wir genau schauen, was in unserer Kompetenz liegt. Wenn wir sagen, Transparenz und Kontrolle in Linz weiterentwickeln, das müssen wir uns anschauen, denn wir wollen eine vernünftige Regelung erlassen.

Das Zweite ist die Veröffentlichung der Kontrollamtsberichte. Das wird sowieso kommen, weil im Informationsfreiheitsgesetz ist das ja vorgesehen. Das ist ja kein Ausnahmetatbestand, das heißt, wir werden diese Kontrollamtsberichte in Zukunft sowieso veröffentlichen müssen, auch in den Städten. Es geht jetzt nur darum, weil bei dieser Veröffentlichungspflicht treffen sich ja wieder einerseits Transparenz, andererseits Datenschutz, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, je nachdem wie weit der Kontrollauftrag letztlich dann gestaltet ist.

Das heißt wir müssen schauen, wie wir das weiterentwickeln können. Da hoffe ich schon, dass wir da einen gemeinsamen Weg finden und eine gute, vernünftige Lösung erarbeiten. Denn eines ist schon richtig, da hat der Kollege Mahr schon recht. Eigentlich ist das, was im Antrag gefordert wird, bereits Gesetzestext. Bis auf die Veröffentlichung und der Stadtrechnungshof

ist aber alles andere, was den Umfang der Kontrolle betrifft, bereits Text in den jeweiligen Stadtstatuten.

Aber offensichtlich wird es in Linz nicht gelebt. Offensichtlich wird es in Linz nicht gelebt und das werden wir auch anschauen, warum das so ist. Also ich ersuche hier um konstruktive Beratungen und um eine gute Lösung im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 935/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt und ich weise die Beilage 935/2024 dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 936/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 936/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eine Gesamtreform der Wohnbeihilfe - für leistbares Wohnen in OÖ. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 936/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Präsident Peter Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus! Ein guter Freund hat mir vor nicht allzu langer Zeit erklärt, man soll eine Rede nicht mit einer Entschuldigung beginnen. Darum beginne ich mit einem Danke. Ich bedanke mich beim vorigen Antrag für das Stimmverhalten von ÖVP und FPÖ, die damit wieder einmal unter Beweis gestellt haben, dass sie sich gegen Transparenz und gegen Kontrollmöglichkeiten aussprechen (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Was interpretierst du?“) und ich wiederhole an dieser Stelle die Forderung, dass Untersuchungskommissionen ein Minderheitenrecht sein sollten. (Beifall. Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Nicht einmal das Christkind erfüllt jeden Wunsch!“)

Klubobmann Dörfel hat mir jetzt auch noch die Freude gemacht, wie du sagst, zehn Tage vor der Nationalratswahl darauf hinzuweisen, dass offenbar nur in Linz Probleme zu Hause sind und überall anders die Welt in Ordnung ist. Im Volksmund sagt man dazu „mit vollen Hosen ist gut stinken“. Weil, wenn ich selber gerade für das Budget 2025 eine halbe Milliarde Euro suchen muss (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Die Budgetverhandlungen beginnen erst!“) und in der Bruckneruni ebenfalls mit Kontrollproblemen und Budgetproblemen zu kämpfen habe, dann sollte man sich gerade als Verantwortliche Ressortpartei etwas zurückhalten. (Beifall)

Jetzt komme ich zur Entschuldigung, jetzt komme ich zur Entschuldigung. Jetzt muss ich mich nämlich direkt beim Wohnbaureferent entschuldigen dafür, dass wir diesen Antrag eingebracht haben. Weil wir haben ja zum Zeitpunkt des Einbringens noch nicht gewusst, dass das Land Oberösterreich dermaßen mit Budgetproblemen kämpft für 2025. Entgegen dem, was sonst immer behauptet wird. Das ist nämlich möglicherweise der Hintergrund, warum der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner als Wohnbaureferent bislang immer so zurückhaltend war bei den Wohnbaumitteln und bei der Wohnbeihilfe, die nichtsdestotrotz aber von den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern dringend gebraucht werden. Darum wie gesagt, ich entschuldige mich, dass wir diesen Antrag jetzt dringlich eingebracht haben, in



Nichtkenntnis der Budgetprobleme des Landes Oberösterreichs. Nichtsdestotrotz bleibt er aber aufrecht, weil die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher kämpfen immer mehr mit den Wohnkosten, die auf sie zukommen.

Die allgemeine Teuerung holt die Menschen im Land ein. Die Maßnahmen, die das Land Oberösterreich dagegen setzt, sind im Bundesländervergleich, das weißt eine WIFO-Studie aus, die niedrigsten aller Bundesländer. Und darum könnten wir und müssen wir dringend zumindest bei den Wohnkosten, auf die der Mensch aber nicht verzichten kann, weil ich brauche ein Dach über dem Kopf und dafür muss ich einfach auch die Kosten tragen, bei diesen Wohnkosten müssen wir sie dringend unterstützen. Das sagen nicht nur wir übrigens, das sagt auch der Landesrechnungshof in einem Bericht aus dem Jahr 2022. Auch daraus begründet sich die Dringlichkeit, weil nun einmal seit zwei Jahren nichts passiert ist. Wir brauchen eine Reform der Wohnbeihilfe, weil die Parameter, die der derzeitigen Wohnbeihilfe unterlegt sind, einfach nicht mehr stimmig sind.

Da kann mir der zuständige Wohnbaureferent in seinen Beantwortungen unserer schriftlichen Anfragen immer wieder gerne die Statistik Austria zitieren, die ist einfach in diesem Zusammenhang sehr oberflächlich. Und darum braucht es auch ein eigenes Wohnkostenmonitoring für Oberösterreich, darum braucht es eigene, bessere, zielgerichtete Parameter für die Wohnbeihilfe, damit wir hier den Menschen, die in Miete wohnen, besser unter die Arme greifen können, als das bislang der Fall ist.

Und wir brauchen auch eine Reform der Wohnbauförderung. Denn auch das erleben wir derzeit wenn wir unterwegs sind, wenn wir mit Menschen sprechen, dass sich jüngere Menschen, die leistungsbereit sind, die am Arbeitsmarkt unterwegs sind. Ich erzähle immer die Geschichte von einem Ärztepaar, das sich gerne Eigentum schaffen möchte in Oberösterreich und das einerseits, ja das wird jetzt dann kommen, aufgrund der KIM-Richtlinien des Bundes hier gehandicapt wird und beeinträchtigt wird, dass sie sich Eigentum schaffen können. Aber sich tatsächlich auch aufgrund der nicht zureichenden und ausreichenden Wohnbauförderkriterien des Landes hier sich im Stich gelassen fühlt.

Und das sind lauter Menschen die wir gerne in Oberösterreich hätten und auch dringend brauchen. Es geht also darum, wir müssen in der Wohnbauförderung besser werden und wir müssen vor allem, weil da geht es tatsächlich um jene Menschen, die mit niedrigen Einkommen und hohen Wohnkosten zu kämpfen haben. Wir brauchen vor allem eine umfassende Gesamtreform der Wohnbeihilfe, wie das der Landesrechnungshof vor mittlerweile zwei Jahren schon empfohlen hat. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, werte Regierungsmitglieder, liebe Zuseherinnen und Zuhörer!

Sehr geehrter Herr Präsident! Erstens, die Entschuldigungen werden gerne angenommen. Aber vielleicht zur beantragten grundsätzlichen Reform der Wohnbeihilfe für leistbares Wohnen in Oberösterreich gestatten Sie mir, dass ich ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum wirklich leistbaren Wohnen in Oberösterreich mache, um das oberösterreichische Gesamtbild zu erfassen. Wir liegen nicht nur im gemeinnützigen Wohnbau traditionell bundesweit vorne und sind damit ein starker Konjunkturmotor. In Oberösterreich wird dieser zentrale Lebensbereich Wohnen, und der ist wichtig für die Leute, in bewährter Form intensiv

begleitet und zwar legislativ, förder technisch, auch bei der Wohnbeihilfe und auch im laufenden politischen Diskurs.

Und Faktum ist, dass wir bei diesen Generalthema natürlich weiterhin Anstrengungen auf allen Ebenen brauchen. Das ist klar. Faktum ist aber auch Kollege Binder, dass auf Bundes- und im Besonderen auch auf Landesebene seit vielen Jahren wirksame Maßnahmen und Impulse erfolgreich umgesetzt wurden. Und genau deshalb bilden sich in Oberösterreich in der politischen Arbeit ganz konkrete Hilfen für Menschen, eine aktive und auch nachhaltige Wohnbaupolitik, verbunden auch mit einer gelebten Sozialpolitik, spürbar ab.

Und das ist ja unser gemeinsames Ziel, dass wir die tragende Säule gerade bei dieser schwierigen Großwetterlage stärken und auch für die Bevölkerung bei steigenden Mieten leistbar halten. Und ich kann nur sagen hier ist auf Oberösterreich Verlass und dafür danke ich allen, die dazu auch stehen. (Beifall)

Kurz zum konkreten Antrag für die Gesamtreform der Wohnbeihilfe, aufbauend auf den Empfehlungen des Rechnungshofberichtes aus 2022, also vor zwei Jahren und zur Dringlichkeit.

Erster Punkt, absichtlich oder unabsichtlich, aber im Dringlichkeitsantrag wird, eben auch in deinen Ausführungen, nur auf den Rechnungshofbericht 2022 verwiesen, nicht aber auf einen ebenfalls behandelten Rechnungshof-Folgebericht vom Oktober 2023. Der wäre ein wenig frischer, als das vor zwei Jahren, wo auch der Umsetzungsstand der einzelnen beschlossenen Empfehlungen festgehalten ist. Man kann es gerne nachlesen, alle beschlossenen Maßnahmen in Umsetzung bzw. erste Schritte gesetzt.

Ich nehme nur eine Empfehlung heraus wo es ganz konkret um die Wohnbeihilfe gegangen ist. Ich zitiere den Rechnungshof, Empfehlung Zwei, das Land sollte messbare Ziele und Wirkungen für die Wohnbeihilfe festlegen. Diese aktuelle Forderung im Initiativantrag von euch war also beim Landesrechnungshof bereits vor einem Jahr in Umsetzung. Und zweiter Punkt Kollege Binder, wenn du sagst, es ist zwei Jahre nichts passiert, dann muss ich wieder sagen, absichtlich oder unabsichtlich. Es wird von dir völlig außer Acht gelassen, dass dann auch im Dezember 2023 eine Reform der Wohnbeihilfe in der Landesregierung beschlossen und auch im Dezember präsentiert wurde, um genau diese aktuellen Erfordernisse, die du richtig ansprichst, auch entsprechend abzudecken und gegenzusteuern. (Zwischenruf Abg. Präsident Peter Binder: „Völlig unzureichend. Völlig unzureichend. Völlig unzureichend!“)

Das wird in Oberösterreich auch gemacht. Und ich darf dich und alle anderen an die vier Säulen dieses Wohnbeihilfe-Pakets erinnern, dass ihr unter Wohnbeihilfe Neu tituliert im Antrag. Das gibt es schon, nämlich als gezielter Beitrag gegen die Teuerung und Verringerung der Armutsgefährdungslücke. Erstens, der neue Wohnbeihilfe-Pensionsbonus, wo eben die Leistungen und auch der Beitrag der älteren Generation für unser Land gewürdigt wird. Das ist die größte Gruppe der Wohnbeihilfebezieher, die Pensionisten.

Zweitens, die Systemumstellung bei der Anrechnung des Kindesunterhalts. Eine klare Entlastung und ein spürbares Signal für die einkommensschwachen und vor allem alleinerziehenden Personen. Drittens die Anpassung der Gewichtungsfaktoren und viertens die Fortführung des Teuerungsfreibetrages, wo in Verbindung damit auch eine Erhöhung der Einkommensgrenzen pro Haushalt verbunden ist. Und dieses wirksame Wohnbeihilfen-Paket, das hier verschwiegen wird, das es aber gibt, wird leider im Dringlichkeitsantrag vergessen, der im Übrigen auch keinerlei Gegenfinanzierung oder

sonstige belastbare Annahmen zu den Mehrkosten vorsieht. Trotzdem gibt es dieses Paket, trotzdem wirkt dieses Paket bei 10.000 Menschen seit einigen Monaten schon, zielgerichtet und auch treffsicher.

Vielleicht zum Schluss. Klar ist, dass wir alle Förderungen in Oberösterreich, und natürlich auch die Wohnbeihilfe, ständig evaluieren und verbessern müssen und auch wollen. Dazu braucht es aber keine Schnellschussanträge in Vorwahlzeiten mit nicht mehr aktuellen Zahlen und eigentlich keinem aktuellen Umsetzungsstand. Das was die Menschen dort brauchen ist eine nachhaltige, eine solide, eine verlässliche und vor allem auch eine finanzierbare Wohnbaupolitik und genau hier schließt sich der Bogen zu meinen Ausführungen am Beginn. Wir sind in Oberösterreich beim leistbaren Wohnen traditionell bundesweit im Spitzenfeld und Oberösterreich ist mit dem Finanzreferenten, Landeshauptmann Thomas Stelzer, du hast das Budget angesprochen, und Wohnbaureferent Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner seit Jahren ein verlässlicher Partner für alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. Wir werden daher der Dringlichkeit nicht zustimmen, stehen aber natürlich für eine sachliche Diskussion im Sinne dieser ständigen Evaluierung und Verbesserung im Ausschuss für Bauen und Naturschutz gerne zur Verfügung. Herzlichen Dank! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Ines Vukajlović, bitte!

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, werte KollegInnen und alle die uns auf der Galerie und online zuschauen. Verlässlicher Partner für alle in Oberösterreich, dem können wir nicht zustimmen, aber ich komme nachher noch dazu, warum das so ist. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Bin ich gespannt!“) Wir können es auch mit Zahlen belegen, aus dem Landesrechnungshofbericht, der jetzt schon öfter zitiert worden ist. Wohnen ist ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen, es ist ein Ort, der Zuhause ist und wenn man sich Wohnen nicht mehr leisten kann, dann schafft das enormen Druck. Wir haben schon öfter über die Wohnsituation gesprochen. Ich kann unsererseits für die Grünen sagen, im Bund, wo wir Verantwortung haben, haben wir viel dazu getan.

Wir haben zum Beispiel das Bestellerprinzip eingeführt, also bei Makler/innenprovisionen zahlt die Person, die bestellt. Wir haben einen Mietpreisdeckel geschaffen, der für 75 Prozent der Mietwohnungen gilt. Und für jene, die wenig verdienen, gibt es den Heizkesseltausch zu 100 Prozent gefördert und bei allen anderen Heizungsformen gibt es auch eine Förderung von 75 Prozent. Gerade angesichts der Teuerung und der hohen Wohnkosten ist es aber wichtig, dass wir über die Wohnbeihilfe sprechen und da haben wir die Landesverantwortung. Es muss sichergestellt werden, dass diese Hilfe allen zugänglich ist und man auch regelmäßig evaluiert. Und es ist nicht das erste Mal, da kommen wir jetzt schon zum Landesrechnungshofbericht, dass wir über die oberösterreichische Wohnbeihilfe reden. Vielen Dank der SPÖ für diesen Initiativantrag, dass wir das Thema wieder aufrollen können. Wir haben nämlich zwei Landesrechnungshofprüfungen dazu gehabt und wenn man die geschickt liest, dann liest man eigentlich heraus, es braucht eine Generalsanierung der Wohnbeihilfe. Es braucht eine Generalreform, um sicherzustellen, dass wirklich jeder und jede in Oberösterreich ein leistbares Zuhause haben kann. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Wohnbeihilfepaket!“)

Im Initiativantrag der SPÖ ist wie auch im Landesrechnungshofbericht belegt, dass die Zahl der Bezieher/innen zurückgegangen ist. Seit 2013 haben wir nämlich in Oberösterreich ein Drittel weniger Wohnbeihilfebezieher/innen. Ein Drittel bitte, das heißt, wir sind von 2013 von 32.500 auf 23.600. Das klingt jetzt nach sehr viel Zahlen, das sind 10.000 Leute weniger, die

die Wohnbeihilfe kriegen und ich möchte Ihnen sagen, wer besonders davon betroffen ist. Besonders betroffen sind junge Menschen mit geringem Einkommen, das sind Studierende, das sind jene, die sich die erste Wohnung leisten wollen. Alleinerziehende, viele ältere Menschen mit geringerem Einkommen, auch Witwen und Menschen mit Migration- und Fluchtgeschichten und sie brauchen unsere Unterstützung. Keine ideologiegetriebene Diskriminierung wie es beispielsweise belegt auch bei Drittstaatsangehörigen in Oberösterreich, ganz klar systematisch erfolgt.

Es ist in Zahlen belegt, dass der Landesrat, der heute leider nicht hier ist, der zuständige Landesrat versagt, wenn es darum geht, dass wir Wohnbeihilfe für alle Menschen in Österreich sicherstellen können, wenn sie es brauchen. Und Leistung einfordern ist das eine, aber chronisch Kranken oder alten Menschen oder MindestpensionistInnen die Wohnbeihilfe wegzunehmen und sich danach damit zu brüsten, dass man Ausgaben eingespart hat. Entschuldigung, das ist einfach beschämend, wenn man Ausgaben sparen will.

Ich muss jetzt leider wieder den Landesrat ansprechen, der nicht da ist. Aber dann könnte man zum Beispiel in Zukunft unterlassen, dass man Programme, spezielle Programme entwickelt, die die Steuerzahler/innen zigtausende Euros kosten, wo Millionen zur Verfügung gestellt werden, die Verwaltungen einen erheblichen Aufwand haben und herauskommt, dass drei Menschen einen Antrag gestellt und auch bewilligt bekommen haben. Ich darf Ihnen vielleicht kurz auf die Sprünge helfen, das war die Wohnungssicherung für Leistungsträger, die damals der wertvolle Landesrat mit Unterstützung ÖVP eingeführt hat.

Eine weitere Empfehlung vom Landesrechnungshof, die ÖVP und FPÖ unter den Tisch fallen lassen, war, dass die Wohnbeihilfe als Einkommen zur Bemessung für die Sozialhilfe zählt. Das heißt, man rechnet das eine gegen das andere auf und man müsste eigentlich an beiden Gesetzen schrauben und drehen, dass diese Ungleichstellung abgestellt wird. Denn es kann nicht sein, dass zwei essenzielle Unterstützungsleistungen gegeneinander aufgerechnet werden.

Schaffung leistbaren Wohnens, das sollte für uns alle höchste Priorität haben. Aber wenn ich jetzt diese Schwerpunkte der FPÖ aufzähle, dann sieht man eigentlich, dass da eine Doppelmoral sichtbar ist. Und wenn man es wirklich ernst meint und ja, es hat dieses Paket Ende 23 der Landesregierung gegeben, aber wenn man es ernst nimmt, dann muss man halt eine Generalreform endlich mal angehen und wir Grünen wollen uns auch konstruktiv dazu einbringen. Wir haben schon öfter darüber gesprochen. Ich bringe drei Punkte ein, die wichtig wären.

Das Erste ist, dass man die Wohnbeihilfe und die Höchstgrenzen evaluiert. Wir wissen, dass die Inflation seit 2013, wo das letzte Mal dieser Betrag angepasst wurde, seit 2013 ist er um 40 Prozent gestiegen. Die Mietpreise um 80 Prozent, das heißt die maximale Höhe von 300 Euro muss angepasst werden.

Zweiter Punkt, den anrechenbaren Wohnungsaufwand erhöhen. Die Erhöhung der sieben Euro Grenze beziehungsweise der acht Euro Grenze für Mieter/innen von privat vermieteten Wohnungen ist zu wenig. Man braucht sich nur die Stellungnahmen aller betroffenen Institutionen anschauen, dass sich das hinten und vorne nicht ausgeht.

Und dritter Punkt, Deutschnachweispflicht ist abzuschaffen. Seit dieser Einführung 2018 sind 60 Prozent Wohnbeihilfebezieher/innen aus EU-Ländern betroffen, die diesen nicht mehr kriegen. Und ich möchte Ihnen nur sagen, wer diese Menschen sind. Sie können auf dieser

ideologiebetriebenen Deutschnachweispflicht beharren. Ich möchte nur sagen, welche Menschen in Oberösterreich das betrifft. Das bedroht die Existenz von sogenannten GastarbeiterInnen, die ihr Leben lang in Österreich gearbeitet haben, Steuern gezahlt haben, ghakelt haben und nicht Deutsch lernen konnten. Und jetzt von einem Facharzt auch bestätigt haben, dass die keine Deutschprüfung mehr ablegen können, weil sie 60, 70 plus sind. Wir haben Menschen, die während sie auf die Wohnbeihilfe gewartet haben, gestorben sind, weil sie krank waren und diese Deutschnachweispflicht nicht machen konnten. (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“) Ich komme zum letzten Satz, Sie bedrohen die Existenz von Witwer, von Witwen und von Frauen, die sich ihr Leben lang um ihre Familien und Kinder gekümmert haben und jetzt keine Wohnbeihilfe mehr bekommen.

Wohnen und der Zugang zu leistbarem Wohnraum sind Kernleistungen der sozialen Sicherheit und soll und muss für alle Menschen gelten. Ich nehme den Satz, den Sie gesagt haben, wenn Oberösterreich und Landesrat Haimbuchner ein verlässlicher Partner sind, dann nehmen Sie den Auftrag ernst. Wir wollen ein gutes Leben, wir wollen eine Reform der Wohnbeihilfe und die Oberöreicher/innen haben sich buchstäblich eine andere Wohnbeihilfe verdient. Wir stimmen dem Antrag zu! (Beifall)

**Präsident:** Ich bitte sich an die Vorgaben zu halten. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Klubobmann Mahr!

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Binder, lass mir noch einen Satz zur vorhergehenden Beilage sagen. Ich habe mehrmals gesagt, dass Kontrolle wichtig ist, aber wenn alle Politiker ehrlich wären, bräuchten wir keine Kontrolle. So weit zu dem.

Ich finde die SPÖ und die Gesamtreform der Wohnbeihilfe in Oberösterreich, es ist grundsätzlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein mutiger Vorschlag, wenn man denkt, dass das oberösterreichische Modell der Wohnbeihilfe ein wirklich absolutes Erfolgsmodell ist. Und wenn sich wirklich ein erfolgreicher Weg im Wohnbau sehen lassen kann, dann in Oberösterreich unter jahrelanger freiheitlicher Verantwortung und das lasse ich mir ganz bestimmt auch von der SPÖ nicht madig machen.

Im Gegensatz zum SPÖ-geführten Wien, liebe Genossen, befindet sich Oberösterreich nämlich in zentralen Werten immer im absoluten Spitzenfeld. Bei der Anzahl an Wohnbeihilfe-Beziehern (Beifall), bei der Anzahl der Wohnbeihilfe-Bezieher liegen wir mit 23.300 im Jahr 2023 in absoluten Zahlen am zweiten Platz im Bundesländervergleich, Herr Kollege Binder. Kein anderes Bundesland stellt so viel Geld für die Wohnbeihilfe zur Verfügung wie Oberösterreich. 53,7 Millionen Euro im Jahr 2023, 23.300 Haushalte. Damit, Kollege Binder pass auf, durchschnittliche Wohnbeihilfe pro Haushalt in Oberösterreich rund 190 Euro. Und zum Vergleich, in Wien erhält der durchschnittliche Wohnbeihilfenbezieher nur 112 Euro, also mehr als ein Drittel weniger. Ich glaube, allein aufgrund dieses eindeutigen Vergleichs zeigt sich, dass Oberösterreich ein Erfolgsmodell ist.

Was den Preis bestimmt am Wohnungsmarkt, ist Angebot und Nachfrage, Kollege. Den Markt zu kennen, zu beobachten, frühzeitig zu handeln und rechtzeitig Maßnahmen zu setzen, das ist auch hier notwendig für verantwortungsvolle Politik im Sinne der künftigen Generationen. Und das wird, ich kann euch beruhigen liebe SPÖ-Genossen, unter freiheitlicher Verantwortung auch ganz klar sichergestellt.

Denn, Herr Kollege Binder, Oberösterreich hat die höchste Bauleistung aller Bundesländer. Damit begegnen wir der Nachfrage mit einem hohen Angebot und sorgen so für vergleichsweise niedrige Preise. So wurden im vergangenen Jahr im Bundesländervergleich in Oberösterreich am meisten Wohnungen, geförderte Miet- und Mietkaufwohnungen zugesichert. Kollege Binder, er wäre nicht schlecht, wenn du aufpassen würdest, insgesamt waren es 2.300 neue Wohnungen. Diese Wohnungen werden im heurigen Jahr errichtet und sorgen auch dafür, dass sich in Oberösterreich die Kräne weiterhin drehen.

Mit dieser hohen Bauleistung wird für das notwendige Angebot am Mietwohnungsmarkt gesorgt und in anderen Bundesländern sieht das nicht so rosig aus. Und wer jetzt mitgedacht hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, der kann sofort den richtigen Schluss ziehen. Genau, Oberösterreich hat die geringsten Mietkostensteigerungen in ganz Österreich. Von 2010 bis 2023, also in den letzten 13 Jahren, reden wir da laut Statistik Austria, also Statistik Austria, von einer Nettomietensteigerung von 50 Prozent in Oberösterreich.

Natürlich ist das auch viel, brauchen wir überhaupt nicht diskutieren. Aber immer noch deutlich weniger als in anderen Bundesländern. Und ich möchte eines wissen, Kollege Binder, wo ihr die 80 Prozent im Antrag hergezaubert habt. Wahrscheinlich habt ihr wieder eine Excel-Tabelle vertauscht und ihr habt die Entwicklung von Wien hergenommen. Dort ist seit 2010 eine Mietensteigerung von über 71 Prozent. Das ist richtig. Das im SPÖ-geführten roten Wien und wer hätte das gedacht, aber das ist mir klar, Wien braucht das Geld für andere Sachen.

Mit diesem Antrag zeigt die SPÖ wieder einmal offen, um was es ihr wirklich geht, nämlich eine undurchschaubare Parteipolitik oder eine durchschaubare Parteipolitik, ich weiß es nicht. (Unverständliche Zwischenrufe) Kurz vor der Wahl kann ich mir es vorstellen, um noch ein paar Stimmen dazuzugewinnen, kann ich mir auch vorstellen, aber wir spielen hier nicht mit. Wir stehen für ehrliche, für konstruktive Politik, mit der wir die Oberöreicherinnen und Oberöreicher dazu ermöglichen einen Mehrwert zu schaffen. Wir werden der Dringlichkeit natürlich nicht zustimmen. Danke sehr! (Beifall)

**Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 936/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt und ich weise die Beilage 936/2024 dem Ausschuss für Bauen und Naturschutz zur Beratung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 938/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 938/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eines verpflichtenden KZ-Gedenkstättenbesuches für oö. Schüler:innen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 938/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Wahl.

**Abg. Ing. Wahl, MBA:** Ja, sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen und zu Hause! Die neuesten Zahlen des Innenministeriums über rechtsextreme und antifaschistische Straftaten ist wieder erschreckend. Die Zahlen steigen deutlich. Im ersten Halbjahr 2024 wieder um 40 bis 50 Prozent. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Im Gesamten, Oberösterreich ist dabei wieder Spitzenreiter in verschiedenen Bereichen. Ich denke, es ist

uns allen klar, dass es Maßnahmen braucht, um die Gesellschaft und die Demokratie, die durch diesen Extremismus gefährdet wird, zu schützen und Maßnahmen zu ergreifen, um junge Menschen vor allem davon abzuhalten, sich gegen die Gesellschaft zu stellen.

Eine Maßnahme dabei wäre, dass Schülerinnen und Schüler eine Gedenkstätte besuchen und sich mit den Gräueltaten und den menschenverachtenden NS-Regime auseinandersetzen. Mit dem Holocaust und mit den unglaublichen Verbrechen des NS-Regimes gegen die Menschlichkeit. Einem großen Teil der Schülerinnen und Schüler ist es momentan nicht möglich, eine Gedenkstätte zu besuchen mit entsprechender pädagogischer Vor- und Nachbereitung, damit sozusagen die Kinder und Jugendlichen dieses Thema auch so verinnerlichen, dass sie damit umgehen können. Ich weiß, es ist eine schwierige Kost und ich bin selber in der Gedenkstätte oftmals tätig und mit Jugendgruppen unterwegs und weiß, dass das sehr herausfordernd ist, aber letztendlich ist es notwendig.

Wir wissen aus Studien, dass mittlerweile fast die Hälfte der Bevölkerung keine Ahnung mehr hat, was hinter den SS-Verbrechen, was hinter dem Holocaust steckt. Und ich denke gerade in Österreich haben wir die Verpflichtung, auch den Opfern gegenüber und den Überlebenden gegenüber, dieses Wissen an unsere Kinder weiterzugeben und so eine Auseinandersetzung zu pflegen, dass in Zukunft derartige Gräueltaten, wie sie auch immer geartet sind, nicht passieren, aber auch keine antisemitischen Straftaten, so wie sie momentan in Österreich sehr, sehr häufig passieren. Passieren, weil es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist.

Uns ist schon klar, dass ein Besuch in der Gedenkstätte nicht das Thema erledigen wird, aber es ist ein wichtiger erster Schritt. Ich denke, im Unterausschuss sind wir uns ja einig darüber gewesen, dass dieser erste Schritt sehr wichtig ist, damit alle Kinder wirklich die Möglichkeit haben, sich damit auseinander zu setzen und diese Thematik zu reflektieren, um nicht gefährdet zu sein, über soziale Medien so radikalisiert zu werden. Ich glaube, dass wir uns da wirklich einig sind und ich lade ein, der Dringlichkeit und diesem Antrag näherzutreten, dass wir gemeinsam diesen ersten Schritt gehen. Dass es hier eine Verbesserung gibt im Zugang für Jugendliche, zu wissen, was Radikalismus, was Extremismus, was Antisemitismus den Menschen dieser Welt angetan haben. Danke! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer!

**Abg. KO Mag. Eypeltauer:** Danke Frau Präsidentin! Danke den Fraktionen der SPÖ und der Grünen, dass wir gemeinsam diesen Antrag hier einbringen und stellen konnten. Es geht darum, dass auf jeden Fall ein Besuch in einer KZ-Gedenkstätte in den Lehrplänen, im Lehrplan verankert ist. Derzeit ist es so, dass das mehr oder weniger vom Engagement und von der Entscheidung der jeweiligen Lehrkraft abhängt, ob Kinder und Jugendliche dieses wichtige, dieses pädagogisch auch wichtige Erlebnis machen. Es ist notwendig, dass wir hier ein Mittel ergreifen, um besser darin zu werden, Antisemitismus zu bekämpfen.

Warum ist es notwendig? Weil wir einerseits ein Erstarken rechtsextremer Ideen und Ideologien, gerade unter Jugendlichen, erleben müssen. Andererseits aber auch islamistischer Ideen, Ideologien unter Jugendlichen erleben müssen. Und warum ist das so? Die Gründe sind vielfältig. Es hat was mit dem Bildungsniveau zu tun, es hat was mit einem Gefühl oder einem tatsächlichen Erleben zu tun, kein relevanter Teil einer Gemeinschaft zu sein. Es hat etwas mit Unterwerfung als Erziehungsprinzip zu tun, aber das führt zu weit und natürlich damit, dass der islamistische Prediger oder der Nipster, also der Nazi-Hipster oder der Verschwörungstheoretiker täglich in den Klassenzimmern dieser Republik steht und seinen Unsinn, seinen gefährlichen Schwachsinn verbreitet, weil TikTok, weil Instagram, weil

soziale Medien ohne Filter, ohne Schutz für Kinder, für Jugendliche, die gerade erst dabei sind ihre Eigenständigkeit zu entwickeln, ihre Selbständigkeit zu entwickeln, ihr Wertegerüst zu entwickeln und dem müssen wir auf verschiedensten Ebenen entgegentreten.

Wir hatten hier schon einmal die Diskussion und werden sie sicher noch einmal haben, über den Umgang mit Handys in Schulen. Aber da müssen wir vor allem pädagogisch entgegentreten und da ist es unfassbar relevant, dass wir diesen Fixpunkt eines Besuchs in einer KZ-Gedenkstätte schaffen. Die Mitglieder des zuständigen Unterausschusses haben selber gerade wieder erlebt, wie eindrucksvoll und relevant es sein kann. Diese Gruppe aus dem Kreis der Landtagsabgeordneten hat vor ein paar Monaten die KZ-Gedenkstätte in Mauthausen besucht. Es war nicht mein erstes Mal, dass ich in Mauthausen war, aber es hat mich wieder zutiefst betroffen. Es war wieder zutiefst berührend, erschütternd, mahnend und ich glaube, wir haben alle gemerkt, wie gut die Aufarbeitung dieses Themas hier passiert. Wie breit die Aufarbeitung dieses Themas hier passiert, wie relevant auch heute noch so viele Jahrzehnte nach diesem grausamen Wahnsinn, der Europa und die Welt hier im Zuge des zweiten Weltkriegs und des NS-Regimes erschüttert hat, wie relevant auch weiterhin eine Auseinandersetzung damit ist.

Noch ein paar Zahlen dazu. Warum? Ich glaube, dass es hier notwendig ist auch in die Lehrpläne zu gehen und was zu tun ist, die rechtsextremen Straftaten steigen in Oberösterreich laufend. Jetzt gibt es jene Argumentationslinie, die besagt, na ja die oberösterreichische Polizei, die oberösterreichischen Behörden schauen da besonders genau hin. Selbst wenn das ein Teil der Wahrheit ist, kann es nicht der einzige Teil der Wahrheit sein, sondern wir haben hier definitiv Tendenzen, die wir bekämpfen müssen. Es gibt Studien, eine Studie des Parlaments zu Antisemitismus in Österreich, wo wir lesen, dass die Aussage, es ist nicht nur Zufall, dass die Juden in ihrer Geschichte so oft verfolgt wurden, zumindest zum Teil sind sie selbst schuld daran, dass diese Aussage 20 Prozent der Unterfünfundzwanzigjährigen sehr teilen oder eher teilen. Innerhalb der Aufstockungsgruppe mit türkisch- und arabischsprachigen Österreichern waren es sogar 41 Prozent. Die Aussage, Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit Opfer gewesen sind, der stimmen 25 Prozent der Befragten unter 25 zu, in der besagten Aufstockungsgruppe sogar 56 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Antisemitismus ist ein Problem, das nicht verschwunden ist, sondern das zunimmt, es ist ein Problem, das wir gerade unter Jugendlichen im Steigen erleben, dem wir als Demokratinnen und Demokraten, die wir uns die Menschenwürde auf die Fahnen schreiben, die Demokratie und das Miteinander, dem wir entschlossen entgegnen müssen.

Daher bitte ich um inhaltliche Zustimmung zu diesem Antrag, dass wir einen Besuch in einer KZ-Gedenkstätte fix in die Lehrpläne verankern, weil wir so einen ganz wesentlichen Schritt dagegen für mehr Freiheit, für mehr Menschenwürde, für ein besseres Miteinander schaffen können. Danke dafür, dass die Initiative gemeinsam möglich war, danke auch für die bisherige Debatte. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Bauer das Wort.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Verbrechen nationalsozialistischer Regimes sind Teil unserer gesamtgesellschaftlichen Identität, auch in Oberösterreich. Ich halte es auch für wichtig und notwendig es in aller Deutlichkeit auch so zu sagen. Die geschichtliche und politische Auseinandersetzung damit ist also unsere Aufgabe,



die Geschichte der NS-Diktatur ist Menschheitsgeschichte. Sie lehrt zu welchen Taten Menschen fähig sind, wie schnell es geht, dass die Mehrheitsgesellschaft solche Unmenschlichkeiten duldet und einfach wegsieht, diese Erkenntnis geht jeden an. Schon bald wird es keine Zeitzeugen mehr geben, was uns bleibt sind ihre Stimmen, ihre Bücher und ihre Briefe. Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese erhalten bleiben, gleiches gilt für die Orte an denen diese schrecklichen Dinge passiert sind, diese schrecklichen Dinge, für die ich bis heute nie die richtigen Worte finden kann. Wahrscheinlich gibt es die richtigen Worte für derartiges Leid und Ungerechtigkeit einfach nicht.

Erinnern und nicht vergessen, dazu leisten die Gedenkstätten in Oberösterreich, wie Gusen, Mauthausen, Ebensee, Schloss Hartheim oder auch der Stollen der Erinnerung in Steyr einen unabdingbaren Beitrag. Sie verdienen unseren Dank und unsere Unterstützung, weil sie sorgen dafür, dass aus dem Erinnern ein „Nie wieder“ werden kann. Wie wichtig diese Arbeit ist, das zeigen uns auch die antisemitischen Tathandlungen und die Äußerungen vor allem online, diese haben 2023 einen neuen Höchststand erreicht, das dürfen wir nicht ignorieren. Dabei ist es vollkommen egal, ob dieser Antisemitismus aus einem Terrorhandbuch der Hamas kommt oder aus einem Liederbuch einer Burschenschaft. Deshalb ist es gut und notwendig, dass wir in den vergangenen Monaten im Unterausschuss uns intensiv damit beschäftigt haben, wie wir unterstützen können, dass jede Schülerin, jeder Schüler in Oberösterreich die Möglichkeit bekommt einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte zu besuchen. Ich möchte mich auch bedanken bei Frau Dr. Glück und Frau Mag. Blohberger für den Austausch im Unterausschuss und auch für die Einladung an die Gedenkstätte. Bedanken möchte ich mich auch bei der Bildungsdirektion für den Austausch im Unterausschuss, ich glaube, es ist dort ganz klar geworden, dass wir alle ein gemeinsames Interesse haben diesen Besuch allen Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen.

Auch ganz wichtig, was sich dort auch im Unterausschuss in den Diskussionen herausgestellt hat, dass ein isolierter Gedenkstättenbesuch alleine keinesfalls das Ziel ist, es braucht gute pädagogische Nach- und Vorbereitung. Die ExpertInnen der Gedenkstätten haben hier bereits Programme und Unterlagen ausgearbeitet, die sind erprobt und auch schon in Verwendung, wir müssen nur dafür sorgen, dass diese auch den Weg in jedes Klassenzimmer finden, sie sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratiebildung.

Wir unterstützen das Anliegen, natürlich auch diesen Antrag, wir bitten um Zustimmung. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank. Bevor ich dem Abgeordneten Gruber das Wort erteile, begrüße ich recht herzlich die Interessensvertretung „Virtual Office FAB Linz“ herzlich, schön dass ihr hier seid und habt eine ganz angenehme und interessante Stunde hier bei uns. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. **Gruber:** Danke Frau Präsident, werte Damen und Herren im Plenum, auf der Galerie, geschätzte Landsleute, die uns online verfolgen! Freiwilligkeit ist eine Grundvoraussetzung demokratischer und historisch-politischer Bildung! Das ist ein Zitat von Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, aus einem Artikel „Der Zeit“. In diesem Artikel ist ziemlich gut beschrieben, wie die Gedenkkultur entsprechend eingebettet sein muss, wie sie auch entsprechend ihrer Wirkung entfalten kann, so dass die Ziele, die durch meine Vorredner auch entsprechend definiert wurden, erreicht werden können. Jedoch bei der Zielerreichung haben wir unterschiedliche Ansätze. Ich verweise darauf, dass wir bereits nach dem Unterausschuss auch entsprechend für einen gemeinsamen Antrag bereitgestanden wären, wo einige Punkte etwas anders beschrieben sind, wie vielleicht

in diesem Antrag. Zum Beispiel beim Besuch, mit einer Verpflichtung sind wir uns einig, dass es gewisse Begleitmaßnahmen geben müsste, nämlich eine Lehrplanänderung für die verpflichtende Aufklärung über Opfer von totalitären Regimen, eine Lehrplanänderung für eine verpflichtende Aufklärung über den politischen Islam. Ein längst überfälliges Verbotsgesetz und auch sehr oft vergessen, eine volle Aufklärung über die entsprechende Vorgangsweise beziehungsweise Etablierung einer Gedenkkultur über die Vertriebenen durch die totalitären Regime.

Eingebettet logischer Weise in eine pädagogische Vor- und Nachbereitung und versehen mit einem Mindestalter von 14 Jahren, weil wir der Meinung sind, dass eine gewisse geistige Reife die Grundvoraussetzung ist für eine entsprechende pädagogische Aufarbeitung.

Wenn wir heute, weil sehr oft von Extremismus gesprochen wurde, wenn wir heute von extremen Strömungen sprechen, von extremistischen Ausprägungen sprechen, dann dürfen wir auf keinem Auge blind sein. Die große Gefahr vor allem beim Antisemitismus, rührt aus dem rasant wachsenden radikalisierenden politischen Islam, der natürlich, das wissen wir alle, durch die ungebremste illegale Migration vorwiegend zu uns getragen wurde. Ein prominentes Negativbeispiel hierzu waren die Pro-Palästina-Demos, wo man sehr wenig davon gehört hatte im Bereich der Aufregung und im Bereich des Auftretens dagegen. Außer uns habe ich da wenig vernommen, das ist ein mahnendes Beispiel, das sollte uns alle einen, um hier auch entsprechend dagegen anzukämpfen. Daher, unser Angebot unseres Antrages gilt nach wie vor. Diesen Antrag halten wir für etwas, wie soll ich sagen, unkonkret aber auch etwas überhudelt, wenn ich daran denke, dass wir gut eine Woche vor der Nationalratswahl stehen, der zuständige Minister beziehungsweise das zuständige Ministerium dann entsprechend auch keine Zuständigkeit mehr hat. Dankeschön! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek. Bitteschön.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren des hohen Hauses, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Vorweg ist noch einmal ganz wichtig, dass ich herzlich für die Qualität dieser Diskussion danke. Ich denke, es geht da um ein höchst wichtiges Thema, wo jede Seriosität absolut im Vordergrund stehen muss. Gleich vorweg, das ist mir schon sehr wichtig, das möchte ich festhalten, nicht nur für alle Zuhörerinnen und Zuhörer, sondern vor allem auch für die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, dass wir diesen Antrag nicht ablehnen, sondern dass wir diesen Antrag im zuständigen Ausschuss intensiv weiter diskutieren wollen. Ich sage das durchaus so deutlich in Richtung der SPÖ, dass nicht wieder in sozialen Medien, wie beim letzten Mal bei der Polizeidiskussion, Unwahrheiten verbreitet werden.

Ich bin schon etwas überrascht über diesen Antrag, überrascht aus mehreren Dingen, dass nämlich gerade dieser Antrag jetzt von der SPÖ als dringlich formuliert wird, wo gerade die SPÖ immer wieder sagt, es geht bei vielen Anträgen eben darum intensiv darüber zu diskutieren, um dann nach Möglichkeit eine hohe Zustimmung beziehungsweise im Idealfall eine Einstimmigkeit zu erreichen. Gerade bei dem Thema wäre es meines Erachtens ungeheuer wichtig, ich hoffe, es ist ungeheuer wichtig, dass wir diese Resolution einstimmig in Richtung Wien verabschieden können, weil wir auch wissen, dass einstimmige Resolutionen politisch noch mehr Gewicht bekommen. Im Unterausschuss hätten wir uns eigentlich parteiübergreifend darüber geeinigt, dass wir eine gemeinsame Resolution verabschieden. Dieser Antrag ist wichtig, aber sicherlich nicht dringend, der Kollege Gruber hat schon einige Punkte gesagt, warum noch Diskussionsbedarf besteht. Gerade die Frau Dr. Glück hat in der

Unterausschusssitzung zum Unterausschuss Extremismus ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man sich sehr wohl auch noch intensiv damit auseinandersetzen muss, ab welchem Lebensjahr es sinnvoll erscheint mit Kindern bzw. Jugendlichen eine Gedenkstätte zu besuchen, weil durchaus bei jüngeren Kindern die Gefahr größer wird, dass sie tatsächlich traumatisiert werden können. Wir haben uns darauf mit der Frau Dr. Glück verständigt, dass es wichtig ist, dass eine entsprechende Vor- und Nachbereitung ins Auge gefasst wird, das ist dankenswerter Weise auch im Antrag entsprechend berücksichtigt. Aber wir haben schon auch darüber diskutiert, wie wichtig es ist auf die gerade jetzt hoch aktuelle islamistisch, politische und extremistische Situation besonders hinzuweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage schon auch kritisch dazu, wenn es wirklich um die Sache ginge, aber nicht parteipolitisch zehn Tage vor der Wahl diesen Antrag zu stellen, dann hätten Sie ihn wahrscheinlich normal eingebracht, um ihn im Ausschuss diskutieren zu können. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Es ist jetzt alles vor der Wahl, warum machen wir überhaupt Anträge, wenn alles vor der Wahl ist?“) Nicht böse sein, Frau Kollegin, aber es ist einfach so, dass sich das Parlament Ende Oktober einmal konstituieren wird, dass es dann Regierungsverhandlungen geben wird. (Unverständliche Zwischenrufe) Lasst mich bitte ausreden, das wäre zumindest ganz nett. Dass dann der entsprechende Minister oder die entsprechende Ministerin feststehen wird, dass man die dann mit der entsprechenden Resolution konfrontieren wird können. Das heißt, da ist überhaupt keine Dringlichkeit gegeben, es gibt schon eine Sitzung des Unterausschusses Extremismus, es gibt selbstverständlich jedes Mal in der Ausschusssrunde eine Sitzung des Verfassungsausschusses, daher ist dort immer die Möglichkeit, auch entsprechend darüber zu diskutieren. Es ist einmal so, diese Kritik müsst ihr euch gefallen lassen, jetzt zehn Tage vor der Wahl gerade diesen Antrag dringlich einzubringen, das ist meines Erachtens populistisch und hat mit der Sache an sich nichts zu tun.

Lange Rede kurzer Sinn, wir werden uns gerne inhaltlich mit diesem Antrag intensiv weiter auseinandersetzen, ich bin auch überzeugt, dass es zu einer entsprechenden Resolution kommen wird, der Dringlichkeit stimmen wir aber nicht zu. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Sehr geehrte Damen und Herren, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 938/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 938/2024 dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zu.

Einen weiteren Dringlichkeitsantrag, der in Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde steht, werden wir unmittelbar im Anschluss an diese behandeln. Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur aktuellen Stunde mit dem Thema „Hochwasser 2024 - Konsequenzen und Lösungen zum Schutz Oberösterreichs“. Ich erteile hiermit Herrn Abgeordneten Rudi Hemetsberger als Sprecher des antragstellenden Klubs das Wort. Bitteschön!

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Regierungsmitglieder, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! In der letzten Woche, speziell am Wochenende, wurden Teile Europas, Österreichs und Oberösterreichs von einer weiträumigen Hochwasserkatastrophe getroffen. Wassermassen gewaltigen Ausmaßes sind über Teile

Europas hereingebrochen, sie haben Flüsse, Bäche und Seen überflutet und dabei gewaltige Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Unzählige Menschen mussten ihre Häuser verlassen und haben ihr Hab und Gut verloren, leider gibt es auch zahlreiche Todesfälle, alleine fünf davon in unserem Nachbarbundesland Niederösterreich. Daher möchte ich heute damit beginnen allen Betroffenen meine und unsere tief empfundene Anteilnahme auszusprechen, verbunden mit dem Versprechen unser Bestmöglichstes zu tun, um solche Katastrophen zukünftig zu vermeiden. Gleichzeitig möchte ich mich bei allen Einsatzkräften und allen freiwilligen Helfern vor allem dafür bedanken, dass sie in den letzten Tagen im Einsatz gestanden sind oder teilweise immer noch stehen, sie für die Betroffenen und damit für unsere Gemeinschaft da waren und geholfen haben, wo Not an der Frau und am Mann war. Einen herzlichen Dank dafür, wir sehen das und würdigen das entsprechend. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn Oberösterreich dieses Mal im Verhältnis einigermaßen glimpflich davongekommen ist, so sind wir Grüne davon überzeugt, dass uns ein derartiges Ereignis verpflichtet uns mit der Frage auseinanderzusetzen, ob wir auch alles in unserer Macht stehende Tun oder auch getan haben, um Ähnliches künftig so gut wie möglich zu vermeiden oder zumindest zu bewältigen? Darum haben wir beantragt, heute die aktuelle Stunde dem Thema „Hochwasser 2024 - Konsequenzen und Lösungen zum Schutz Oberösterreichs“ zu widmen. Dass das einigen offenbar nicht gefällt, das haben wir wahrgenommen, wir verstehen es natürlich auch. Denn natürlich wäre es unbestrittenmaßen für einige angenehmer, wenn wir heute zum 37. Resolutionsantrag beim Thema Asylpolitik an die Bundesregierung appellieren und diskutieren, wo Oberösterreich null Zuständigkeit hat, als über die Themen, die uns aktuell wirklich beschäftigen. Wir hingegen sind der Ansicht, dass es angesichts dieses Elementarereignisses unsere Pflicht ist, uns heute mit Handlungen und Konsequenzen mit diesem Ereignis auseinanderzusetzen.

Wenn wir das tun, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir drei Aspekte in den Vordergrund stellen. Erstens müssen wir uns fragen, ob die Hilfeleistung in der Akutsituation ausreichend gewährleistet war und ist? Das wird zu evaluieren sein, das kann man jetzt noch nicht sagen, wobei mein persönlicher Befund ist, ich kann nur sagen, dass ich selber am Montag in der Nacht mit der Feuerwehr vor Ort war, dass das sehr gut funktioniert hat. Ganz sicher haben unsere Einsatzkräfte sehr gut funktioniert und ich bin mir auch sicher, dass es in Oberösterreich keine Gemeinde, und auch nicht das Land, gibt, die einer Einsatzorganisation finanzielle Mittel für Ausrüstung verweigert.

Anschauen müssen wir uns vielleicht, ob die finanziellen Unterstützungsleistungen für die Betroffenen ausreichend sind und den Ereignissen noch angemessen sind. Aber das ist eine Debatte, die wir bundesweit auch diskutieren.

Zweitens müssen wir uns fragen, ob unsere Schutzsysteme in ausreichender Zahl vorhanden waren und sind und wo noch Weiterentwicklungsmöglichkeiten bestehen? Und dazu wird sich der Herr Landesrat Kaineder später noch äußern, der ja auch dafür zuständig ist.

Und drittens, und darauf möchte ich besonders hinweisen, müssen wir uns fragen, ob wir ausreichende und nachhaltige Präventionsmaßnahmen zur Verfügung haben, um solche Ereignisse zukünftig zu verhindern? Und da muss ich euch leider sagen, dass wir der Meinung sind, und ich der Meinung bin, dass das nicht so ist. Die Realität ist nämlich leider, dass derartige Hochwasserereignisse, so wie das der Herr Landeshauptfrau-Stellvertreter Pernkopf heute Morgen im Morgenjournal formuliert hat, unverbaubar sind. Das ist eine schöne Formulierung, die mir sehr gut gefällt, weil sie sagt, dass man derartige Ereignisse allein mit technischem Hochwasserschutz nicht bewältigen kann.

Und daher kann und muss es die einzige Konsequenz sein, oder eine Konsequenz sein, nicht die einzige Konsequenz sein, dass wir grundlegende und weitreichende Maßnahmen einleiten, die der Natur wieder mehr Raum zur Entfaltung geben und den Beton zurückdrängen.

Denn für mich und uns ist vollkommen klar, und das sagt mir übrigens auch der Hausverstand, der hier herinnen oft strapaziert wird, dass Flüsse und Bäche, die genug Raum haben, um sich zu entfalten, der beste natürliche Hochwasserschutz sind. Und für mich und uns ist auch klar, dass wieder vernässte Wiesen und Moore die besten Wasserspeicher sind, die wir kennen, und dass jeder Tropfen, der nicht in den Bach hinuntergeht dabei helfen kann, Katastrophen zu verhindern.

Und für mich und uns ist auch klar, dass unversiegelte und gesunde Böden die nachhaltigste Form von Hochwasserschutz sind, die es gibt. So wie das übrigens auch Jahrhunderte war. Und genau da müssen wir gemeinsam ansetzen. Und in diesem Sinne lade ich euch bereits jetzt alle sehr herzlich dazu ein, unserem dringlichen Antrag heute zuzustimmen und zur Verstärkung des Hochwasserschutzes durch den Erhalt und die Wiederherstellung von natürlichen Retentionsräumen in Oberösterreich beizutragen. Denn nur wenn wir heute beginnen, unsere Wiesen, Felder, so wie alle Flächen im allgemeinen retentionsfähig zu machen, dann können wir derartige Ereignisse langfristig verhindern.

Und vielleicht einen Satz noch. Der Naturschutz ist nicht der Feind des Hochwasserschutzes und ganz sicher wird kein Hochwasserprojekt aufgrund von Naturschutz nicht gebaut. Und ganz sicher ist es auch nicht so, dass ein Schutzbauwerk aufgrund von Naturschutz oder von Renaturierungsmaßnahmen abgerissen werden muss. Das wisst ihr alle ganz genau und auch eure Kolleginnen und Kollegen. Und das sagt mir jedenfalls der Hausverstand, und übrigens auch die Sachverständigen. Und darum, glaube ich, kann man diese Debatte an dieser Stelle auch gleich wieder beenden. Danke! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als nächstem Redner erteile ich nun Herrn Abgeordnetem Froschauer das Wort.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Oberösterreichischen Landtags, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Angesichts der Ereignisse der letzten Tage ist es, glaube ich, ganz besonders wichtig, und da danke ich auch dem Kollegen Hemetsberger, faktenbasiert zu diskutieren. Es ist ganz, ganz wichtig, die Emotion, die in der Situation vorhanden ist, auszuklammern. Vielen Dank für diese sachliche Einführung in diese aktuelle Stunde.

Ich bin ein Kind des Machlandes. Ich bin aufgewachsen in Baumgartenberg, in der Donauebene, die 1954, 1991, 2002, 2013 so unglaublich getroffen wurde von großen Donau-Hochwässern. Wir sind, so wie du bereits angeführt hast, mit einem blauen Auge in Oberösterreich davongekommen. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Niederösterreich, aber auch in Polen, in Tschechien, die so schlimm getroffen wurden und die teilweise vor den Trümmern ihrer Existenz stehen.

Ich danke an dieser Stelle allen Einsatzkräften, die uns zur Verfügung gestanden sind, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gemeinden, in den Gemeinde-Bauhöfen, in den Krisenstäben, die Sachverständigen, ich komme darauf zurück, aber auch unseren Bäuerinnen und Bauern, die uns mit ihrem Gerät zur Hand gegangen sind. (Beifall)

Was sind die Fakten in der Bewältigung der Katastrophe? 1.830 Einsätze, 16.700 Feuerwehrkameradinnen und -kameraden haben insgesamt 36.500 Arbeitsstunden geleistet. Unsere 906 Feuerwehren mit 95.000 Mitgliedern sind ein Bollwerk in Krisensituationen und unverzichtbar.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, welche Maßnahmen wurden im Vorfeld getroffen, um Katastrophen möglichst gut zu bewältigen, wir können sie gar nicht verhindern, aber möglichst gut zu bewältigen, so erinnere ich zum Beispiel an den Machland-Damm. 182 Millionen Euro, davon allein 54 Millionen Euro aus Oberösterreich, wurden hier verbaut, um ein hundertjähriges Hochwasserereignis zu bewältigen. 2002 war der Auslöser. Und auch heute noch gilt unser Dank dem damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl im Zusammenwirken mit Landesrat Rudi Anschöber, die dieses Projekt unermüdlich vorangetrieben haben, beschleunigt haben. Und es war Ende 2012 fertig und 2013 hat uns das nächste Hochwasser getroffen. Und dieser Damm hat um wenige Zentimeter, wer die Bilder aus Grein noch weiß, gehalten.

In diesen Summen, die ich genannt habe, sind noch nicht die Betriebskosten enthalten. Die Betriebskosten für die Pumpwerke, für die Pflege und Ertüchtigung des Damms. Und wir reden ja immer wieder, was bedarf es, um diesen Machland-Damm zu pflegen. Mehr als tausend Häuser sind geschützt.

Und erlauben Sie mir einen kleinen Exkurs. Meine Schwester hat Haus gebaut in Mitterkirchen 1987. Die Aussage damals war, das Hochwasser 1954 allen noch in Erinnerung, in der Zwischenzeit wurde das Kraftwerk gebaut. 1991 war der Keller voll, 2002 ist es durch das Wohnzimmer in einem Meter Höhe geronnen. Wenn es heute drei Tage regnet, ist meine Schwester nicht wiederzuerkennen. Auch optisch verfällt sie. Umso wichtiger sind diese Maßnahmen.

Wenn ich Oberösterreich noch einmal hernehme, neben dem Machland-Damm, alleine 2023 wurden für zehn schutzwasserbauliche Maßnahmen 6,6 Millionen Euro aufgewendet. Allein das Land hat 2,6 Millionen Euro beigesteuert. Bis 2030 sollen weitere 350 Millionen Euro hier in diesen Schutz investiert werden. Zahlreiche weitere Projekte, zum Beispiel in Salzach, aber auch in den Gewässerbezirken Gmunden und Grieskirchen, sind geplant. Das sind unfassbare Summen.

Erlauben Sie mir, es einmal herunterzubrechen auf den Bezirk Perg. Was ist hier passiert? Was ist hier an Maßnahmen getroffen worden? Es wird ein bisschen besser vorstellbar. Neben dem Machland-Damm wurden Hochwasserdämme, teilweise in mobiler Form, geschaffen. In Klam, in Schwertberg, in Mitterkirchen, in Luftenberg und in Langenstein.

Und wenn ich es noch einmal runterbreche auf die Stadt Perg, so haben wir im Süden die Naarn, die hinausrinnt in Richtung Donau. Wir haben aber eine Fülle von Bächen und Flussläufen. Vor 20 Jahren waren bei jedem Starkregenereignis Straßen verlegt mit Abgängen von Erdreich, teilweise Vermurungen. Davon ist heute nichts mehr zu sehen. Wir haben eine Fülle von Maßnahmen getroffen. Tobrabach, ein Bächlein, da springen wir alle ganz leicht drüber, im Normalfall einen Meter breit, ungefähr zwei handbreit tief. Ein Einzugsbereich vom 30 km<sup>2</sup>. Wir haben dort ein Rückhaltebecken errichtet, und haben gesehen, es funktioniert. Die Siedlung Tobra war geschützt, kein Problem. Wir haben das im Halbstundentakt bestreift. Es ist nichts gewesen.

Thurnhofbach, eine kleine Rückhaltestaustufe und den Abflussquerschnitt erweitert bei dem Durchlass durch die alte B3, kein Problem. Aisthofnerbach, lineare Maßnahmen und auch eine Aufweitung des Querschnitts. Gott sei Dank, es war hier nichts. Und den Auhofbach, hier durch eine Siedlung durch, manches Mal sind wir, Kollege Hemetsberger hat es angesprochen, manches Mal sind wir auch durch die Topographie eingeschränkt und eingeeengt, hier haben wir lineare Maßnahmen durchgeführt. Und auch um es zu verdeutlichen, wie viele Aspekte hier hineinspielen, durch das Schloss Auhof in einem denkmalgeschützten Bereich Aufweitungen durchzuführen bedurfte vieler Gespräche. Aber die waren auch letztlich von Erfolg gekrönt. Kein Problem.

Und jetzt kommen wir zum Naarn-Fluss. Hier müssen wir das Wasser durch die Stadt Perg bringen. Wir haben, damit man ein Gefühl bekommt für die Dimensionen, bei Wasserbauwerken Restwassermengen von 400 Sekundenlitern, also 0,4 m<sup>3</sup> pro Sekunde. Im hundertjährigen Hochwasserfall haben wir 125 m<sup>3</sup> pro Sekunde, die hier durchgeschleust werden müssen.

Wir haben also die Abflussquerschnitte aufgeweitet, wir entnehmen Geschiebe, ich komme darauf nochmals zurück, wir haben die Brücke über die Naarn, die Hafnerplatzbrücke, ertüchtigt und haben auch hier den Abflussquerschnitt vergrößert. Wir haben Renaturierungsmaßnahmen gesetzt, auch hier ein Danke noch einmal an Landesrat Anschöber, der damals mit im Boot war. Die Gemeinden Naarn, Mitterkirchen und Perg haben von elf Kilometern Flussstrecke in der Ebene 5,5 Kilometer renaturiert. Das hat nicht nur den Aspekt, dass es ausufern kann, sondern indem hier ein künstliches Gefälle erzeugt wird, das in der Stadt nicht gegeben ist, kann ebenfalls mehr Wasser durchfließen und kann sich dann in diesen Bereichen ausdehnen.

Wir haben sogar untersuchen lassen, gemeinsam mit der BOKU Wien, die immer wieder ein Partner ist in diesen Fragen, ein HQ 400. Mit diesen Maßnahmen ist HQ 100 zu HQ 400, nur 1,5 Zentimeter was der Wasserspiegel sich erhöhen würde, weil hier diese Ausdehnungsmöglichkeiten gegeben sind.

Was noch geplant ist, mittlerweile auch bereits genehmigt und für förderfähig erklärt wurde, Geschiebemanagement. Im Natura 2000-Gebiet, um auch hier das zu unterstreichen. Geschiebemanagement, zuerst einmal unglaublich belächelt, als die Idee gekommen ist, als Partner die BOKU. Und siehe da, eine permanente Entnahme von Geschiebe, das unsere Abflussquerschnitte in der Stadt gefährdet, führt dazu, dass ein besseres Aufkommen von Fischlaich, et cetera möglich ist. Das heißt, es ist auch der Biodiversität dienlich. Geht also Hand in Hand mit den Naturschutzmaßnahmen. Das haben wir immer schon so gelebt bei uns. Bis hin zu einem Wildholzrechen.

Ebenfalls mit im Boot der Bezirksabfallverband. Wir haben bereits 2002, und hier sind wir die Benchmark immer wieder in Oberösterreich, da danke ich explizit unserem Geschäftsführer Michael Reiter, ein Abfallmanagement nach Krisenfällen entwickelt. Das haben alle anderen Bezirke mittlerweile übernommen. Übrigens auch in der Pandemie-Frage, darum haben wir es ja im AWG, dort als exemplarischer Fortschritt wie wir in Zukunft mit diesen Dingen umgehen.

Wir haben aber auch neben den baulichen Maßnahmen eine Fülle von anderen Maßnahmen getroffen. Wir haben im Rahmen unserer Stadt-Umland-Kooperation, wo die Gemeinden Schwertberg, Naarn, Arbing und Perg zusammenarbeiten, uns verständigt in der Raumordnung. Wir stimmen unsere Raumordnung aufeinander ab. Wir haben festgelegt, dass nicht jede Gemeinde jede Funktion erfüllen muss, sondern wir kooperieren. Wir haben eine

Verdichtung herbeigeführt in den Ortskernen, einerseits zur Belebung und andererseits auch um ressourcenschonend mit unserem Grund und Boden umzugehen.

Wir sind im Bereich der Revitalisierung Vorzeigeprojekt und nicht umsonst im letzten EFRE-Programm eigentlich auch Pilotgemeinde gewesen. Wir haben ein altes Feuerwehrzeughaus als Kulturzentrum adaptiert. Wir haben einen aufgelassenen Billa für unsere Bauabteilung adaptiert und angepasst. Ich denke, es gibt nicht die eine große Maßnahme, auf die wir alle hinschauen. Es gibt ein Bündel und eine Fülle von Dingen, die wir zur Verfügung haben und wo wir einen relativ großen Hebel in der Hand haben. Bis hin zu unseren ökologischen Begrünungsmaßnahmen, Hand in Hand mit der Landwirtschaft, wo wir Winterbegrünung durchführen. Also ein Bündel an Maßnahmen, wie wir uns auch wappnen wollen, um solche Ereignisse entweder hintanzuhalten oder zumindest abzumildern.

Und ganz zuletzt noch einmal ein ganz, ganz großes Dankeschön den Einsatzorganisationen, Feuerwehren, Bauhof, den Bauern. Wir haben auf die Naarnbrücke unsere Bauern gestellt mit Rückewagen um Treibholz herauszunehmen und Verkläusungen hintanzuhalten. Ein ganz großes Dankeschön an die Krisenstäbe, allen voran die Bezirkshauptleute, die hier mustergültig diese Einsätze gemeinsam mit den Bezirksfeuerwehrkommanden geleitet haben. Aber auch an die Beamten des Landes Oberösterreich.

Ich schildere Ihnen einen Hangrutsch, wo ein Geologe angefordert wurde und der ist im Matsch auf allen Vieren die Böschung hoch. Da ist der Dreck zwischen den Fingern durchgegangen. Und vier Stunden später, als die Situation sich verändert hat, war er wieder da. Nass von oben bis unten, durchnässt bis auf die Haut, ohne Muh und Mäh weitergearbeitet. Ein großes, großes Dankeschön hier den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Oberösterreich. (Beifall)

Das blaue Auge soll uns mit Dankbarkeit erfüllen und uns antreiben, weitere Maßnahmen gemeinsam weiterzuentwickeln. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als nächstem Redner erteile ich nun Herrn Abgeordneten Gruber das Wort.

Abg. **Gruber:** Danke Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren im Plenum, auf der Galerie, werte Landsleute online! Zuvorderst auch im Namen unserer Fraktion ein entsprechendes Mitgefühl an alle Opfer und Betroffenen. Wir wissen natürlich, dass hinter allen Ereignissen entsprechende Schicksale verborgen sind und daher möchten wir dies an an dieser Stelle auch tun, so wie alle anderen, und eine klare Botschaft entsenden, wir stehen an eurer Seite. (Beifall)

Uns ist natürlich bewusst, dass entsprechend rasche Hilfe doppelt wirkt. Und daher verweise ich auf die Maßnahmen schon in der Vergangenheit, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene beim Katastrophenschutz entsprechend rasch und wirksam zu helfen. Das ist eine Errungenschaft, die erst vor einigen Monaten entsprechend umgesetzt oder eingeleitet wurde. Und daher ist es, glaube ich, auch gut, dass wir entsprechend rasch diese Mittel verfügbar machen, aber nichtsdestotrotz auch immer in Abstimmung mit der Bundesebene ständig evaluieren, um hier auch entsprechende Verbesserungen herbeizuführen. Da möchte ich nicht hintanstehen auch dies zu betonen.

Jawohl. Ein weiterer Dank, wie auch von meinen Vorrednern, allen Einsatzkräften, allen Einsatzorganisationen und selbstverständlich der gesamten Zivilgesellschaft. Alle gemeinsam



haben einen riesengroßen solidarischen Akt in allen Bereichen vergangenes Wochenende geleistet und da kann man wirklich nur den Hut ziehen.

Für uns in der Politik ist es natürlich entscheidend, auch die notwendigen Maßnahmen, aber auch Lehren, in vielen Bereichen entsprechend abzuleiten. Und wenn man sich die Statistik, und ich nehme an auf die wird auch noch entsprechend verwiesen, möchte ich auch nur einen Punkt herausgreifen, nämlich die Etablierung der sogenannten F-KAT-Züge. Alle Feuerwehrkameraden wissen herinnen bescheid was ich meine, die nicht nur sehr oft in Oberösterreich zur Stelle gewesen sind, neben allen anderen Einsatzkräften, sondern auch bei der Entsendung und Unterstützung und Verstärkung im Raum Niederösterreich Großartiges geleistet haben. Und daher muss man auch diesem organisatorischen Fortschritt im Rahmen des Feuerwehrwesens entsprechend ein positives Zeugnis ausstellen.

Wenn wir von Hochwasserschutz sprechen, und es ist, glaube ich, von mehreren bereits durchgeklungen, ist es keine ideologische Frage, ob Hochwasserschutz Wirksamkeit beweist oder nicht. Für unsere Fraktion halte ich fest, dass die technischen Maßnahmen beim Hochwasserschutz die effektivsten und essenziellsten überhaupt im Bereich des Schutzes von Gebäuden, von Siedlungen, von Straßen beziehungsweise auch von Produktionsflächen darstellt.

Ein Beispiel, Rückhaltebecken Krems-Au in meinem Bezirk, eingeleitet dankenswerterweise von den Landesräten Podgorschek und Klinger, am Ende umgesetzt durch Herrn Landesrat Kaineder, herzlichen Dank dafür, die Feuertaufe wurde bravours bestanden. Wir haben das selbst vor Ort entsprechend beobachten können. Und alle Gemeinden, die entsprechend in diesem Raum, aber auch unterhalb, früher wesentlich betroffen waren, haben alle aufgeatmet. Und das ist nur ein praktisches, positives Beispiel für einen gelungenen, technisch gut ausgereiften und auch in der Landschaft gut eingebetteten technischen Hochwasserschutz. Vielen Herzlichen Dank an alle, die dazu beigetragen haben.

Wenn wir im Bereich der Renaturierung, wie es auch aus dem Trägerantrag hervorgeht, vermuten, dass das die Lösung für den nachhaltigen Hochwasserschutz ist, bin ich anderer Meinung. Wenn wir, und das ist irgendwie ableitbar, von einer Rückführung, einem Rückbau, wo keiner hier herinnen genau weiß, in welcher Form das vonstattengehen soll, von den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts sprechen, dann verweise ich auf das Hochwasserereignis 1954. Also da hat es auch schon ein Hochwasser gegeben und trotzdem kombiniert man das mit entsprechenden Maßnahmen über die Renaturierung. Ich halte das für nicht geboten. Entscheidender ist, diesen konsequenten Weg von 15 Jahren, Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner und Naturschutz, weiter voranzutreiben. Da hat man genügend Maßnahmen, du hast es kurz angesprochen, das ist kein Widerspruch, aber effektiv in Kombination mit den technischen Maßnahmen, die wir, glaube ich, alle sehr schätzen, nicht nur im Raum Perg, der in Oberösterreich entsprechend betroffen war, sondern auch in vielen anderen Bereichen.

Einen Aspekt möchte ich noch ins Treffen führen, die Wildbach- und Lawinenverbauung. Sehr viele Verkehrswege, sehr viele Siedlungen sind durch die großartigen Leistungen unserer Wildbach- und Lawinenverbauung entsprechend geschützt worden. Das ist ebenfalls eine Errungenschaft. Ich habe sogar das Gesetz vom 30. Juni 1884 da, wo entsprechend der Startschuss für die Etablierung der Wildbachverbauung gelegt wurde. Das ist auch ein wesentlicher Faktor, warum wir heute sehr beruhigt die weiteren Maßnahmen im technischen Bereich angehen können, wohlwissend, dass das enorme Summen von Steuergeld bedarf. Nichtsdestotrotz, abgeleitet von den Errungenschaften und den Erkenntnissen der

bestehenden technischen Maßnahmen, ist es nur Gebot der Stunde und äußerst notwendig, diesen Weg konsequent weiter zu beschreiten.

Ich möchte im Zuge dessen darauf hinweisen, weil immer von dieser Renaturierungsverordnung gesprochen wird. Ich würde doch meinen, wenn Bürokraten auf einem Sessel sitzend mit einem Federstrich 20 Prozent irgendwo außer Kraft setzen, würde das sehr stark unsere Leistungsträger, die unsere bäuerlichen Bewirtschaftungsflächen entsprechend auf einmal nicht mehr für die Produktion verfügbar haben, treffen. Das, muss ich ganz ehrlich sagen, ist kein Zugang, den wir weiter verfolgen, erstens der Eingriff in das Eigentum und zweitens der Eingriff in die Produktion. Wir wissen, dass wir jeden Quadratmeter landwirtschaftliche Produktionsfläche brauchen und natürlich hängen damit auch entsprechende Existenzen zusammen. Daher ist diese Vorgehensweise von Frau Ministerin Gewessler, hier wider den Willen der Länder, wider der Vorgabe des zuständigen Bundeskanzlers, anders abzustimmen, der falsche Weg gewesen. Wir sind gut beraten, hier noch einmal nachzujustieren im Sinne der Länder, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Es geht halt nicht nur immer nach euch!“) im Sinne der Aufgaben der Republik, um wirklich den Fokus auf unsere Leistungsträger, auf die Produktionsflächen, auf das Eigentum von so vielen im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau von entsprechendem technischen Hochwasserschutz voranzutreiben. Das ist unser Zugang und wir sind auch der Meinung, dass wir so auch die entsprechende und richtige Zukunft für die Menschen und die Leistungsträger bauen können. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als nächsten Redner erteile ich nun Herrn Abgeordneten Antlinger das Wort.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und im Internet! Die aktuelle Flutkatastrophe, die unser Land die letzten Tage heimgesucht hat, stellt Einsatzkräfte, stellt Betroffene vor kaum vorstellbare Herausforderungen. Unter großem persönlichen Einsatz müssen Feuerwehrleute und andere Einsatzkräfte der Katastrophe Herr werden und leider sind auch Verletzte und Todesopfer zu beklagen. Ich glaube, wir sind uns einig nach allem, was ich mir von meinen Vorrednerinnen und meinem Vorredner mitgenommen habe, dass wir alles unternehmen müssen, um Menschen zu schützen, um Betroffenen zu helfen und um Einsatzkräfte zu unterstützen.

Die Bilder, die uns aus den betroffenen Regionen erreicht haben, zeigen das Ausmaß der Zerstörung, überflutete Häuser, zerstörte Infrastruktur, Menschen, die ihr Hab und Gut verloren haben. Das macht mich persönlich auch betroffen, weil wenn ich zurückdenke an die Jahre 2002 und 2013, mein Onkel lebt im Einzugsbereich der Pram in St. Florian am Inn und da war das Wasser deckenhoch im Keller. Da war alles zum Wegschmeißen, da war alles verschlammt, es hat wochenlang gedauert, das wieder auszuräumen. Wer das selbst einmal miterlebt hat, was das mit den Menschen macht, wie viele Existenzen hier zerstört werden, wie viele persönliche Gegenstände an Fluten verloren werden, dann weiß man, dass man das keinem wünscht. Diese Wucht solcher Katastrophen und auch dieser Katastrophe führt uns einmal mehr vor Augen, wie verletzlich wir gegenüber den Kräften der Natur sind. Ich möchte an dieser Stelle, so wie es meine Vorredner auch getan haben, mich bei allen Einsatzkräften und allen Freiwilligen bedanken. Es ist unglaublich, was ihr, was sie die letzten Tage geleistet habt und was ihr in Wahrheit immer noch leisten müsst. Mein tiefstes Mitgefühl möchte ich all jenen aussprechen, die ihr Hab und Gut verloren haben oder vielleicht einen geliebten Menschen zu beklagen haben. (Beifall)

Ich finde es wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir heute in dieser aktuellen Stunde über dieses Hochwasserereignis sprechen. Ich bin absolut d'accord und es ist jetzt schon herausgekommen, dass wir uns da sehr einig sind, dass es natürlich langfristige Lösungen braucht. Aus meiner Sicht und das ist das, was die betroffenen Menschen jetzt brauchen, was die Einsatzkräfte jetzt brauchen, nämlich, dass wir ihnen Hoffnung geben, dass wir ihnen das Gefühl geben, wir wollen ihnen helfen.

Viele Menschen haben derzeit berechtigt Existenzsorgen. Für mich ist vorrangig, das war gestern auch im Nationalrat Debatte, dass diese Zahlungen aus dem Katastrophenfonds rasch und unbürokratisch erfolgen müssen, weil eines ist auch klar, wer schnell hilft, hilft doppelt.

Was aus meiner Sicht auch ganz wichtig ist, dass Betroffene in solchen Katastrophen die Sicherheit haben müssen, ohne Angst um ihren Arbeitsplatz, ihr Hab und Gut in Sicherheit bringen zu können und ihr Zuhause wieder herrichten zu können. Ein eigener gesetzlicher Freistellungsanspruch zur Schadensbeseitigung bringt den Betroffenen Rechtssicherheit und nimmt ihnen wenigstens eine Sorge ab. Ein weiterer Aspekt, und das ist mir besonders wichtig und es wurde heute schon das Ehrenamt betont, sind die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer. In den letzten Tagen haben wir eindrucksvoll erlebt, was das Rückgrat unserer Gesellschaft in Krisenzeiten wirklich ausmacht. Es sind die zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die auch oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens unermüdlich im Einsatz waren und sind, um anderen zu helfen. Das ist egal, ob das Feuerwehrleute, die Rettungskräfte, Mitglieder von Hilfsorganisationen sind, ohne all diese Menschen wären die Folgen dieser Katastrophen noch weitaus gravierender. Auch da haben wir leider einen Mangel. Es fehlt auf Bundesebene noch immer eine Regelung, die eine finanzielle Abgeltung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sicherstellt und die Freistellung für ihren Einsatz, weil die heutzutage noch immer von der Zustimmung des Arbeitgebers abhängig ist. Allen ehrenamtlichen Mitgliedern von Hilfsorganisationen, die in Notlagen zu Einsätzen ausrücken, gilt noch einmal, es ist mir wirklich wichtig, das zu betonen, der große Dank und meine Anerkennung. Aber, und das ist auch wichtig, es geht in dieser Frage auch um den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch um eine Absicherung für ihre Tätigkeit.

Daran ist eben auch eine finanzielle Entschädigung geknüpft, die es jedoch nur im Fall von Großschadensereignissen gibt. Aus meiner Sicht bräuchte es zur besseren finanziellen Absicherung einfach auch diese Sicherheit, dass den freiwilligen Einsatzkräften auch ihr Lohn und Gehalt weiterbezahlt wird, unabhängig davon, ob es sich um ein Großschadensereignis handelt oder nicht. Es reicht eben nicht, dass man sich bei jeder Gelegenheit für kostenlose Hilfe bedankt oder man in Sonntagsreden betont, dass das Ehrenamt ja der Kitt unserer Gesellschaft ist, was es zweifelsohne ist. Wir brauchen Rechtssicherheit für tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Öffentlichkeit stellen. Es fehlt ein Rechtsanspruch, der Hilfe auch wirklich außer Streit stellt, es fehlt auch dieser Rechtsanspruch, der nicht auf die Zustimmung des Arbeitgebers abhängig macht. Wir brauchen und wir haben das gestern auch im Nationalrat gefordert, dass endlich dieser Rechtsanspruch auf eine bezahlte Freistellung für in Einsatz stehende Einsatzkräfte geschaffen wird, weil am Ende des Tages es sich unsere Leute verdient haben.

Nun zum Hochwasserschutz, es steht völlig außer Frage und ich bin sehr dankbar darüber, wie die Debatte bis jetzt geführt wurde, dass technische Hochwasserschutzmaßnahmen Hand in Hand gehen mit der Debatte um passiven Hochwasserschutz und auch mit der Debatte um Renaturierung. Intakte Natur, das ist ein wesentlicher Baustein eines nachhaltigen Hochwasserschutzes. Nur eines möchte ich auch betonen, nur Renaturierung alleine reicht nicht aus, um die Bevölkerung zu schützen, weil wir es nicht überall so umsetzen können, wie

es vielleicht notwendig wäre. Die Realität zeigt uns, dass wir ohne technische Hochwasserschutzmaßnahmen, wie Dämme, Rückhaltebecken, mobile Hochwasserschutzwände kaum eine Chance haben, gegen solche Naturgewalten anzukommen. Die Kombination aus naturbasierten und technischen Lösungen ist am Ende des Tages der einzige Weg, um die Schäden durch Hochwässer in Zukunft zu minimieren. Da ist es wichtig, dass man in dem Fall pragmatisch, zielgerichtet und auch realistisch vorgeht. Während nämlich die Renaturierung auf lange Sicht positive Effekte haben wird, brauchen die Menschen jetzt und in naher Zukunft die Schutzmaßnahmen, die sofort wirken. Da dürfen wir uns ehrlicherweise auch nicht auf ideologische Diskussionen einlassen, sondern müssen ganz praktisch, so wie es auch in der Vergangenheit passiert ist, die besten Lösungen finden und dann bestmöglich auch so schnell wie möglich umsetzen. Wir dürfen auch nicht vergessen in der gesamten Debatte, dass immer der Schutz der Menschen, ihrer Häuser, ihrer Existenzen unsere oberste Priorität sein muss.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich noch einmal betonen, dass wir in den schwierigen Zeiten den Blick für das Wesentliche nicht verlieren dürfen. Die Flutkatastrophe, die Österreich die letzten Tage getroffen hat, zeigt schmerzhaft, wie wichtig ein koordiniertes und überlegtes Vorgehen in Krisensituationen ist. Auch da ein großes Danke an alle Krisenstäbe, an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die auch wieder einmal eindrucksvoll bewiesen haben, dass wir uns auf sie verlassen können. Das ist ein gutes Gefühl und das ist ein wichtiges Gefühl.

Es ist aber auch klar, dass wir jetzt den Menschen so schnell wie möglich helfen müssen. Wir haben gezeigt, Solidarität wirkt unter den Menschen, wenn wir in der Krise sind. Jetzt sind wir als Politik gefordert, Solidarität zu zeigen und für schnelle, unbürokratische Unterstützung für die Betroffenen einzutreten. Wir stehen zweifelsohne vor großen Herausforderungen und wir stehen zweifelsohne vor Herausforderungen, die durch den Klimawandel noch einmal verschärft werden. Wir wissen auch, dass extreme Wetterereignisse, wie dieses Hochwasser, in Zukunft öfters und noch intensiver stattfinden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind uns einig, dass wir gemeinsam handeln müssen und das nicht aus politischem Kalkül, sondern aus der Verantwortung heraus, die wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes tragen. Stellen wir gemeinsam auch die Weichen, um in Zukunft besser geschützt zu sein! Letztlich geht es darum, Leben zu retten, Existenzen zu sichern und den Menschen Hoffnung zu geben. Danke! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile nun Herrn Klubobmann Krautgartner das Wort.

Abg. KO **Krautgartner:** Geschätzte Präsidentin, geschätzte Kollegen, werte Zuhörer! Ich war selbst Betroffener mit Hochwasser im Haus. Ein lauter Knall im Haus und plötzlich steht das Haus unter Wasser. Ich weiß wahrhaftig, was das bedeutet und wünsche niemanden, dass das passiert, genauso wie ich niemanden wünsche, dass ein Haus abbrennt oder sonst irgendwelche tragischen Dinge im Leben passieren. Umso stolzer bin ich auf das Ehrenamt, auf die Nachbarn, die man da nicht vergessen darf. Menschen, die hier einfach bedingungslos helfen, wenn solche Dinge passieren, die da sind mitten in der Nacht, bei mir war es drei Uhr in der Früh, die aufstehen und die dir helfen. Das ist schon ein Indikator, der mich immer wieder stolz macht in meinem Umfeld, bei meinen Freunden, bei meinen Bekannten, weil man da zusammensteht und das uns als Gesellschaft auszeichnet. Das würde ich mir auch für die Zukunft wünschen, nämlich wenn es dann auf hart geht und etwas passiert, dann stehen wir zueinander, egal in welchem Colour wir sind, egal welche Hautfarbe wir haben, dann geht es plötzlich ans Eingemachte. Deshalb möchte ich mich noch einmal ganz ausdrücklich bei den

Einsatzkräften bedanken, die auch bei uns das mit Bravour gelöst haben, bei den Nachbarn, bei allen Menschen, die jetzt zusammenstehen, auch bei meinen Vorrednern, die sehr taktvoll mit dem Thema umgehen, weil man sich nicht vorstellen kann, wenn man betroffen ist, was das für einen selbst bedeutet, für eine Familie und auch für die Angehörigen bedeutet.

Es gab Tote. Mein tiefstes Mitgefühl an all die Angehörigen, die Menschen verloren haben bei diesem Hochwasser. Gleichzeitig noch einmal vielen herzlichen Dank an die Einsatzkräfte, die unermüdlich jeden Tag dort arbeiten. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür! (Beifall)

Wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen und eurem Antrag, weil das unendlich wichtig ist, dass man in dem Bereich etwas macht. Gleichzeitig möchte ich auch einen kurzen Blick auf den Wienfluss legen, wo es ja im 18. Jahrhundert sechs dokumentierte vergleichbare Hochwässer gab, im 19. Jahrhundert gab es sogar sieben und im 16. und 17. Jahrhundert gab es mehrere ähnliche Ereignisse wie jetzt. Ich komme dann gleich dazu, warum das durchaus wichtig ist, auch mit den Ableitungen, was man technisch alles machen kann. Das letzte hundertjährige Wienfluss-Hochwasser gab es 1899. Ingo Lantschner stellt unter anderem dar, dass der Wienfluss ein Gebirgsfluss ist und binnen kürzester Zeit von einer Wassermenge von 0,2 Kubikmeter auf 450 Kubikmeter ansteigen kann. Das muss man sich vorstellen, das ist das zweitausendzweihundertfünzigfache an Menge. Das kommt unter anderem daher, dass die Böden des Wienerwaldes kaum Wasser versickern lassen und der Wienfluss heute sich in einem sehr eingezwängten Bett befindet. Unterm Strich sind diese plötzlichen Extremanstiege nicht verwunderlich.

Ein großes Problem ist auch, dass wir den Flüssen selbstherrlich nahegerückt sind. Deswegen sollten wir in der Politik insgesamt alles dafür unternehmen, dass wir Maßnahmen setzen, um so etwas nicht mehr geschehen zu lassen. Ich weiß, das wird nicht so leicht sein. Ich weiß, da ist viel Anstrengung nötig. Ich hoffe, dass diese aktuelle Stunde und euer Antrag nicht nur Anlassgesetzgebung sind. Rudi Hemetsberger hat schon einmal gesagt, es ist immer ein Anlass, sondern auch, dass tatsächlich etwas gemacht wird. Ich würde mir auch wünschen von den Medien, dass dort nicht immer Angst verbreitet wird, sondern Hoffnung und Zuversicht, die wir als Politik versprühen möchten und wollen. Deswegen ist es uns wichtig, dass es auch Ausweichmöglichkeiten gibt, wie Auen und Wiesenflächen, die geboten werden sollen.

Deswegen auch eine kurze Rede von mir. Warum? Weil wir am besten nicht hier debattieren sollten, sondern unseren Nachbarn und all jenen, denen es jetzt gerade nicht so gut geht, helfen sollen, weil Worte verändern in diesem Fall nichts. Vielen Dank! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Bevor ich Herrn Klubobmann Eypeltauer das Wort erteile, begrüße ich recht herzlich die Schülerinnen und Schüler auf der Galerie der Berufsschule Vöcklabruck-Gmunden, herzlich Willkommen. Wir befinden uns gerade in der aktuellen Stunde - Hochwasser 2024, Konsequenzen und Lösungen zum Schutz Oberösterreichs. Ich hoffe, ihr habt eine ganz interessante Stunde bei uns, herzlich Willkommen. Bitteschön, Herr Klubobmann.

**Abg. KO Mag. Eypeltauer:** Danke Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler! Ihr habt tatsächlich ein spannendes Thema, bei dem ihr heute hier lauschen dürft.

Ich möchte nicht wiederholen was meine Vorrednerinnen und Vorredner großteils sehr richtig festgestellt und gesagt haben. Eines möchte ich schon wiederholen und ganz explizit sagen

und das ist der Dank an alle, die in den letzten Tagen im Bereich der Katastrophenhilfe für ihre Mitmenschen da waren. Ganz gleich, ob sie das gemacht haben, weil es ihr Beruf ist oder weil sie das gemacht haben, weil es ihr Ehrenamt ist. Ohne diese Menschen würde es ganz anders ausschauen in Oberösterreich und in Niederösterreich vor allem. Wir sehen ja in anderen europäischen Ländern, die nicht diese Kultur und dieses System des ehrenamtlichen Engagements haben, etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, aber nicht nur dort. Wie desaströs die letztendlichen Auswirkungen von so einem Hochwasser tatsächlich sein können. Ein herzlicher, ein großer und ein zutiefst empfundener Dank Ihnen allen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe gesagt, ich möchte nicht Argumente wiederholen, die Vorrednerinnen und Vorredner gebracht haben. Ich möchte auf zwei Aspekte besonders eingehen, die mir hier wichtig erscheinen bei der Frage, wie schaffen wir es, dass wir möglichst wirksam uns vor Extremwetterereignissen, oder in Wirklichkeit sind wir dabei uns vor den Auswirkungen von Extremwetterereignissen zu schützen. Wie wir uns möglichst wirksam davor schützen?

Ein Aspekt ist ein kleiner und der betrifft die Renaturierungsverordnung. Ein anderer ist ein größerer und der betrifft hier auch den viel und zurecht diskutierten Bodenschutz. Es sind zur Renaturierungsverordnung ganz viele Fakten, aber auch ganz viele Halbfakten und Unwahrheiten kursiert in den letzten Monaten, in Wirklichkeit. Einer dieser Unwahrheiten möchte ich ganz klar ansprechen. Zuletzt von der ÖVP Staatssekretärin Claudia Plakolm hier aus Oberösterreich, die behauptet hat in einem Fernsehinterview, dass die Renaturierungsverordnung, den Rückbau von Hochwasserschutz bedeuten würde. Es ist, wenn man einmal reinschaut und sich die Materialien dazu anschaut, explizit nicht so, dass die Renaturierungsverordnung einen Rückbau von Hochwasserschutz, also von technischen Hochwasserschutz, bedeuten würde. Das ist vielleicht auch der Wahlkampfzeit geschuldet, dass man sich hier so weit aus dem Fenster lehnt. Ich möchte das einfach nur kurz klar sagen, dieser Anlass zur Panik oder zur Sorge ist sicher nicht gegeben.

Ein zweiter Mythos, was diese Renaturierungsverordnung betrifft, das ist der Federstrichmythos, den der Kollege Gruber von der FPÖ bemüht hat. Da sitzen irgendwelche Bürokraten in ihren Sesseln in Brüssel. In Brüssel oder in Belgien gibt es weit und breit keine Natur und kein Wasser und kein Hochwasser, kein gar nix. Die Niederlande sind auch nicht gleich um das Eck, die besonders gut darin sind, sich vor Hochwasser zu schützen und machen einen Federstrich.

Wenn man sich den Prozess zu dieser Renaturierungsverordnung anschaut, ich bin kein Fan von EU-Bürokratie und ich finde auch, dass man vieles verbessern muss, aber wenn man sich den Prozess anschaut, dann sieht man, dass sich im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf der Kommission ganz massiv viel verändert hat, weil es Rückmeldungen gegeben hat aus den Mitgliedsstaaten, weil es Rückmeldungen gegeben hat aus dem EU-Parlament, aus der EU-Volksvertretung. Und was am Schluss rausgekommen ist tatsächlich in manchen Aspekten, Gott sei Dank, relativ wenig zu tun hat mit dem was ursprünglich vorgeschlagen wurde. Auch der Federstrichmythos stimmt in dieser Form leider oder Gott sei Dank nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall)

Das war mir ganz einfach im Sinne der Sachlichkeit ganz wichtig. Jetzt möchte ich zum Thema Bodenschutz ein paar Worte sagen. Überschlagsmässig kann jeder naturbelassene Hektar Boden 15.000 Badewannen an Wasser aufnehmen. Gleichzeitig müssen wir immer wieder mit Bedauern feststellen, dass Österreich im Europavergleich zumindest im Spitzenfeld, was die Versiegelung von Böden betrifft, ist. Ob wir jetzt in Oberösterreich an der Spitze im Spitzenfeld

sind oder nicht, das diskutieren wir mit dem Landesrat Achleitner und anderen immer wieder. Aber Fakt ist, insgesamt gibt es viele EU-Länder, die wesentlich besser darin sind, Böden zu erhalten. Da geht es um die Ernährungssicherheit und um die Biodiversität und um Klimaschutz, aber eben auch darum, Retentionsflächen zu haben, Sickerflächen zu haben, wenn so viel Wasser auf einmal vom Himmel kommt. Das ist dann schon Klimawandel und nicht Wetter. Es ist Klimawandel und nicht Wetter, dass sich die Extremwetterereignisse nähren und dass die immer extremer sind. Ja, es hat schon immer Hochwasser gegeben. Es hat schon immer Orkane gegeben hier und da und andere Naturkatastrophen, aber die Stärke und die Häufigkeit mit der das passiert, die nehmen nachweislich zu. Nachweislich auf Grund des von Menschen befeuerten Klimawandels, der uns in Richtung einer Klimakrise schon längst geführt hat. Auch das ist ganz einfach Wahrheit und auch das müssen wir ganz einfach anerkennen.

Wenn wir jetzt genau auf den Bodenschutz noch eingehen, dann darf ich da zum Beispiel den Ideologen Helmut Habersack von der BOKU Wien zitieren, der sagt, einerseits hat sich seit der Jahrhundertflut 2002 im Hochwasserschutz viel getan, der hat auch nachweislich viel verhindert, das ist auch gut und richtig so, da haben alle in Österreich ihren Beitrag geleistet. Der aber andererseits auch explizit sagt, wir müssen den Flächenverbrauch drastisch verringern. Wir beschleunigen, sagt der Professor Habersack, wir beschleunigen und erhöhen wissenschaftlich, nachweislich die Hochwasserwelle und wir vernachlässigen den Bodenschutz und die Bodenerhaltung, die im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz stehen.

Genau darauf zielt dieser Antrag der Grünen ab, den wir ja hier miteinander debattieren mit der aktuellen Stunde. Genau darauf zielt auch die aktuelle Stunde völlig zurecht ab. Gerade in Oberösterreich, wo wir nicht die Besten sind beim Bodenschutz und es zumindest fix nicht waren. Gerade da gehört darüber gesprochen, gerade da braucht es ein Bewusstsein bei uns als Landesgesetzgeber und gerade da müssen wir weiterhin, auch wenn es manche nicht mehr hören wollen, müssen wir weiterhin darüber reden, wie wir besser darin werden, dass in der Flächenwidmung, in der Raumordnung nur jene Flächen, die wirklich notwendiger Weise und maximal sinnvollster Weise zu versiegeln sind, versiegelt werden. Und dass möglichst kompakte Siedlungsränder bestehen, dass wertvoller Boden, wertvoller Naturraum nicht verbaut oder anderwärtig beeinflusst wird, da können wir noch viel beitragen.

Wir brauchen die Auen. Wir brauchen die Flüsse. Wir brauchen die Moore, die Sickerflächen, diese Retentionsräume, denn keine Schutzmauer und kein Sandsack kann diese Wasserfluten, die hier immer wieder und wohl auch öfter kommen werden, aufhalten, dafür brauchen wir die Natur. Natürlich ist es etwas, womit wir alle Leben müssen, dass Sickerflächen, Auen, et cetera, die vielleicht vor 100 oder 200 Jahren noch da waren, die der Mensch dann bebaut hat, verändert hat, dass uns die jetzt in Wirklichkeit bitter fehlen und wir zum Teil nur durch technische Hochwasserschutzmaßnahmen auch nur annähernd diese Aufnahmefähigkeit bewältigen oder bewerkstelligen können.

Geschätzte Damen und Herren, bleiben wir dran. Bleiben wir ernsthaft dran. Wir wollen ja doch uns alle nicht draufknien auf die Einsatzbereitschaft, auf die Risikobereitschaft, die Arbeit jener, die freiwillig oder hauptamtlich, wenn dann wieder Hochwasserschäden passieren, hier im Einsatz sind. Wir wollen doch alle, dass es nicht notwendig ist, dass in dieser Intensität Menschen nicht nur ihre Freizeit, sondern auch tatsächlich ihr Leib und Leben auf das Spiel setzen und wir wollen doch alle, dass man in Österreich überall dort, wo man ein Haus gebaut hat, wo man wohnt, dass man dort auch in Sicherheit wohnen kann und sich nicht sorgen machen muss alle paar Jahre.

Danke für die aktuelle Stunde an die Grünen. Danke Ihnen allen für die bisherige Debatte. Ich bin zuversichtlich, dass wir gar nicht so weit auseinander sind mit dem, wie wir hier weiter vorgehen und dass wir auch in den nächsten drei Jahren, in dieser Legislaturperiode, noch Schritt für Schritt gutes Anerkennen und gemeinsam nach Besserem streben. Dankeschön! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Bitte Herr Landesrat, ich erteile dir das Wort.

Landesrat **Kaineder:** Vielen Dank Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war am vergangenen Wochenende täglich in Oberösterreich unterwegs. Ich habe mir Hochwasserschutzanlagen angeschaut und ich habe jeden Tag hautnah erlebt, wie erschöpfte Feuerwehrleute, Mitarbeiter/innen der Gemeinden, der Gewässerbezirke, der Bezirkshauptmannschaften, auch nach Tagen und Nächten unter enormer körperlicher Belastung und weitgehend ohne richtigen Schlaf noch immer für die Menschen und gegen das Wasser gekämpft haben. Deshalb möchte ich diesen Menschen von dieser Stelle hier sagen, ihr seid Heldinnen und Helden, Danke für euren Einsatz! (Beifall)

Das war am Montagvormittag, wir stehen am Damm des Rückhaltebeckens in Teichstätt im Innviertel. Es sind drei Bürgermeister da, der Leiter des Gewässerbezirkes, der Wassermeister. Wir stehen im strömenden Regen. Windböen sorgen dafür, dass die Regenschirme regelmäßig auf die falsche Seite zurückklappen, deshalb spannen wir sie ein, wir sind ohnehin schon nass und der Blick von diesem Hochwasserdamm ist beängstigend, beeindruckend. Auf der einen Seite ein riesiger See, der eher ausschaut wie eine schottische Moorlandschaft, weil die Wasseroberfläche immer wieder unterbrochen ist von den Baumkronen riesiger Bäume, die geflutet wurden. Auf der anderen Seite des Dammes eine grüne Wiese, in der Einfamilienhäuser stehen, friedlich, Gartenzäune, Schuppen, fast so als gäbe es keine Hochwassergefahr. Die Leute im Innviertel und die Bürgermeister, mit denen ich dort war, sind heilfroh, dass wir diese Rückhaltebecken im Mattigtal haben, die in den letzten Tagen das Allerschlimmste verhindert haben.

Dieses Rückhaltebecken in Teichstätt ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Hochwasserschutz gelingen kann. Es ist nämlich im Becken keine landwirtschaftliche Nutzung mehr. Es ist ein Natura2000 Naturschutzgebiet. Es ist ein Naherholungsgebiet für die Menschen. Es ist Rückzugsgebiet für seltene Tiere und Pflanzen das ganze Jahr. Im Notfall fluten wir es zum Schutz der Menschen im Innviertel.

Insgesamt haben wir, so wie in Teichstätt, in den letzten zehn Jahren 1.300 verschiedene Hochwasserschutzmaßnahmen umgesetzt, über 200 Bauprojekte, mehr als eine halbe Milliarde Euro ist investiert worden. Aktuell sind es 270 verschiedene Maßnahmen mit über 50 Bauprojekten. An dieser Stelle ist mir wichtig zu betonen, auf Landesseite und auf Bundesseite ist ein genehmigungsfähiges Projekt noch nie am Geld gescheitert. Wir gehen das Geld suchen, wenn es notwendig ist. Das Nadelöhr ist oft das Gemeindebudget und da müssen wir zusammenhelfen, dass wichtiger Hochwasserschutz nicht an budgetären, sozusagen Fehlen vom Geld auf Gemeindeebene, scheitert.

Was ist jetzt also zu tun nach dem dritten Jahrhunderthochwasser in 22 Jahren? Diese Frage ist in der Wissenschaft und bei den Wasserbauingenieuren eindeutig geklärt. Wir brauchen Hochwasserschutz im doppelten Sinn. Wir brauchen mehr Platz für Flüsse und für die Natur. Da bitte ich in diesem Haus tatsächlich darum, Renaturierung nicht zum Kampfbegriff zu machen, den Populismus wegzulassen. Weil mehr Platz für die Natur ist ein Schlüssel zur



Sicherheit für kommende Generationen und das muss sein, wenn wir Hochwasserschutz ernst nehmen wollen.

Zweitens brauchen wir weniger Beton in der Landschaft. Da sind sich alle Expertinnen und Experten einig, auch da bitte ich hier die Blockade bei den verpflichtenden Bodenschutzmaßnahmen und bei den verpflichtenden Bodenschutzzielen aufzugeben. Da hat sich Oberösterreich gerade in den letzten Monaten keine Medaille verdient. Das ist aber wichtig, wenn wir diesen Hochwasserschutz ernst nehmen wollen.

Als letztes natürlich mehr Klimaschutz und einen raschen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Vielleicht lesen wir Michael Strugl gemeinsam, der heute in der oberösterreichischen Krone so zitiert wird, der Ausbau der Windkraft ist der Schlüssel zur funktionierenden Energiewende. Also bitte ich auch hier, nehmen wir das ernst und lösen wir die Blockade in Oberösterreich. Die Windkraft bringt Unabhängigkeit und Energiesicherheit, und Klima- und Hochwasserschutz am Ende auch.

Für eine ernsthafte Debatte ist es wichtig, dass wir uns auf zwei Dinge verständigen. Das erste ist, die Gesetze der Physik gelten überall. Das zweite ist, es gibt im ganzen Land fähige Ingenieure und Ingenieurinnen, die uns Lösungen aufzeigen, die wir umsetzen sollten. Diese Lösungen sind gut beschrieben in vielen Interviews in den letzten Tagen. Wir brauchen mehr Platz für die Flüsse. Wir brauchen weniger Beton in der Landschaft und wir brauchen umfassenden Klimaschutz. Das ist die Aufgabe, die wir als Politikerinnen und Politiker haben und darum bitte ich euch in den nächsten Jahren. Dankeschön! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Fischer.

Abg. **Ing. Fischer:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Zuhörer hier im Saal und online an den Bildschirmen! Ja, kalt war es, nass war es, feucht war es letztes Wochenende. Jede Menge Wasser ist gekommen, teilweise in höheren Lagen als Schnee, was wahrscheinlich eh besser war, da das Wasser etwas gebunden war. Es war nicht das erste Mal und es wird auch nicht das letzte Mal sein.

Im Forum Geschichte OÖ findet man im Kapitel Hochwasser eine sehr interessante Zeitleiste, die Hochwasser in Oberösterreich festhalten. Überschwemmungen sind die mit Abstand häufigsten Naturkatastrophen im Ostalpenraum. Betroffen sind insbesondere die Regionen und Siedlungen an der Donau und ihren Nebenflüssen. Es wird jetzt kein Geschichtsvortrag über die Hochwasser in Oberösterreich, aber ich möchte darauf hinweisen, dass es diese Region schon immer beschäftigt hat. Das Hochwasser hat es schon immer gegeben und die ersten Aufzeichnungen gehen bis in das neunte Jahrhundert zurück. Aus diesen Aufzeichnungen lässt sich jetzt auch nicht unbedingt eine Intensität ableiten, aber das sie stattfinden erleben wir trotzdem.

Interessant war das Zitat des Forums, ob die Hochwässer, wie überhaupt die Klimaextreme häufiger werden, ist eine ewige Streitfrage. (Unverständliche Zwischenrufe) Ein Zitat bitte. (Heiterkeit) Außerdem ist es noch nicht zu Ende. Fast jede Zeit hat sie mit ja beantwortet. Die Wetterextreme würden immer schlimmer. Da spielen einerseits das menschliche Erinnerungsvermögen und die Vergesslichkeit eine Rolle, andererseits werden die materiellen Schäden allein dadurch größer, dass der Wohlstand so immens gestiegen ist. Da ist jetzt nichts Abwegiges dabei, Herr Landesrat.

Aus dem Hochwasser 2002 resultieren die Ansätze der heute bestehenden Schutzanlagen und zum Hochwasser 2002 gibt es auch einen Kommentar im Forum, der trifft es auch sehr gut. Die Zerstörungen waren vornehmlich in jenen Bereichen zu beklagen, die erst in den letzten Jahrzehnten bebaut oder landwirtschaftlich genutzt wurden, also historisch gesehen als Flutungsgebiete bei Hochwässern galten. Haben wir also aus der Geschichte nichts gelernt?

Ja, in Oberösterreich haben wir schon etwas daraus gelernt. Seit dem ich zu diesem Thema besseren Einblick habe und das waren schon die vorhergehenden Landesräte Podgorschek und Klinger. Und der jetzige Landesrat Kaineder hat einen optimalen Schutz versucht zu entwickeln und die Presseaussendung von gestern vom Herrn Landesrat betont ja einmal mehr, Maßnahmen zum Hochwasserschutz haben in Oberösterreich sehr hohe Priorität.

Seit dem Hochwasser 2002 wurde bereits viel getan oder umgesetzt. Das haben wir eh vorhin schon gehört. Die spektakulärste Fertigstellung eines Hochwasserschutzes war der Machland Damm, ich habe die Bilder von 2013 noch im Kopf, wo es quasi so um das Drüberkippen geht, dass das Wasser doch den Damm übersteigt, der hat gehalten. Das ist klar zu erkennen, der klassische Hochwasserschutz hat uns hier geholfen.

In ganz Oberösterreich sind 129 Rückhaltebecken fertiggestellt beziehungsweise in Bau und wurden in Summe 20 Millionen Kubikmeter Retentionsvolumen geschaffen, die im Ernstfall in Oberösterreich Wassermassen bremsen und einen geordneten Ablauf zugeführt werden können. Konkrete Planungen laufen für 26 weitere Rückhaltebecken und neben dieser Rückhaltebecken gibt es unzählige lineare Maßnahmen, wie Dämme, mobiler Hochwasserschutz. Insgesamt haben wir dann einen sehr gut funktionierenden Hochwasserschutz aufgebaut.

In Oberösterreich sind wir mittlerweile sehr gut aufgestellt. Zusammengefasst konnten die Schutzbauwerke massive Schäden verhindern, aber einen hundertprozentigen Schutz gibt es nicht, weil wir nicht wissen, auf was wir es auslegen sollen. Wir haben zum Beispiel das Rückhaltebecken Sonnleiten in der Gemeinde Helpfau-Uttendorf, sogenannte Mauerkirchen in Brunnbach nach einem hundertjährigen Wasser bemessen, hat auch nicht gereicht. Es ist trotzdem etwas drüber geronnen und ein Restrisiko bleibt bei jedem Hochwasserschutz.

Das waren alles Inhalte aus der Presseaussendung vom Herrn Landesrat und wenn ich das jetzt mit dem Antrag gegenüberstelle, dann kommt mir das so vor, als möchte man mit Anlagen offene Türen einreden, weil eh so viel passiert. Oberösterreich ist auf einem guten Weg. Unsere Schutzbauten funktionieren insgesamt sehr gut, im Detail wird vieles weiterentwickelt und verbessert. Die Hangwasserkarten, die wir besitzen, sind eigentlich führend als Grundlage und uns, der FPÖ, ist der Schutz und ein sicheres Leben der Bevölkerung ein sehr großes Anliegen. Die Weiterentwicklung des bereits sehr guten Hochwasserschutzes gehört jetzt natürlich selbstverständlich dazu. Und sollten dennoch Schäden entstehen, das hat heute der Kollege Antlinger auch schon angesprochen, dann müssen die Betroffenen einen Rechtsanspruch auf umfassende Entschädigung erhalten. Aber beim dementsprechenden Antrag im Nationalrat gestern hat es leider keine grüne Zustimmung gegeben für die Betroffenen. Also den Antrag grundsätzlich, der hier beinhaltet ist, den können wir gerne diskutieren, aber die vermittelte dringliche Agenda erkenne ich aufgrund der sowieso laufenden Weiterentwicklung nicht. Wir Freiheitliche, wir bauen schon lange Zukunft. Danke! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Haas.

Abg. **Haas:** Geschätzte Frau Präsidentin, verehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Ich halte es für gut und ich halte es für wichtig, dass wir über die Bedrohung durch Hochwasser, aber auch über den Hochwasserschutz und damit über ein gerade in diesen Tagen zentrales Sicherheitsthema diskutieren. Wichtig ist aber vor allem auch, das sollten wir nicht nur heute tun, sondern das müssen wir regelmäßig und immer wieder tun. Denn oft ist es leider so, dass die Thematik zwar zum Zeitpunkt der aktuellen Bedrohungslage stark beleuchtet wird, dann aber sehr schnell auch wieder aufs Abstellgleis gestellt wird.

Und wenn wir heute über das Hochwasser 2024 diskutieren, dann umfasst das Thema viele verschiedene Aspekte und auf die möchte ich etwas eingehen, zuallererst auf dem Bereich der Betroffenen. Wenn wir gemeinsam nach Niederösterreich schauen, dann können wir sagen, dieses Mal haben wir in Oberösterreich, im Vergleich mit unserem Nachbarbundesland, noch Glück gehabt. Aber das alleine ist zu wenig. Wir können nicht leugnen, dass Extremwettersituationen mehr werden und dass es oft wirklich einfach eine Frage des Glücks oder des zufällig verschont Bleibens zu sein scheint, ob der Keller unter Wasser steht, ob das Dach vom Sturm weggerissen wird oder ob der Hagel die Hausfassade durchlöchert.

Eines zeigt uns das Hochwasser 2024 deutlich, die Wetterextreme nehmen zu. Die Abstände, und das haben wir heute schon gehört, zwischen den Unwetterkatastrophen, auch zwischen den Jahrhunderthochwässern werden kleiner und es ist nur eine Frage der Zeit, das wissen wir alle in diesem Haus und das wissen auch die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, bis es auch in Oberösterreich wieder zu einer Situation kommen wird, die mit jener in Niederösterreich vielleicht vergleichbar ist. Und das hat auch mit einer Klimaveränderung, mit dem Klimawandel zu tun, auch wenn manche in diesem Haus das immer noch leugnen.

Ich kann Sie aber beruhigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist in diesem Fall irrelevant, ob Sie an den Klimawandel glauben oder ob Sie nicht daran glauben oder ob Sie ihn leugnen oder ob Sie ihn annehmen. Was Sie sehen und was hoffentlich nicht abgestritten wird ist etwas, das uns damit auch eint, dass wir ein Problem mit Extremwettersituationen haben und dass wir ein Problem mit Hochwassersituationen haben.

Und ich lade Sie ein, versetzen wir uns alle einmal in die Situation einer betroffenen Familie. Stellen wir uns vor, das Wasser steht einem wirklich wortwörtlich bis zum Hals und das im eigenen Heim. Und was wir auch nicht vergessen dürfen, stellen wir uns vor, es kommt auch zu dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen, wie beispielsweise sehr stark im Bereich der Landschaft, wie es in Niederösterreich jetzt der Fall ist, ganze Existenzen, die dadurch gefährdet sind.

Und wenn man sich in den Medienberichten der vergangenen Tage auch umgehört hat, dann gibt es auch viele Menschen, die sagen, wir wollen gar nicht mehr in unser Haus zurück, wir wollen nicht mehr an diesen Ort zurück. Und es wirkt in erster Linie befremdend, aber wenn man darüber nachdenkt, hat das natürlich auch mit dem Faktor Angst zu tun. Und in dieser Situation, glaube ich, ist es ganz zentral und kann derzeit wirklich nur helfen, wenn es zu einer raschen und unbürokratischen Hilfe im Sinne der Betroffenen kommt, so wie es auch beispielsweise viele Kollegen vorher heute schon gesagt haben.

Ich möchte aber auch auf den Bereich der Einsatzkräfte genauer eingehen. Und wir haben heute Vormittag von der Frau Landesrätin schon die Einsatzzahlen für Oberösterreich gehört, die natürlich für den Bereich Niederösterreich noch einmal deutlich dramatischer sind.

Zuallererst müssen wir wieder einmal danke sagen, danke in erster Linie an die Feuerwehren, an die Rettungskräfte, aber auch an die Kräfte des Bundesheers, die Mitarbeiter/innen der Bauhöfe, der Gemeinden, den Gemeindeämtern, den Krisenstäben, den Behörden, allen Helferinnen und Helfern, ein herzliches Dankeschön! (Beifall)

Und das vergangene Wochenende zeigte auch wieder deutlich die Professionalität unserer Einsatzorganisationen und es hat uns gezeigt, dass es richtig und wichtig war auf den Bereich des Katastrophenschutzes einen Fokus zu legen. Ich spreche hier beispielsweise Katastrophenzüge, Katastrophenschutzlager auch an und vieles weitere. Es wurde ein Fokus auf diesen Bereich gelegt und das ist auch gut so. Aber was bringen uns die besten Gerätschaften, die teuersten Ausstattungen und die höchste Professionalität, wenn wir nicht den zentralen Faktor haben, Menschen.

Menschen in den Einsatzorganisationen und genau für diese Menschen brauchen wir einen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung im Katastrophenfall, wie es beispielsweise mein Kollege Thomas Antlinger heute auch schon erwähnt hat, denn wir werden den Freiwilligen in unserem Land in den nächsten Jahren viel abverlangen müssen. Und da müssen sie sich wenigstens darauf verlassen können, dass sie eine gewisse Sicherheit bekommen, was ihren eigenen Arbeitsplatz betrifft.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen, auch nicht vergessen dürfen wir die Menschen zu Hause, denn das ist ein zentraler Aspekt, wenn wir über Hochwasser und Katastrophen diskutieren. Jene Menschen, die sich selber und ihrer Nachbarschaft aktiv helfen, sind enorm wichtig. Denn es ist völlig klar, dass bei größeren Dimensionen nicht mehr diese Privatpersonen überall uneingeschränkt handeln können, aber sie sind ein zentraler Faktor, um die Einsatzkräfte für andere Situationen freizuschaukeln.

Und wenn ich ein Beispiel bringen darf. Wenn zum Beispiel die achtzigjährige Mitzi von nebenan vielleicht ein Brett braucht, damit das Wasser nicht durchs Gartentürl bis ins Haus hineinrinnt, dann wäre es vielleicht gut, wenn man das auch machen könnte, machen würde, in einer solidarischen Nachbarschaft, einer Nachbarschaft, die sich gegenseitig unterstützt. Das ist wichtig, das brauchen wir und das spielt unsere Einsatzorganisationen für die harten Fälle frei, um es so auf den Punkt zu bringen.

Und ein letzter Aspekt, liebe Kolleginnen und Kollegen, den wir auch nicht außer Acht lassen dürfen natürlich, ist der Hochwasserschutz. Und dazu zählt, das haben wir heute schon gehört und da sind wir uns ja weitgehend einig alle in diesem Haus, der technische Hochwasserschutz dazu. Aber wir können auch nicht immer die Mauern und die Dämme höher und höher bauen, wenn das Wasser mehr wird, sondern wir müssen auch darüber diskutieren, über die Punkte Klimawandelanpassungsmaßnahmen und Renaturierung, weil es wichtig ist, dass wir den Flüssen mehr Raum geben.

Und ich bringe Ihnen gerne auch ein Beispiel. Ich lebe selber, wie sehr, sehr viele im Salzkammergut, im unmittelbaren Einzugsbereich der Traun. Und wir haben in meiner Heimatgemeinde Gott sei Dank in den vergangenen Jahren Renaturierungsprojekte, Hochwasserschutzprojekte entlang der Traun umgesetzt, werden das auch noch fortsetzen. Und es hat sich gezeigt, ja das ist sinnvoll und das bringt auch etwas. Weil es besser ist das Wasser steht in den Staumauern in dem Fall, teilweise auch in den Wiesen, als es steht in den heimischen Kellern, um es auf den Punkt zu bringen.

Und daher brauchen wir auch die Maßnahme der Renaturierung als eine Maßnahme für mehr Sicherheit, aber nicht als die einzige Maßnahme und es ist mir völlig bewusst, dass dieser Punkt nicht immer uns allen nur Freunde bringen wird und nicht immer nur kompromisslos ablaufen wird. Aber es wäre auch ein Fehler dieses Thema zu ignorieren und es nicht anzusprechen oder es mit falschen Äußerungen zur Seite zu schieben. Auch darüber müssen wir diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Themen Hochwasserschutz, Sicherheit für Einsatzkräfte, Renaturierung, Flüssen Raum geben und Schutz und Sicherheit für diese Menschen in diesem Land sind zentral. Diese Themen dürfen wir nicht in wenigen Tagen wieder aus dem Fokus verlieren und wir dürfen auch nicht den Fehler machen, dass wir nur jetzt vor der Wahl schnell, schnell darüber diskutieren, was man auch bei diesem Antrag vorwerfen könnte. All das dürfen wir nicht machen, sondern wir müssen dranbleiben, regelmäßig über die Thematik debattieren. Das wäre mein Wunsch und das würde ich mir eindringlich wünschen. Dankeschön! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile nun der Frau Landesrätin Langer-Weninger das Wort. Bitte!

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Galerie! Ich bedanke mich zu Beginn bei allen Vorrednern, die einerseits hier diese Gemeinschaft, das Zusammenhalten in unserem Land so stark betont haben. Denn das ist wirklich einer der wesentlichen Faktoren, damit wir dieses vergangene Wochenende mit allen Betroffenen auch so gut bewältigen konnten, bei allen Herausforderungen, die dieses Wochenende auch mit sich gebracht hat. (Beifall)

Ich war an diesem Wochenende bei einigen Feuerwehren vor Ort draußen unterwegs und überall war ich für mich selbst innerlich schwer beeindruckt von dieser unglaublichen Professionalität, die dort an den Tag gelegt wird. Auch von dieser Ruhe, die diese freiwilligen Professionalisten ausstrahlen und damit auch wirklich Sicherheit ausstrahlen in Richtung Bevölkerung in Gebieten, wo alle in Aufregung sind, wo alle nervös sind. Und alleine diese Ausstrahlung, die da mitgegeben wird, ist ein wesentlicher Faktor. Denn es ist eh schon einige Male heute sehr eindringlich beschrieben worden, wenn man vom Wasser betroffen ist, vom Hochwasser betroffen ist, dann liegen in diesem Moment die Nerven blank.

Manche sind hochwassererprobt, die wissen genau welche Handgriffe zu tun sind. Manche sind zum ersten Mal mit Hochwasser konfrontiert gewesen und dort braucht es genau diese Unterstützung. Und wenn dann das rote Feuerwehrauto ums Eck kommt und man die Damen und Herren in den Uniformen sieht, dann ist es der erste Moment wo man aufhört, Luft anzuhalten und zum ersten Mal wieder durchschnaufen kann und weiß, jetzt kommt Hilfe und jetzt ist jemand da, der einen dort auch entsprechend begleiten kann.

Aber man muss auch dazu sagen, wenn wir ins Nachbarbundesland Niederösterreich schauen, wenn dieses Italtief, das ja immer dafür bekannt ist, dass es sehr viel Wasser zu uns nach Österreich und auch in die Nachbarländer bringt, wäre dieses Tief 100, 150 Kilometer weiter westlich zum Stehen gekommen, wären diese Wassermengen in Oberösterreich niedergegangen. Und wenn man nach Niederösterreich schaut und man weiß, dass dort in den Gebieten Sankt Pölten und in Tulln die Hälfte oder zwei Drittel einer Jahresniederschlagsmenge in vier Tagen niedergeregnet worden sind, dann können die Böden noch so gut sein, dann ist es einfach zu viel.

Aber es braucht natürlich Maßnahmen und Schutzmaßnahmen, wie wir dem so gut wie möglich begegnen können und wie wir so gut wie möglich auch Schutz geben können für die Bevölkerung. Es ist einiges angesprochen worden, zum einen Hochwasserschutzprojekte, die da in Oberösterreich auch geschaffen worden sind, weil wir aus den Hochwassern 2002 und auch 2013 unsere Lehren gezogen haben und darauf aufbauend letztendlich auch Dinge umgesetzt haben.

Und ich darf zum Hochwasserschutz natürlich auch sagen, weil es der Kollege Kaineder angesprochen hat, die Finanzierung, ich glaube nicht, dass wir heute grundsätzlich über Finanzierungen diskutieren müssen, aber wir stehen seitens der Gemeinderessorts sehr stark an der Seite der Gemeinden, um dort auch zu unterstützen bei Hochwasserprojekten. Es ist ja so, dass der Landes- und der Bundesanteil bei den Projekten variiert. Unser Anteil, auf den können sich die Gemeinden verlassen, wir stehen bei 75 Prozent des Interessensbeitrages, den die Gemeinden zu leisten haben, hier ganz stark an der Seite der Gemeinden, damit diese wichtigen Projekte auch wirklich umgesetzt werden können.

Wir haben aber auch gerade im Bereich der Feuerwehren unsere Lehren und unsere Ableitung aus diesen beiden Hochwassern 2002 und 2013 sehr stark gezogen, einerseits natürlich auch in der Ausbildung, in der Weiterbildung, aber vor allem auch in der Ausrüstung und Ausstattung für die Feuerwehren. Und da ist sehr, sehr viel passiert. Es ist heute schon angesprochen worden, wenn wir an die Katastrophenhilfszüge denken, wenn wir an die Katastrophenschutzlager denken, die entsprechend auch gefördert werden mit der Gemeindefinanzierungsquote, wenn wir daran denken, dass einfach Abläufe auch besser geworden sind mit den Logistikfahrzeugen, damit im Einsatz, damit im Krisenfall wirklich auch schnell und effizient die Hilfe dort hinkommt, wo sie hinkommen muss. Und auch das bringt natürlich einen ganz, ganz großen Mehrwert.

Und Feuerwehrkameradinnen und -kameraden haben mir an diesem Wochenende gesagt, vieles was sich seit 2013 erst entwickelt hat und jetzt zum ersten Mal so richtig für einen Hochwassereinsatz zum Tragen gekommen ist, an das denkt man gar nicht mehr, dass das jetzt eigentlich erst geschaffen worden ist. Es ist vieles schon wieder selbstverständlich, Gott sei Dank ist es selbstverständlich, weil es damit auch in der Abwicklung, wenn es zum Ernstfall kommt, sehr professionell auch draußen entsprechend bespielt werden kann.

Es ist aber auch in den ganzen Tagen die technische Einsatzleitung beim Landesfeuerwehrkommando 24 Stunden lang besetzt gewesen, um ganz Oberösterreich natürlich im Blick zu haben und auch auf die Anforderungen zu reagieren, die hier notwendig waren, egal ob es um Sandsäcke gegangen ist und um entsprechende Pumpen oder auch um Stromerzeuger. Es war das Servicecenter beim Landeskatastrophenschutz besetzt und hat Geräte ausgegeben. Die Landeswarnzentrale war rund um die Uhr mit Zusatzpersonal aufgestockt. Und es geht auch jetzt darum, wiederum diese Lehren daraus zu ziehen, aus diesem Wochenende und uns wieder weiter zu entwickeln, damit wir auch immer, immer wieder besser werden, wenn solche Situationen wieder auf uns zukommen.

Es sind auch jetzt die Bezirkshauptmannschaften aufgerufen am besten noch in den nächsten Tagen uns rückzumelden, welche Erfahrungen haben sie gemacht an diesem Wochenende, wo gibt es Verbesserungswünsche oder Vorschläge, die natürlich dann auch wieder umgesetzt werden können, vor allem im Bereich der Kommunikation, der Kommunikationswege. Ist die Notwendigkeit gesehen worden, ob es mehr Unterstützung im Bereich der Schulungen für Katastrophenschutzsituationen, wie in diesem Fall, gibt oder welche angeboten werden sollen? Aber auch zu welchen technischen Schwachstellen, gerade

auch in den Hochwasserschutzbauten, ist es gekommen, wo ist etwas ausgefallen, damit man so schnell wie möglich reagieren kann und dann entsprechend wieder die Dinge abarbeiten kann.

Mir ist in den letzten Tagen auch sehr oft aufgefallen, wenn ich mit den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden gesprochen habe, dass sehr oft die Frage aus der Zivilbevölkerung, aus den Medien aufgetaucht ist, wie bereitet ihr euch denn vor auf solche Tage, wenn die Wetterprognosen ansagen, dass große Niederschlagsereignisse kommen. Und die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden haben oft sehr einhellig gesagt, wenn wir erst mit dem Wetterbericht beginnen, uns vorzubereiten, dann wäre es leider zu spät, dann könnten wir nicht helfen. Wir sind vorbereitet. Wir sind dann in Alarmbereitschaft, ja, aber wir haben mit Übungen, mit Ausrüstung, mit Ausstattung uns in den letzten Jahren immer wieder auf den neuesten Stand vorbereitet, damit wir eben dann ableisten können, was zu leisten ist, um auch dann rasch und professionell Hilfe zu geben.

Die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden sind wirklich im Dauereinsatz gestanden, Tag und Nacht. Ich brauche die Zahlen nicht mehr erwähnen, sie sind heute schon einige Male ausgesprochen worden, die wirklich, wirklich beeindruckend sind. Und ich kann nur unterstreichen, was auch der Kollege Eypeltauer gesagt hat, ich denke man kann in Europa und wahrscheinlich weltweit ein Land suchen, wo man in dieser Professionalität, in dieser Geschwindigkeit, in dieser Ernsthaftigkeit über unsere freiwilligen Hilfsorganisationen in dieser Art und Weise Hilfe bekommt. Das ist einzigartig und das ist wirklich, wirklich großartig. (Beifall)

Ich darf auch noch einige Sätze anführen, weil natürlich ist es großartig, wenn es viele gibt, die uns helfen können. Aber jeder kann auch selbst einen Beitrag dazu leisten, um einerseits Hilfsorganisationen zu entlasten, aber auch selbst im Krisenfall möglichst lange die Nerven zu behalten bei allen Ausnahmesituationen, die man natürlich auch hat. Wir haben deshalb, eigentlich zufälliger Weise, letzte Woche passend zum Thema leider mit dem Zivilschutzverband auch den Familien-Notfallplan vorgestellt. Gerade auch für das Thema Hochwasser gibt es dort die entsprechenden Informationen.

Denn wenn ich mich im Vorfeld mit meiner Familie, mit den Kindern, mit den vielleicht schon etwas gebrechlicheren Eltern damit auseinandersetze, wer findet sich denn wo? Wo treffe ich mich im Ernstfall? Wer ruft wen an? Wer holt wen ab vom Kindergarten, von der Schule? Dass ich zu Hause ein bisschen vorbereitet bin mit Wasservorrat und Ähnlichem, dass ich aber vielleicht auch zu Hause einen Evakuierungsrucksack habe für jedes Familienmitglied. Dazu gibt es wirklich gute Anleitungen auch im Zivilschutzverband. Das kann man auch spielerisch mit den Kindern machen so einen Rucksack zu packen. Dann brauche ich nur im Ernstfall diese Tasche nehmen und kann mit den Kindern, so wie es auch bei dieser Evakuierungsgeschichte im Innviertel war, in diesem Moment den Rucksack nehmen und ich weiß, ich habe dort alles drinnen für die nächsten paar Stunden, um auch die Kinder und sich selbst auch entsprechend gut versorgen zu können.

Ich darf auch alle bitten, die jetzt leider betroffen sind von Schäden an ihrem Hab und Gut, Häusern, Wiesenflächen, Gebäuden, und so weiter, so bald wie möglich auch im Bereich des Katastrophenfonds um Hilfe anzusuchen. Man hat ja dort im Privaten oder auch für Unternehmen oder auch für die landwirtschaftlichen Flächen vier Monate Zeit, hier im Katastrophenfonds anzusuchen. Sie können jederzeit die Anträge stellen auf Ihrem jeweiligen Gemeindeamt. Abgerechnet wird dann ohnehin nach den Rechnungen, die eingereicht werden. Aber wichtig ist es, die Anträge zu stellen, damit man hier wirklich auch auf der sicheren Seite ist und damit wir auch entsprechend helfen und gut begleiten können.

Vielleicht ein paar Sätze noch zum Thema Renaturierung, da es heute einige Male auch angesprochen worden ist und es auch ein Aspekt im Antrag der Grünen ist, der zu dieser aktuellen Stunde auch eingebracht worden ist. Seitens der Landwirtschaft werden wir nicht gegen Umweltschutzmaßnahmen, gegen Naturschutzmaßnahmen sein, wenn sie entsprechend gut aufbereitet sind, wenn sie verständlich sind, wenn wir den Nutzen erkennen können, wenn wir vor allem auch den entsprechenden finanziellen Ausgleich für entweder den Minderertrag oder den Mehraufwand, der dann auf den Flächen auch entsprechend abzarbeiten ist, auch entsprechend abgegolten bekommen.

Wir sehen nur momentan, und das ist ja die große Kritik bei diesem Renaturierungsgesetz oder bei dieser Verordnung, die hier auf dem Tisch liegt, dass sehr, sehr viele Fragen offen sind. Wir alle wissen auch als Bäuerinnen und Bauern und Bewirtschafter von Grund und Boden, dass wir Maßnahmen gegen den Klimawandel unternehmen müssen. Wir brauchen sie auch, denn es ist ja auch jetzt wieder eindrucksvoll gezeigt worden, dass der Klimawandel da ist. Aber zum einen haben wir keine Gewährleistung auf Vorleistungen, die Österreich schon gebracht hat. Ich habe es auch schon bei meiner Anfragebeantwortung heute Vormittag aufgezählt. Ich werde es nicht wiederholen. Dass diese Vorleistungen zum Beispiel mit anerkannt werden, wissen wir nicht.

Wir kennen auch keine einheitlichen Kriterien, wie ein Ökosystem bewertet wird. Derzeit liegt uns vor, dass Österreich hier strenger ist als andere Mitgliedsstaaten in Europa. Solange es hier nicht klare Indexe gibt, tun wir uns schwer, dort mitzugehen und das auch entsprechend mitzutragen, weil wir nicht wissen, was auf uns zukommt und wie entsprechend hier auch gearbeitet wird. Wir wollen natürlich auch mitreden und mitdiskutieren können als Landwirtschaft, als Forstwirtschaft und wollen dort auch die entsprechende Kompetenz in den Ländern in den Diskussionen haben, weil natürlich auch Naturschutz am Ende des Tages Länderkompetenz ist, und es braucht auch die entsprechenden finanziellen Ausgestaltungen dafür. Wir haben derzeit keine Budgets, zumindest sehe ich sie nicht, weder auf der Landes-, noch auf der Bundes-, noch auf der europäischen Ebene, obwohl das Gesetz am Tisch liegt, wo entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Ich sage auch dazu, wenn es jetzt Diskussionen auf der europäischen Ebene gibt, dass man einen Fonds dazu einrichtet und dazu Geld aus der gemeinsamen Agrarpolitik in den Fonds für die Renaturierung gibt, dann kann ich nur ganz klar sagen, das kann nicht funktionieren. Denn dann haben wir doppelte Auflagen und nur einfaches Geld. Und das sind genau die Dinge, wo die Bäuerinnen und Bauern derzeit große, große Sorgen haben, dass dieses Renaturierungsgesetz in dieser Art und Weise umgesetzt werden soll, wenn dabei so viele Fragen offen sind. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will gar nicht so tun, als könnte ich in irgendeiner Form nachvollziehen, was viele Menschen in Österreich und in ganz Europa gerade durchmachen. Mein Mitgefühl ist bei den Betroffenen und mein größter Dank bei den Einsatzkräften.

Die Auswirkungen sind desaströs. Tausende Einsatzkräfte und Freiwillige sind gerade dabei, aufzuräumen. Aber auch wir sollten aufräumen, und zwar aufräumen mit der Vorstellung, dass das normal ist, dass das immer so war, dass sich das wieder normalisieren wird. Die Wissenschaft hat uns jahrzehntelang gewarnt vor den Auswirkungen der Klimakrise, aber die



Politik hat nicht hingehört und manche tun das bis heute nicht. Es ist auch die Wissenschaft, die uns in den vergangenen Tagen erklärt hat, warum diese Katastrophe mit der Klimakrise in Verbindung steht.

Warum? Weil je wärmer die Luft, desto mehr Wasser kann sie aufnehmen. Man sagt, bei zirka einem Grad wärmerer Luft kann sie sieben Prozent mehr Wasser aufnehmen. Und dieses Wasser muss irgendwann auch wieder hinunter. Was ist also im aktuellen Fall passiert? Extrem warme Luft aus dem Mittelmeerraum, weil auch dort kommen wir aus einem Hitzesommer, ist auf extrem kalte Luft aus der Arktis geprallt. Das heißt, es ist enorm viel Wasserdampf entstanden. Die Luft hat extrem viel Wasser aufgenommen und weil sich dieses Tief nicht vom Fleck bewegt hat, ist das ganze Wasser über Österreich, über Mitteleuropa, wieder heruntergekommen. Dort ist es getroffen, auch nach dem Hitzesommer, auf Boden, der teilweise ausgetrocknet war und somit auch nicht so viel Wasser aufnehmen konnte.

Die Unsicherheit in diesen Zeiten ist hoch, aber einer Sache können wir uns sicher sein. Es wird mehr Flutkatastrophen, mehr Stürme und mehr Waldbrände geben. Und wir sind darauf angewiesen, dass es gut koordiniertes Krisenmanagement gibt. Das hat es gegeben und dafür möchte ich mich ganz herzlichst bedanken (Beifall). Die Einsatzkräfte waren in den letzten Tagen rund um die Uhr im Einsatz und haben Großartiges geleistet und es ist kein Zufall, dass genau diese Einsatzkräfte uns kontinuierlich und explizit vor den Auswirkungen der Klimakrise auch hinweisen.

Und wenn wir zuhören, dann hören wir zum Beispiel die Warnung vom Bundes- und Landesfeuerwehrkommandanten, der sagt, dass es, Zitat: „Die ganze Gesellschaft fordert und erfordert, um dieses wohl größte Problem unserer Zeit in den Griff zu bekommen.“ Wir lesen auch in verschiedenen Berichten des österreichischen Bundesheeres, dass die Klimakrise, Zitat: „Eine der bedeutendsten sicherheitspolitischen Risiken in unserem Land ist.“

Wir erleben hier kein Jahrhunderthochwasser. Wir leben im Jahrhundert der Hochwasser und das ist ein klarer Auftrag an die Politik. Den Zusammenhalt, den die Einsatzkräfte in den letzten Tagen gezeigt haben in unserem Land, den erwarten sich die Menschen auch von uns. Im Krisenfall wird nicht gestritten und herumgeworfen mit Begriffen wie Ideologie oder Hysterie. Da wird angepackt und das braucht es jetzt von der Politik. Dankeschön! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie beziehungsweise im Internet! Ich möchte meine Wortmeldung auch damit beginnen, dass ich den Betroffenen unser tief empfundenes Mitgefühl zum Ausdruck bringen möchte.

Ich persönlich weiß auch, wovon ich rede. Ich habe das selbst einmal erlebt bei uns im Haus. Und wenn man um zwei Uhr in der Früh mehr oder weniger traumhapert, wie man in Oberösterreich sagt, in den Keller geht, weil man glaubt, etwas zu hören. Und dann steht man tatsächlich 20, 30 Zentimeter in eiskaltem Wasser und Schlamm und genau in dem Moment fällt dann der Strom aus. Dann weiß man erst, was das für einen Menschen bedeuten muss, wo es nicht um 20 oder 30 Zentimeter geht, sondern wo der Keller tatsächlich bis zur Decke überflutet ist oder wo das Wasser möglicherweise schon im Erdgeschoss ist. Dann weiß man allerdings auch, was es in weiterer Linie bedeutet, wenn es zwei Wochen, drei Wochen, drei Monate oder auch ein Jahr später wieder intensiv regnet, was einem da durch den Kopf geht, wo man wirklich Angst davor hat, was möglicherweise wiederum passieren könnte.

Eine zweite Bemerkung, die ich eingangs machen möchte ist noch die, dass es mir leidtut, weil ich glaube, dass wahrscheinlich die allermeisten Menschen in Oberösterreich von dieser Debatte, die wir heute führen, nichts mitbekommen. Weil wir nicht streiten, weil wir dem Grunde nach keine gegensätzlichen Meinungen haben, sondern weil wir alle dankenswerterweise gemeinsam auch zum Ausdruck bringen, wie ernst wir die Situation nehmen und wie stark wir daran interessiert sind, an einem Strang zu ziehen.

Ich möchte ausdrücklich zum Ausdruck bringen, dass wir absolut der Meinung sind, dass diese Extremwittersituationen natürlich auch etwas mit dem Klimawandel zu tun haben. Landesrat Kaineder und auch andere Rednerinnen und Redner haben schon gesagt, wie viel in den letzten Jahren gemacht wurde, wie viel Geld auch eingesetzt wurde, absolut sinnvoll eingesetzt wurde. Da könnte man jetzt wieder verschiedenste Landesteile ansprechen, wo all diese Maßnahmen wirklich jetzt geholfen haben und Menschen daher nicht betroffen waren. Denn eines muss uns allen auch immer wieder klar sein, die allerbeste Hilfe, die wir Menschen angedeihen lassen können, ist die, dass es gar nicht zu Schäden kommt.

Daher ist es wichtig, dass wir all die Herausforderungen und all die Punkte, die da jetzt besprochen wurden, ernst nehmen und dass wir gewisse Dinge weder schönreden noch schlechtreden, sondern dass wir gemeinsam um Lösungen reden und schauen, bestmögliche Lösungen zu finden. Ich möchte einmal mehr, auch wenn es heute schon oft gesagt wurde, den allergrößten Dank und vor allem aber auch die allerhöchste Anerkennung gegenüber unseren Feuerwehrleuten zum Ausdruck bringen. Unsere Feuerwehrleute haben in den letzten Tagen wiederum Ungeheures bewältigt.

Ich möchte das noch einen Schritt einer bisschen detaillierter betrachten. Ich bin am Mittwoch, also wenige Tage vor Eintritt der Extremwittersituation, noch beim Landesfeuerwehrkommandanten Robert Mayr gewesen und ich habe an diesem Tag bereits mitbekommen, was alles im Rahmen des Landesfeuerwehrkommandos behirnt wurde, wo Vorbereitungsarbeiten getätigt wurden, wo man schon in den einzelnen Feuerwehren geschaut hat, Sandsäcke entsprechend zu füllen, wo einfach vieles mehr oder weniger noch fast außerhalb der Öffentlichkeit geschehen ist, um entsprechend vorbereitet zu sein.

Wenn man sich wieder vor Augen führt, was während des Hochwassers alles geleistet wurde, dass Menschen mit Booten, die irgendwo am Hausdach oder im ersten Stock gesessen sind, geholt wurden. Dass Menschen in eingeschlossenen Regionen mit Lebensmitteln versorgt wurden. Dass Keller ausgepumpt wurden, dass vor allem aber auch Menschen menschliche Anteilnahme entgegengebracht wurde, dann sind das genau die Tätigkeiten, wo unsere Freiwilligen Feuerwehren, dort wo Not am Mann ist, wirklich höchst professionell helfen. Auch nach dem Hochwasser ist es so, dass sich die Menschen in unserem Land auf ganz wichtige Hilfen durch die Freiwilligen Feuerwehren verlassen können und das alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur höchst professionell, sondern vor allem freiwillig und ehrenamtlich.

Ich bin auch sehr dankbar, dass viele von euch das schon gemacht haben. Ich möchte es auch noch einmal machen. Ich bedanke mich auch bei den Soldatinnen und Soldaten des österreichischen Bundesheeres, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rettungsorganisationen und der Polizei. Aber ich bedanke mich auch ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Krisenstäbe der Bezirkshauptmannschaften, der Gemeinden, der Straßenmeistereien, vor allem aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hydrografischen Dienstes, die letztendlich auch mit ihrer Expertise ganz

wesentlich beigetragen haben, dass Einsatzkräfte genau dort besonders konzentriert eingesetzt wurden, wo sie besonders benötigt wurden.

Und ich möchte mich bei allen Menschen, die Nachbarn, Freunden, aber durchaus auch fremden Menschen einfach geholfen haben, ganz, ganz herzlich bedanken. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig es ist, dass die Feuerwehren das haben, was sie für ihre Arbeit auch brauchen. Daher freue ich mich auch ganz besonders auf konstruktive Beratungen zur oberösterreichischen Feuerwehrgesetz-Novelle. In diesem Sinne danke ich noch einmal ganz ausdrücklich für die aus meiner Sicht sehr, sehr gute Diskussion! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile Herrn Klubobmann Mayr das Wort. Bitteschön!

Abg. KO **Mayr:** Dankeschön, werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt in der letzten Stunde, den letzten eineinhalb Stunden, sehr genau gelauscht und zugehört und habe natürlich mitbekommen, dass im Vorfeld die Sorge von der oberösterreichischen Volkspartei ventiliert worden ist, dass die Behandlung der Klimakrise, die Behandlung der Hochwasserkatastrophe, die Behandlung von Bodenschutz im Landtag zum jetzigen Zeitpunkt unsensibel wäre.

Ich habe zugehört bei Jedem, der hier herinnen gesprochen hat und habe eine sehr hohe Sensibilität festgestellt, auf das, was passiert ist, auf die Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften, die Empathie auch gegenüber all jenen, die so hart getroffen worden sind von diesem Hochwasser.

Was ich jetzt als unsensibel erachten würde, wenn man das bei wertschätzenden eineinhalb Stunden belassen und darüber geredet haben in weitaus großer Einigkeit, wo wir aber noch nicht über die Konsequenzen gesprochen haben, wann es konkret wird.

Mein Anliegen ist es tatsächlich, dass wir nach diesen eineinhalb Stunden, wo wir uns in weiten Teilen in der Analyse einig waren, auch dahin zu kommen, dass wir sagen, und was sind jetzt die Schritte, die wir tun müssen? Es ist viel geredet worden über funktionierenden Katastrophenschutz, wie gut der funktioniert, über technischen Hochwasserschutz.

Wir haben auch einen ganz konkreten Antrag eingebracht zum ökologischen Hochwasserschutz, dazu, dass unsere Böden ermächtigt werden, so viel Wasser wie möglich aufzunehmen. Mir ist es ein Anliegen, dass wir nicht bei dem bleiben, sondern dass wir jetzt in die Umsetzung gehen und dafür sorgen, dass wir gesunde Natur haben.

Wir sind Teil der Natur. Wir müssen uns als Menschen als Teil der Natur verstehen. Wir brauchen mehr Natur und weniger Beton und deswegen ersuche ich Sie, dass Sie unserem Antrag zustimmen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erkläre ich die aktuelle Stunde für geschlossen. Ich weise darauf hin, dass auch noch ein Initiativantrag vorliegt, der in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde steht. Das ist die Beilage 939/2024. Gemäß den Bestimmungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 ist unmittelbar nach der aktuellen Stunde über diesen Dringlichkeitsantrag Beschluss zu fassen.

Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verstärkung Hochwasserschutz durch Erhalt und Wiederherstellung von natürlichen Retentionsräumen in Oberösterreich. Hierzu ist zunächst ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über diesen Antrag, dass der Beilage 939/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Nein!

**Zweite Präsidentin:** Tut mir leid, das steht so in, jetzt muss sich aber wer zu Wort melden. Jetzt müssen wir weitertun. Meldet sich da niemand zu Wort? (Unruhe) Dann schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 939/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.)

Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und ich weise diese Beilage dem Umweltausschuss zur Vorberatung zu.

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberland zur Thematik Maßnahmen zur Unterstützung der Systempartner des Bildungsstandorts Oberösterreich.

Ich ersuche Frau Abgeordnete Margreiter die dringliche Anfrage vorzutragen und zu begründen. Bitteschön!

Abg. **Margreiter:** Vielen herzlichen Dank! Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann- Stellvertreterin! Auch von mir am Beginn, weil es mir enorm wichtig ist, ein aufrichtiges Dankeschön dem gesamten Personal, das für einen wieder möglichst problemlosen Schulstart am 9. September 2024 gesorgt hat.

Es ist wirklich dem Personal, den vielen Pädagoginnen und Pädagogen zu danken, dass es immer wieder und immer noch funktioniert. Ich sage es aber auch ganz offen. Ein Danke und das Klatschen ist mir mittlerweile zu wenig. Ich bin der Meinung, es braucht jetzt endlich und dringend Maßnahmen, die wirklich effektiv sind, die schnell greifen, damit es hier Verbesserungen gibt.

Deshalb unsere dringliche Anfrage. Ich möchte mit einem etwas anderen Stelleninserat starten. Das könnte so lauten: Wir suchen dich! Wir suchen den Wunderwuzzi im Klassenraum. Ich hoffe, es kennen alle die Bezeichnung Wunderwuzzi? Du bist überdurchschnittlich stressresistent, darüber hinaus unbedingt flexibel und hast noch dazu Führerschein B, um jederzeit zu pendeln und als Springer oder Springerin zu fungieren.

Du magst Kinder und es macht dir nichts aus, wenn du in einem anderen Fach als dem, wo du die Ausbildung gemacht hast, unterrichtest. Noch dazu bist du multitaskingfähig und schaffst es, neben deinem laufenden Studium direkt eine eigene Klasse zu übernehmen und

dich eventuell auch als Klassenvorstand tagtäglich den Herausforderungen im stressigen Schulalltag zu stellen.

Es macht dir natürlich zudem nichts aus, wenn dein Arbeitsplatz noch modernisiert werden muss oder eventuell sogar ein Platzsharing mit einem Kollegen, einer Kollegin einhergehen muss, weil der Schulneubau etwa noch 15 Jahre auf sich warten lassen könnte. Und kurzfristige Stundenkürzungen nach dem Schulstart machen dir natürlich auch nichts aus, sie verbessern deine Life-Work-Balance, wie man mittlerweile sagt. Das Nichtanrechnen von Vordienstzeiten stellt selbstverständlich kein Problem für dich dar. Ja, und Quereinsteiger sind unbedingt erwünscht. Du fühlst dich angesprochen, das ist deine Chance, bewirb dich jetzt.

Zugegeben, das ist durchaus ein sarkastisches Stelleninserat. Nur leider in vielen Bereichen hat es seine Gültigkeit, denn es sind eben unsere Lehrkräfte, denen man immer wieder sehr, sehr viel mehr abverlangt, als ihnen zugemutet werden kann.

Und es geht hier um sehr viel. Es geht um unsere Kinder und Jugendlichen, die die beste Bildung hier in Oberösterreich brauchen. Fakt ist auch, dass die Befürchtungen und Konsequenzen der Mängel der aktuellen Bildungspolitik leider mittlerweile auch bei den Eltern angekommen sind. Deshalb hier eben unsere dringliche Anfrage. Eine aktuelle Studie der JKU Linz zufolge, haben etwa die Hälfte der Eltern in Oberösterreich bereits die Auswirkungen des Lehrkräftemangels an der Schule ihrer Kinder bemerkt. Besonders in den Mittelschulen. Kinder, die Nachhilfe benötigen sind laut Studie besonders betroffen. Der SPÖ-Landtagsklub bringt seit dem Jahr 2018 wiederholt Landtagsinitiativen zum Lehrkräftemangel in Oberösterreich ein. Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels an den öffentlichen Schulen in Oberösterreich, um die Systempartner des Bildungsstandorts Oberösterreich von den Schulkindern, über die Lehrkräfte, bis hin zu den Eltern bestmöglich zu unterstützen? (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Erste Unterfrage: Inwiefern setzen Sie Maßnahmen um aktive Lehrkräfte, die derzeit zu mehr als Dreiviertel vorzeitig in Pension gehen, länger im aktiven Dienst zu halten? Zweite Unterfrage: Inwiefern setzen Sie Maßnahmen, um zukünftigen Lehrkräften ein vollwertiges Studium am Standort Linz, ohne nach Salzburg pendeln zu müssen, zu ermöglichen? Dritte Unterfrage: Inwiefern setzen Sie bei der Gruppe der SonderpädagogInnen zusätzliche Maßnahmen, wo laut Ihrer Schulstart-Presskonferenz die Zahl der Sonderschule Kinder um 22,32 Prozent gestiegen ist? Und vierte und letzte Unterfrage: Inwiefern unterstützen Sie die, laut Studie, besonders vom Lehrkräftemangel betroffene Zielgruppe der Familie mit Kindern mit Nachhilfebedarf? Danke!

**Dritter Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete! Ich ersuche nun Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander, um die Beantwortung der Anfragen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, geschätzte Frau Abgeordnete! Ich möchte einleitend festhalten, dass im zitierten JKU Bildungsbarometer österreichweit 1.165 Eltern schulpflichtiger Kinder zwischen zehn und 20 Jahren befragt wurden. Damit man ungefähr ins Gespür bekommt, wie viele Kinder und folglich wie viele Eltern es geben würde: In Oberösterreich gibt es 132.061 Pflichtschulkinder und in ganz Österreich sind es 739.945. Man rechnet sich folglich aus, was das an Eltern sein könnten, die befragt werden hätten können. Es wurden eben 1.165 Eltern befragt. Ein Teil kam aus Oberösterreich. 39 Prozent. Die übrigen Bundesländer waren zwischen drei Prozent und 17 Prozent vertreten. Auf Seite fünf der JKU-Studie wird übrigens selbst festgehalten, dass die Stichprobe nicht repräsentativ ist.

Kommen wir zu Ihren Fragen. Zur Hauptfrage: Natürlich werden in Oberösterreich viele Maßnahmen gesetzt, die dem Lehrkräftebedarf entgegenwirken. Und ich bin dankbar für diese Anfrage, dass wir sie in diesem Haus noch einmal aufzählen können und auch darauf hinweisen können, welche Früchte sie bereits getragen haben. Im Jänner 2024 starteten wir eine Kampagne des Landes Oberösterreichs mit der Bildungsdirektion Oberösterreich, die da lautete: „Zukunft gestalten, Lehrerin beziehungsweise Lehrer werden! Wir werben um dich!“ Diese unterstützt die Kampagne vonseiten des Bildungsministeriums. Die Kampagne heißt „Klasse Job“ und ist die größte Lehrkräfte-Offensive der Zweiten Republik.

Ende 2023 wurde, so wie in den Vorjahren, das ist dann datumsmäßig in der Abarbeitung, ein Schreiben an die Schulen übermittelt mit den entsprechenden Unterlagen, wo in den maturaführenden Schulen eben für den Beruf der Pädagogin und des Pädagogen begeistert werden soll. Die Schulberater werden darauf hingewiesen, unterstützend in die Richtung Lehrberuf tätig zu sein und auf die Attraktivität des Lehrberufs hinzuweisen.

Ich glaube, jede und jeder von uns selbst hat Lehrerinnen und Lehrer in Erinnerung, die entsprechend motiviert haben. Es gibt keine bessere Werbung als Pädagoginnen und Pädagogen selbst. Es ist uns gelungen im Schuljahr 2023/24, 1.615 neue Lehrerinnen und Lehrer anzustellen. Für das Schuljahr 2024/25 konnten ebenfalls schon 643 neue Lehrerinnen und Neulehrer gewonnen werden.

Ich glaube persönlich, dass es ganz besonders wichtig ist, dass sich Lehrerinnen und Lehrer auf die Schülerinnen und Schüler selbst konzentrieren können. Das heißt, dass sie unterstützt werden in administrativen Tätigkeiten, dass sie entlastet werden von anderen Aufgaben, sodass sie sich eben allein auf die Pädagogik und das Kind konzentrieren können. Wir nehmen hier als Land Oberösterreich sehr viel Geld in die Hand, um die Schulen, um die Standorte zu unterstützen. Die Schulassistenten wurde entsprechend aufgestockt. Wir investieren in den kommenden oder in diesem Schuljahr 1,5 Millionen Euro. Da werden siebzig neue Assistenzen eingestellt. Die Schulsozialarbeit wurde erhöht. Es gibt einen Ausbau von 52 auf 62 Vollzeitstellen. Das psychosoziale Unterstützungspersonal wurde entsprechend ausgebaut. Auch hier gibt es einen Landesanteil von einer halben Million Euro, um die Schulen und die Schulstandorte entsprechend zu unterstützen. Und das administrative Unterstützungspersonal wird ebenfalls jährlich konsequent zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt.

Ich danke der Bundesregierung unter der Führung von Herrn Bundeskanzler Nehammer, dass vor wenigen Stunden erst im Nationalrat dann ja auch das Entlastungspaket für Lehrkräfte auf Schiene gebracht worden ist. Das wurde gemeinsam mit dem Koalitionspartner, den Grünen, beschlossen. Daher ein großes Dankeschön hier auch an die Unterstützung und das Entgegenkommen an die grüne Fraktion. Es wurde eben noch ausverhandelt und auf den Weg gebracht und ich bin davon überzeugt, dass das auch einen wertvollen Beitrag leisten wird. Daher noch einmal ein großes Dankeschön an den Herrn Bundeskanzler. (Beifall)

Zur Unterfrage eins: Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Lehrpersonen in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Berufsgruppen länger im Beruf bleiben. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter liegt laut den letzten Zahlen bei 62,64 Jahren. Im Vergleich dazu gehen Frauen in Österreich laut Statistik Austria mit durchschnittlich 60,7 und Männer mit 63,3 Jahren in Pension. Anzumerken ist auch, dass im Schuldienst der Frauenanteil wesentlich höher ist als in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Und dies ist auch im Zusammenhang gerade in Bezug auf die Pension ein wichtiger Punkt.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Wir haben natürlich unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen, wie ich sie vorher schon erwähnt habe. Schulassistenten, Schulsozialarbeit, administratives Unterstützungspersonal, damit sich die Pädagoginnen und Pädagogen eben auf ihre Kernaufgabe auch fokussieren können. Das ist wesentlich und wichtig, damit auch die entsprechende Qualität der Zufriedenheit vor Ort gegeben ist. Ich unterstreiche aber auch, dass wir im Schulbau gemeinsam mit den Gemeinden massiv Geld in die Hand nehmen, um die Schulbauten ebenso zu adaptieren, damit sie den modernen Rahmenbedingungen auch entsprechen, damit moderne Pädagogik entsprechend den Ansprüchen der Pädagoginnen und Pädagogen auch umgesetzt werden kann. Wir investieren 466,4 Millionen Euro in diesem Bereich und das ist aus meiner Sicht ganz wesentlich und wichtig, dass sich die Pädagoginnen und Pädagogen auch wohlfühlen.

Ich möchte auch auf den Bereich Gesundheitsförderung hinweisen. Hier gibt es unterschiedliche Angebote der Lehrer- Kranken- und Unfallfürsorge, der Schulpsychologie in der Bildungsdirektion. Es gibt eine Landes-ARGE an der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz zum Thema Lehrgesundheit. Das heißt, hier gibt es auch umfassende Angebote, um die Pädagoginnen und Pädagogen gut zu begleiten.

Zur Unterfrage zwei: Gemeinsam mit Herrn Landeshauptmann Thomas Stelzer habe ich erst vor kurzem das Ende des Pendelns der Studierenden nach Salzburg und eine vollständige Pädagogikausbildung an der Johannes Kepler Universität in Oberösterreich gefordert. Eine Entscheidung über den nötigen Ausbau der Johannes Kepler Universität fasst aber nicht das Land Oberösterreich, sondern hierfür ist der Bund zuständig.

Zur Unterfrage drei: Angesichts des Anstiegs der Zahlen der Sonderschulkinder wurden mehrere Maßnahmen ergriffen, um die wachsenden Anforderungen zu bewältigen. Lehrkräfte im sonderpädagogischen Bereich übernehmen, falls nötig, zusätzliche Stunden, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die bestmögliche, individuelle Betreuung erhalten. Es werden auch nachhaltige Strategien umgesetzt, um langfristig eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten. Wir arbeiten auch insbesondere daran, dass wir qualifizierte Lehrkräfte für den sonderpädagogischen Bereich gewinnen können. Dies erfolgt durch gezielte Rekrutierungskampagnen von Bund und Land, die den Beruf als Pädagogin beziehungsweise als Pädagoge, als wichtige und erfüllenden Karriereweg hervorheben.

Ich möchte an dieser Stelle schon betonen, dass es ganz wesentlich und wichtig ist, dass eine eigene Ausbildung für Sonderschullehrerinnen und Sonderschullehrer auch in Zukunft wieder besteht. Das ist, aus meiner Sicht, entsprechend notwendig. In Zusammenarbeit mit beiden pädagogischen Hochschulen wurden maßgeschneiderte Fort- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte entwickelt und auch angeboten. Diese Programme decken eine breite Palette von Themen ab: Darunter etwa der Umgang mit Sinnes- und Körperbeeinträchtigungen, kognitive Beeinträchtigungen und das wachsende Thema Autismus-Spektrum-Störungen. Die Fort- und Weiterbildung zielt darauf ab, Lehrkräfte mit den neuesten Erkenntnissen und Methoden auszustatten. Außerdem gibt es eben die entsprechende Unterstützung mit Schulpsychologinnen, Sozialarbeiterinnen und mobilen Lehrkräften.

Zur Unterfrage vier: Um diesen Familien Unterstützung zu bieten, wurden verschiedenste Maßnahmen ergriffen. Alle regulären Unterrichtsstunden sowie der Förderunterricht werden trotz des erhöhten Lehrkräftebedarfs aufrechterhalten. Lehrkräfte übernehmen gegebenenfalls Überstunden, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die benötigte

Unterstützung erhalten. Der Fokus liegt darauf, den Förderunterricht im gewohnten Umfang anzubieten, damit Lernlücken geschlossen werden können.

Eine, aus meiner Sicht, sich bewährende Maßnahme ist die Einführung der Sommerschule, die wir ja zum wiederholten Male jetzt auch anbieten können. Wir haben in Oberösterreich 99 Standorte. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die oberösterreichischen Gemeinden, die hier ihre Schulen zur Verfügung stellen. Wir haben 4.423 Schülerinnen und Schüler in diesem Sommer betreuen dürfen, mit 450 Pädagoginnen und Pädagogen. Der Ausbau der Ganztagschulen ist weiter eine zentrale Maßnahme, um Familien und Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf gezielt zu unterstützen. Der Ganztagschulbetrieb ermöglicht nicht nur eine schulische Förderung, sondern auch eine gezielte Förderung sozialer Kompetenzen.

Ganztagschulen bieten weiters ausgewogenen Wechsel zwischen Lernphasen und betreuter Freizeit, und ich empfehle grundsätzlich, auch eine entsprechende Schule in der Gemeinde anzubieten. Neben den genannten Maßnahmen, wie Förderunterricht und Sommerschulen, wurde ein weiteres effektives System zur Schülerunterstützung entwickelt. Die App Lernhilfe. Dieses Programm ist eine organisierte Struktur für Einzelnachhilfe durch qualifizierte Freiwillige und basiert auf Kooperationen zwischen Schulen und Freiwilligen aus den Gemeinden sowie Firmen. Vielen herzlichen Dank! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Ausführungen und eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich bereits die Abgeordnete Margreiter vom antragstellenden Klub. Bitte sehr!

Abg. **Margreiter:** Ja, vielen herzlichen Dank für die Beantwortung meiner, unserer Fragen. Ja, gleich vorweg, ich finde es schade, dass, auch wenn es eine Studie ist, die in einem kleinen Spektrum befragt hat, es immerhin eine unparteiische Studie ist der JKU, von der Sie auch gerade gesprochen haben, und dass eben die Ernsthaftigkeit des Problems, und wir wissen alle von den Problemen, jedes Jahr wieder aufs Neue wird das rückgemeldet, immer noch nicht so da ist, wie sie aus meiner Sicht sein sollte. Immer mehr Junglehrer - und das sind einfach Fakten, das war auch heuer wieder der Fall, deshalb greifen eben die Maßnahmen so wenig - brechen nachweislich ihre Ausbildung noch während der Studienzeit ab. Und mit vielen, mit denen ich spreche, die meinen immer, das ist eine regelrechte Belastungsprobe, eben dass anstelle einer tatsächlich guten und sinnvollen Vorbereitung, eben auf das Unterrichten in den Klassen, das kaum noch möglich ist. Ja, dass nicht mehr die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Man wird eben nicht auf das, was wirklich dann auf einen zukommt, wenn man in der Klasse ist, vorbereitet. Das ist einfach nicht mehr zeitgerecht.

Und wie Sie auch angesprochen haben, es gibt Anstrengungen, aber diese eben auch schon seit vielen Jahren, dass eben nicht mehr für Fächer wie Mathematik ständig nach Salzburg ausgependelt werden muss. Und das müssen die Studierenden teilweise eben, neben dem Unterricht, dem Unterrichten an Schulen, dem müssen sie eben nachkommen. Das ist einfach in vielen Fällen zu viel. Auch das ist ein nachweisliches Problem, warum eben viele Studierende schon während der Studienzeit eben wieder abbrechen.

Und dann gibt es da, und auch das war eben eine Frage, und Sie haben sie auch beantwortet, meines Ermessens nach, für mich nicht ausreichend, eben diese zweite Gruppe, diese wirklich sehr große Gruppe von jenen Lehrern und Lehrerinnen, die eben vorzeitig in den Ruhestand gehen. Und auch das ist nachweislich, das sind sage und schreibe derzeit mehr als Dreiviertel der PädagogInnen, die davon Gebrauch machen und vorzeitig in den Ruhestand gehen. Und wenn ich dann von Ihrer nahestehenden Organisation, der Industriellenvereinigung, lese, die



eine Spectra-Umfrage herausgegeben hat, dass andererseits eben die Hälfte der erwerbstätigen Menschen sich mehr Arbeit vorstellen können, dann frage ich mich, warum ist das in der Lehrerschaft nicht so? Dann muss es einfach wirklich grundlegende Probleme geben, warum das eben dort nicht so ist und diese Probleme gehen wir seit vielen, vielen Jahren einfach nicht an. Wir wissen, dass Lehrer fehlen und wir gehen diese Probleme nicht an.

Wie ich auch schon angesprochen habe und das wird mir auch immer wieder berichtet, kurz nach Schulstart kommt es plötzlich zu Stundenkürzungen. Ja und so haben wir eben gerade auch zwei Petitionen, Sie wissen es, im Petitionsausschuss, wo es eben um sonderpädagogische Schulen geht, wo eben die Eltern der Martin Boos-Schule und der Michael Reitter Landesschule sich diese Mühe gemacht haben, eine Petition zu machen, Unterschriften zu sammeln, dass es eben nicht, wie jedes Jahr wieder, zu Stundenkürzungen kommt. Und dass sie nicht wie jedes Jahr wieder, um zusätzliche Stunden kämpfen müssen. Das ist jedes Jahr dasselbe Spiel. So haben Sie bei ihrer Schulstart-Pressekonferenz auch schon die Zahl der Sonderschulkinder angesprochen. Diese sind um 22,32 Prozent gestiegen. Und auch hier sagen wir gemeinsam mit der Opposition seit vielen, vielen Jahren, dass endlich dieser Deckel von 2,7 Prozent, der wirklich seit vielen Jahrzehnten Gültigkeit hat, im sonderpädagogischen Förderbereich aufgehoben werden muss. Ja, es ist eine Bundessache, und trotzdem muss hier mehr Druck auch von Oberösterreich kommen.

Ich habe schon gesagt, unsere Kinder und Jugendlichen brauchen einfach die beste Bildung. Es geht um sehr viel, und es geht für mich auch um Bildungsgerechtigkeit. Auch das habe ich schon mehrfach angesprochen und da geht es einfach darum, dass man Kinder dort stärkt, wo sie Stärken haben und dort fördert und fordert und Schwächen unterstützt. Das ist mir als dreifache Mutter, und mein Enkelkind hat letzte Woche am Montag mit der Schule begonnen, enorm wichtig. Deshalb auch die Frage hinsichtlich des Nachhilfeunterrichts. Wir sehen, dass immer mehr Kinder Nachhilfeunterricht brauchen und da ist einfach der angebotene Betrag von 150 Euro pro Semester an Nachhilfe-Fördergeld mittlerweile zu wenig. Die Kosten steigen auch hier enorm. Und das können sich eben vor allem jene Familien, wo die Kinder es am meisten benötigen, nicht leisten.

Was mich besonders erschüttert hat ist, dass eben unsere Lehrerinnen und Lehrer Arbeiten verrichten müssen, vor allem immer mehr administrative Arbeiten verrichten müssen. Und deshalb gibt es auch administrative Assistenzkräfte, aber auch hier viel zu wenige. Das heißt, sie können nicht die eigentliche Aufgabe machen, nämlich unsere Kinder und Jugendlichen unterrichten. Und schade finde ich es, dass erst gestern die GÖD-Regierungsvereinbarung abgegeben wurde, sodass eben im Parlament die zusätzlichen Assistenzstunden oder Adminstunden nicht beschlossen werden konnten. Das heißt, wir haben heuer für das aktuelle Schuljahr Unterschreitungen von je einer halben Stunde. Das ist hier in so einem Bereich sehr, sehr viel. (Präsident: „Schlusssatz bitte!“)

Aus meiner Sicht, die aktuelle Studie der JKU zeigt sehr wohl, dass der Lehrkräftemangel jetzt nicht nur bei den PädagogInnen, Kindern und Jugendlichen angekommen ist, sondern eben auch bei den Eltern, die wirklich um die Bildungsqualität ihrer Kinder fürchten. Ich fordere Sie deshalb auf, und das tut die JKU auch, dass wir endlich Maßnahmen auf politischer Ebene angehen und stärker die Unterstützung der Schulen vorantreiben. Dankeschön! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Felix Eypeltauer, bitte.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke, Herr Präsident! Herr Eypeltauer hat sich zu Wort gemeldet und darf jetzt nur noch fünf Minuten über Schule und Bildung reden. Das wird hart für einen Neos. Aber ich werde es probieren. Geschätzte Damen und Herren! Ob und inwieweit jetzt die zitierte Studie der JKU restlos aussagekräftig ist oder nicht, ist gar nicht so relevant, weil es ja nur eine von ganz vielen Studien unter Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen ist, die klar zeigen, dass unser Schul- und Bildungssystem nicht das liefert, was es liefern müsste. Wenn wir uns anschauen, wie viel Geld wir als Österreich darin investieren vor allem im OECD-Vergleich, die Eltern wissen es, die Lehrerinnen und Lehrer wissen es und die Schülerinnen und Schüler wissen es, da geht mehr, da muss mehr gehen. Und es ist natürlich auch in der Verantwortung der Landespolitik im jeweiligen Bundesland, hier was zu tun. Es ist aber vor allem in der Verantwortung der Bundesregierung, in der Bildungspolitik in der nächsten Periode, die beginnt nach der bevorstehenden Nationalratswahl hier wirklich den Turbo zu zünden und gemeinsam mit den Ländern eine Offensive, eine wirkliche Bildungsreform zu starten, hin zum strategischen Fortentwickeln, weg vom Löcher stopfen hier und da und in Wirklichkeit den Problemen nachlaufen. Mit ein paar Dingen können wir jetzt schon beginnen und haben die meisten von uns auch schon begonnen, abseits von konkreten Maßnahmen auf landespolitischer Ebene.

Wir können mit Zuversicht, mit Zutrauen und mit Anerkennung über den Lehrberuf sprechen. Das tun wir und ich halte es für richtig, dass wir es hier über alle Fraktionen hinaus tun.

Wir können Bildung zum Thema machen und anerkennen dass es Herausforderungen gibt, anerkennen, dass es für die Lehrkräfte aber auch für die Schüler und Eltern teilweise große Probleme gibt, die sie sich nicht ausdenken, sondern die ganz einfach täglich in der Realität so bestehen. Und wir können Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und das ist sicher einer der Schlüssel für die Lösung gegen den Personalmangel im Lehrberuf.

Wir können sie dabei unterstützen, dass sie das tun können, was sie wiederum am liebsten und am besten tun und können, nämlich die Schülerinnen und Schüler unterstützen. Unterstützen dabei, Wissen sich anzueignen natürlich, unterstützen beim Aufbau von Beziehungen zu anderen und zu sich selbst, unterstützen dabei, die eigene Rolle zu finden, die eigenen Werte zu finden, die eigenen Stärken zu finden. Das muss unser Lehrerinnen- und Lehrerbild sein. Das muss unser Bild von Bildungseinrichtungen sein.

Und die spannende, die große, die grundlegende und die bisher noch nicht wirklich von Bundesregierungen beantwortete Frage ist: Wie schaffen wir denn das? Mit einer Reform, die letzte große umfangreiche Bildungsreform ist bekanntlich 62 Jahre zurückliegend, dazwischen wurde natürlich nicht nichts getan, aber eine systematische Erneuerung im Bildungsbereich ist tatsächlich so lange zurück.

Wie das gehen kann, zeigen zum Beispiel wir NEOS mit der gerade jüngst erst vorgestellten Reformgruppe Bildung, wo sich Expertinnen und Experten aus allen Ebenen bis hin zu ehemaligen Ministern und Ministerinnen mit uns zusammengesetzt haben, und wir ein Reformprogramm erarbeitet haben für die ersten 100 Tage Bundesregierung.

Darin ist klar dokumentiert, es ist möglich innerhalb von 100 Tagen, eine grundlegende Bildungsreform auf den Weg zu bringen, eine Reform, die dazu führt, dass Menschen noch viel lieber Lehrerinnen und Lehrer werden, vor allem aber auch viel lieber Lehrerinnen und Lehrer bleiben, dass die Qualität in den Bildungseinrichtungen steigt: Da gibt es Ansätze von Schulautonomie über die Einführung eines mittleren Managements, über eine stetige Aus- und Weiterbildung, das Belohnen von Leistung und von Engagement bis hin eben zu

pädagogischer Autonomie, pädagogischer Innovation, wie sie in anderen Ländern dieser Welt schon so lange, so erfolgreich eigentlich vorherrscht und wie sie sich alle Stakeholder im Bildungsbereich ja auch immer wieder explizit wünschen.

Was man auch tun kann auf Landesebene ist die Anstrengungen, die es schon gibt natürlich, fortsetzen, weiterfahren, in andere Bundesländer schauen, wo auch aufgrund der Not und des Drucks einfach schon jetzt viel passiert ist, zum Beispiel in Wien, wo unter NEOS-Regierungsverantwortung im Bildungsbereich, Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer ganz massiv ausgeweitet wurde was School Nurses betrifft, das Gratis-Öffi-Ticket für Lehrkräfte betrifft, die Wiener Bildungschancen und einen Sozialindex für Brennpunktschulen betrifft, et cetera, et cetera. Auch da gibt es noch viel, was wir tun können.

Nur fünf Minuten über Bildung, da geht sich genau gar nichts aus, leider. Ich bin froh, dass wir immer wieder über dieses wichtige Thema sprechen. Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein. Mein Appell ist, erkennen wir an, dass wir besser werden müssen, erkennen wir an, dass vieles gut ist, Christian Dörfel, dass wir besser werden müssen, erkennen wir an, dass wir das im Rahmen dessen, wie wir das übers Landesgesetz tun können, auch tun müssen, aber vor allem sind wir uns bewusst, dass die kommende, die nächste Bundesregierung hier einen ganz klaren Auftrag der gesamten Bevölkerung, die betroffen ist, schon jetzt hat, wenn man sich die Umfragen und Studien anschaut, und dass wir endlich hier auch einen Schritt in die richtige Richtung nach vorne und ganz entschlossen brauchen. Danke schön. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Klubobmann! Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Abgeordnete Hoffmann, bitte sehr.

Abg. **Hofmann:** Danke Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher auf der Galerie und im Internet!

Die SPÖ macht den Lehrermangel zum Thema in ihrer dringlichen Anfrage. Das Kernproblem dafür liegt aber nicht bei uns in Oberösterreich, sondern beim zuständigen Bildungsminister in Wien. Der Lehrermangel ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat von falschen politischen Entscheidungen. Probleme ignorieren und nur verwalten, statt sie anzugehen und echte Reformen auf den Weg zu bringen. Dafür muss man die Arbeit des Bildungsministers mit „nicht genügend“ bewerten.

Die derzeitige Bundesregierung hinterlässt in allen Bereichen Chaos. Die Bildungspolitik ist mittlerweile zur Großbaustelle geworden. Wir haben hier im Landtag schon oft über Schulsanierungen gesprochen, doch die neuesten Klassenräume bringen nichts, wenn uns das Lehrpersonal fehlt. Wir wollen die beste Bildung für unsere Kinder, dafür braucht es gut ausgebildete Pädagogen.

Warum gehen Lehrer früher in Pension oder wechseln den Job? Weil die Rahmenbedingungen sich immer weiter verschlimmern. Die Zahl der demotivierten Lehrer ist massiv gestiegen. In vielen Schulen steht Gewalt und Mobbing auf der Tagesordnung.

Die verfehlte Asyl- und Migrationspolitik schlägt sich auch im Bildungsbereich massiv nieder, es gibt immer mehr Schüler, die nicht Deutsch sprechen. Das heißt, der Lehrer muss den Stoff mehrmals wiederholen, damit jeder Schüler mitkommt. Gleichzeitig fühlen sich dabei andere Schüler unterfordert. Infolgedessen bekommt man immer weniger Lehrstoff im Unterricht unter. Somit steigt die Zahl schlecht ausgebildeter Schüler dramatisch an.

Dadurch wird das Bildungsniveau immer weiter nach unten gedrückt, unsere Schüler können nach Ablauf ihrer Schullaufbahn nicht sinnerfassend lesen und schreiben. Das demotiviert natürlich auch die Lehrer. Zusätzlich ist man mit vielen Verwaltungsaufgaben beschäftigt.

Es sind auch nicht alle Lehrer damit einverstanden, dass es einen Kniefall vor dem Islam gibt. Die Kronen Zeitung hat von Fällen berichtet, wo Schularbeiten in einer Linzer Volksschule wegen dem Ramadan verschoben wurden. Moschee-Besuche im Rahmen des Unterrichts, Zuckerfest statt Ostern.

Eine Mutter eines Schülers wird von der Krone wie folgt zitiert: „Zu Ostern wurde kein Film über das christliche Fest gezeigt. Im Ramadan stand im Sachunterricht dann aber eine Doku über das Zuckerfest auf dem Programm. Es ist ein permanenter Kniefall vor dem Islam.“

Das ist für uns keine gelungene Integration! Solche Probleme muss man auch offen ansprechen können und nicht die Augen davor verschließen – meine Damen und Herren! (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Da darf man nichts mehr sagen!“)

Auch die Gewalt an unseren Schulen nimmt immer mehr zu. Wir Freiheitliche fordern schon seit Jahren mehr Rechte für die Pädagoginnen und Pädagogen. Von ihnen wird immer mehr Erziehungsarbeit gefordert und abverlangt. Entsprechende Befugnisse werden ihnen aber nicht gewährt. Ein Mehr an Erziehungsarbeit erfordert auch ein Mehr an Lehrerrechten.

Es braucht vor allem auch ausreichende Deutschkenntnisse vor Schuleintritt und die Einführung der Schulsprache Deutsch ist einmal mehr Gebot der Stunde. (Beifall)

Quereinsteiger alleine werden das Problem des Lehrermangels nicht lösen. Aber wenn wir sie nicht hätten, würde der Schulbetrieb nicht mehr wie gewohnt funktionieren. Es braucht auf Bundesebene ein Konzept für die Bewältigung des Lehrermangels und endlich echte Reformen. Auch die aufgeblähten Lehrpläne müssen überdacht werden.

Der Schwerpunkt muss wieder auf die Vermittlung der notwendigen Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden. Der Leistungsgedanke muss aus unserer Sicht wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Unsere Schüler sollen dadurch bestens auf das Arbeitsleben vorbereitet werden.

Individuelle Interessen und Begabungen sollen gefördert werden. Seit Corona und den Schulschließungen brauchen mehr Schüler Nachhilfe. Auf diese Entwicklung hat unser Familienreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner schnell reagiert und einen Fördertopf für außerschulische Nachhilfe geschaffen. 150 Euro pro Schüler und Semester stehen zur Verfügung. So sieht freiheitliche Politik aus.

Die Zustände in unseren Schulen wären noch viel schlimmer, würde es nicht so viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen geben. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit und Ihren unermüdlichen Einsatz! In Oberösterreich hat sich laut Bildungsdirektion die Lage des Lehrermangels im Moment entspannt. Trotzdem muss das Problem an der Wurzel gepackt werden. Es gibt viel zu tun für die nächste Bundesregierung, schwarz-grün ist auch im Bildungsbereich gescheitert. Mit entsprechenden Reformen wird die FPÖ nach dem 29. September eine gute Zukunft für unsere Kinder bauen. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Reinhard Ammer. Bitte sehr!

Abg. **Mag. Ammer:** Danke Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen und Zuseher/innen hier und zu Hause an den Bildschirmen! Das macht ein bisschen sprachlos, was jetzt zuletzt gefallen ist, und ich glaube, es ist dringend notwendig, dass wir einmal das Spielfeld Schule skizzieren und einmal klarstellen, worüber wir hier überhaupt reden.

Auf dem Spielfeld Schule agieren einmal die Schulpartnerinnen. Die Schulpartnerschaft besteht aus den Kindern und Jugendlichen, den Pädagoginnen und Pädagogen, den Eltern, sprich den Erziehungsverantwortlichen.

Und wir als politisch Verantwortliche und in weiterer Folge die Schulaufsicht, die Bildungsdirektion sind nicht auf dem Spielfeld, aber wir sind verantwortlich für die Rahmenbedingungen des Spielfeldes.

Und auf diesem Spielfeld gibt es massive Probleme, das ist jetzt schon geschildert worden. Kinder und Jugendliche versuchen, so meine Wahrnehmung, so gut es geht, mit den Rahmenbedingungen zurechtzukommen. Eltern haben Befürchtungen, das zeigt auch diese Studie. Sie wollen das Beste für ihre Kinder, die beste Ausbildung und die Pädagoginnen und Pädagogen sind zum Teil fassungslos und wütend, weil sie Ehrlichkeit vermissen.

Das Schönreden sei mittlerweile unerträglich, nicht nur einmal konnte ich das in den ersten Schultagen hören. Aus einer Mittelschule in Linz-Süd ein Zitat: „Ich werde schon diese Woche Geografie und Geschichte in meiner Klasse unterrichten, ich hoffe ich bekomme das als Physik- und Sportlehrer lehrplangerecht hin.“

Die Aussage, alle Stunden können lehrplangerecht abgehalten werden, stimmt schlicht und ergreifend nicht. Und es ist dieses Schönreden, dieses, gehen sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen, das viele Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen nicht mehr hören können.

Es wird nicht von Überstunden gesprochen, den sogenannten Mehrdienstleistungen. Es wird nicht auf Förder- und Begleitstunden Bezug genommen, die gar nicht mehr gehalten werden können. Fehlende Förder- und Begleitstunden sind aber dringend notwendig, weil und da hat Kollegin Hofmann recht, sie gehen auf Kosten der Bedürfnisse unserer Kinder und Jugendlichen.

Geleistete Überstunden gleichen die fehlenden Kolleginnen und Kollegen aus und der Preis ist hoch. Wir reden hier von Krankheit, von Burn-out. Wir reden hier von Überlastungen, die auftreten und wir reden auch von Kündigungen. Übrigens halte ich es für dringend notwendig, zu evaluieren warum denn Kollegen und Kolleginnen den Lehrberuf aufgeben und sich zurückziehen.

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist herausfordernd und intensiv. Fakt ist, dass auch die Elternarbeit herausfordernder und intensiver wird. Dafür brauchen wir umso mehr gesunde und fitte Pädagoginnen und Pädagogen.

Der Idealismus unserer Pädagoginnen und Pädagogen federt vieles ab. Das Engagement, der unermüdliche Einsatz für ihre Kinder und Jugendlichen, das gebührt hohen Respekt und ein großes Dankeschön.

Der JKU Bildungsbarometer ist eine nicht vom Tisch zu wischende Bedarfserhebung und ein Istzustand, der Handlungsbedarf verlangt und ich zitiere, die Studie sieht Vertrauensverlust, die Studie der JKU zeigt, dass der Lehrkräftemangel das Vertrauen der Eltern in die Bildungsqualität ihrer Kinder stark beeinträchtigt. Das höchste Gut im Zusammenleben allgemein und in unserem Bildungssystem im Speziellen ist Vertrauen. Die Studie zeigt gnadenlos, dieses Vertrauen ist zutiefst erschüttert.

Und das, obwohl die Lehrerinnenausbildung in Oberösterreich erfolgreich ist. An unseren pädagogischen Hochschulen wird hervorragende Arbeit geleistet. Die Teams von Rektor Vogel und Rektor Reitingner sind auf einem guten, auf einem innovativen und auf einem zukunftsweisenden Weg, das kann man immer wieder wahrnehmen, wenn man an den pädagogischen Hochschulen ist und auf Veranstaltungen wahrnimmt.

Unsere Kinder beginnen ihre Bildungslaufbahn motiviert, neugierig und mit Vorfreude. Damit das so bleibt und das lange anhält, müssen wir den Schulen und den Pädagoginnen und Pädagogen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, konkret als Beispiel und das nehme ich wahr, dass hier viel investiert wird, multiprofessionelle Teams in allen Bereichen. Mehr bitte, unbedingt mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können das Vertrauen nur zurückgewinnen, wenn wir schonungslos und absolut ehrlich die Situation ansprechen. Und ich nehme in unserem Bildungssystem sehr viel Angst wahr. Wer darf mit wem reden? Wer darf was wissen? Das ist immer und immer wieder an Schulen so, das ist in den Bildungsregionen der Fall. Das merke ich nach drei Jahren Abgeordnetendasein auch hier in diesem hohen Haus.

Wir sollen, ja ich bin überzeugt, wir müssen das durchbrechen. Angst ist kein guter Ratgeber, gerade im Bildungssystem. Ich glaube, wir sollen auf eine ehrliche Art und Weise und Basis miteinander reden, kommunizieren und das ansprechen.

Das gibt es immer wieder. Das nehme ich auch von dir wahr. Und ich glaube, es braucht es noch viel mehr, nämlich bis in die kleinste Bildungseinheit hinein (Dritter Präsident: „Schlusssatz bitte!“) Angst raus, mutig mit Expertinnen und Experten, insbesondere jenen die in unseren Bildungseinrichtungen sind, das Bestehende auch würdigen und bedanken, aber auch weiterentwickeln und verändern zum Wohl unserer Kinder, zum Wohl unserer Jugendlichen und für unsere Zukunft. Danke! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Aspalter. Bitte sehr.

**Abg. Ing. Mag. Aspalter:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Zuseherinnen und Zuseher via Internet und auf der Tribüne!

Ja, wir haben vieles gehört in den letzten Wortmeldungen. Die zitierte Befragung, Besorgnis von Eltern über den Lehrkräftemangel, über die Auswirkungen auf ihre Kinder, vor allem auf solche, die spezielle Förderung brauchen.

Und ja, man muss diese Befürchtungen ernst nehmen. Aber ehrlichweise, wüsste ich es nicht aus eigener 16-jähriger Tätigkeit an unseren Schulen, ich würde mich jetzt nach diesen Schilderungen, die wir gehört haben, fürchten in eine Schule zu gehen.

Wir haben in den Ausführungen gehört, was die Landeshauptmann-Stellvertreterin uns ausführlich berichtet hat. Was es ihrerseits, was es von allen Ebenen in unserem Schulsystem an Anstrengungen gibt, Schule gut, ja immer besser zu machen, Schule mit diesen ständig wachsenden Herausforderungen auch leben zu können.

Und ich sag ja, unser gutes System Schule aufrechtzuerhalten und weiterentwickeln zu können, denn ich lasse mir unsere Schule trotz aller Schwierigkeiten nicht schlechtreden. (Beifall)

Ich lasse es deswegen nicht schlechtreden, weil es, und das wissen wir alle, so viele kompetente, lösungsorientierte, engagierte Menschen in unserem Land gibt, die alles dafür tun, dass unsere Kinder, unsere Jugendlichen die bestmögliche Ausbildung erhalten.

Ja, was sind die Herausforderungen? Was sind auch die geänderten Bedingungen? Es ist immer darum gegangen in der Schule, unsere Kinder bestmöglich zu fördern, zu unterstützen, aber auch sie zu fordern und dadurch wachsen zu lassen. Und natürlich, je unterstützungsbedürftiger, desto herausfordernder ist natürlich auch diese Arbeit und desto individueller müssen auch die Lösungen aussehen.

Unsere Landeshauptmann-Stellvertreterin hat es angesprochen, es gibt mehr Geld, es gibt mehr Personal. Ich sage nur Schulassistenzen, im sozialen Bereich, im schulpsychologischen Bereich, im Verwaltungsbereich, gerade beschlossen das Entlastungspaket des Bundes.

Es gibt auch mehr Zeit: Förderunterricht, Sommerschule, Ausbau der Ganztagschule nur einige Beispiele. Und es gibt mehr Möglichkeiten, die geschaffen wurden, das UPI-Projekt, die Lernhilfe, Unterstützungsmöglichkeiten in einem neuen, tollen Fördersystem.

Ja, und die Herausforderung des Lehrkräftemangels wurde ebenfalls angesprochen. Es laufen ganz viele Informationen, es laufen Werbekampagnen vom Bund, vom Land. Es gibt die Möglichkeit in der Sommerschule engagierte Schülerinnen und Schüler darauf aufmerksam zu machen, der Lehrberuf wäre das nicht was für dich, steig ein, komm zu uns.

Es gibt die Möglichkeit für Quereinsteiger und anderes mehr, also ganz, ganz viele Maßnahmen, die getroffen wurden, die weiter gesetzt werden und die auch positive Wirkung zeigen.

Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, warum haben wir denn diesen Turnaround geschafft? Warum gehen denn jetzt mehr Jugendliche, mehr junge Erwachsene wieder in ein Lehramtstudium hinein? Weil wir es auch geschafft haben, die notwendige, öffentliche Wertschätzung für den Lehrberuf auszusprechen. Und wenn ich mir die Schilderungen zunächst angehört habe, die Kollegin Margreiter ist jetzt leider nicht mehr herinnen. (Unverständliche Zwischenrufe). Kollegin Margreiter, ich glaube nicht, dass solche Schilderungen des Lehrberufs dazu beitragen, dass wir mehr junge Menschen motivieren, diesen Beruf zu ergreifen. Und wir sind wieder dort, anerkennen was ist die Herausforderung? Aber auch konkret sagen, ja, wir unterstützen euch. Und ich kann aus eigener Erfahrung sagen, wahrscheinlich ist es einer der anstrengendsten, einer der nervigsten Berufe, aber es ist mit Abstand auch einer der sinnerfüllendsten Berufe, den man sich nur aussuchen kann. (Beifall)

Ich komme jetzt zum Abschluss. Wir haben eine schöne Zeit, es ist Schulbeginn und Schulanfang, das ist immer auch, hat etwas zu tun mit Neuanfang, mit Aufbruchstimmung und ja, für mich persönlich immer noch ein bisschen was mit Wehmut. Weil ich seit neun Jahren meinen Lehrerberuf, mit dem der Politikerin getauscht habe und genau diese Wehmut ist es, die zeigt, Lehrer sein, Lehrerin sein, das ist viel, viel mehr als nur ein Job. Das ist etwas, das mit Berufung zu tun hat. Das ist etwas, das man nur ausführen kann mit sehr, sehr viel Herz und ich kann jede Jugendliche, jeden Jugendlichen nur dazu ermuntern, sich auf dieses Abenteuer einzulassen. Es ist es wert! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete! Da mir nun keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede zu dieser dringlichen Anfrage.

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage des FPÖ-Landtagsklubs an Landesrat Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer zur Thematik Entwicklung der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung in Oberösterreich. Ich ersuche Herrn Klubobmann Herwig Mahr die dringliche Anfrage vorzutragen und zu begründen.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Sozialhilfe ist ja für viele Landsleute seit Wochen ein brennendes Beispiel. Wir haben diese Beispiele aus Wien gehört und das ist ja wirklich ein Schlag für arbeitende Menschen ins Gesicht. Vor allem wenn eine syrische Großfamilie 6.000 Euro fürs Nichtstun monatlich erhält. Das regt die Steuerzahler zu Recht auf, weil sie am Ende auch die Rechnung bezahlen. Diese syrischen Eltern dürften ja arbeiten, aber warum, wenn die SPÖ-geführte Stadt Wien ermöglicht, großzügig von der öffentlichen Hand zu leben?

Und zwar besser als sehr viele heimische Familien, die jeden Tag einer geregelten Arbeit nachgehen und ihre Leistung erbringen. Aber es geht ja für diese Familie, für diese syrische Großfamilie noch weiter. Sie bekommen den Klimabonus, sie bekommen eine Befreiung von der Rezeptgebühr, eine Befreiung der GIS-Gebühr, Gratis-Öffiticket und so weiter und was ist die Antwort der SPÖ Wien? Sie will nicht nur mehr Fairness im heimischen Sozialsystem, sondern die illegale Wirtschaftsmigration noch weiter befeuern. Die SPÖ schlug nämlich als Reaktion eine Ausweitung vor, wonach die neunköpfige syrische Familie (Unverständliche Zwischenrufe) dank Sozialhilfe, Mietzuschuss und weiteren Zuschüssen dann auf unglaubliche 8.200 Euro netto im Monat käme. Für die ehemalige Arbeiterpartei, Kollege Höglinger, ist wirklich Hopfen und Malz verloren.

Aufgrund dieser Mentalität, meine sehr geehrten Damen und Herren, leben zwei Drittel der Sozialhilfebezieher in Wien. Dort leben 82 Prozent der 120.000 Syrer von der Sozialhilfe, obwohl sie arbeiten dürften. Und darum ziehen praktisch alle Asylanten, die zu uns kommen nach Wien, weil es dort einfach am meisten zu holen gibt. Und für uns ist ganz klar, wir verstehen die Sozialhilfe als ganz wichtiges Auffangnetz für unseren Sozialstaat, aber nicht als Hängematte für Wirtschaftsmigranten, ganz klar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wer den Sozialstaat finanziert, der soll auch davon profitieren. Das ist aber vorrangig unseren heimischen Leistungsträgern, jene, (Unverständliche Zwischenrufe) jene Kollegen, die arbeiten und unser Land am Laufen halten. Arbeit muss sich lohnen, Kollege. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Durch höhere Löhne!“) Darum haben wir in Oberösterreich bereits zu Beginn der Asylkrise vor neun Jahren reagiert und unsere Sozialhilfe in mehreren Schritten reformiert. Damit haben wir eine Blaupause für den gesamten Bund geschaffen und seit 2016 ist unter anderem umgesetzt: verringerte Leistungen für Drittstaatsangehörige, zum Beispiel subsidiäre Schutzberechtigte, Höchstdeckel für Haushalte, um exorbitant hohe Summen



hintanzuhalten, volle Sozialleistungen nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen und Arbeits- und Integrationsbemühungen. Und hätte Wien diese Regeln umgesetzt, wäre der massive Zuzug aus Drittstaaten sicher geringer ausgefallen.

Dänemark hat nämlich im Jahr 2002 eine Reduzierung der Sozialleistungen um 40 Prozent beschlossen und was passiert? Danach reduzierte sich laut einer aktuellen Studie die Einwanderung von Drittstaaten um über 70 Prozent. Unsere heutige Anfrage soll ein für alle Mal aufzeigen, wie effizient, wie konsequent man auch in Österreich mit Steuergeld umgehen kann, wenn man die richtigen Maßnahmen trifft. Die oberösterreichischen Regeln der Sozialhilfe müssen Vorlage für eine einheitliche Bundesregelung sein. Bin nämlich dafür, dass es eine Bundesregelung gibt. Bei uns werden (Unverständlicher Zwischenruf), bei uns werden besonders Bedürftige wie Beeinträchtigte oder Alleinerzieher verstärkt unterstützt, aber bei Integration- und Arbeitsverweigerern wird gekürzt.

Deshalb ersuchen wir Soziallandesrat Hattmannsdorfer um die Darstellung der Entwicklung in Oberösterreich seit unseren Reformschritten beginnend im Jahr 2016, insbesondere welche Besonderheiten die Sozialhilfe in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere Wien würde mich interessieren, aufweist und welche Auswirkungen das hat. Denn nach dem oberösterreichischen Sozialhilfemodell hätte die syrische Großfamilie bei uns ja nur 2.450 Euro erhalten. Zudem wollen wir wissen, welche Wirkung sich aufgrund der letzten Novelle des oberösterreichischen SOHAG zeigt und welche Änderungen und Adaptionen derzeit im Bereich der Sozialhilfe bereits in Ausarbeitung sind? Herzlichen Dank!

**Dritter Präsident:** Ich ersuche nun Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer um die Beantwortung der Anfragen!

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer:** Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzter Herr Klubobmann, lieber Herwig! Ich bin überzeugt eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitik ist es, die Menschen in ihrer Eigenständigkeit und Selbständigkeit zu fördern, zu begleiten, zu unterstützen, denn Soziales ist nicht was Menschen abhängig macht, sozial ist, was sie nach Möglichkeit dazu befähigt, wieder auch selbständig zu sein. Und die Sozialhilfe ist dafür, glaube ich, auch das beste Beispiel. Ziel muss es immer sein, wenn möglich, aus der Sozialhilfe wieder hinauszufallen, weil hinauszufallen bedeutet nicht hinzufallen. Hinauszufallen bedeutet, wieder auf den eigenen Beinen stehen zu können und ich glaube, darum geht es, aus der Sozialhilfe hinauszufallen und auch wieder sein eigenes Geld verdienen zu können. Deswegen darf ich dir deine Fragen wie folgt beantworten.

Zur Hauptfrage: Wie hat sich die Sozialhilfe entwickelt? 2016, wo wir die erste Reform der Mindestsicherung miteinander gestartet haben, war der Ausgangspunkt 22.538 Bezieher. 2020, wo wir die nächste Reform gestartet haben mit dem SOHAG 16.428 Bezieher und im letzten Jahr 2023 der Tiefstand mit 8.801 Bezieher.

Erste Unterfrage: Welche Besonderheiten weist die Sozialhilfe in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern auf? Ich bekenne mich dazu, dass die Sozialhilfe in Oberösterreich anders gestaltet ist als in anderen Bundesländern und dass auch ich vor zwei Jahren hier eine weitere Form durchsetzen durfte, mit der Einführung der Deutschpflicht in der Sozialhilfe als einziges Bundesland. Gibt es nirgendwo anders. Bei uns sind auch gedeckelt subsidiäre Schutzberechtigung, und es gibt eine degressive Gestaltung bei den Haushaltsgemeinschaften.

Warum habe ich diese Reformen durchgeführt? Erstens, weil Sozialleistungen nicht Pull-Faktor für illegale Migration sein dürfen und zweitens, weil es auch einen klaren Anreiz geben soll, dass man arbeiten geht und wenn möglich, sein Leben nicht aus der sozialen Unterstützung bestreiten muss.

Zweite Unterfrage: Welche Wirkungen zeigen diese Reformen? Ich glaube eindeutig, wir haben seit der Reform im Jahr 2022, Ende 2022, einen signifikanten Rückgang der Sozialhilfebezieher im erwerbsfähigen Alter, obwohl die Arbeitslosigkeit aufgegangen ist, obwohl quasi auch die wirtschaftliche Entwicklung nicht ganz auf der Höhe war und wir haben alleine im letzten Jahr über 1.000 Sanktionen ausgesprochen. Das zeigt, der oberösterreichische Weg funktioniert.

Zur dritten Unterfrage: Welche Adoptionen sehe ich als notwendig? Ich bin bei dir, es braucht die bundesweite Ausrollung der Sozialhilfe nach oberösterreichischem Vorbild und wir müssen auch das Grundsatzgesetz so gestalten, dass es generell eine Wartefrist für Sozialleistungen gibt, wenn man neu nach Österreich auch kommt. Wir müssen die Unterstützungsleistungen für Asylberechtigte nach dem Vorbild der subsidiär Schutzberechtigten deckeln. Und es braucht auch einen massiven Ausbau, das Maß an Unterstützungsangeboten im Bereich der Arbeitsmarktvermittlung, dass Menschen, die zu uns kommen und auch rechtlich befähigt sind auch hier bleiben zu können, ordentlich von Tag eins an, auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden und auch qualifizieren werden. Und ich glaube die vierte ganz, ganz wesentliche Reform ist die Neuregelung des Familiennachzugs, dass es Familiennachzug nur dann geben kann, wenn man sein eigenes Geld verdient und dass es keinen Familiennachzug in die Sozialhilfe geben kann. Das zur Beantwortung deiner letzten Unterfrage.

Sehr geehrter Herr Klubobmann, du gestattest mir bitte, dass ich heute aus besonderem Anlass den Bogen in der Beantwortung etwas weiter spannen darf, weil ich heute auch zum letzten Mal hier heraußen im oberösterreichischen Landtag auch sprechen werde. Und ich kann das offen sagen, die mich näher kennen wissen das auch, dass in den letzten Tagen auch ganz, ganz viel Wehmut auch bei mir mit dabei ist, weil ich diese Funktion als Soziallandesrat mit voller Leidenschaft, mit voller Begeisterung und jeden Tag wirklich gerne ausgeübt habe und weil ich sehr, sehr gerne auch in diesem Haus tätig war.

Ich habe genau vor 21 Jahren und sieben Monaten, Florian, hinter dir auf diesem Sitzplatz dahinten in der Nische als Klubmitarbeiter des OÖVP-Landtagsklubs starten dürfen. Habe dann die Ehre bekommen, dass ich - Christian, wo du jetzt sitzt - Landtagsabgeordneter in diesem Haus geworden bin und seit der letzten Wahl Mitglied der Landesregierung als Soziallandesrat auch sein durfte. Mir ist die Entscheidung nicht leicht gefallen mit 44 Jahren nochmals auch einen nächsten Schritt in der eigenen auch Karriereplanung und auch beruflich auch zu tun, weil, wie gesagt, ich das hier sehr, sehr gerne gemacht habe. Ich habe mich bemüht in den letzten Jahren im Sozialressort, auch einen neuen Stil in der Sozialpolitik zu etablieren, Probleme unmissverständlich anzusprechen, einen Gestaltungs- und Professionalisierungsanspruch zu erheben und auch dort zu verändern, wo Veränderung notwendig ist und drittens immer wieder Brücken zu bauen. Gerade im Sozialbereich, wo die Landschaft auch politisch ideologisch eine sehr, sehr bunte, eine sehr, sehr breite ist.

Ich glaube, es ist uns gelungen, viele Allianzen für das Sozialland Oberösterreich zu schließen. Wenn ich denke an die Sozialpartner, an die Arbeiterkammer, an die Gewerkschaften, bei der Fachkräftestrategie Pflege. Wenn ich denke, bei der Wirtschaftskammer, bei der konsequenten Ausrichtung des Sozialressorts auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktvermittlung. Wenn ich denke an die Industriellenvereinigung, bei unserem tollen

Projekt „Fliegender Fisch“ oder ganz viele namhafte oberösterreichische Leitbetriebe bei unserer Sozialmärkteinitiative.

Es ist uns gelungen, viele Expertinnen und Experten für den Sozialbereich zu begeistern und zu gewinnen. Aus der Wissenschaft, aus unterschiedlichsten Bereichen der Forschung, wenn ich nur denke an jene Projekte, die wir gerade in diesen Wochen zum Abschluss gebracht haben. Christoph Jungwirth, mit unseren Reformen zur Rot-Weiß-Rot-Karte, zur Nostrifizierung, zur ganzen Neugestaltung der Integration. Wenn ich denke an Friedrich Pammer, den ehemaligen Landesrechnungshofdirektor bei der Neugestaltung der Sozialhilfeverbände, oder wenn ich auch denke an den Rektor unserer hohen Schule, Stefan Koch, bei der Digitalisierung des Sozialressorts, Stichwort Pflorgetechnologiefonds.

Ich möchte mich aber besonders bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Haus. Gerade der Sozialbereich, aber noch mehr der Integrationsbereich ist ein zutiefst ideologischer, ist zutiefst einer, wo es sehr klare Standorte, Standpunkte gibt. Aber es ist uns immer wieder gelungen, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und unser Anliegen, unser Bestreben aus dem parteitaktischen Diskurs herauszuhalten. Und das allerbeste Beispiel dafür ist für mich die Fachkräftestrategie Pflege, weil gerade Pflege oder noch mehr der demografische Wandel, die Schicksalsfrage ist für unsere Gesellschaft. Und dieses Thema war von Tag eins an oberste Priorität in unserem Ressort und wir haben in Oberösterreich im Gegensatz zu anderen Bundesländern eine ganz eine konkrete Strategie entwickelt mit 50 ganz konkreten Maßnahmen, wo wir uns nicht hinausreden auf andere Ebenen, was die zu tun haben oder was sie tun sollten, sondern was dann wirklich 50 Dinge, die wir selbst in unserer eigenen Wirkungsbereich auch verantworten können.

Ich danke, dass es möglich war, diese Strategie parteiübergreifend auch zu beschließen. Ich bedanke mich vor allem beim Gemeindebund. Christian, bei dir als Präsident des Gemeindebundes, dass ihr von Tag eins an mit dabei wart und möchte, auch wenn er nicht mehr in der Politik ist, mich bedanken bei Bürgermeister Luger, Vertreter des Städtebundes, dass auch der Städtebund in all diesen Fragen des Sozialressorts immer gehalten hat und immer auch für mich ein ganz ein wesentlicher und wichtiger Bündnis- und Allianzpartner auch gewesen ist. Wir haben vor exakt zwei Jahren die Fachkräftestrategie Pflege präsentiert. Vor eineinhalb Jahren, zum Jahreswechsel in Umsetzung gebracht mit dem ganz klaren Ziel, mehr Menschen für die Pflege zu begeistern, unsere Ausbildungen zu attraktiveren und unsere bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch zu entlasten. Und wichtig ist immer in der Politik, dass wir nicht nur Sonntagsreden halten, sondern, dass wir uns anschauen, an ganz klaren Kennzahlen und KPIs, liegen wir richtig, liegen wir falsch. Und ich glaube, wenn man sich jetzt anschaut im zweiten Jahr Fachkräftestrategie, wie ist die Entwicklung, dann können sich die Zahlen sehen lassen.

Wir haben unterm Strich um fast 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr. Nicht ausgetauscht, keine Fluktuation, sondern unterm Strich mehr im Personalstand. Es ist uns alleine gelungen mit dieser ganz neu geschaffenen und in Österreich einzigartigen Kategorie des Stützpersonal 300 Kolleginnen und Kollegen zu begeistern, in der Pflege als Umsteigerinnen, im Regelfall so zwischen 30 und 40 auch anzufangen. Es ist uns gelungen, durch die Attraktivierung der Ausbildungen zu den Sozialbetreuungsberufen, die Ausbildungsanfänger um 29 Prozent zu steigern. Das heißt, mehr junge Menschen, die sich für die Sozialbetreuungsausbildungen auch interessieren und das Allerwichtigste, wir haben erstmals einen Rückgang der leerstehenden Betten wegen Personalmangels und ich glaube, das sehr namhaft mit einem Minus von 285 Betten.

Wir haben die Fachkräftestrategie breit definiert. In diesen Tagen endverhandeln wir die Weiterentwicklung der Sozialhilfeverbände, wo wir nächste Woche noch einen Unterausschuss haben und da einer Empfehlung des Landesrechnungshofs vor über 18 Jahren nachkommen, das System der Sozialhilfeverbände zu modernisieren und zu reformieren. Wir haben ganz massiv dereguliert, ein Drittel der Datenerhebungen für unsere Mitarbeiter ersatzlos gestrichen, die Hälfte der Statistiken ersatzlos gestrichen. Wir sind neue Wege gegangen in der Digitalisierung mit einem Pflegetechnologie-Pitch an der Johannes Kepler Universität, mit dem ersten Pflegetechnologiefonds oder auch erst neulich präsentiert, mit unserer Landeshauptmann-Stellvertreterin, unsere Maßnahmen im Bereich qualifizierter Zuzug mit dem Streamline, den Nostrifizierungen, der Rot-Weiß-Rot-Karte. Prozesse, wo alleine schon 130 Personen aus den Philippinen bei uns im Pflegebereich arbeiten und 100 weitere Kolleginnen, die gerade die Einreise vorbereiten und wir jetzt Ausschreibungen draußen haben für Kolumbien, Brasilien, Indien, Indonesien und Nordmazedonien. Und damit komme ich zum zweiten Themenbereich, weil es - glaube ich - nicht nur für die Pflege gilt.

Wir werden den qualifizierten Zuzug brauchen, wenn wir den Wohlstand in diesem Land halten wollen und dazu braucht es einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik. Und ich glaube auch den haben wir in Oberösterreich vollzogen mit einer ganz klaren Ansage: harte Auswahl, volle Chancen. Wer zu uns kommt, arbeiten geht, sich integriert, Deutsch lernt, soll Aufstiegsversprechen haben. Aber es gelten für alle ganz klare Regeln: Integration durch Deutsch, Arbeit und Respekt und auch hier glaube ich, sind wir in Oberösterreich einen sehr klaren, einen ja, unmissverständlichen Weg auch gegangen, dass wir auch im Asylverfahren Gegenleistungen einfordern, arbeiten zu gehen, verpflichtende Hilfstätigkeiten zu machen, dass wir die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, dass Asylwerber auch schon arbeiten können nach dem Ersatzkraftverfahren, immerhin 800 Personen in Oberösterreich. So viele wie in keinem anderen Bundesland. Eine konsequente Linie im Bereich der Deutschvermittlung.

Die Deutschangebote fast verdreifachen innerhalb von drei Jahren, damit es auch diese Chancen gibt und das beste Beispiel, glaube ich, sind hier die Ukrainerinnen und Ukrainer. In keinem Bundesland ist die Quote der Erwerbstätigen unter den Ukrainern so hoch wie in Oberösterreich, zwei Drittel. Österreich-Schnitt 40 Prozent, weil von Anfang an klar war, wenn du nicht mitspielst, durch unsere Regeln werden Sozialleistungen gekürzt. Und dieser Weg funktioniert und dieser Weg funktioniert auch in der Sozialhilfe mit der Deutschpflicht. Wir waren Vorreiter, aber nicht nur bei der Deutschpflicht in der Sozialhilfe, nicht nur Vorreiter bei der Arbeitsmarktqualifizierung, schon im Asylverfahren fahren, was auch ein Paradigmenwechsel ist, so auch Vorreiter erst in diesen Wochen mit der Einführung der Sachleistungskarte, die wir nach dem Pilot in Steyr und Steyr-Land jetzt gerade ausrollen auf Linz und Linz-Land, nach oberösterreichischem Vorbild mit Jahreswechsel österreichweit ausgeschrieben wird und sieben Bundesländer das oberösterreichische Modell übernehmen werden.

Ich möchte mich bedanken für das gute Miteinander im Bereich Menschen mit Beeinträchtigungen. Da habe ich ein besonderes Verantwortungsthema in einem starken Land wie Oberösterreich, in einem Land der Industrie, in einem Land der Arbeit. Kein Land tut mehr für Menschen mit Beeinträchtigungen wie Oberösterreich. Wenn ich denke an den konsequenten Ausbau der Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen, an den ersten inklusiven Stadtteil Oberösterreichs in Linz-Wegscheid. Wenn ich denke an unsere sehr weitreichenden Reformen im Bereich Inklusion und Arbeit, Menschen mit Behinderungen auch im Idealfall in den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen mit kompletten neuen Maßnahmen, wie der Inklusionsservicestelle, der gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung oder dem Inklusionszuschuss für Betriebe. Auf was ich besonders stolz bin, es ist eines meiner

persönlichen Highlights, wenn ich auf die drei Jahre zurückblicke, dann ist das unser erster Inklusionspreis der „Fliegende Fisch“, wo wir ganz bewusst dem Thema Inklusion, dem Thema Behinderung, auch eine ganz offizielle Bühne des Landes Oberösterreich gegeben haben, wofür ich mich ganz herzlich bedanke.

Abschließend durfte ich auch den Bereich Jugend verantworten als quasi nicht mehr ganz, aber zumindest habituell noch jung fühlender Mensch. Da haben wir auch eine gute Jugendstrategie vorgelegt, auch da den Grundstein gelegt, dass junge Menschen in Oberösterreich nicht der letzten Generation angehören, sondern eine Generation der Hoffnungs- und Verantwortungsträger sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich abschließend vor allem bedanken, ich möchte mich bedanken bei allen, die mich in den letzten Jahren begleitet und unterstützt haben, bei den zahlreichen Begegnungen, bei den Menschen, die mir in dieser Zeit ganz besonders ans Herz gewachsen sind. Ich bedanke mich vor allem bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialbereich, sei es bei den Sozialhilfeverbänden, bei den NGOs, bei allen Organisationen, bei allen Initiativen, bei allen Vereinen, die tagtäglich für das Sozialland in Oberösterreich auch arbeiten. Da haben sich nicht alle am Anfang gefreut, dass ich gekommen bin, weil auch politisch das ein sehr, sehr buntes Spektrum ist, aber ich glaube, wir haben ein gutes Miteinander gefunden, wir haben die Dinge ganz klar benannt, jeder hat sich ausgekannt wo wir stehen, wir sind auch gut zusammengewachsen, dafür gilt mein großes Danke.

Ich möchte mich bedanken bei allen Abgeordneten hier im Haus, besonders bei meinem Klub, dem Klub der ÖVP-Landtagsabgeordneten, wir sind der coolste Klub, wir sind einfach, es ist so. (Heiterkeit) Tut mir leid, ihr könnt dann tatsächlich berichtigen, wir sind alle super, unterschiedlich, wie wir sind von unserer Art und Weise, aber wir halten alle zusammen, es gibt bei uns immer einen super Spaß, Stichwort Alora, um nur ein Beispiel für den Zusammenhalt in unserer Klubgemeinschaft auch zu nennen.

Ich möchte mich bedanken beim Koalitionspartner für das inhaltliche Miteinander, aber auch für zwischenmenschliche Bande, die in diesen vielen Jahren auch entstanden ist. Ich möchte mich auch ganz explizit bedanken bei den Abgeordneten der Opposition. Wir haben intensive Debatten gehabt, aber immer wertschätzend, immer im Diskurs auf Augenhöhe, immer mit Respekt getragen vor den unterschiedlichsten Positionen. Wenn man so Politik macht, dann kann man auch einiges gemeinsam bewirken.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken beim Regierungsteam, natürlich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Oberösterreichischen Volkspartei, ich mag mich bedanken ganz besonders bei unserem Landeshauptmann, dass er den Mut und Weitblick bewiesen hat zu sagen, dass Sozialpolitik auch eine bürgerliche Aufgabe ist, auch zu bürgerlicher Politik gehört, Sozialpolitik zu gestalten, dass das Sozialressort auch ein Schlüsselressort ist für eine aktive Standortpolitik, dass er mir das Vertrauen geschenkt hat, mich in diesem Themenbereich auch einzubringen, dass er die vielen Veränderungen und Reformen, die wir angegangen sind, auch immer mitgetragen hat.

Mein abschließender Dank gilt, ich freue mich, dass sie heute so zahlreich auch da oben sitzen, der Luster trennt mich und die Abteilung, das gilt ganz besonders der Abteilung Soziales, Untergruppe Jugend. Ich möchte mich bei euch bedanken, stellvertretend Cornelia bei dir als Abteilungsleiterin, für deinen unendlichen Einsatz, für das unendliche Engagement, das die gesamte Fachabteilung quasi tagtäglich auch zeigt. Ich weiß, dass es nicht immer

einfach war, mich zu ertragen als Soziallandesrat, als einer, der sich hin und wider operativ stark interessiert, der auch eine sehr klare inhaltliche Vorstellung hat, für manche auch ein hohes Tempo an den Tag legt. Aber ich möchte mich bei euch bedanken, dass ihr in diesen Jahren all diese Veränderungen auch mitgegangen seid, dass wir enorm viele Erfolge gehabt haben, dass ihr im letzten Jahr einen ganz tollen Preis gewonnen habt, den europäischen Verwaltungspreis für eure Digitalisierungsbemühungen. Lieber Christian, du übernimmst beim nächsten Landtag die beste Sozialabteilung, die es gibt, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich einen ordentlichen Applaus verdient! (Beifall)

Mein allergrößter Dank gilt meinem politischen Büro, ihr seid ein unglaubliches und ausgezeichnetes Team gewesen, ihr seid das beste Regierungsbüro gewesen, das man sich auch nur vorstellen kann, fachlich aber vor allem auch zwischenmenschlich. Man glaubt ja immer als Politiker, man ist ja selber das Epizentrum, man weiß alles, man kann alles, man ist sowieso der Klügste und der Schlaueste, aber in Wahrheit ohne Regierungsbüro, ohne Kolleginnen und Kollegen, bist du total aufgeschmissen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Es ist Politik nicht immer Sonnenschein, es ist wichtig, dass man ein Team hat auf das man sich nicht nur fachlich verlassen kann, sondern dass es auch ein Ort der Loyalität ist, ein Ort des Zusammenhaltes ist. Ja, und auch ein Ort des Rückzugs ist, wenn es gerade einmal nicht rund rennt, wenn es gerade einmal nicht lustig war, wenn man die Termine, wo man draußen war oder die Zeitung, die wir aufgeschlagen haben, nicht zwingend zur Motivation beigetragen haben. Dafür möchte ich mich ganz, ganz herzlich bei euch bedanken. Es hat auch immer Spaß gemacht, wir haben es auch immer lustig gehabt, das muss man auch dazu sagen, das ist auch ganz wichtig. Wenn ich eingangs gesagt habe, dass es heute viel Wehmut gibt, dann schmerzt mich der Verlust meines Büros und meines Teams am meisten, herzlichen Dank für eure Arbeit! (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Mein neuer Arbeitsort wird Wien, aber Oberösterreich ist und bleibt meine Heimat, es war mir eine besondere Ehre als Landesrat für unser Land zu arbeiten, es hat mir auch ganz viel Freude bereitet. Danke! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Landesrat für diese Ausführungen und für die sogleich gezogene Bilanz. Für den Applaus haben wir uns die Zeit zu Recht nehmen dürfen. Ich eröffne die Wechselrede, ich rufe in Erinnerung, dass dieser Wechselrede eine Anfrage zu Grunde liegt. Das heißt, ich bitte auch um Verständnis, dass zu möglicherweise wohlmeinenden Ausführungen zu deiner Bilanz auch kritische Töne bezüglich der Sozialhilfe jetzt folgen. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Herwig Mahr für den antragstellenden Klub. Bitte sehr!

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Sehr geehrter Präsident, lieber Wolfgang, noch Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer! Es ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, genauso schaut erfolgreiche Politik aus mit Schwarz-Blau, das passt. In Wien im Bund schauen wir, dass wir das auch zusammenbringen, da wäre mir eigentlich Blau-Schwarz lieber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die letzte Möglichkeit, uns bei Landesrat Hattmannsdorfer hier öffentlich im Landtag zu entschuldigen, also zu entschuldigen passt auch, aber zu verabschieden. Wir haben die Sozialhilfe, die Anfrage war kein Zufall, es schließt sich der Kreis. Wir haben eine erste gemeinsame Aktion am politischen Parkett 2017 gehabt, eine Pressekonferenz eigentlich schon 2016 zum Thema „Mindestsicherung neu“. Da haben wir uns tatsächlich noch für manche Sachen entschuldigen müssen, die wir gefordert haben. An dem Tag ist mein Auto von oben bis unten zerkratzt worden. Seitdem sind die Leute draufgekommen, dass wir Recht hatten. Wir haben einige weitere Auftritte gehabt. Ich sage das voller Stolz. Wir haben auch das modernste Sozialhilfegesetz österreichweit, auch dank

dir, das muss man dazusagen. Dein ständiger Mut, dein ständiger Einsatz, dein rasches gemeinsames Handeln, du hast ja in deiner Partei eine beachtliche Karriere hingelegt, vom Klubmitarbeiter zum Landesgeschäftsführer, dann vom Landtagsabgeordneten zum Landesrat. Das ist mit 44 Jahren eine beachtliche Leistung. Aber der Aufstieg, das muss man sagen, der kommt nicht von ungefähr. Ich muss dich heute loben, aber es ist eh das letzte Mal. Ich glaube, generell spreche ich für alle, wenn ich dir sage, dass du dir über alle Parteigrenzen hinweg einen respektablen Ruf erarbeitet hast. Ein Politiker mit Handschlagqualität, ein Politiker mit Umsatzwillen, aber natürlich auch mit allen Wassern gewaschen, um es vorsichtig zu formulieren. Im stetig professionellen Einvernehmen sind wir auch die verschiedensten Herausforderungen im Bereich Soziales und Integration angegangen. Danke auch dafür. Ich hoffe, dass dein designierter Nachfolger in dieser Art und Weise das Amt so weiterführen wird.

Lieber Herr Landesrat, lieber Wolfgang, wir haben immer auf Augenhöhe zusammengearbeitet. Was wir ausgemacht haben, das hat gehalten. Da haben wir nicht mehr nachgehen müssen. Ich wünsche dir im Namen der gesamten FPÖ, in meinem Namen und im Namen aller blauen Wegbegleiter und Kollegen für deine neue Aufgabe in Wien alles, alles Gute. Ich wünsche dir trotz der neuen Herausforderung ausreichend Zeit und ruhige Minuten für dich und deine Familie. Vergiss das schöne Oberösterreich nicht. Ich freue mich, wenn wir uns trotz deines neuen Dienstortes weiterhin regelmäßig in unserem Bundesland sehen, wenn auch nicht zu einer Pressekonferenz zur Sozialhilfe.

Herr Landesrat, lieber Wolfgang, alles Liebe, alles Gute, herzlichen Dank für deine Freundschaft! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordnete Renate Heitz. Ich glaube, jetzt kommt das mit weniger Lob, das ist nur Mutmaßung.

Abg. **Heitz:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Theresia Helm wurde 1801 in Sierning in eine wohlhabende Familie geboren, dass sie 1823 den nicht gerade vermögenden Dorflehrer aus Ansfelden Anton Bruckner geheiratet hat, das wurde in ihrer Familie schon als sozialer Abstieg bezeichnet. Richtig schlimm wurde es für die Frau allerdings erst, als ihr Mann viel zu früh verstarb. Da stand sie mit fünf minderjährigen Kindern von einem Tag auf den anderen auf der Straße, unter diesen Kindern ihr erstgeborener Sohn Anton, der einmal als Symphoniker Weltruhm erlangen soll. Ich bin Kulturreferentin in Ansfelden, mich lässt er heuer irgendwie nichts los. Verwitwete Alleinerzieherin von fünf Kindern zu sein, das war 1837 der sichere Weg in die Armut. Wir schreiben heute das Jahr 2024, es gibt mittlerweile in Österreich einen Sozialstaat, an dessen Entwicklung die Sozialdemokratie wesentlichen Anteil gehabt hat, von dem aber Theresia Bruckner nur träumen hat können. Trotzdem ergeben die regelmäßigen Anfragen von Klubobfrau Sabine Engleitner-Neu zum angeblich modernsten oberösterreichischen Sozialhilfe-Ausführungsgesetz immer wieder das gleiche Bild. Nach wie vor sind Frauen und Kinder die größte Personengruppe in unserem letzten Auffangnetz des Sozialsystems. Immer noch ist die Armutsgefährdung von Alleinerzieherinnen ziemlich groß, mit 52 Prozent haben sie das höchste Armuts- und Ausgrenzungsrisiko aller Haushaltstypen. Die Armutsgefährdung erhöht sich noch, je mehr Kinder im Haushalt der Alleinerziehenden leben, auch das ist alles mit gesicherten Daten belegt. In Oberösterreich ist die Armut von Mehrkindfamilien scheinbar auch gewollt, weil sonst würde die Staffelung der Sozialhilfebeiträge für Familien mit mehreren Kindern anders aussehen. Die Beträge sinken, je mehr Kinder in einem Haushalt leben. Das versteckt sich hinter dem Wort degressiv. Das kann sich nicht ausgehen. Kinderarmut ist im Jahr 2024 eine Schande in einem der reichsten Länder der Erde. Allein der Rückgang der Geburtenrate müsste uns dazu veranlassen, den

Frauen, die noch Kinder in die Welt setzen, die allerbesten Bedingungen zu schaffen, weil eine Gesellschaft ohne Kinder ihre eigene Zukunft gefährdet.

Wenn man Menschen befragt, was sie daran hindert, überhaupt Kinder oder eventuell mehrere Kinder haben zu wollen, dann hört man vielfach, dass es die Angst vor den hohen Kosten ist, die damit verbunden sind. Die Sozialdemokratie verfügt mit dem Modell der Kindergrundsicherung, entwickelt von den Fachleuten der Volkshilfe, über ein Werkzeug, das Kinderarmut erfolgreich beseitigen kann, das den Eltern die finanziellen Sorgen, die mit dem Nachwuchs verbunden sein können, erleichtert. Die monatliche Teilhabesicherung ist nach Einkommen gestaffelt und kommt allen Kindern zugute, so bekämpft man Kinderarmut effektiv. Mir drängt sich ja wirklich die Frage auf, ob die soeben präsentierte Bilanz von Landesrat Hattmannsdorfer, die die sinkenden Zahlen bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfe als Erfolg verkauft, tatsächlich ein Erfolg sein kann, wurde Armut effektiv bekämpft oder hat man sie verlagert in Bundesländer, die Familien mit mehr Kindern bessere Bedingungen bieten? Das sind ja praktisch fast alle, auch das viel diskutierte Wien, aber ich weigere mich jetzt da eine Diskussion anhand von statistischen Ausreißern zu führen.

Landesrat Hattmannsdorfer hat selber die Sekundärmigration der Sozialhilfebezieherinnen in Richtung Wien erwähnt, Ironie des Schicksals, dass er uns nun selber Richtung Wien verlassen wird. Die FPÖ hat ihm zum Abschied die dringliche Anfrage geschenkt, damit er jetzt noch im Landtag Wahlkampf für sich selber machen kann. Das nenne ich tatsächlich koalitionsären Freundschaftsdienst.

Übrigens 1868 ist auch Anton Bruckner berufsbedingt von Linz nach Wien übersiedelt. Er hat dort nicht nur seinen oberösterreichischen Dialekt mitgenommen, sondern auch seinen tiefen christlichen Glauben weitergelebt. Ein bisschen mehr Orientierung an der christlichen Nächstenliebe und Barmherzigkeit, damit weniger rechtskonservative Verschärfung von Armut, das würde auch deiner politischen Arbeit in Wien guttun. Das wünsche ich dir und uns allen, vor allem aber den von Armut betroffenen Familien in unserem Land.

**Dritter Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Ines Vukajlović, bitte sehr.

**Abg. Vukajlović, MSc BA:** Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, werte Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, alle, die uns auf der Galerie zuschauen oder online! Ich muss leider die Party crashen und erinnern, dass wir den Tagesordnungspunkt hatten, dass die FPÖ gefragt hat zur Sozialhilfe und ich glaube, die Hauptfrage lautet: Wie hat sich die Sozialhilfe entwickelt? Wenn man sich die Fakten und Zahlen anschaut, dann kann man eigentlich kurz und knapp zusammenfassen, dass sie restriktiv sind, vor allem wenn es um Leistungsbegrenzung bei Familien mit mehr Kindern, Alleinerziehenden und zugewanderten Menschen geht. Die Realität zeigt uns, dass Menschen in schwierigen Situationen oft leider im Stich gelassen werden, dass die Ziele des Landes nicht erreicht werden, wenn es darum geht Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und zu bekämpfen.

Das zweite Ziel, der Einstieg oder Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu unterstützen, nämlich wenn wir alle Oberöreicher/innen meinen. Die Sozialhilfe ist das letzte Netz, das die Menschen in Notlagen und Notsituationen auffängt, damit sie so rasch wie möglich wieder auf eigenen Beinen stehen können. Wenn man sich jetzt die letzten Jahre anschaut, dann sieht man, dass die ÖVP und die FPÖ mit aller Kraft daran gearbeitet haben, dass dieses Netz unflexibler wird, dass es Löcher bekommt, von der Abschaffung der Mindestsicherung über



die Einführung von Höchstgrenzen bis hin zur Deutschpflicht mit immer neuen Sanktionen. Die Handschrift sehen wir in Oberösterreich, aber leider auch auf Bundesebene durch die ÖVP ist sie unübersehbar. Ich möchte nur sagen, bevor wir in die Fakten einsteigen, natürlich ist es wichtig, dass man Rechte und Pflichten ins Gleichgewicht bringt, aber in Oberösterreich ist das Gleichgewicht stark verzerrt, die Waage kippt massiv zugunsten von Pflichten und Sanktionen, Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten für Oberösterreicherinnen werden immer weiter beschnitten. Und das zeigt uns auch die Rechnung, dass die Armut und Armutsgefährdung zunehmen, aber die Zahl der Sozialhilfebezieherinnen sinkt. Das heißt, es wird enger für sogenannte Working Poor, für Alleinerziehende, für Frauen, für Kinder, für Ältere, für gesundheitlich schwache und chronisch kranke Menschen.

Und Herr Landesrat, weil Sie oft betonen, dass es Ihnen um Sachpolitik geht und nicht um Populismus, möchte ich auch auf Fakten eingehen, die ich nämlich auch vom Sozialressort beziehungsweise auch aus ihrer Presseunterlage habe: Nämlich in Oberösterreich erhalten mittlerweile nur mehr 8.783 Personen Sozialhilfe. Die Zahlen sind Stand Anfang dieses Jahres.

Mindestens 2.000 davon sind Kinder im Alter von null bis zehn Jahren. Und diese Kinder werden durch die restriktive Sanktionspolitik noch tiefer in Armut gedrängt, weil sie weniger Unterstützung haben, je mehr Geschwister sie haben. Die Kollegin Heitz von der SPÖ hat es schon angesprochen.

Über 60 Prozent der Sozialhilfebezieherinnen in Oberösterreich arbeiten. Und sie sind aber trotz ihres Jobs an der Armutsgrenze oder darunter, diese sogenannten Working Poor. Und sie beziehen Sozialhilfe, weil sie nicht genug verdienen, dass sie sich damit alleine erhalten können.

Aber der größte Punkt ist folgender, und das ist auch heute wieder gefallen, die FPÖ, und auch die ÖVP leider, suggeriert immer wieder, dass Menschen sich in der Sozialhilfe ausruhen und nicht arbeiten wollen würden. Aber ich möchte Ihnen kurz eine Grafik zeigen, die aus dem Sozialressort stammt, die nämlich aufzeigt, 66 Prozent der Menschen, die Sozialhilfe beziehen, sind gar nicht arbeitsfähig. (Die Abgeordnete zeigt eine Grafik ins Plenum.) Sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, weil es Kinder sind, weil es PensionistInnen sind, weil sie chronisch krank oder sonst durch andere Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten verhindert sind, zu arbeiten. 66 Prozent der Sozialhilfebezieherinnen können nicht arbeiten.

Das heißt, wenn es um den Anreiz für Arbeit geht, dann sind es 34 Prozent, von denen wir sprechen. Und das bedeutet auch, dass all die strengen Regeln und Sanktionen, die wir haben, hauptsächlich die trifft, die sowieso nicht arbeiten können, nämlich die 66 Prozent. Und ich finde schon, das muss ich leider auch heute am letzten Tag sagen, dass es zynisch und beschämend ist, wenn wir für wenig tausende Menschen in der Sozialhilfe und an jene, die wirklich arbeitsfähig sind, so ein schikanöses System schaffen.

Und es zeigt, wie man in Oberösterreich mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft umgeht und wie man Leistung verstehen oder missverstehen kann. Und der Schaden, der dabei entsteht, ist nicht nur menschlicher Natur, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Denn es kostet uns als Gesellschaft und auch als Wirtschaftssystem langfristig mehr, wenn Menschen durch dieses rigide System fallen, statt dass wir eine nachhaltige und humane Sozialhilfe hätten. Eine Sozialhilfe, die Menschen wirklich in Notlagen unterstützt und ihnen hilft, schnell wieder in ein eigenständiges selbständiges Leben zu kommen und auch in den Arbeitsmarkt wieder integriert zu werden.

Also, ich und die Grünen werden uns weiterhin auf allen Ebenen, sowohl da im Landtag als auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass wir Mindeststandards statt willkürliche Höchstgrenzen haben, dass wir eine Grundsicherung haben, das heißt, dass wir auch mit diesem degressiven Modell, das wir gerade in Oberösterreich haben, aufhören, dass Kinder weniger Unterstützung bekommen, einfach weil sie noch mehr Geschwister haben, und dass wir eine Sozialhilfe für alle Oberösterreicherinnen haben, auch wenn ihnen die Staatsbürgerschaft verwehrt wird.

Und ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, weil die Drittstaatsbürger/innen immer wieder angesprochen werden, die haben in Österreich und auch in Oberösterreich nur einen Anspruch, wenn sie Arbeitnehmerinnen sind und somit eine Versicherungsleistung einzahlen und diese bekommen, oder wenn sie eh schon fünf Jahre in Österreich sind. Also das was Sie fordern, das gibt es eigentlich eh schon. Das heißt, wenn Sie, wenn wir alle wirklich Sachpolitik betreiben wollen, anstatt populistisch zu agieren, dann sollten Sie erkennen, dass die Sozialhilfe in Zeiten von Teuerungen, in Zeiten von Inflation und multiplen Krisen (Dritter Präsident: „Schlusssatz bitte!“) oft nicht mehr ausreicht, um den Alltag zu bewältigen. Und das sollten sich alle auf Bundes- und Landesebene mitnehmen, dass es keine neuen Hürden und Sanktionen braucht, sondern Lösungen. Vielen Dank! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich weiters Klubvorsitzende Sabine Engleitner-Neu. Bitte sehr.

Abg. KO **Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Danke Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, lieber Wolfgang! Ich habe die Aufgabe, dir im Namen des Klubs auch alles Gute für deinen zukünftigen Weg zu wünschen. Du hast es gesagt, wir sind, glaube ich, immer auf Augenhöhe uns begegnet und ich glaube, das ist sehr wichtig, weil das macht Demokratie und das macht auch Parlamentarismus aus.

Und das denke ich, dass gerade ich als Sozialsprecherin, ich denke an die letzten Gespräche, die wir gehabt haben zu Themen, auch wenn wir inhaltlich nicht immer einer Meinung waren, das ist Demokratie, das haben wir ja vorher gesehen. Aber das was wichtig ist, und ich glaube das haben wir alle gemeinsam, respektvoller Umgang. Und in diesem Sinne wünschen wir dir alles Gute auf deinem Weg für die neuen Aufgaben. Du bist ja noch jung, hast du gesagt. Alles Gute auch in Wien für deine Aufgabe. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Dank!“ Frau Klubobfrau übergibt ein Geschenk an Herrn Landesrat Hattmannsdorfer. Beifall.)

**Dritter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich außerdem noch Klubobmann Severin Mayr. Bitte sehr.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Wolfgang! Im Namen des tatsächlich coolsten Klubs dieses Landtags ganz kurz ein paar Worte von meiner Seite. Klubobmann Herwig Mahr hat heute eine sehr kritische Anfrage gestellt, die es, glaube ich, geschafft hat, dass inhaltliche Unterschiede auch zwischen uns noch einmal herausgearbeitet werden konnten.

Ich finde, man hätte durchaus auch über andere Bereiche reden können. Über den Bereich der Inklusion, über den Bereich der Pflege, wo wir sehr ähnliche Überzeugungen haben und wo es auch in den vergangenen Jahren tatsächlich auch, wie du es formuliert hast, es gelungen ist, dass man auf Augenhöhe miteinander spricht, dass man sehr vertrauensvoll miteinander spricht, dass man respektvoll miteinander umgeht und dass auch wir immer einen

sehr direkten unkomplizierten Kontakt gehabt haben, wenn es etwas, auch im positiven Sinne, auszustreiten gegeben hat.

Ich mache jetzt da keine endgültige Verabschiedung, man sieht es uns nicht an, aber wir sind ja gleich alt. Zirka, fast. Ich bin ein bisschen älter. Vielleicht sieht man es doch. Aber es gibt dieses Sprichwort, das heißt, man sieht sich immer zweimal im Leben. Bei dem wären wir jetzt übrigens schon gewesen, wenn man die vielen politischen Jahre davor mitrechnet. Und ich gehe davon aus, dass wir uns wahrscheinlich noch ein drittes, viertes, vielleicht ein fünftes Mal begegnen werden.

Wenn man dich beim Reden beobachtet hat, hat man immer gemerkt, dass ganz tief im Inneren ja noch ein kleiner ÖVP-Landesparteiensekretär wohnt. Oder eigentlich wohnt er da nicht, er war eher gefangen, weil man hat schon das Gefühl gehabt, dass er auch immer wieder herauskommen wollte. Ich glaube, dass du das in deiner neuen Funktion in der Wirtschaftskammer wieder mehr ausleben kannst, als das jetzt hier im Landtag als Landesrat der Fall war. Wir werden uns ein drittes, ein viertes Mal sehen. Auf jeden Fall danke für die gute Zusammenarbeit. Über die Unterschiede braucht man in diesem Zusammenhang jetzt nicht mehr reden. Das werden wir auch in Zukunft wieder tun. Ich freue mich darauf. Dankeschön! Alles Gute! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Christian Dörfel. Bitte sehr.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein schöner Tag heute. (Heiterkeit. Zwischenruf Landesrat Achleitner: „Die Antrittsrede kommt noch nicht, geill!“) Nein, ihr müsst mich nur ausreden lassen. Weil wenn ich jetzt die bisherige Landtagssitzung Revue passieren lasse und auch an die kommenden Tagesordnungspunkte denke, dann sieht man schon, wie das politische Klima in Oberösterreich funktioniert und auch tatsächlich gelebt wird. Ich erinnere jetzt nur an die Debatte zum Hochwasser, zu den Hochwasserereignissen, die uns ja in den letzten Tagen im Bann gehalten haben. Und auch letztlich jetzt die Anfragebeantwortung, bzw. der Themenkreis der Sozialhilfe einschließlich der erfolgreichen Bilanz von Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer. Das ist schon ein besonderes Qualitätsmerkmal. Und ich glaube, das sollen wir auch in Zukunft pflegen.

Weil wenn wir immer davon sprechen, dass die Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren, dann gehört auch der gegenseitige Umgang dazu. Weil wenn man sich wertschätzt und wenn man mit Respekt bei allen inhaltlichen Differenzen, aber es muss menschlich passen. Und wenn es menschlich passt, dann ist das auch die Basis dafür, inhaltliche Differenzen zu überwinden und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und dann letztlich auch umzusetzen. Weil darum geht es ja. Deswegen machen wir ja Politik, oder? Wir haben uns dazu bereiterklärt auf der politischen Bühne das Leben der Menschen weiter zu verbessern und unsere Heimat zu gestalten.

Und natürlich gibt es da Themen, wo wir uns immer einig sind. Und dann gibt es Themen, wo wir uns weniger einig sind, aber trotzdem ein gutes System geschaffen haben. Und eines dieser Systeme ist die Sozialhilfe. Ich sage bei dir noch einmal danke für die vollständige Beantwortung und für die Weiterentwicklung der Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung, Mindestsicherung in Oberösterreich. Weil es gibt tatsächlich positive Wirkungen. Man kann natürlich immer Zahlen so sehen oder so sehen. Aber es werden schon drei Dinge deutlich, wenn wir über die Sozialhilfe sprechen.

Das Erste, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, die Sozialhilfe dient der Überbrückung von Notlagen, und als Hilfe, wieder Tritt zu fassen im Leben. Das ist oft überraschend, das kommt daher und da braucht man dieses soziale Netz, um den Rückhalt zu geben für die Menschen, die tatsächlich ein Problem haben.

Und ich glaube, wir haben da ein sehr gutes System geschaffen. Weil wenn man jetzt sagt, die Zahlen sind rückläufig, dann ist das auf der einen Seite ein gutes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich, das muss man auch sagen. Und wenn ich mir die Zahlen genauer anschau, natürlich gibt es Kinder, aber jetzt die Leute, die gesund sind, und die keine Sorgeverpflichtungen haben, sind eigentlich zu 50 Prozent nur drei Monate in der Sozialhilfe. Und dann gibt es noch ein paar, die sind ein halbes Jahr. Und 16 Prozent sind über ein Jahr. Und die muss man sich in Wahrheit anschauen. Warum ist denn das so? Ist das ein Systemfehler oder liegt das bei ihnen? Passt die Ausbildung vielleicht nicht? Oder was ist denn da wirklich der Grund? Oder gibt es andere Gründe?

Wir reden nur von der Sozialhilfe, aber das soziale Netz in Oberösterreich ist ja so dicht geknüpft, dass man eigentlich Hilfen in allen Lebenslagen erhält, wenn man bereit ist, diese Hilfe anzunehmen. Weil das muss man schon auch mitüberlegen. Wenn wir jetzt über Zahlen reden, es sind immer menschliche Schicksale.

Und unsere Aufgabe als wirtschaftlich starkes Bundesland ist, dass möglichst wenige in diese Lage kommen. Und wenn sie dort sind, dass sie möglichst rasch wieder herauskommen. Und weil auch die Armut schon einmal erwähnt worden ist. Ich will das jetzt nur am Rande, ich gehe davon aus, dass wir in Zukunft öfter noch über Armut sprechen, oder was ist eine Armutsdefinition? Da gibt es Unterschiede.

Aber wenn wir von der einheitlichen, derzeit geltenden Armutsdefinition ausgehen, dann muss man schon feststellen, dass in Oberösterreich elf Prozent armutsgefährdet sind und in Wien 24 Prozent. Und jetzt frage ich mich, warum ist das im sozialen Schlaraffenland Wien doppelt so hoch, als bei uns, in diesem ach so bösen Oberösterreich? Also, ich glaube, wir müssen schon bei den Fakten und bei den Zahlen bleiben und müssen da ordentlich auch in dieser Frage miteinander umgehen.

Weil die Sozialhilfe in Oberösterreich ist vielleicht - mehr als in anderen Bundesländern - so gestaltet, dass sie Eigeninitiative verlangt. Also eine Bemühungspflicht ist Voraussetzung. Die kann sich in verschiedensten Tätigkeiten äußern. Das ist natürlich einmal die aktive Arbeitssuche. Das setzt man sowieso voraus. Oder bei Menschen mit Migrationshintergrund Deutschkenntnisse. Das ist einmal so. Das ist die Basis dafür und die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen.

Wir helfen, erwarten aber auch eine Gegenleistung im Rahmen des Möglichen. Das muss schon auch sein. Also, auch daher ist die oberösterreichische Sozialhilfe ein Vorbild für die österreichweite Gestaltung dieser Mindestsicherung. Und in diese Richtung werden wir arbeiten.

Und drittens wird deutlich, dass der Bezug von Sozialhilfe kein Lebensmodell sein kann und es auch nicht ist. Ich habe jetzt gerade gesagt, die meisten sind nach drei Monaten schon wieder in der Beschäftigung. Dann nach einem halben Jahr und die anderen, die länger sind, die muss man sich anschauen. Aber das ist klar, es muss ein deutlicher Unterschied zum Arbeitseinkommen sein, weil es ist auch heute schon einmal gesagt worden, Leistung muss sich lohnen.

Und so etwas wie in Wien, solche Beträge wird es bei uns nie geben, das kann ich jetzt gleich sagen. Wir bleiben hier bei der oberösterreichischen Lösung. Also ich glaube, wir können stolz sein, das ist heute in einem anderen Zusammenhang und von einem anderen Klubobmann schon gesagt worden. Aber ich glaube, wir sind schon so weit, dass wir Gutes anerkennen und gemeinsam nach Besserem streben.

Und der Weg, der eingeschlagen wurde in den letzten Jahren, den werden wir natürlich fortsetzen, mit Mut und Zuversicht, Kraft und Optimismus. Und dazu lade ich jetzt schon ein, dass wir gemeinsam, das ist nie eine Person, sondern gemeinsam haben wir die Rahmenbedingungen gestaltet und wir werden sie auch weiterentwickeln.

Und nachdem es wirklich die letzte Anfragebeantwortung von Landesrat Hattmannsdorfer war, möchte ich auch noch einmal gratulieren zur erfolgreichen Bilanz. Vieles was heute gesagt worden ist, ist natürlich das Ergebnis von vorheriger jahrzehntelanger Politik, das muss man schon auch sagen. Man kann nicht in drei Jahren alles aufholen, was vielleicht schief läuft, oder was besser laufen hätte können.

Aber, ich glaube die Bilanz kann sich auf alle Fälle sehen lassen. Du hast ja eh das uns umfangreich erklärt, aber ich möchte trotzdem noch einmal eingehen auf die Fachkräftestrategie. Die Pflege ist vorbildlich für Österreich und sehr erfolgreich umgesetzt. Die Bezahlkarte, auch das haben wir schon gesagt. Deutsch, Arbeit und Respekt, dass das Drei-Säulen-Modell für die Integration und die vielen Verbesserungen und Bemühungen im Bereich der Chancengleichheit, wo wir Menschen mit Beeinträchtigung, auf der einen Seite gut versorgt haben möchten und auf der anderen Seite ihnen durch Arbeit und Inklusion ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Also, ich sage noch einmal danke für deine Arbeit. Danke auch, dass wir gemeinsam Oberösterreich im Sozialbereich, im Integrationsbereich und bei der Jugend gestalten durften. Hier der ganze Landtag. Daher laden wir auch ein heute noch zu einer kleinen Feierlichkeit in unsere Räumlichkeiten, alle Fraktionen, so wie es sich halt gehört.

Und dir sage ich danke, gratuliere zu deiner Arbeit für Oberösterreich und wünsche dir einen ähnlich großen Erfolg, wie du ihn hier gehabt hast im Heimatland, auch im fernen Wien. Du bist ja jetzt dann unser Mann in Wien, an der Spitze: Generalsekretär der Bundes-Wirtschaftskammer und du kannst unser Gedankengut auch direkt in den Nationalrat einbringen. Vielleicht brauchen wir dann eine Resolution weniger, als wir bis jetzt gehabt haben. Also, in diesem Sinne, Wolfgang noch einmal danke und alles Gute für deine zukünftige Arbeit! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Klubobmann. Da mir nun keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diesen Tagesordnungspunkt und wir kommen zu den Verhandlungsgegenständen. Und somit zur Beilage 928/2024. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend Landwirtschaftliche Nutztierhaltung - Förderungen und Tierschutzkontrollen. Ich bitte Herrn Abgeordneten Mario Haas über die Beilage 928/2024 zu berichten.

Abg. **Haas:** Beilage 928/2024 - Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend Landwirtschaftliche Nutztierhaltung - Förderungen und Tierschutzkontrollen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 928/2024.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Wahrnehmungsbericht betreffend „Landwirtschaftliche Nutztierhaltung - Förderungen und Tierschutzkontrollen“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

**Dritter Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede und darf dir gleich das Wort erteilen.

Abg. **Haas:** Ja, geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Zuallererst herzlichen Dank an den Rechnungshof, den Bundesrechnungshof in diesem Fall, für diesen umfangreichen Bericht. Vielleicht kurz zu Beginn ein paar Eckdaten zu diesem Bericht. Geprüft wurde seitens des Rechnungshofs von April bis Juli 2023. Und überprüft wurde der Zeitraum 2018 bis 2022.

Ziel der Prüfung war es, darzustellen und zu beurteilen, ob und wie die Förderungen einen Beitrag zum Tierschutz leisteten und ob und wie die vorgesehenen systematischen Tierschutzkontrollen auf Basis des Tierschutzgesetzes geeignet waren, den Schutz der Tiere sicherzustellen.

Dieser Bericht legt auch dar, wie umfangreich Tierschutz eigentlich ist. Ich habe da nur jetzt die Seite elf herausgezogen. Wenn wir den Bereich der Förderungen auf der linken Seite und den Bereich des Tierschutzes auf der rechten Seite gegenüberstellen, sehen wir, wie komplex der Tierschutz eigentlich ist und mit wie vielen verschiedenen Ebenen wir es hier auch zu tun haben.

Das kommt natürlich auch in den Empfehlungen und in den Ausführungen des Rechnungshofs dann auch zur Geltung, vor allem da in diesem Rechnungshofbericht sowohl der Bund auch mit dem Ministerium, als auch die Bundesländer Oberösterreich und Steiermark sowie vier Bezirkshauptmannschaften, wovon sich zwei in Oberösterreich befinden, nämlich Vöcklabruck und Kirchdorf, auch mitüberprüft wurden.

Vielleicht kurz, um auf ein paar Aspekte einzugehen, der Tierschutz ist ja etwas und wir haben gerade diese Woche auch bei einer Diskussion darüber diskutiert, der geht von bis. Wenn wir es jetzt aus der landwirtschaftlichen Perspektive betrachten, ist das natürlich mit Überprüfungen verbunden, nicht immer lustig, da kommt wer ins Haus, da schaut sich wer etwas an, da kontrolliert mich wer. Aber auf der anderen Seite sind Tierschutzkontrollen einfach auch etwas, wo wir die sogenannten schwarzen Schafe herausfinden. Das möchte ich an dieser Stelle auch klar sagen, weil einfach der absolute Großteil der landwirtschaftlichen Nutztierhalter einen sehr guten Umgang mit ihren Tieren pflegt. Ohne Tierschutzkontrollen könnten wir die einzelnen schwarzen Schafe, die es ohne weiteres natürlich gibt, auch gar nicht herausfinden und könnten wir gar nicht tätig werden.

Auch anführen möchte ich, weil es im Bericht drinnen steht, die Kontrollquote. Wir haben im Kontrollausschuss kurz über diesen Aspekt diskutiert. Man sieht auf der Grafik auf Seite 87, dass sich Gott sei Dank die Quote in Oberösterreich und die Gesamtkontrollquote verbessert hat. Wir sind noch nicht ganz bei den zwei Prozent, wo wir hin wollen. Das hat auch mit dem, wie ich vorher schon gesagt habe, zu tun, dass einfach das System ein sehr komplexes ist und man auf der Landesebene, das wird auch ausgeführt, gar nicht genau sagen kann, wie viel jetzt die AMA überprüft. Wenn die weniger überprüft, dann hat das Auswirkungen und man kann erst im Nachhinein feststellen, wie hoch ist denn jetzt für ein bestimmtes Jahr überhaupt die Zwei-Prozent-Kontrollquote. Ich bin zuversichtlich, dass es in den nächsten Jahren, weil

weit sind wir davon ja nicht mehr entfernt, das haben wir auch im Kontrollausschuss gehört, dass wir dieses Zwei-Prozent-Ziel erreichen werden beziehungsweise haben wir es schon erreicht, nur wissen wir es noch nicht, weil wir es immer erst im Nachhinein, wenn ein Jahr abgeschlossen ist, feststellen können.

Was auch ein Aspekt ist, das ist auch ausgeführt, all diese Dinge, alle diese Kontrollen müssen auch Menschen machen. Dafür brauchen wir Personal. Die Personalsituation ist, wir haben heute schon über den Lehrkräftemangel diskutiert, wir diskutieren über den Personalmangel im Bereich der Pflege eigentlich dauernd und wir sehen auch, dass es gar nicht so einfach ist, dementsprechend gut geschultes und in diesem Fall sehr explizit und detailliert geschultes Personal auch im Bereich der Bezirkshauptmannschaften in ausreichender Anzahl zu finden, um hier alle vorgeschriebenen Kontrollen in der Qualität durchführen zu können. Ich bedanke mich da auch, weil wir auch in dieser Woche das gehabt haben, bei den Kontrollorinnen und Kontrolloren beim Tiergesundheitsdienst, den ich hier erwähnen möchte. Kollege Hemetsberger weiß, von welcher Diskussion ich rede, er war auch dabei, wo mir bewusst geworden ist, wie viele Leute in unserer Gesellschaft gar keinen Bezug zum Tiergesundheitsdienst haben und wir gar nicht wissen, was macht der. Es steht auch im Bericht auf Seite 104 herinnen und macht deutlich, wie wichtig das für uns ist. Wir alle wollen nicht nur gesunde Tiere in den landwirtschaftlichen Betrieben, gesunde Nutztiere haben, sondern vor allem wollen wir als Konsumentinnen und Konsumenten auch, dass wir gesunde Produkte auf unsere Teller bekommen. Das hat auch mit der Arbeit des Tiergesundheitsdienstes zu tun und mit einer Minimierung des Tierarzneimittleinsatzes, um hier auch den Bereich des Tiergesundheitsdienstes anzuführen.

Viele verschiedene Bereiche, die auch da noch drinnen im Bericht sind. Erwähnen möchte ich auch noch positiv, das kann uns als Oberösterreicherin und Oberösterreicher freuen, dass der Rechnungshof das Programm ELKE positiv erwähnt und vorschlägt, dieses auch auszuweiten und anderen Bundesländern beziehungsweise auf der Bundesebene auch zum Einsatz zu bringen.

Vielen herzlichen Dank noch einmal an den Rechnungshof für diesen Bericht und wir stimmen dem natürlich sehr gerne zu. Dankeschön! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Abgeordneter! Als Nächsten darf ich Abgeordneten Graf das Wort erteilen. Bitte sehr.

Abg. ÖkR **Ing. Graf:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher! Ich möchte anfangen mit einer Bemerkung vom Kollegen Haas, wie er am Eingang seiner Rede festgestellt hat, der Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung stellt sich als ein durchaus komplexes Problem heraus. Das hat so ein bisschen überraschend geklungen und zu Recht, meines Erachtens. Ehrlich gesagt, wie ich mir die gut 100 Seiten des Berichtes zu Gemüte geführt habe, bin ich zu der Erkenntnis gekommen, dass klar der Hintergrund und die Problemstellung der Prüfung die gesplitterte Zuständigkeit in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung ist, nämlich zum Thema Komplexität. Außer Handbüchern und Checklisten gibt es bundesweit zu wenig einheitliche Vorgaben für den Vollzug im Tierschutz und die Folgen sind uneinheitliche Überprüfungen und Ergebnismeldungen, ebenfalls uneinheitlich, an die jeweiligen Bundesbehörden.

Inwieweit Förderungen einen Beitrag zum Tierschutz leisten können und deren Auflagenkontrolle diesen sicherstellt, wurde ebenfalls überprüft. Ich sage Ihnen jetzt das Ergebnis: Tatsächlich erfüllen die kofinanzierten Förderungen grundsätzlich sehr wohl die

Anforderungen und leisten ihren Beitrag zum Tierschutz. Das sei hier festgestellt. Jedoch informieren die Bezirksverwaltungsbehörden die für die Förderabwicklung zuständige AMA nicht durchgehend, wie der Kollege erwähnt hat, über die Ausgänge von tierschutzbezogenen Strafverfahren. Das verursacht meines Erachtens leider einen Schaden auf mehreren Ebenen. Denn auch wenn, wie gesagt, die Anzahl dieser schwarzen Schafe mit solchen Verstößen ausgesprochen gering ist, das gilt es hier festzuhalten, werden sie doch oft öffentlich und schlagen medial auf und es wirkt sich insgesamt auf die überwiegende Mehrheit der durchaus vorbildlich arbeitenden Kolleginnen und Kollegen nicht sonderlich gut aus. Da soll doch bitte unbedingt deswegen gewährleistet sein, dass die diesbezüglichen Förderungen nicht in ungekürzter Höhe weiter bezogen werden können. Ansonsten ist auch ganz klar festzustellen, dass die Zweckmäßigkeit der Fördergelder dann nicht mehr gegeben wäre.

Wie anfangs erwähnt, die Kompetenzen und Aufgaben der Förderungen und Kontrollen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sind auch die Akteure auf mehreren Ebenen. Da ist erstens die EU, dann die nationalen Länder und da ist das Ganze unterschiedlich verteilt. Die EU gibt also mit ihren Mindeststandards die generellen Vorgaben und das Landwirtschaftsministerium in unserem Fall setzt national weitere Vorgaben drauf, die von der EU dann mit-kofinanziert werden. Die Länder vollziehen schließlich dann den Tierschutz und mit ihren Amtsärzten und den Bezirksverwaltungsbehörden wird dies auch entsprechend kontrolliert. Das Land Oberösterreich konnte im Prüfungszeitraum die vorgesehene Zwei-Prozent-Kontrollquote über alle tierhaltenden Betriebe hinweg wegen nicht ausreichender Personalausstattung so nicht gänzlich erfüllen.

Ziel muss jedenfalls sein, als Ergebnis dieses Prüfberichtes, meines Erachtens, das Vorantreiben eines einheitlichen Vollzugs im Bereich des Tierschutzes in den Ländern. Auch die Kontrollquoten, sei hier festgestellt, sollten bundesweit vereinheitlicht werden. Wir bedanken uns jedenfalls beim Bundesrechnungshof für den Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Als Nächster hat sich Abgeordneter Rudi Hemetsberger zu Wort gemeldet.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer! Beginnen möchte ich damit, dass ich mich zuerst einmal bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesrechnungshofs bedanke, stellvertretend bei Ihnen, Herr Landesrechnungshofdirektor, für ihre ausgezeichnete Arbeit. Dieser Bericht liefert, wie immer, eine sehr gute Grundlage für unsere politischen Diskussionen hier im Oberösterreichischen Landtag. Das Thema dieses Berichts Tierwohl und Tiergesundheit, konkret jetzt die Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sowie die Kontrolle von Förderungen und Tierschutzkontrollen, ist ein Thema mit hoher Brisanz und hoher Aktualität. Wir wissen alle, dass es auch in Oberösterreich und auch wieder zuletzt schwerwiegende Fälle gab, die auch in den Medien berichtet wurden. Nicht zuletzt auch in meiner Region, im Attergau, und soweit mir diese Fälle bekannt sind, sind diese mit kaum vorstellbarem Leid für die Tiere verbunden einerseits, aber, das muss man leider auch sagen, sehr oft auch mit menschlichen Schicksalen und Dramen, die dahinter stecken. Das ist zumindest meine Erfahrung. Solche Dinge sind nie schwarz oder weiß, sondern sind immer multikomplex. So ist es auch bei den Vorfällen, die zuletzt auch in den Medien berichtet worden sind.

Umso wichtiger ist es, dass der Rechnungshof dieses Thema aufgegriffen und auch geprüft hat. Wenn der Befund dieses Berichts in einigen Bereichen durchaus kritisch ist, so muss man auch anerkennen, dass das Land Oberösterreich vorhandene Mängel erkannt hat und in



weiten Teilen auch Maßnahmen gesetzt hat. Wobei man an dieser Stelle ein generelles Problem ansprechen muss, das haben meine beiden Vorredner auch schon gemacht, dass das Thema Tierkontrollen und Tierschutz in Österreich sehr komplex ist. Das wird in diesem Bericht, Mario hat es vorgezeigt, auf Seite elf sehr gut dargestellt, nämlich die umfassende Kompetenzzersplitterung verschiedener Stellen. Wir haben auf der einen Seite die EU mit zwei verschiedenen Ressortzuständigkeiten, das spiegelt sich dann auf nationaler Ebene, dann gibt es noch eine Verteilung zwischen Bund und Ländern, was dann Gesetzgebung, Vollziehung und Kontrolle betrifft, dann kommen noch die Bezirkshauptmannschaften und die AMA dazu. Da kann man sich vorstellen, wenn so viele verschiedene Stellen miteinander interagieren, dann wird es kompliziert. Dazu kommt noch, als wäre das nicht genug, dass in den letzten Jahren einige neue gesetzliche Regelungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft getreten sind. Das macht die Sache kompliziert und erfordert auf der einen Seite Koordinationsgremien, die man dann wieder schaffen muss, also zuerst hat man verschiedene Stellen, die unterschiedliche Zuständigkeiten haben und dann schafft man noch neue Gremien, die diese Stellen dann koordinieren.

Das erschwert es sowohl den Landwirtinnen und Landwirten auf der einen Seite, um überhaupt zu wissen, was notwendig und erforderlich ist und vor allem zu welchem Zeitpunkt, und auf der anderen Seite den Kontrollorinnen und Kontrolloren die Arbeit. Der Rechnungshof merkt das auch und sagt, aus Sicht des Rechnungshofes war der Überblick über die jeweils gültigen Bestimmungen sowohl für die Tierhalter als auch für die Kontrollorgane eingeschränkt. Eine sehr diplomatische Formulierung, finde ich, die er da gebraucht. In Wahrheit heißt das, es ist schwer zu überblicken. Diese Kritik ist durchaus berechtigt und nachvollziehbar. Gleichzeitig muss man sagen, ergibt sich auch daraus, wie ich schon gesagt habe, gesetzliche Regelungen, die in Kraft getreten sind, die ja alle den Zweck haben, die Tiergesundheit und das Tierwohl zu verbessern. Wenn die natürlich über einen längeren Zeitraum oder auch über einen kürzeren nacheinander in Kraft treten, so löst das eine Umstellungsphase aus, und da liegt es in der Natur der Sache, dass das am Anfang einmal kompliziert ist, aber es soll kein Dauerproblem sein.

Bei der Kompetenzzersplitterung sage ich als gelernter Österreicher, mit der müssen wir uns abfinden. Das wird sich nicht lösen lassen, jedenfalls nicht ganz schnell. Viel wichtiger ist mir auch eine Empfehlung, die der Rechnungshof ausgesprochen hat, nämlich, dass Oberösterreich gemeinsam mit den übrigen Ländern darauf hinwirken soll, dass der Vollzugsbeirat eine vereinheitlichte Vollziehung im Bereich des Tierschutzes vorantreibt. Das haben Mario Haas und du bereits angesprochen, dass hier durch diese Kompetenzzersplitterung unterschiedliche Bundesländer unterschiedlich agieren, was natürlich auch bedeutet, dass die Landwirtinnen und Landwirte in den unterschiedlichen Bundesländern mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Regelungen konfrontiert sind. Das ist unzumutbar. Da ist es notwendig, dass man das bundeseinheitlich standardisiert, was ja bereits im Gange ist mit den entsprechenden Kontrollgremien. Das finden wir auch positiv.

Kritisch sah der Rechnungshof, diese Kritik teilen wir, dass Oberösterreich und die Steiermark bei Förderungen eine gezielte Projektauswahl im Hinblick auf die Verbesserungen des Tierschutzes beziehungsweise des Wohlergehens der Tiere oder eine Priorisierung der Projekte mit höherer Punktezahl unterließen. Das heißt im Grunde, dass Oberösterreich und die Steiermark Förderungen sehr global vergeben haben und nicht in allen Fällen an entsprechende Kriterien und Tierwohlstandards geknüpft haben. Jetzt kann man sagen, jeder Euro, der in der Landwirtschaft ankommt, ist ein guter Euro. Das kann ich bis zu einem gewissen Grad teilen. Gleichzeitig muss ich schon sagen, dass unsere Agrarsysteme sich in einem Transformationsprozess befinden und wir auch Steuergelder und Fördergelder gezielt

einsetzen müssen, um Prozesse zu begünstigen und andere halt vielleicht nicht. Da gibt es durchaus noch Luft nach oben.

Weiters kritisiert der Rechnungshof, dass die zuständigen Behörden die AMA nicht zuverlässig über den rechtskräftigen Ausgang von Strafverfahren informiert haben. Das konnte dazu führen, dass Betriebe, die teils schwerwiegende Tierschutzverstöße begangen haben, trotzdem ungekürzt Förderungen bezogen haben. Das kann es nicht sein, dass sozusagen durch ein mangelndes Verwaltungshandeln Förderungen ausbezahlt und auch benutzt wurden, die nicht zugestanden wären, die letztendlich dann auch wieder zurückgezahlt werden müssen. Da ist ein Problem. Da hoffe ich dann schon sehr, dass das Land Oberösterreich seinen Angaben im Bericht auch gerecht wird und der Erlass, der genannt wird, umgesetzt wird und auf einheitliches elektronisches System hingearbeitet wird.

Positiv zu erwähnen ist, dass nur bei ganz wenigen Fällen eine Wiederholung bei sogenannten Cross-Compliance-Verstößen vorgekommen ist, einen zweiten Verstoß gab es überhaupt nur in fünf Fällen, einen dritten nur in zwei Fällen. Ich gehe davon aus, dass das auch Förderkürzungen zur Folge hatte, die im Übrigen in der Regel unter fünf Prozent der Gesamtförderung liegen in den allermeisten Fällen.

Ein Punkt, den wir sehr kritisch sehen, ist, dass das Land Oberösterreich keine Vorgaben zur Kontrolle der gemeldeten Ausnahmen vom Gebot der Bewegungsfreiheit für Rinder durch die Bezirksverwaltung macht. Grundsätzlich ist es so, dass eine Bewegungsfreiheit gegeben sein soll, da kann es Ausnahmeregelungen geben. In Oberösterreich gibt es sogar sehr viele Ausnahmeregelungen, nämlich in 22 Prozent der Fälle. Die wurden von den Bezirkshauptmannschaften, anders übrigens als in der Steiermark, nicht kontrolliert. Dort haben die Bezirkshauptmannschaften das nämlich gemacht und haben dann allenfalls, wenn das nicht gerechtfertigt war, Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet. Da gibt es in Oberösterreich noch Verbesserungs- und Handlungsbedarf und da gehen wir davon aus, dass diese Anregung entsprechend aufgegriffen und umgesetzt wird.

Dass die Kontrollquote nicht eingehalten worden ist, das wurde schon gesagt. Insgesamt muss man sagen, ist im Bericht und aufgrund der Rückmeldung der zuständigen Landesstellen zu erkennen, dass Schritte in wesentlichen Bereichen gesetzt wurden. Ich bedanke mich abschließend noch einmal bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes für die hervorragende Kontrollarbeit. Wir können auch garantieren, dass wir als Oberösterreichischer Landtag ein Auge darauf werfen werden, ob die Maßnahmen auch umgesetzt werden. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Georg Ecker.

Abg. ÖKR **Ecker:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist von der Kontrolle schon viel gesagt und allen gedankt worden. Nur den Bäuerinnen und den Bauern wurde noch nicht allen gedankt. Die Bäuerinnen und Bauern stellen die Tiergesundheit, den Tierschutz sicher und schauen in Oberösterreich, dass vor Ort auch die Wertschöpfung für die Landwirtschaft und auch für gesunde Lebensmittel gesorgt wird. Die Kontrollen wurden verbessert und die vorgeschriebene Anzahl an das Maß herangeführt. Die fristgerechte Prüfung zu 79 Prozent wird eingehalten. Betriebe werden mehrfach kontrolliert, sei es von der AMA mit der Cross-Compliance-Kontrolle, im Tierschutzbereich, im Lebensmittelverarbeitungsbereich und natürlich im Tiergesundheitsdienstbereich. Unsere Bäuerinnen und Bauern stellen sicher, dass 365 Tage im Jahr die Tiere versorgt werden, dass sie gesund bleiben und die notwendige Betreuung

erhalten. Diese Betreuung ist auch der Garant dafür, dass wir gesunde Tiere haben, die Tiere auch wirtschaftlich gehalten werden und das Einkommen in der Landwirtschaft gesichert wird.

Wenn hier gesagt wird, die Tierwohlförderung ist auch zu hinterfragen oder die Förderungen seien teilweise nicht effizient eingesetzt worden, dann darf ich dazu sagen, in Oberösterreich werden die meisten Tierwohlställe gebaut, die von den Bäuerinnen und Bauern auch finanziert werden mit einem gewissen Zuschuss. Aber diese Investitionen stellen sicher, dass in Zukunft die Haltung noch verbessert wird, dass die Betriebe weitergeführt werden, und dass die Betriebe auch von den jungen Übernehmerinnen und Übernehmern bewirtschaftet werden.

Aus unserer Sicht ist das ganz wichtig für die Kulturlandschaft, für die Bewirtschaftung der Fläche und natürlich auch für die Versorgung von regionalen Lebensmitteln. Bewirtschaftete Böden erhöhen den Humusgehalt, stellen sicher, dass die Wasseraufnahmefähigkeit besser wird, das ist besonders wichtig bei Starkregen, wo wir im Hochwasserbereich auch das nachvollziehen haben können.

Die Landwirtschaft steht immer für den Klimawandel und ist interessiert, dass er hinten angehalten wird. Wir haben die Werkstatt unter freiem Himmel und wir schauen auch im bäuerlichen Bereich, dass zum Beispiel beim ÖPUL die Maßnahmen auch gefördert und eingehalten werden und möglichst viele Bäuerinnen und Bauern daran teilnehmen. Es sind über 85 Prozent. Die Einsparung von Treibhausgasen von 16 Prozent hat auch die Landwirtschaft vollzogen. In anderen Bereichen sind es teilweise mehr. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Wir erhalten die Bodenfruchtbarkeit und sichern damit auch die Erträge und die Lebensmittelsicherung. Ich glaube, wir sollten mehr Vertrauen in unsere Bäuerinnen und Bauern haben. Das stellen die Kontrollen nicht sicher, sondern das stellt die Arbeit in der Landwirtschaft in den Betrieben sicher.

Wir haben heute schon über die Renaturierung diskutiert. Die bäuerliche Bevölkerung sieht das skeptisch. Ist ja klar, es gibt keine Richtlinien. Drei Prozent der Bevölkerung sind eigentlich betroffen und 97 Prozent erklären uns, was wir dürfen und was wir in Zukunft nicht mehr dürfen, obwohl es noch keine Richtlinien gibt. Stellen wir einmal sicher, dass diese Leistungen, die wir schon erbringen, auch anerkannt werden, dass man von dem Status ausgeht und dass man auch zurückschaut, wie die Landwirtschaft in Österreich, in Oberösterreich gegenüber anderen Ländern hier wirtschaftet und die Lebensgrundlage sichert und auch im Hochwasserbereich auch immer geschaut hat, dass es hier so wenig wie möglich Probleme gibt.

Auch ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte, ist jetzt die Diskussion. Zur Entwaldungsverordnung. Mit 1.1.2025 soll sie in Kraft treten. Es kennt noch keiner die Vorschrift. Es weiß noch keiner, wie das umgesetzt wird, wird es parzellenweise umgesetzt, wird es gebietsweise umgesetzt oder sonst irgendetwas. Wir wissen nicht einmal, wie Oberösterreich oder Österreich eingestuft wird. In einem Land, wo der Wald jeden Tag mehr wird, wo teilweise Flächen zuwachsen und dann müssen wir über das diskutieren, dürfen wir noch im Wald Holz entnehmen und müssen wir es zertifizieren von wo es herkommt und in Zukunft hingeht.

Ich glaube, das ist auch ein Grund, wieso die Bäuerinnen und Bauern auch sehr skeptisch sind und auch diese eine oder andere Maßnahme kritisieren. Aus meiner Sicht gerechtfertigt kritisieren. Da werden uns nicht Kontrollen helfen, sondern da wird uns der gesunde

Hausverstand helfen, den die Bäuerinnen und Bauern haben. Und diesen wollen wir in Zukunft mehr einsetzen. Damit schaffen wir Vertrauen mit unseren Bäuerinnen und Bauern und schauen wir, dass die regionalen Lebensmittel gesichert werden und damit auch das Einkommen unserer Bäuerinnen und Bauern. Noch einmal herzlichen Dank! (Beifall)

**Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Beilage 928/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Diese Beilage ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 929/2024. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend Verwaltungsstrafen im Umweltbereich. Ich bitte Herrn Abgeordneten Froschauer zu berichten.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Beilage 929/2024 - Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend Verwaltungsstrafen im Umweltbereich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 929/2024.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Wahrnehmungsbericht betreffend „Verwaltungsstrafen im Umweltbereich“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

**Präsident:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Anne-Sophie Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich mich natürlich bedanken bei der Frau Präsidentin Kraker und den MitarbeiterInnen des Bundesrechnungshofs. Wir brauchen eine konsequente Verfolgung von Umweltstrafen in Oberösterreich und Verbrechen gegen unsere Umwelt stärker zudem ahnen. Und das zeigt auch der vorliegende Rechnungshofbericht sehr deutlich.

Verstöße gegen die Umwelt müssen konsequent geahndet werden und es braucht eine ebenso konsequente Verfolgung, Kontrolle und Einleitung von Strafverfahren. Der Bericht zeigt uns auch, dass die Verfolgung von Umweltsdelikten von Bezirk zu Bezirk deutlich schwanken kann. In einigen Bezirken werden nur zwölf Verstöße pro 10.000 Einwohner verfolgt in anderen sind es über 100. Und das könnte schon auch daran liegen, dass nicht ausreichend kontrolliert und durchgegriffen wird. Das muss man sich ganz genau ansehen, denn die Umwelt ist in jedem Bezirk gleichbedeutend.

Es braucht klare Regeln, auch von oben. Deshalb muss das Land Oberösterreich gemeinsam mit dem Bund daran arbeiten, Vorgaben zu verbessern. Wir brauchen einheitliche Regelungen und Schulungen für die zuständigen Behörden. Auch das vorgeschlagene bundesweite Verwaltungsstrafregister wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ein besorgniserregender Punkt im Bericht betrifft die Zweckwidmung der Strafgelder. Fast 34 Prozent der Strafgelder im Umweltbereich wurden in Oberösterreich für Zwecke verwendet, die wohl nicht gesetzeskonform sind. Diese Gelder sollten eigentlich zur Verbesserung der Umwelt verwendet werden. Wir müssen sicherstellen, dass diese Strafgelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden, zum Schutz unserer Gewässer, Wälder und Böden.

Wenn wir heute nicht konsequent gegen Umweltsünder vorgehen, zerstören wir das, was wir sicher alle bewahren wollen, eine gesunde und lebenswerte Umwelt. Die Empfehlungen des Rechnungshofs sind gut und auch umsetzbar. Wir nehmen den Bericht an. Vielen Dank! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mario Haas.

Abg. **Haas:** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an den Bundesrechnungshof auch für diesen Bericht. Kurz ein bisschen zu den Daten. Wir haben schon gehört, dass in den Ländern Oberösterreich und der Steiermark auch überprüft wurde und in Oberösterreich konkret die Bezirkshauptmannschaften Braunau und Gmunden.

Ich habe mir herausgeschrieben, was sind jetzt die zentralen Empfehlungen, die der Rechnungshof anregt und habe gefunden ein bundesweit einheitliches Verwaltungsstrafregister, ausreichende Personalressourcen empfiehlt er auch sowie eine Evaluierung in diesem Bereich. Dann ist angeführt, das Programm VStV, das ja ursprünglich nicht für den Umweltbereich gedacht war, wie es im Bericht auch drinnen steht, aber sowohl in Oberösterreich als auch in der Steiermark hier zur Anwendung kommt und das, sagen wir einmal so, nicht als ideal bezeichnet wird. Nicht weil das Programm schlecht wäre, sondern weil es zum Vollzug für diesen Bereich nicht unbedingt geeignet ist. Vor allem wird kritisiert, dass in 39 Prozent der Verfahren der Leercode verwendet wird, was natürlich ein bisschen kritisch zu sehen ist. Daher empfiehlt der Rechnungshof zumindest auch Schulungen im Bereich des VStV, um hier auch besser zu werden und die Rate der Leercodes senken zu können.

Was er auch anführt, sind Regelungen für den Bereich von WiederholungstäterInnen bei Verwaltungsstrafen im Umweltbereich, wo auch eben vom Rechnungshof angeführt wird, hier sollte man besser werden.

Auch ein Punkt ist auf der Seite 9 und in weiterer Folge auch dann noch angeführt, das Risiko der Verjährung, auf das man schauen sollte, um hier auch die Strafen eintreiben zu können.

Eine Frage hat sich bei mir aufgetan auf der Seite 67, das ich noch als kritischen Punkt sehe, und zwar ist das die Unterschreitung der Mindeststrafhöhe. Ich glaube, hier sollte man auch schauen und es gibt auch die Bemühungen, dass das nicht mehr stattfindet. Sonst sind die Empfehlungen für uns sehr schlüssig. Danke dem Rechnungshof für den Bericht und wir nehmen ihn natürlich gerne zur Kenntnis. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Michael Fischer.

Abg. **Ing. Fischer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuhörer hier im Saal und online! Ich werde das noch einmal kurz abreißen, was wir teilweise schon gehört haben. Der Rechnungshof fokussiert sich ja in seiner Prüfung in Oberösterreich im Vollzug der BH Braunau und Gmunden und im Detail auf Strafverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, Forstgesetz, Wasserrechtsgesetz als auch Bundesgesetze und die jeweiligen Landesgesetze für Jagd, Naturschutz und Nationalparks.

In dem Prüfzeitraum 2019 bis 2023 gab es in Oberösterreich 6.080 relevante Verfahren. Die Verwaltungsstrafverfahren wurden mit den ID-basierten Verwaltungsstrafprogramm

abgewickelt, was nicht sehr ideal ist, hat uns gerade der Herr Kollege erzählt. Da ist auch so ein Tatbestandskatalog hinterlegt und der enthält Delikt-Codes. Diese werden teilweise unzureichend angewendet und teilweise sogar leer gelassen. Somit gibt es auch hier keine sehr gute Nachvollzugsmöglichkeit.

Bei der Verwendung dieser Codes wird der Bescheid automatisch vorausgefüllt und eine Strafhöhe vorgeschlagen. In Oberösterreich wurden in vier von zehn Fällen kein Code verwendet. Der einheitliche Vollzug leidet darunter natürlich.

Bei diesen rund 6.100 Umweltdelikten sind die häufigsten nach dem Abfallwirtschaftsgesetz eingetragen worden. Jagd- und Naturschutz- und Nationalparkgesetz spielten eine untergeordnete Rolle. Die durchschnittliche Anzahl der Umweltdelikte in Oberösterreich lag bei 34 pro 10.000 Einwohnern.

Der unter der Umweltdelikte mit gesetzeswidriger Zweckbindung, hat die Kollegin Bauer schon gesagt, der Strafgehalt lag in Oberösterreich bei 34 Prozent und bei Umweltdelikten nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sogar bei 45 Prozent. Da haben wir einen sehr guten Aufholbedarf, dass die vereinnahmten Strafgehalt auch korrekt gewidmet werden.

Diese ungleiche Verwendung dieser Delikt-Codes, nehme ich an, ist eine Ursache dafür, dass die Berufungsverfahren unterschiedlich erfolgreich ausgehen, weil im Bezirk Vöcklabruck wurden 14 Prozent der BH-Entscheidungen vom Landesverwaltungsgericht so abgeändert und im Bezirk Urfahr-Umgebung fast alle. Das kann ich mir nur auf so einer Basis vorstellen, dass das so falsch vorweg eingetragen wurde.

Der Rechnungshof hat 2023 eben diese sechs Verbesserungsvorschläge vorgelegt, davon sind in der Folgeprüfung zwei bereits in Umsetzung, drei wurden mit ersten Schritten gesetzt und die Verordnung zu Katastrophenkonzepten in der Abfallwirtschaft ist in Ausarbeitung. Das haben wir erlebt zur Corona-Pandemie-Zeit, da war unklar, wie wir mit unserem Abfall umgehen sollen.

Insgesamt ist der Umsetzungsstand der Verbesserungsvorschläge auf einem guten Weg. Wir bedanken uns beim Rechnungshof für den Prüfbericht, welchen wir zustimmend zur Kenntnis nehmen. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 929/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zur Beilage 930/2024. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Sonderprüfung Fragen im Zusammenhang mit einem finanziellen Mehrbedarf bei der Anton Bruckner Privatuniversität.

Ich bitte Klubobfrau Engleitner-Neu über die Beilage 930/2024 zu berichten, zu der sich anschließend zunächst Landesrechnungshofdirektor Rudolf Hoscher zur Erläuterung zum Prüfergebnis zu Wort gemeldet hat. Bitte.

Abg. KO **Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Beilage 930/2024 - Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Sonderprüfung Fragen im Zusammenhang mit einem finanziellen Mehrbedarf bei der Anton Bruckner Privatuniversität. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 930/2024.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Sonderprüfung „Fragen im Zusammenhang mit einem finanziellen Mehrbedarf bei der Anton Bruckner Privatuniversität“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

**Präsident:** Geehrter Herr Rechnungshofdirektor, bitte.

LRH-Dir. **Mag. Hoscher:** Sehr geehrter Präsident, hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, die Ergebnisse unserer Sonderprüfung Fragen im Zusammenhang mit einem finanziellen Mehrbedarf bei der Anton Bruckner Privatuniversität, ich werde es dann mit ABPU abkürzen, vorzustellen.

Der Landesrechnungshof prüfte auf ein Ersuchen des SPÖ-Landtagklubs Oberösterreich die Ursachen für einen, auch in den Medien kolportierten, finanziellen Mehrbedarf, ein sogenanntes Budgetloch bei der ABPU. Die acht konkreten Fragen drehten sich um die Bereiche finanzieller Mehrbedarf, Budgetierung, Beratungsleistungen, Verantwortung des Landes Oberösterreich und die Wahrnehmung der Aufsicht.

Thema Mittelübertragung: 2022 überschritt die Universität das beschlossene Budget um 988.000 Euro. Sie bedeckte diese Mehrausgaben aus Mittelüberträgen aus dem Vorjahr. Von den Mittelüberträgen wurden rund 360.000 Euro für Mehrausgaben bei Investitionen und laufenden Personalausgaben herangezogen, obwohl diese Mittelüberträge aufgrund einer Vorgabe des Landes für ganz bestimmte Zwecke, nämlich für außerordentliche Personalausgaben, gebunden waren. Die konkrete Verwendung entsprach somit nicht dem gewidmeten Zweck. Es wurden stattdessen mit dem Geld Möbel für die Universität angeschafft und laufende Personalausgaben finanziert.

Thema Übergabe: Aus den Akten und der Korrespondenz der Anton Bruckner Universität ist ersichtlich, dass das Ausscheiden der Universitätsdirektorin mit Problemen behaftet war und offene Fragen der Universitätsleitung im Zusammenhang mit der anstehenden Erstellung des Rechnungsabschlusses 2022 und zum Budget 2023 von der Universitätsdirektorin nicht mehr beantwortet wurden. Erschwerend kam hinzu, dass eine ordnungsgemäße Übergabe der Aufgaben der Universitätsdirektion nicht stattfand und die Stellvertretung eher formal geregelt und gelebt wurde. Auf Basis der in der ABPU wahrgenommenen Informationslage und unter Zeitdruck erstellte die ABPU den Rechnungsabschluss 2022 und berechnete das Budget 2023 neu.

Im Zuge der Aufbereitungsphase wurde in der ABPU vermutet, dass wesentliche Daten beziehungsweise Dateien für die Erstellung des Rechnungsabschlusses 2022 und das Budget 2023 gelöscht wurden. Zur Klärung der Sachlage brachte die ABPU eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft ein. Dieses Verfahren wurde nach Abschluss der Ermittlungen eingestellt.

Thema Aufsicht: Das für Kultur zuständige Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung beauftragte im Mai 2023 die Finanzrevision, die ABPU bei der Aufarbeitung des finanziellen

Mehrbedarfs zu unterstützen. Bereits ein Revisionsbericht aus 2019 zeigte die Notwendigkeit einer Professionalisierung des Finanzbereichs auf. Die Abteilung Kultur legt in Abstimmung mit der Universität ein Maßnahmenbündel fest, das auf die Intensivierung der Berichtspflichten und auf eine verstärkte Kontrolle durch die fördergebende Stelle abzielte. Grundsätzlich muss jedoch klar sein, dass die ABPU selbst für die wirtschaftliche Abwicklung des Universitätsbetriebs verantwortlich ist. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobfrau Engleitner-Neu!

Abg. KO **Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Herr Präsident, Herr Landesrechnungshofdirektor, hohes Haus, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream! Wir haben es gehört, zum ersten Mal in der aktuellen Gesetzesperiode haben wir uns als SPÖ-Landtagsklub dazu entschlossen, im September 2023 eine Sonderprüfung der Anton Bruckner Universität in Auftrag zu geben, weil öffentlich budgetäre Probleme bekannt geworden sind. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht und wir haben auch versucht, vorweg auch öffentlich eine Klärung herbeizuführen, wie es zu so einem Riesenloch gekommen ist. Aber diese Fragen sind leider unbeantwortet geblieben und daher hat der Landesrechnungshof diese Aufgabe übernommen. Und daher möchte ich mich beim gesamten Team des Landesrechnungshofs, allen voran speziell auch bei Ihnen Herr Landesrechnungshofdirektor Mag. Hoscher, für die gewissenhafte Arbeit und auch für diesen aussagekräftigen Bericht bedanken. (Beifall)

Wir haben es gehört, die Anton Bruckner Privatuniversität ist im Eigentum des Landes. Und es ist eben Steuergeld, mit dem dieses riesen Budgetloch in Windeseile wieder gestopft worden ist. Und daher sahen wir es auch als unsere Pflicht, eben gemeinsam mit dem Landesrechnungshof, für Aufklärung zu sorgen. Weil wir sind der Ansicht, dass Bürgerinnen und Bürger sich das verdient haben und wissen sollten, wo ihr Geld geblieben ist. Wir haben es gehört, wir haben acht Fragen an den Landesrechnungshof gestellt, eben allen voran, wie mit Steuergeld gehaushaltet wird, wie mit diesen Millionen Löcher gestopft werden.

Es ist ja nicht das erste Mal, es haben ja 2022 eben auch schon 800.000 Euro gefehlt, die mit Rücklagen gestopft wurden und dann noch einmal 1,5 Millionen Euro. Wir haben gehört, es waren Fragen zum wirtschaftlichen Handeln, das Einmaleins, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit. Und es ging auch um die Doppelrolle von Landeshauptmann Stelzer, der einerseits ja Fördergeber ist und auf der anderen Seite ist er auch Unirats-Vorsitzender, das ist ja ex lege. Und das heißt, er entscheidet gleichzeitig und gleichzeitig kontrolliert er sich auch selber.

Der vorliegende Prüfbericht zeigt für uns, und ich glaube auch für die Bürgerinnen und Bürger, wie wichtig es ist, dass eine unabhängige Institution so eine Prüfung durchführt, weil das ist aktuell immer noch unsere einzige Möglichkeit für eine solide Prüfung, weil einen Budgetdienst haben wir ja leider noch immer nicht. Der Prüfbericht deckt auf 60 Seiten das Budgetchaos und das Managementchaos auf und umfasst sage und schreibe 17 Empfehlungen.

Was sind denn die gravierendsten Punkte des Landesrechnungshofs? Wir haben es zuerst bei den Erläuterungen von Mag. Hoscher gehört, dass eben Geld, das ursprünglich vorhanden war, zweckentfremdet ausgegeben wurde. Und da, wo man es gebraucht hat nach den Gehaltsabschlüssen, war eben plötzlich nicht mehr genug Geld da. Es hat eben Probleme gegeben bei der Budgeterstellung, es hat nachweislich zwei Budgetvarianten gegeben. Es hat eine Variante gegeben, die hat den Mehraufwand für die Personalkosten und auch für die Investitionen beinhaltet und es hat eine Budgetvariante gegeben, wo das nicht drinnen war.



Aber nur diese, die das nicht berücksichtigt hat, die ist letztendlich dem Unirat auch vorgelegt worden. Und da spricht sich der Landesrechnungshof ganz klar aus und eine dieser Empfehlungen ist, dass man dem Gremium, das auch entscheidet, auch die Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stellen kann. Und so wie man im Bericht lesen kann, ist das in der Vergangenheit kritisiert worden, dass das nicht der Fall war.

Es sind festgestellt worden, wie wir gehört haben, organisatorische Mängel bei der Datensicherheit und beim Datenmanagement. Es hat de facto kein funktionierendes Controlling gegeben. Wir haben eine Vorgabe, dass 400.000 Euro alleine im Bereich von 2021 bis 2023 an Beratungs- und Rechtsleistungen ausgegeben wurden, ohne dass ein zweites Angebot eingeholt worden ist. Das ist aus unserer Sicht ein unsachlicher Umgang mit Steuergeld. Die Beschaffungsrichtlinien sind nicht in dem Maß umgesetzt worden, das sind das Vier-Augen-Prinzip, das heißt, wer hat welche Befugnisse. Auch hier empfiehlt der Landesrechnungshof ganz klar, dass diese Wirksamkeit einfach erhöht werden muss.

Und wie wir gehört haben, sind 360.000 Euro nicht zweckentsprechend verwendet worden. Und die Empfehlung ist ganz klar, dass das Land Oberösterreich jetzt auch dieses Geld wieder zurückfordern kann. Wir haben es in den Medien lesen dürfen, dass das erfolgen wird. Befremdlich finde ich in diesem Zusammenhang, dass so eine Wiedergutmachung schon zu lesen ist, bevor der Bericht überhaupt öffentlich ist und bevor die Uniratsmitglieder davon in Kenntnis gesetzt wurden. Das ist aus meiner Sicht nicht sehr vertrauensbildend.

Und wenn man jetzt hört und auch den Oberösterreichinnen und Oberösterreichern sagt und auch den Kontrollausschussmitgliedern erklärt, dass die Fehler eh weitgehend schon behoben sind, dann ist es nur die eine Seite der Medaille, weil die andere ist, dass es so weit überhaupt gar nicht hätte kommen dürfen, weil es gibt schon 2019 einen Finanzrevisionsbericht und da gibt es schon eine Liste von Verbesserungen, die man lesen kann.

Und nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe ist ja die Finanzrevision wieder aufgefordert worden, Berichte zu erstellen. Und wenn man dann liest, Zitat, dass es trotz entsprechender Empfehlungen zu keiner Professionalisierung im Bereich Budgetplanung, Budgetvollzug und Budgetsteuerung gekommen ist, und wenn man diese Punkte dann auch wieder im Landesrechnungshofbericht findet, dann zeigt das doch ganz klar, dass man da viel früher hätte reagieren müssen.

Und wissen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dass man im Präsidium der Bruckneruni Anfang 2024 sogar ein 50-Punkte-Programm beschlossen hat, welche Maßnahmen genau wann eingesetzt werden müssen. Und dieses Programm liegt voll umfänglich bis heute dem Unirat nicht vor, genauso wenig wie die Revisionsberichte.

Und zur Frage der Doppelrolle, die der Herr Mag. Hoscher zuerst angesprochen hat, einer der Punkte, dass er einerseits Fördergeber ist und auf der anderen Seite den Unirats-Vorsitz führt, zeigt auch der Landesrechnungshofdirektor ganz klar und der Bericht, dass diese Funktionen in einem Spannungsverhältnis stehen. Eine mögliche Lösung haben wir parat. Wir werden heute einen nicht dringlichen Antrag, einen Gesetzesantrag einbringen, dass der Vorsitz nicht mehr ex lege an den zuständigen Kulturreferenten gebunden ist, sondern auch vom Unirat gewählt werden kann.

Die Liste der Kritikpunkte ist lang und aus unserer Sicht steht am Ende ein Nicht genügend und rund 850 Studierende haben sich mit sehr viel Fleiß und mit sehr viel Arbeit bemüht und geschafft, dass sie zu den Besten gehören. Und die müssen sich auch Bestnoten verdienen,

damit sie dort studieren können und damit sie aufgenommen worden sind. Und diese sollten doch bitte auch die Gewissheit haben und die Sicherheit haben, dass auch die Budget-Verantwortlichen ihre Hausaufgaben machen im Sinne eines verantwortlichen Umgangs mit Steuergeld.

Und diese Gewissheit brauchen aus unserer Sicht auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich nämlich täglich für ihre Studierenden einsetzen. Die fördern ihre Talente, damit sie zu herausragenden Tänzerinnen und Tänzern, Musikerinnen und Musikern und Schauspielerinnen und Schauspielern ausgebildet werden. Und falls jetzt jemand denkt, dass bei einem so großen Gesamtvolumen der Bruckneruni 1,5 Millionen Euro ja eh nicht so viel Geld ist, es ist sehr viel Geld. Und ich möchte nur erinnern 1,5 Millionen Euro sind zirka der Beitrag, den damals Oberösterreich aus eigenen Mitteln zur Bekämpfung der Teuerung in der großen Krise eingesetzt hat. Das hat eine unabhängige WIFO-Studie vor kurzem nämlich, vor Monaten, ergeben.

Und das hat auch ergeben, da war Oberösterreich im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern an letzter Stelle, alle anderen Bundesländer haben mehr getan, nur Landeshauptmann Stelzer hingegen, der hat weniger getan. Und in seinem Verantwortungsbereich aber sehr wohl wurden 1,5 Millionen Euro mit einer Bestzeit nachgebessert, um dieses Budgetloch, das angesprochen ist, zu schließen. Und ich glaube schon, dass diese Entschlossenheit und auch diese Verbundenheit zu Bürgerinnen und Bürgern auch bei der Teuerungsbekämpfung notwendig gewesen wäre. Und das haben sie mit Sicherheit vermisst. Ich möchte mich abschließend noch einmal bedanken für diesen umfassenden Bericht und natürlich nehmen wir ihn zur Kenntnis. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Thomas Dim.

Abg. **Dim:** Danke, Herr Präsident! Herr Direktor Mag. Hoscher, vielen Dank einmal zunächst für den Bericht des Landesrechnungshofs, der sehr umfassend und auch aufschlussreich ist. Und auch bedanke ich mich für die abgeleiteten Empfehlungen. Ja, aus dem Bericht kann man sehr gut herauslesen, wie man also eine Übergabe einer Leitungsstelle, wie in diesem Fall bei der Anton Bruckner Privatuniversität, aber auch in jedem anderen Unternehmen, nicht machen sollte. Als Rieder habe ich da beim gemeindeeigenen Energieunternehmen diesbezüglich auch schon meine einschlägigen Erfahrungen gemacht.

Ja, wenn man dazu noch in der Leitung ein gelebtes Vier-Augen-Prinzip nicht hat oder es fehlt und ich zitiere aus dem Bericht: „Der stellvertretende Universitätsdirektor war bis zum Ausscheiden der Universitätsdirektorin nicht in deren Aufgabenerledigung eingebunden.“ Zitat Ende. Da ist es auch wenig verwunderlich, dass gewisse Daten für die Budgeterstellung nicht mehr nachvollziehbar sind, egal ob sie da waren, wieder aufgetaucht sind oder vielleicht immer noch fehlen.

Wenn dann auch noch die Kooperationsbereitschaft der ehemaligen Direktorin fehlt, da wird es natürlich doppelt schwierig. Und auch die Verbesserungsvorschläge, die das Beschaffungswesen, vor allem was die begleitende Kostenrechnung zur Budgetüberwachung betreffen, sind für die Zukunft Grundvoraussetzung für eine ordnungsgemäße Leitung. Erste Schritte in diese Richtung wurden ja, wie uns im Kontrollausschuss berichtet wurde, auch schon gesetzt und es ist davon auszugehen, dass alle Empfehlungen des Rechnungshofs vollständig umgesetzt werden.

Fehlendes Controlling und mangelnde ordnungsgemäße Geschäftsgebarung betreffen aber nicht ausschließlich die Ära des jetzigen Leiters der Anton Bruckner Privatuniversität, sondern dürften schon viele Jahre und in der Wirtschaft würde man sagen, so eine Art Unternehmenskultur gewesen sein. Und da bin ich auch schon beim ersten Punkt meiner Kritik, und Frau Kollegin Engleitner-Neu hat es ja auch schon gesagt, also eine mediale Vorverurteilung, wie sie bereits am 3. und am 4. September passiert ist mit den reißerischen Überschriften: „Wie sich die Bruckner Uni unter Rektor Rummel selbst abwirtschaftet“ oder einen Tag später: „Ein Management- und Budget-Chaos.“ Also das halte ich eher - höflich gesagt - für problematisch.

Ich würde mir eher wünschen einen Rechnungshofbericht, wie es sich gehört, zuerst im Kontrollausschuss mit den zuständigen Auskunftspersonen zu diskutieren. Und da wurden ja auch dann schon viele Punkte klargestellt oder in die richtige Richtung gestellt. In diesem Fall ist aber erst eine Woche danach der Kontrollausschuss gewesen und ich nenne es einmal die mediale Keule ist dann schon passiert mit einer gewissen Vorverurteilung.

Ein weiterer Punkt, den ich mir vielleicht gewünscht hätte, wäre auch die Einladung der Vorgängerin von Martin Rummel als Auskunftsperson in den Kontrollausschuss, einfach nur um ein ausgewogenes Bild auch der Vergangenheit zu bekommen. Vielleicht ist das ja auch passiert und sie wollte nicht kommen, ich weiß es nicht. Zu hoffen bleibt auf jeden Fall, dass die Anton Bruckner Privatuniversität, die schon jetzt künstlerisch hervorragende Arbeit leistet, sich mit den Empfehlungen des Landesrechnungshofs kaufmännisch verbessert. Wir nehmen den Bericht natürlich zur Kenntnis. Vielen Dank! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Severin Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Dankeschön, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst auch von meiner Seite der sehr herzliche Dank an den Herrn Rechnungshofdirektor Rudolf Hoscher und sein gesamtes Team, die wieder einmal in gewohnter Qualität, will ich jetzt schon fast sagen, einen Bericht abgeliefert haben, der letztendlich die Basis dafür liefert, dass wir uns damit auseinandersetzen können, wo auch zum wiederholten Male sehr klare Empfehlungen formuliert worden sind. Was unsere Aufgabe ist jetzt als Landtag, zu überprüfen, inwieweit diese Empfehlungen auch umgesetzt werden.

Wir haben im Kontrollausschuss schon auch eine sehr intensive, knapp einstündige Diskussion gehabt zu diesem Thema. Und nachher fragt man dann natürlich immer, sind jetzt alle Fragen beantwortet, sind sie nicht beantwortet? Für mich sind sie es in manchem Bereich nicht und das hat auch die Frau Klubobfrau Engleitner-Neu vorher schon gesagt. Für mich ist auch nach den Ausführungen im Kontrollausschuss noch nicht ganz abschließend geklärt, in diesem Spannungsverhältnis zwischen ich tue etwas und ich schaue zuerst gründlich nach, bevor ich etwas tue, warum die Staatsanwaltschaft so schnell eingeschaltet worden ist? Auf der Suche nach verlorenen Daten, wo sich am Ende dann herausgestellt hat, dass diese Daten gar nicht verloren waren, sondern sich ganz offensichtlich immer noch im Haus befunden haben.

Zweiter Punkt, aber da fehlt mir vielleicht auch das Wissen über den Revisionsbericht der Finanzdirektion, der ja manchen vorliegt, mir zumindest nicht, die Frage, die immer noch nicht geklärt ist aus meiner Sicht ist, wie hat es sein können, dass es ein Unternehmen gibt, das ein Jahresbudget von über 20 Millionen Euro hat, aber kein funktionierendes Controlling? Aus meiner Sicht ist das die Grundlage dafür, wenn fast ausschließlich mit Steuergeld agiert wird, dass es ein funktionierendes Controlling gibt.

Dritter Punkt, den ich auch nachgefragt habe im Ausschuss, der mir immer noch nicht ganz klar ist, ob das jetzt beantwortet ist oder nicht, ist die Frage der Ausschreibungsgrenzen. Jetzt habe ich zwar erfahren, dass eine Ausschreibungsgrenze von 100.000 Euro nicht erreicht ist, wenn man sagt, der Auftrag waren eh nur 95.000 Euro, die 10.000 Euro dazu waren ja nur Spesen. Wenn dieser Auftrag allerdings trotzdem nach zwei Drittel des Leistungsumfangs abgebrochen wird, dann frage ich mich, ob entweder die Leistung, die ursprünglich angefragt ist, nicht ganz stimmig war oder ob nicht das entscheidende Drittel fehlt und damit womöglich auch die ersten zwei Dritteln nicht ganz im Sinne der öffentlichen Verwaltung eingesetzt worden sind.

Vierter Punkt, den ich jetzt noch ganz kurz erwähnen möchte, den hat die Frau Klubobfrau Engleitner-Neu vorher aufgebracht, das ist dieser Antrag, den die Sozialdemokratie anbringen wird, weil es vom Landesrechnungshof angesprochen war, dass es da bei der Doppelfunktion Uniratsvorsitz und Kulturreferent ein gewisses Spannungsverhältnis gibt. Die SPÖ hat da einen Vorschlag, wie man das lösen kann. Ich bin mir ehrlicherweise noch nicht sicher, ob das der richtige Vorschlag ist, weil wir haben es uns auch angeschaut, wie die verschiedenen Musikuniversitäten, die Privatuniversitäten in Österreich strukturiert sind, was den Unirat betrifft. Da gibt es ganz unterschiedliche Modelle, wie man das lösen kann.

Man hat die Variante Kärnten, wo es sehr ähnlich wie in Oberösterreich der Landeshauptmann ist, der dem Unirat vorsitzt und auch Landeshauptmann ist, dort ist es halt beim Bildungsbereich angesiedelt. Man hat die Variante Wien, wo die Musikuniversität gänzlich in der Wien Holding ist und wo der Unirat sehr klein und schlank, nur aus Fachleuten und Expertinnen und Experten beschickt wird. Ich schlage vor, dass wir uns das auch im Ausschuss sehr, sehr intensiv anschauen, immer mit der Zielsetzung im Auge, wie können Spannungsverhältnisse auch ausgeräumt werden. Ich bin recht zuversichtlich, dass wir da auch eine Lösung finden werden können, wenn wir wollen.

Aus unserer Sicht, und dem werden wir auch nachgehen, ist jetzt zentral, wie werden diese 17 Empfehlungen umgesetzt, die vom Landesrechnungshof ausgesprochen worden sind? Wie wurden die Empfehlungen der internen Revision umgesetzt? Ich glaube, es sollten anscheinend 26 sein, die uns da genannt worden sind, die bereits in der Vergangenheit formuliert worden sind. Wir werden dem auf jeden Fall nachgehen.

Ich habe auch schon eine Anfrage angekündigt, die wir eben dann in der gegebenen Zeit dann stellen werden, um zu sehen, sind die Empfehlungen umgesetzt, weil es einfach auch unser gemeinsames Ziel sein sollte, dass die Anton Bruckner Privatuniversität im ruhigen Wasser segeln kann und sich auf das fokussieren kann, was ihre Kernaufgabe ist, nämlich junge Talente auszubilden, sich kritisch mit Musik, mit Kultur auseinanderzusetzen und letztendlich auch wichtige Basis zu sein, wo auch das Kulturland Oberösterreich daraus wachsen kann. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel!

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch bedanken beim Landesrechnungshof für den Bericht, der eigentlich die Verhältnisse sehr klar aufgezeigt hat. Wir haben eine intensive Diskussion über den Kontrollbericht gehabt, nur dann die mediale Berichterstattung nachher, da habe ich mir dann schon gedacht, war ich da bei derselben Sitzung als die anderen, die in die Presse gegangen sind mit dem, was angeblich passiert ist in dieser Kontrollausschusssitzung. Aber ich glaube, sie war sogar

konstruktiv. Der Klubobmann Mayr hat ja das jetzt auch berichtet, dass ihm alle Fragen beantwortet wurden (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das glaubst du ja selber nicht!“), für manche noch zu wenig, vielleicht ist es an der schlechten Tonqualität gelegen.

Aber das Entscheidende, was beim Bericht und bei der anschließenden Diskussion herausgekommen ist, ist, dass die ganze Misere aufgrund von Fehlern passiert ist, die stattgefunden haben. Das waren Managementfehler auf Uni-Ebene, die ja der Rektor Rummel erklärt hat, mit Personalwechsel, mit einer Umstellung in der Buchhaltung, mit einer neuen Budgetierung. Sie haben ganz einfach die Zahlen nicht mehr recht gefunden. Und überhaupt diese ganze Übergangsphase war letztlich mitverantwortlich für dieses Problem. Aber wie gesagt, es waren Managementfehler.

Und wenn geredet wurde von zweckwidriger Verwendung von Geldern, dann muss man sagen, alle Mittel wurden für die Uni verwendet. Sie waren eigentlich für Personalkosten gedacht und wurden letztlich, zum Teil jedenfalls, für Sachaufwand verwendet. Dadurch ist dann die Lücke entstanden. Dann wurde sofort reagiert, was der Rechnungshof ebenfalls festgestellt hat. Es wurde rasch, richtig und rechtskonform agiert.

Die interne Revision hat sich einmal die ganzen Finanzen angesehen und hat in Wahrheit das Budget neu aufgesetzt. Bei diesem Neuaufsetzen ist eben herausgekommen, dass es da einen Fehlbedarf gegeben hat, der dann letztlich aufgrund dieses Revisionsberichts zu einem Nachtragsbudget geführt hat. Vorher wurde es noch einstimmig im Unirat angenommen. Ein Nachtragsbudget, damit die Anton Bruckner Privatuniversität ihren Aufgaben weiter nachkommen kann.

Und das gegenseitige Aufrechnen von Beträgen, das bringt uns nicht wirklich weiter. Weil da kann man gleich anfangen, warum für den öffentlichen Verkehr so viel, obwohl man mit dem so und so viele andere Dinge machen hätte können. Also, ich glaube, das bringt nichts. Wir müssen schauen, dass wir in allen Bereichen gut aufgestellt sind und wenn Fehler passieren, dann müssen wir objektiv schauen, was ist die Ursache, und wie viel braucht man wirklich, dass man die Aufträge erfüllen kann.

Das ist in diesem Fall passiert. Es sollte nicht sein, dass Fehler passieren, aber überall, wo Menschen am Werk sind, passieren sie. Aber dann müssen sie abgestellt werden. Daher gibt es auch diese Empfehlungen des Landesrechnungshofs, an die Uni gerichtet. Rektor Martin Rummel hat uns ja versichert, dass ein Großteil dieser Empfehlungen schon in Umsetzung sind oder teilweise auch schon umgesetzt sind.

Er hat natürlich ein Problem mit einem Controller, für das interne Controlling, das schon mehrfach ausgeschrieben wurde. Ich hoffe nur, dass da bald entsprechend besetzt ist. Bis dorthin übernehmen die Abteilung Kultur und die Abteilung Finanzen diese Funktion. Also, wir sind da in einer schwierigen Phase und daher ist es nicht unbedingt hilfreich, wenn man jetzt irgendwelche einseitigen Anschuldigungen abgibt, weil eigentlich müssen die in ein ruhiges Fahrwasser kommen und einmal zusammenräumen.

Sie müssen einmal schauen, dass sie Tritt fassen, und dass sie eine ordnungsgemäße Geschäftsgebarung haben, so wie man es sich erwartet, wie es alle erwarten. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wie man es von einem Manager erwartet!“) Da sind sie gerade dabei. Und daher sind das Managementfehler, die in der Vergangenheit passiert sind.

Dann noch zum Schluss, weil das auch angesprochen wurde, diese Doppelrolle oder wie auch immer, gesetzlich vorgesehene. Wir haben eine ähnliche Konstruktion, eigentlich dieselbe in einem anderen Bundesland. Dort gibt es die Gustav Mahler Privatuniversität. Und auch dort ist der Vorsitzende des Unirats der Landeshauptmann, in dem Fall der Peter Kaiser.

Also, es hat schon einen Grund, warum mehrere Bundesländer diese Konstruktion wählen. Man muss sich jetzt einmal auf Uni-Ebene, ohne dass man jetzt den Unirat anders besetzt, aber ich glaube, sie haben Aufgaben zu erfüllen nach der Checkliste sozusagen, die ihnen der Landesrechnungshof gegeben hat.

Da sollen wir sie dabei unterstützen. Das sind wir den Studenten dort schuldig. Das ist ja erwähnt worden. Die Studenten und das Personal, dass wir schauen, dass wir sie unterstützen, dass sie ihren Aufgaben entsprechend nachkommen können, weil sie sind trotzdem eine wichtige Stütze für das Kulturland Oberösterreich. Und darum ersuche ich, dem Rechnungshofbericht stimmen wir natürlich zu. (Beifall)

**Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 930/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Diese Beilage ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 931/2021. Das ist der Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend das Landesgesetz, mit dem Artikel V der Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle 2021 geändert wird. Ich bitte Klubobmann Dörfel zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 931/2024 - Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend das Landesgesetz, mit dem Artikel V der Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle 2021 geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 931/2024.)

Der Ausschuss für Standortentwicklung beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem Artikel V der Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle 2021 geändert wird, beschließen.

**Präsident:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wirklich ein positives Thema, über das wir heute sprechen können. Wir haben im 2019er-Jahr gesetzlich klargestellt, was eigentlich von vielen Seiten gewünscht wurde, nämlich dass man in der Widmungskategorie Wohngebiet, einen Heimbienenstand mit drei Bienenstöcken errichten kann.

Das ist eine Regelung, die sich wirklich durchgesetzt hat. Wir haben bis dato kein einziges negatives Thema diesbezüglich, und daher freue ich mich wirklich, dass wir das jetzt in einem unbefristeten Beitrag bekommen. Ich glaube, dass es von Haus aus klar ist, dass es ein kleiner Beitrag, aber ein sehr positiver Beitrag zur Bekämpfung des Bienensterbens ist.

Ich bin der Meinung, dass wir dadurch mit Hausverstand mit einem essentiellen Natur- und Umweltschutz beides unter einem Dach vereinen. Wir haben hier zwar Neuland betreten. Wir haben nicht gewusst, wie die Praxistauglichkeit aussieht, aber das Fazit für diesen Zeitraum ist optimal, die Regelung ist optimal.

Es ist keine einzige Beschwerde eingelangt und daher ist es höchst erfreulich. Daher sprechen wir uns auch heute ganz klar für eine unbefristete Übernahme dieser sinnvollen Regelung im Gesetz aus, und ich ersuche auch alle anderen Fraktionen um Unterstützung. Ganz im Sinne und Interesse der Natur, des Umweltschutzes, ganz im Interesse unserer Heimat. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseherinnen und Zuseher! Ich darf gleich vorausschicken, dass wir dieser Regelung selbstverständlich zustimmen. Ich möchte aber vielleicht ganz grundsätzlich sagen, dass sich der Gesetzgeber, nämlich der oberösterreichische Landtag, eigentlich schon etwas dabei gedacht hat, als er einmal gesagt hat, es gibt verschiedene Widmungskategorien und in gewissen Widmungskategorien sind gewisse Dinge zulässig und andere Dinge nicht zulässig.

Und prinzipiell ist einmal die Widmungskategorie Grünland für die landwirtschaftliche Nutzung und auch für die Haltung von Nutztieren einmal die Widmungskategorie der ersten Wahl. Im Wohngebiet ist eine Nutztierhaltung im oö. Raumordnungsgesetz grundsätzlich nicht vorgesehen und das macht auch grundsätzlich Sinn, möchte ich sagen, weil Tierhaltung im Wohngebiet die Basis von Konflikten ist und weil sich speziell Nachbarschaftskonflikte sehr oft an diesen Tierhaltungen entzünden. (Abg. Mag. Höglinger: Unverständlicher Zwischenruf) Lass mich fertig reden. Ich bin noch nicht fertig, ja.

Was für die einen die Bienen sind, sind für die anderen der Esel, die Gänse und ich weiß nicht, was ich da schon alles gesehen habe. Und die Emissionen, die von diesen Wohngrundstücken dann ausdringen, sind Grundlage von Konflikten. Anders ist das bei den Bienen. Insofern können und werden wir dieser Regelung selbstverständlich mit großem Enthusiasmus zustimmen, nicht ohne erwähnt zu haben, dass meine liebe Frau Kollegin, die Uli Böker, meine Vorgängerin gemeinsam mit meinen anderen VorgängerInnen bereits im Jahr 2018 einen entsprechenden Initiativantrag eingebracht hat, wo das genau gefordert wurde.

Umgesetzt wurde das dann 2019 im Zuge der Raumordnungsnovelle. Und um der historischen Wahrheit gerecht zu werden, sage ich das an der Stelle, aber umso mehr stimmen wir mit großer Freude dieser Regelung zu. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Heidi Strauss.

Abg. **Strauss:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bienen, ein Thema, das für unsere Umwelt und unser tägliches Leben von enormer Bedeutung ist. Mit der Adaptierung im Bau- und Raumordnungsgesetz wurde ein wichtiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung unternommen, nämlich für die Errichtung von Heimbienenständen in Wohngebiet. Da wurde das klar geregelt.

Diese Regelung ist ein Zeichen für die Erhaltung der Natur und für die Biodiversität. Bienen sind nicht nur faszinierende Geschöpfe, sie sind auch unverzichtbar für die Bestäubung vieler Pflanzen, die wir zum Leben benötigen. Etwa ein Drittel unserer Nahrungsmittel hängt von der Bestäubung durch die Bienen ab.

Ohne sie würden viele Obst- und Gemüsesorten, die wir täglich konsumieren, in Gefahr geraten. Daher ist es von größter Bedeutung, dass wir die Rahmenbedingungen schaffen, die den Menschen ermöglichen, Heimbienenstöcke zu betreiben und so aktiv zur Förderung der Bienenzucht auch beizutragen.

Die Evaluierung der Regelung hat gezeigt, dass die bestehenden Bestimmungen erfolgreich in die Praxis umgesetzt wurden, und dass die Zahl der Heimbienenstöcke auch kontinuierlich wächst. Es ist ein positives Zeichen, dass das Interesse an der Imkerei und der Schutz der Bienen auch zunimmt.

Die Entscheidung, die Befristung aufzuheben und die Regelung unbefristet in Kraft zu setzen ist ein wichtiger Schritt, um die Bienenhaltung in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verankern. Soweit so gut. Was uns aber überhaupt nicht gefällt und was wir auch in diesem hohen Haus immer wieder diskutieren, ist unter anderem auch die Bebauung sogenannter weißer Flecken im Grünland wie im Fall Hinterstoder, das nicht zuletzt auf Kosten der Natur geht.

Die hemmungslose Zerstörung von wertvollem Grün muss in unserem Bundesland aufhören. Wenn man sich anschaut, was man in Hinterstoder mit diesem Luxus-Campingressort gebaut hat, auch dort viele Insekten, auch Bienen, die dort ihren natürlichen Lebensraum verloren haben. Genau dasselbe ist in Ohlsdorf, wo man fast 19 Hektar Wald gerodet hat. Auch dort sind Bienen und wichtige Insekten und Tiere, die ihren natürlichen Lebensraum verloren haben.

Und warum? Weil jetzt nach längerer Zeit eine große Halle steht, wo vielleicht 50 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz finden. Muss das sein? Nein, ich glaube, das ist übertrieben. Also bitte, wir müssen auf unser Grünland achten. Eingriffe dieser Art gefährden nicht nur die Bienenpopulation, sondern auch das ökologische Gleichgewicht, auf das wir bitte alle angewiesen sind.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass die Bienen nicht nur als Nützlinge anerkannt werden, sondern unverzichtbare Partner in unserer Umwelt sind. Indem wir den Menschen die Möglichkeit geben, Bienen zu halten, fördern wir nicht nur die Artenvielfalt, sondern stärken auch das Bewusstsein und die Herausforderungen, vor denen diese wichtigen Insekten auch stehen.

Ich habe mir ein bisschen beim Bundesministerium für Landwirtschaft angeschaut, wie viele Bienen gibt es denn und wo sind denn die meisten Bienen? Sie werden es nicht glauben, in Oberösterreich, in Niederösterreich und in der Steiermark sind die meisten Bienen. Also, sind wir in einem guten Land.

Ein Bienenvolk hat 20.000 bis 50.000 Bienen, das muss man auch einmal sagen. So viele sind das. Ja, und ein Bienenstock produziert im Jahr zirka 20 bis 25 Kilogramm Honig. Leider Gottes, die Berufsimker, da gibt es nicht so viele. Ich habe mir sagen lassen, 150 Bienenstöcke betreuen die, aber die Nebenerwerbs- und die Freizeitimker, die machen 99 Prozent aus. Also, das ist sehr erfreulich.

Meine Damen und Herren, wir werden diese Regelung natürlich unterstützen, um somit einen Beitrag zur Erhaltung unserer Umwelt und zur Förderung eines gesunden Nahrungsmittelsystems auch zu leisten. Lassen Sie uns gemeinsam für die Bienen und damit für eine nachhaltige Zukunft kämpfen. Danke! (Beifall)



**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Josef Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Geschätzter Herr Präsident, hohes Haus! In aller Kürze noch einmal. Der bisherige Rechtsbestand, der sich in drei Jahren bewährt hat, bleibt gleich. Ich möchte vielleicht ganz kurz zur Evaluierung, die wir im Ausschuss andiskutiert haben, noch ergänzend ausführen, dass ja die Abteilung Raumordnung im Wesentlichen zwei Indikatoren gehabt hat, die eine begründete Beurteilung ob und inwieweit das gesetzliche Ziel erfüllt wird, auch erlauben.

Das war erstens die Akzeptanz in der Bevölkerung und zweitens natürlich auch die Frage, inwieweit die Gemeinden ihre Möglichkeit in Anspruch genommen haben, die Errichtung von Heimbienenständen im Wohngebiet entweder im Flächenwidmungsplan oder auch im Bebauungsplan ausdrücklich auszuschließen.

Also, im Paragraph 30 b, Absatz 3, wäre ja das drinnen. Zur Akzeptanz kann man sagen, dass seit Jänner 2021 in der Abteilung Raumordnung keine einzige Beschwerde oder Anregung auf eine allfällige Änderung eingegangen ist. Und wenn es in mehr als dreieinhalb Jahren nicht eine einzige Anmerkung gibt, dann glaube ich, kann man sagen bei 438 Gemeinden, dass das sich in der Praxis gut bewährt hat.

Zum zweiten, zum Ausschluss im Flächenwidmungsplan oder Bebauungsplan, auch hier ist kein einziger Fall bekannt, bei dem eine Gemeinde hier von diesem ausdrücklichen Ausschluss Gebrauch gemacht hat. Daher, beide Indikatoren sind ein eindeutiger Beleg, dass das praxistauglich ist, auch Akzeptanz in der Bevölkerung hat. Ich möchte abschließend vielleicht sagen, es ist durchaus auch ein positives Beispiel, wenn ich an die Vorredner anschließe und ein gutes Zeugnis auch für die Arbeit der damals befassten Fach- und Rechtsabteilungen und auch für die parlamentarische Arbeit hier im Haus.

Das passt vielleicht auch ein bisschen zum Symbol der Biene, die ja für Fleiß, für Ordnung und auch für Regionalität steht, was wir vielleicht auch im Landtag hier für uns übertragen könnte. Was es nicht hat, da unterscheiden wir uns, das ist die Ernährung. Die Biene ist ein reiner Vegetarier, vor allem Nektar - kann ich von mir nicht behaupten.

Fazit, die Regelung hat sich bewährt und ich denke, wir können gut zustimmen. Danke allen Beteiligten, im Besonderen der Abteilung Raumordnung mit dem Leiter Hofrat Gerald Sochatzy. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Sepp, du bist auch eine Drohne und keine Biene (Heiterkeit). Da es keine weitere Wortmeldung gibt, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 931/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, diese Beilage wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 932/2024. Das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Erhöhung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen der Übereinkommen über die Gewährung von Finanzierungsbeiträgen zur Aufrechterhaltung, Attraktivierung und zum Ausbau des Bahnbetriebs der Privatbahnstrecken der Stern & Hafferl Verkehrsgesellschaft m.b.H. im Zeitraum 2025.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Fischer über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Ing. Fischer:** Beilage 932/2024 - Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Erhöhung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen der Übereinkommen über die Gewährung von Finanzierungsbeiträgen zur Aufrechterhaltung, Attraktivierung und zum Ausbau des Bahnbetriebs der Privatbahnstrecken der Stern & Hafferl Verkehrsgesellschaft m.b.H. im Zeitraum 2025. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 932/2024.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die Erhöhung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen der Übereinkommen über die Gewährung von Finanzierungsbeiträgen zur Aufrechterhaltung, Attraktivierung und zum Ausbau des Bahnbetriebs der Privatbahnstrecken der Stern & Hafferl Verkehrsgesellschaft m.b.H. im 9. Mittelfristigen Investitionsprogramm im Zeitraum für das Jahr 2025 im Ausmaß der in diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

**Präsident:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Handlos.

Abg. **Handlos:** Werter Herr Präsident, liebe Zuseher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Landtag! Wir alle haben die Teuerung mehr oder weniger am eigenen Leib erfahren und natürlich war diese Entwicklung so nicht absehbar. Natürlich trifft uns das auch hier im hohen Landtag.

Genau darum geht es auch in der Beilage 932/2024, im Detail um die neunte Mittelfristplanung mit Laufzeit bis einschließlich Ende 2025. Reagieren wir nicht, wären durch die deutlich höhere Inflation aus den Jahren 2022, 2023 und 2024 wesentliche, zwischen Bund und Land Oberösterreich und den Eisenbahnunternehmen vereinbarte Maßnahmen aufgrund des früher aufgezeigten Budgets bis zum Laufzeitende der neunten MIP schlichtweg nicht mehr durchführbar.

Im Konkreten geht es um Lambach - Vorchdorf-Eggenberg AG, die Lokalbahn Gmunden - Vorchdorf AG und die Lokalbahn Vöcklamarkt - Attersee AG. Auf all diesen Bahnen sind die Aufrechterhaltung, die Attraktivierung und der Ausbau des Bahnbetriebs in Gefahr.

Die Mehrkosten für das Land Oberösterreich in Höhe von rund 1,8 Millionen Euro sind leider notwendig. Aber diese 1,8 Millionen Euro sind gut investiertes Geld. Die Rettung unserer Nebenbahnen in Oberösterreich war ein großer, mutiger und richtiger Schritt. Zum Schluss bedanke ich mich als Obmann des Infrastrukturausschusses für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss und die einstimmige Unterstützung. Um diese Unterstützung ersuche ich auch hier im hohen Landtag. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Rudolf Raffelsberger.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen hier im hohen Haus! Ja, so manche hier herinnen werden sich bei dieser Beilage wohl an die Beilage 922/2024 von heute Vormittag erinnert gefühlt haben. Auch da haben wir eine Mehrjahresverpflichtung aufstocken müssen. Keine erfreuliche Entwicklung, aber leider eine notwendige und unumgängliche.

Im Jahr 2021 haben wir hier einen sehr positiven, einen sehr guten Beschluss gefasst. 80 Millionen Euro nicht direkt für die Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs, sondern vielmehr 80 Millionen Euro für die Verbesserung, für die Attraktivierung des schienengebundenen Verkehrs, für strukturelle Projekte und Maßnahmen, wie zum Beispiel die Verbesserung der Gleisanlagen, Verbesserung der Stromversorgung, Erhöhung der Sicherheit unter

anderem bei den Eisenbahnkreuzungen oder auch Investitionen in die Barrierefreiheit. All das sind letztlich fahrgastrelevante Maßnahmen.

Vieles davon wurde erfreulicherweise mittlerweile auch schon umgesetzt und Stern & Hafferl hat auch alles darangesetzt, kostendämpfende Maßnahmen zu machen, um eine etwaige Kostenerhöhung durch die Preisentwicklung abzufedern. Es ist wahrscheinlich auch so, dass nicht alle Projekte jetzt umgesetzt werden können und auf die nächste Förderperiode gewartet werden muss. Es stehen aber jetzt, und das hat der Kollege Handlos schon gesagt, einige Projekte an, die noch unbedingt zum Umsetzen, zum Erledigen sind. Da geht es um Projekte, die für die Ordnung und für die Sicherheit des Bahnbetriebs einfach unerlässlich sind.

Weil der Herr Kollege Höglinger das angesprochen hat, ob diese Kosten denn nicht ordentlich eingeschätzt werden können, haben wir heute Vormittag gehört von dir, möchte ich zur Klar- oder zur Richtigstellung sagen: Dieses 9. MIP ist im Jahr 2020 aufgestellt worden, 2021 haben wir es beschlossen. Also zu einer Zeit, wo man in keinsten Weise diese rasante Kostenentwicklung, auch nur im Geringsten abschätzen konnte. Ich glaube, die Dotierung, und das wissen wir auch, ist ja dort auch nicht unbedingt überschwänglich. Wenn ich jetzt gesagt habe, dass das ähnlich oder gleich ist, wie heute Vormittag bei der Beilage 922/2024, dann stimmt das.

Es ist eine unerfreuliche Entwicklung, wenn man mehr Geld dafür aufwenden muss und dafür die gleiche oder vielleicht sogar weniger Leistung erhält. Ein berühmter amerikanischer Ökonom oder war er Humorist, ganz sicher bin ich mir da nicht, ist der Robert Orben. Der hat einmal gesagt: „Die Inflation ist das, wenn die Geldbörse immer breiter wird und das Einkaufssackerl immer kleiner.“ und so ein bisschen fühlt man das jetzt. Wir haben aber gesagt, wir wollen die Infrastruktur, wir wollen den öffentlichen Verkehr ausbauen. Das machen wir auch konsequent. Darum muss man in diesen sauren Apfel beißen.

Ich darf mich recht herzlich bei unserem Herrn Landesrat bedanken, dem es sichtlich ein Herzensanliegen ist, dass wir beim öffentlichen Schienenverkehr etwas weiter bringen, dass wir da Projekte im wahrsten Sinne des Wortes auf die Schiene kriegen und ein herzliches Danke natürlich, er ist jetzt leider nicht mehr da, an unseren Finanzreferenten und unseren Herrn Landeshauptmann, der durch sein weitblickendes und zukunftsorientiertes Wirken, durch seine sehr schlaue Budgetpolitik es ermöglicht, dass wir überhaupt nachschießen können. Von uns jedenfalls die Zustimmung. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Tobias Höglinger!

**Abg. Mag. Höglinger:** Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Raffelsberger, ich möchte gleich auf dich replizieren.

Ich meinte das eine Jahr bei der Schiene Oberösterreich, bei der Mehrjahresverpflichtung, über die wir in der Früh diskutiert haben. Die Entwicklung über fünf Jahre, wie es hier der Fall ist, ist durchaus nachvollziehbar angesichts der allgemeinen Entwicklung.

Ich möchte aber ganz zu Beginn meiner Rede tatsächlich etwas Positives sagen. Schon wieder! Weil es mir wirklich wichtig ist und das seit einigen Monaten auch sichtbar wird. Es geht um die Unterlagen, die wir kriegen, die uns als Beschlussvorlagen vorgelegt werden. Ich möchte mich bei dir, Herr Landesrat bedanken für die Qualität. Natürlich auch bei Herrn Direktor Pöcheim und seinem Team für die inhaltliche Qualität der Amtsvorträge in letzter Zeit.

Auf der Basis solcher Unterlagen kann man tatsächlich inhaltlich relevante Fragen erarbeiten und die Themen qualitativ gut politisch bearbeiten, auch wenn die Zeit oft in der Ausschussarbeit knapp bemessen ist oder etwas gar nicht in den Ausschuss kommt.

Bei einem Unternehmen ist Dank vielleicht der falsche Begriff, auch wenn es seinen Job sehr gut macht, aber mir ist schon sehr wichtig meine Anerkennung auszudrücken, der Stern-Gruppe. Hier in dem Fall der Stern & Hafferl Verkehrs-GmbH. Ein Unternehmen, das einen wesentlichen Beitrag zum öffentlichen Verkehr in Oberösterreich bringt, und das schon seit weit über hundert Jahre. Wie ich selbst mehrmals schon erleben konnte, ein starkes Familienunternehmen, groß und breit aufgestellt. Ein guter Arbeitgeber mit überaus engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die teilweise dort schon in der dritten Generation oder länger arbeiten.

Und als Leondinger, aber nicht nur, fällt mir da natürlich vor allem die LILO ein, wo Stern & Hafferl gemeinsam mit der Stadt Linz, den Anrainergemeinden und auch dem Land ein Vorzeigemodell geschaffen haben, wie moderner öffentliche Verkehr von und in den Zentralraum erfolgreich funktioniert.

Auch in Gmunden, in weiterer Folge, wo die Verlängerung bis nach Vorchdorf gemeinsam mit starken Partnern, mit dem Projekt Traunseetram entwickelt wurde. Das zeigt auch, dass öffentlicher Verkehr ebenso in regionalen Zentren funktioniert und funktionieren kann und funktioniert muss im Übrigen. Und die Atterseebahn ist auch schon angesprochen worden. Vor allem in Verbindung mit der Attersee-Schifffahrt, die auch zur Stern-Gruppe gehört. Ein wichtiges Rückgrat für den Verkehr und den Tourismus in der Region, vor allem am Westufer des Attersees.

Und schließlich, ich will jetzt nicht sagen Stiefkind, das ist der falsche Begriff, aber diese Mehrjahresverpflichtung, diese Erhöhung schafft ja auch zumindest die Voraussetzung dafür, dass bei der Vorchdorferbahn jetzt der überfällige Garniturentausch möglich wird, jedenfalls infrastrukturell vorbereitet wird. Das ist wichtig, glaube ich. All diesen Bahnen gemeinsam ist und deswegen habe ich es auch nochmals aufgezählt, dass sie elektrisch betrieben werden, schon seit vielen Jahren, die meisten davon in Wahrheit von Beginn an. Und ich glaube, das ist ein großes Asset.

Wir wissen, dass gerade schienengebundener Verkehr, elektrisch betrieben, ein zentrales Element ist für einen besseren, klimafreundlichen Mobilitätsmix. Deshalb unterstützen wir dort mit Investitionen in diesem Bestand, diese Mehrjahresverpflichtung und respektive die Änderung des mittelfristigen Investitionsprogramms gerne. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Untersuchungskommissionen ein Minderheitenrecht sein müssen! Danke.

**Präsident:** Die vorläufig letzte Wortmeldung kommt durch Abgeordnete Dagmar Engl.

Abg. **Mag. Engl:** Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher/innen zu Hause! Ja, ich kann eigentlich auch direkt anschließen. Der Kollege Höglinger hat es schon gesagt und auch der Kollege Raffelsberger, dass wir heute Vormittag ja schon eine ähnliche Diskussion geführt haben, wo es um erhöhte Kosten ging für bestimmte Infrastrukturprojekte. Und ich habe am Vormittag ein Bild gezeichnet, was denn für Kostenerhöhungen, nicht nur bei der Schiene und bei öffentlichen Infrastrukturprojekten auf uns zukommen, sondern eben auch bei den Straßenprojekten.

Ich habe noch ein paar Zahlen mitgebracht, die durchaus erfreulich sind, die zu dieser Beilage passen. Nämlich, wenn wir beim öffentlichen Verkehr sind, da hat es ganz aktuell diesen VCO-Bahntest wiedergegeben, wo die Infrastruktur getestet worden ist, die Bahnhöfe getestet worden sind. Aber natürlich wird auch immer die Entwicklung der Verkehrszahlen angeschaut. Das ist auch für uns eine ganz, eine gute Basis, zu entscheiden, ob teure Investitionen gerechtfertigt sind oder nicht. Ich glaube, sie sind sehr wohl gerechtfertigt, auch was die Stern & Hafferl Gruppe anbelangt.

Was den Verkehr anbelangt, dank der Einführung des Klimatickets seit drei Jahren sind die Zahlen der Fahrgäste signifikant gestiegen und der VCO hat jetzt beim Bahntest herausgefunden, dass zwei Drittel der oberösterreichischen Bahngäste, die vorher schon auch immer wieder mal mit der Bahn gefahren sind, angegeben haben, dass sie wirklich komplett umgestiegen sind beziehungsweise das Auto zugunsten der Bahn stehen gelassen haben und sozusagen ihre Kilometer direkt auf die Bahn verlagert haben. Ich glaube, das ist eine gute Richtschnur für uns. Es sind erfreuliche Zahlen. Wenn man sich aber dann im Gegensatz anschaut, wir haben heute sehr viel über den Umweltschutz, den Naturschutz, die versiegelten Flächen in unserem Land gesprochen, und auch hier ist rausgekommen, dass der Verkehr in Österreich, das wissen wir, nicht nur für hohe CO<sub>2</sub>-Belastung und Ausstoß von schädlichen Gasen zuständig ist, sondern auch für dreiundvierzig Prozent der versiegelten Fläche.

Bei der versiegelten Fläche sind wiederum 95 Prozent beim Sektor Verkehr für Straßen und Parkplätze. Das heißt, das was ich am Vormittag versucht habe zu erklären, dass die richtigen Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur, die Bahninfrastruktur und die öffentliche Infrastruktur ist, ist dadurch noch einmal hervorzuheben. Weil, wenn wir uns vorstellen, dass 95 Prozent Straßen und Parkplätze betreffen und fünf Prozent dann den anderen Verkehrssektor, dann ist es von beiden Seiten betrachtet, eine gute Entwicklung. Und darum darf ich weiter den Appell in diesen Raum geben, dass wir uns weiter dafür einsetzen, gemeinsam und vielleicht noch ein bisschen energischer in manchen Fraktionen, hier wirklich die öffentliche Infrastruktur als Priorität reihen. Wir stehen kurz vor den Budgettagen und da werden wir auch wieder sehr intensiv darüber debattieren, wie die Prioritäten gesetzt werden.

Wenn man sich anschaut, weil wir immer über das auch diskutieren. Ich habe heute vormittags sehr viel Zeit dafür aufgewendet, auch noch einmal die Rechnungshofberichte in Erinnerung zu rufen, wo es darum geht die Bestandssicherung der Straßeninfrastruktur sicherzustellen und gerade nach diesen vier Tagen, die wir jetzt hinter uns haben, wo wir wissen, dass noch viel mehr Infrastruktur vermutlich zerstört wird und dass diese Summen, die wir künftig für Straßeninfrastruktur und für die Bestandssicherung aufwenden müssen, wirklich enorm sein werden und noch viel mehr steigen werden. Auch da gibt es noch eine Zahl, dass Österreich, natürlich brauchen wir Straßen, natürlich brauchen wir die Infrastruktur, aber wenn wir jetzt von den neuen Schnellstraßen und Autobahnen reden. Österreich ist Europameister bei den Autobahnkilometern und bei den Schnellstraßen-Kilometern pro Kopf.

2.249 Kilometer gibt es an Schnellstraßen und Autobahnen in unserem Land. Das entspricht 250 Kilometer pro Einwohner, pro Einwohnerin. Das ist um 50 Prozent eine höhere Zahl als im Durchschnitt der EU und dem Autoland Deutschland sind wir sogar noch um 55 Prozent überlegen. Ich glaube, dass das auch belegt, wenn man diese Zahlen jetzt alle miteinander betrachtet, dass künftig die Mittel, die wir in die Schiene, in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs tätigen, gute Mittel sind und natürlich ist es unangenehm, wenn wir Erhöhungen von Ausgaben beschließen müssen. Das ist immer unangenehm.

Aber auch da darf ich noch einmal an den Vormittag anknüpfen und in Erinnerung rufen, wir haben beim Westring, beim Autobahnanschluss Auhof, mit sehr, sehr großen Kostenexplosionen fertig werden müssen. Das ist auch in diesem Haus debattiert worden. Das war gegen unsere Stimmen. Wenn wir jetzt bei der Schiene, die Erhöhung der Kosten haben, dann ist es natürlich auch unangenehm, aber es ist für die Infrastruktur der Zukunft und darum nehmen wir diese Beilage natürlich an.

Ich glaube, viele von uns waren ja jetzt bei der Jubiläumsfeier von der Gmundner Straßenbahn, weil es hier um Stern & Hafferl konkret geht. Wenn ein Unternehmen auch in einer Landtagsbeilage schon namentlich erwähnt ist, darf ich mich durchaus auch anschließen, dass ich auch immer wieder beeindruckt bin, wie innovativ dieses Unternehmen ist, wie wichtig das natürlich für die Region ist. Aber auch, wie wichtig das ist für den oberösterreichischen Standort.

Wenn es eine gute, das haben wir bei dieser Veranstaltung, glaube ich, ganz gut gemeinsam gehört, öffentliche Anbindung ist, dann ist es ein unglaublicher Vorteil für den Wirtschaftsstandort. Wir haben heute schon wieder über den Wirtschaftsstandort, die Absicherung, den Wohlstand in unserem Industrieland Oberösterreich auch gesprochen und ich möchte einmal mehr betonen: Öffentliche Verkehrsanbindung schafft Wohlstand und schafft Standortsicherheit. Und ich traue mir sogar sagen, dass es nicht immer nur die Straßen sind, die diesen Standort absichern, sondern ganz besonders, in der heutigen Zeit, die Schiene, die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Weil das auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine unglaubliche Attraktivität ist und für die Region in Gmunden, im Salzkammergut diese Anbindung ein unglaublicher Wettbewerbsvorteil ist. Wir stimmen der Beilage zu. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Landesrat Günther Steinkellner!

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des hohen Landtags, sehr geehrte Damen und Herren! Danke vorerst einmal für die Signalisierung eines einstimmigen Beschlusses. Ich möchte allgemein auf eine Problemsituation hinweisen. Wo ich einfach darum bitte, einmal darüber nachzudenken. Wenn wir etwas ausschreiben, wissen wir nicht in der Zahlungsentwicklung, wenn es ein sehr großes Projekt ist, wie die Inflation in den nächsten Jahren ist. Wenn wir irgendwann hoffentlich auch hier zur Beschlussfassung einer konkreten Finanzierung des Bauprojekts der Stadtbahn kommen, beschließen wir ein Bauprojekt, das über fünf, sechs, acht Jahre geht. Was machen wir?

Wir haben eine grobe Kostenschätzung, die wir den Landtag vorlegen. Es gibt in Österreich Unternehmen, die gehen mit Risikozuschlägen von 15 bis 30 Prozent hinein. Wenn wir das machen, muss man wissen, dass die Unternehmer, die dann anbieten, natürlich die Beschlusslagen des Nationalrats, Rahmenplan oder des Landtags auch kennen. Also die Frage ist, wenn ich jetzt in den Landtag gehe, gleich, ob ein ÖV-Projekt oder Straßenprojekt und ich gehe mit einem Sicherheitspolster hinein, dann signalisiere ich Summen, was dazu führen könnte, dass die Summen natürlich auch akzeptiert werden vom Anbieter.

Umgekehrt, wenn ich diese Sicherheitspolster nicht hineinschreibe, könnte es sein, dass ich wieder in den Landtag muss, weil ich mit dem beschlossenen Geld nicht auskomme. Ich sage, ich war 19 Jahre lang Klubobmann und mich hat es nicht gestört, wenn ein Projekt mehrfach vielleicht im Landtag gewesen ist. Dann habe ich wenigstens Zwischeninformationen gehabt. Aber leicht wäre es, wenn man alles einstimmig machen würde mit einem unglaublichen Polster. Ja, da kommt man aus.

Aber kein Mensch weiß, wie in Wahrheit verschiedene Positionen, die entscheidend sind für ein Gewerk, ganz gleich noch einmal Straße oder öffentlicher Bau sich zwischen 2028 und 2032 entwickeln. Wir haben Schätzungen vom WIFO oder von dritter Seite und genau das, macht das Problem. Wenn dann so etwas passiert, wie in den letzten Jahren und kriegsartige Auseinandersetzungen samt Pandemie zusammenfallen, dann kann man sich vorstellen, dass das überhaupt nicht kalkulierbar ist. Also bis jetzt habe ich immer versucht in Erinnerung selbst als Klubobmann das zu fordern und dann bitte ich halt öfters in den Landtag. Warum auch nicht? Man kann es ja erklären. Hat ja keinen Nachteil. So wie ich auch, jetzt die andere Vorlage, die dann später kommt, versuche immer einmal eine Runde im Ausschuss zu machen, um die Linzer Lokalbahn AG. Lokalbahn, weil ich selbst immer kritisiert habe, wenn etwas von der Regierung dringlich kommt.

Das ist ein Spezialfall, den ich erklärt habe, wer es genauer erklärt haben will, ich habe jetzt die ganzen Unterlagen schriftlich mit und den Mailverkehr wer, was gelesen hat oder was nicht gelesen hat, egal, Fehler passieren überall.

Im Übrigen möchte ich mich, bevor ich jetzt noch einmal Ihnen danke sage, den Dank an die Mitarbeiter ausdrücken. An Martin Pöcheim als Direktor, Stefan Holzer als Gruppenleiter oder Gernot Haider, dass ich drei Personen besonders erwähne, die sind ordentlich gefordert.

Man hat ganz vergessen, dass in der Zwischenzeit die Schiene OÖ eine Infrastrukturgesellschaft mit Konzession ist, weil wir ja die Strecke Aschach - Haiding übernommen haben.

Und wir stecken mitten drinnen, zukünftig als Privatbahn die Mühlkreisbahn zu übernehmen, ein Projekt das Oberösterreich überhaupt noch nie angegangen ist, weil es die ÖBB nicht mehr will und daneben haben wir ein Projekt, das mitten in der Planung steckt, mit der Stadtbahn, ein Projekt von einer Milliarde Euro.

Und jetzt schaut man sich einmal den Mitarbeiterstab an, der dort dabei ist. Das ist für die Leute, die hier wirklich arbeiten, es gibt viele, ich habe jetzt einmal drei speziell herausgehoben, natürlich eine unglaubliche Herausforderung.

Also ich scheue mich nicht, öfters in den Landtag zu gehen, wenn wir uns in der Kostenschätzung nicht so genau treffen. Ich nenne auch das Problem. Wir haben zum Beispiel im Straßenbau einen sehr guten Radar über die Preise, weil natürlich alle neuen Preise und alle neuen Gewerke, die ausgeschrieben werden, immer wieder eingepreist werden, das natürlich in der EDV genau beobachtet wird, damit man die Plausibilität jeder Ausschreibung auch überprüfen kann, muss man machen.

Was man aber nicht kann, ist die Schätzung der Finanzentwicklung und der Kostenentwicklung, jener variablen Teile, wo kein Fixpreis bezahlt wird, ich sage jetzt beispielsweise Stahl. Wenn wir also eine Brücke bauen und ich brauche sehr viel Stahl und habe eine hohe Stahlkomponente, dann kann im Moment niemand sagen, was der Stahlpreis im Jahr 2028 ausmacht. Und da gibt es aber keinen Fixpreis, weil das ist ja Utopie, das heißt, man hat hier variable Preisgestaltungen, die man nicht kennt und deswegen ändern sich immer wieder die Preise. Und genau so etwas ist jetzt hier passiert.

Sei es jetzt bei Stern und Hafferl, ich schließe mich dem Dank an, bin sehr froh, dass ich hier ein anderes Infrastruktur-Unternehmen habe in Oberösterreich das auch fährt und den Betrieb

hat und die Betriebskonzession hat, weil es damit zu einem Wettbewerb führt auch die ÖBB leistet sehr, sehr viel in Oberösterreich, aber es ist immer gut wenn man einen Wettbewerb hat und das kann man dann ein bisschen vergleichen was macht Stern und Hafferl, was macht die LILO und wie schaut das miteinander aus. Ich bedanke mich für die offensichtlich einstimmige Zustimmung und bedanke mich auch beim Koalitionspartner wo wir bereits im Jahr 2015 die Aufrechterhaltung aller oberösterreichischen Bahnen beschlossen haben und wo wir über große Verträge auch die Elektrifizierung der meisten Bahnen bereits positiv abgestimmt haben. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Danke. Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 932/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen nun zur Beilage 933/2024. Das ist der Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz geändert wird (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz-Novelle 2024). Ich bitte Abgeordnete Gneißl zu berichten.

Abg. **Gneißl:** Beilage 933/2024 - Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz geändert wird (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz-Novelle 2024). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 933/2024.)

Der Ausschuss für Gesellschaft beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz geändert wird (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz-Novelle 2024), beschließen.

**Präsident:** Ich eröffne die Wechselrede und du bist am Wort.

Abg. **Gneißl:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle ein wirklich großes Danke an unsere Pädagoginnen und Pädagogen, die sich tagtäglich um unsere Kinder kümmern, sie fordern und fördern, obwohl es in unserer Verantwortung als Eltern liegt, haben sie einen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung unserer Jüngsten.

Persönlich kann ich davon sprechen was es bedeutet, wenn Kinder in Kindergarten Schulanfänger sind, wenn sie von den Pädagoginnen und Pädagogen vorbereitet werden für den ersten Schultag.

Ein großes Danke möchte ich auch unserer Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander aussprechen die auf einem sehr guten Weg ist, mit ihrem Programm zum Kinderland Nummer eins zu werden. Die Grundgehälter wurden schon aufgestockt. Mehr Zeit für die Gruppenführer, für bürokratische Aufwände und es konnten nun auch 69 neue Krabbelstuben eröffnet werden um den Betreuungsbedarf bestmöglich abzudecken. Hier ein großer Dank an alle, die dafür sorgen, dass unsere Kinder bestens betreut sind. (Beifall)

Wir werden dieser Novelle in der Änderung des Dienstrechts natürlich zustimmen. Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, für sämtliche Themen gibt es Aktionstage,



aber ein ganz ein essenzieller Aktionstag ist morgen, wer weiß es? 20. September Weltkindertag, die Zukunft gehört unseren Kindern und es ist unser aller Aufgabe, sie für die Zukunft bestmöglich auszustatten. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Reinhard Ammer.

Abg. **Mag. Ammer:** Danke Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte ZuseherInnen zu Hause an den Bildschirmen! Ich schließe mich dem Dank von Kollegin Gneißl an, speziell an die Pädagoginnen und Pädagogen, hoffe auch dass unsere zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin auf dem richtigen Weg ist mit ihrem Programm, dass ich auch unterstütze, dass wir Grüne auch unterstützen, weil es dringend notwendig ist.

Das ist auch der Kontext dem ich diese Novelle einbetten möchte, wir sind in vielen Zahlen Schlusslicht, das wurde auch jetzt wieder klar und deutlich, wenn man auf das Monitoring schaut, dass es von der Statistik Austria gibt. Wir haben Aufholbedarf, wir müssen alles daran setzen Pädagoginnen und Pädagogen in unsere Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zu bekommen, alles was dazu führt wird von uns unterstützt daher auch diese Novelle.

Und das Zweite ist ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir darauf schauen, dass nicht nur im Sinne der Gemeindeautonomie, die ich auch hochhalte, so wie es heute Vormittag gehört haben und die Zahlen dort bekannt sind auch wir im Land Oberösterreich diese Zahlen kennen. Nämlich um eine Planung und einmal eine vorausschauende Entwicklung zu erkennen, das heißt wir brauchen unbedingt auch eine Planungssicherheit im Land Oberösterreich das würde ich mir wünschen. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Doris Margreiter.

Abg. **Margreiter:** Vielen herzlichen Dank Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja auch wir werden, das kann ich schon vorab sagen, dieser Vorlage natürlich zustimmen wenngleich und das darf ich auch noch anmerken wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diskutieren Gesetzesvorlagen einfach sehr gerne immer wieder.

Diese Vorlage oder diesen Inhalt haben wir in der Vergangenheit selbst schon mehrfach gefordert aufgrund dessen haben wir eben auch gesagt ausnahmsweise wollen wir das nicht in einem Unterausschuss diskutieren und werden dem natürlich auch zustimmen, weil es eine sehr wichtige Forderung ist. Ja, dem kann man jedenfalls zustimmen.

Wir haben auch, und das darf ich auch sagen, natürlich mit Organisationen in vielen Bereichen gesprochen und haben uns da rückversichert, ob es hier auch in ihrem Sinne ist. Das ist uns auch immer wichtig, die entsprechenden Bündnispartner oder überhaupt Bereiche mit ins Boot zu holen, damit sie eben auch bei solchen Entscheidungen hier mitreden können.

Es wurde schon sehr viel gesagt, auch von meinem Vorredner. Und es wurden eben wie heute schon mehrfach Dankesworte gesprochen, natürlich auch von meiner Seite her an alle und Elementarpädagoginnen und -pädagogen und dem gesamten Personal in diesem Bereich ein herzliches Danke dass auch jetzt der Start wieder so gut geklappt hat in diesem Kindergartenjahr.

Aber auch an dieser Stelle nochmals, es hat sich einiges getan. Aus meiner Sicht müssen wir aber trotzdem noch Tempo zulegen, es braucht einfach noch mehr. Wir haben in der

Vergangenheit hier viel zu lange gewartet, hier Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen, wirklich tiefgreifende Maßnahmen zu treffen. Und aufgrund dessen sind wir eben in vielen Bereichen, gerade wenn es um die Elementarpädagogik geht, an letzter Stelle im Bundesländervergleich.

Mir ist es in manchen Bereichen zu wenig, mir geht es zu wenig schnell. Das verbindet mich vielleicht auch mit dem Landesrat Hattmannsdorfer, das hat er heute auch schon gesagt, dass er in manchem Bereich so schnell ist.

Auch mir geht es viel zu langsam und ich freue mich, aber und das darf ich auch an dieser Stelle sagen und es wurde heute schon angesprochen, dass es wichtig ist Wahlversprechen einzuhalten. Und ich darf da noch mal unseren Kanzler Nehammer zitieren, der eben sagt, er steht für ein Recht auf Kinderbetreuung in der Region und auf ganztägige Kinderbetreuung für jene, die Vollzeit arbeiten oder andere Betreuungspflichten haben.

Ich darf da dran erinnern, wir haben sehr viele systemrelevante Berufe die wir gerade wo es um Corona gegangen ist, mehrfach beklatscht haben. Ich darf dann an die Pflegerinnen erinnern, an die Krankenschwestern, an Polizisten, Polizistinnen und viele haben Arbeitstage, die teilweise von sechs Uhr morgens bis 20 Uhr abends gehen. Und da haben wir wirklich ein massives Problem, wo es eben um die Betreuung geht in Vollzeitbereichen, um Randzeiten, die eben nicht abgedeckt werden können. Also hier gibt's wirklich noch sehr viel zu tun, aber wie gesagt wir werden ein Auge darauf haben und dem Gesetz jedenfalls zustimmen. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Stefanie Hofmann.

Abg. **Hofmann:** Dankeschön Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher im Internet! Ja, ich kann mich den Vorrednerinnen und Vorrednern nur anschließen, was da gesprochen worden ist. Es tut sich viel in dem Bereich der Kinderbetreuung, bei den angesprochenen Ausbildungen ist keine verpflichtende Praxis im Bereich der Früherziehung Unter-Dreijähriger Kinder vorgesehen, deshalb wird eine Praxiszeit in einer Krabbelstube im Ausmaß einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von 40 Stunden als zusätzliches Erfordernis vorgesehen.

Ich möchte mich auch dem Dank anschließen an alle Pädagoginnen und Pädagogen, die hier tatkräftig mitarbeiten. Ohne sie könnten wir den Ausbau, den wir uns alle vorgenommen haben im Bereich der Krabbelstuben und Kindergärten nicht vorantreiben. Deshalb begrüßen wir auch diese Novelle, der wir auch zustimmen werden. (Beifall)

**Präsident:** Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Daher schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 933/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 934/2024. Das ist der Bericht des Verfassungsausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Gleichbehandlungsgesetz 2021, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Objektivierungsgesetz 1994, das Oö. Landes-Personalvertretungsgesetz, die Oö. Landes-Reisegebührenvorschrift, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Väter-Karenzgesetz, das Oö. Landesbediensteten-

Zuweisungsgesetz - Gesundheitsholding, das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002, das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002, das Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetz, das Oö. Antidiskriminierungsgesetz und das Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert werden (Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 - Oö. DRAG 2024). Ich bitte Abgeordneten Oberlehner zu berichten.

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Beilage 934/2024 - Bericht des Verfassungsausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Gleichbehandlungsgesetz 2021, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Objektivierungsgesetz 1994, das Oö. Landes-Personalvertretungsgesetz, die Oö. Landes-Reisegebührenvorschrift, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Väter-Karenzgesetz, das Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz - Gesundheitsholding, das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002, das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002, das Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetz, das Oö. Antidiskriminierungsgesetz und das Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert werden (Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 - Oö. DRAG 2024). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 934/2024.)

Der Verfassungsausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Gleichbehandlungsgesetz 2021, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Objektivierungsgesetz 1994, das Oö. Landes-Personalvertretungsgesetz, die Oö. Landes-Reisegebührenvorschrift, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Väter-Karenzgesetz, das Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz - Gesundheitsholding, das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002, das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002, das Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetz, das Oö. Antidiskriminierungsgesetz und das Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert werden (Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 - Oö. DRAG 2024), beschließen.

**Präsident:** Danke. Ich darf darauf hinweisen, dass es auch noch einen Zusatzantrag gibt zum Thema Jobrad und einen Abänderungsantrag im Bereich der Objektivierung im Personalbeirat. Ich darf mitteilen, dass diese beiden Beilagen 940/2024 und 941/2024 in die Wechselrede miteinbezogen werden. Ich eröffne die Wechselrede, du bist am Wort.

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Danke Herr Präsident! Beim Oö Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 – Oö. DRAG 2024 handelt es sich also um eine Novelle mit der 19 Gesetze mit Dienstrechtsbezug quasi auf den Stand der Zeit gebracht werden.

Vorweg möchte ich mich dabei beim Dr. Sigi Nußbaumer aus der Personalabteilung sehr, sehr herzlich bedanken, der uns durch diese Materie geführt hat und der in einer Austauschrunde, wo alle Fraktionen teilgenommen haben, auch die Details dieser Novelle erklärt hat und uns die gesamte Materie entsprechend näher gebracht hat.

Der Gesetzesentwurf befasst sich also mit mehreren verschiedenen Themen und ich darf auf ein paar wichtige vielleicht noch kurz eingehen. Da haben wir eine Klarstellung hinsichtlich des

Verbots der Geschenkkannahme, wo wir dadurch durch diese Neuregelung zum Schutz der öffentlich Bediensteten für wesentlich mehr Rechtssicherheit sorgen.

Anpassung der Bestimmungen zur Urlaubersatzleistung an die EuGH-Judikatur, auch ein wichtiger Bereich für die, die da betroffen sind.

Die Gleichstellung dienstrechtlicher Eingaben und Erklärungen in elektronischer Form mit der Schriftlichkeit, also kein Unterschied mehr zwischen elektronischer oder schriftlicher Eingabe, beides ist möglich.

Die Möglichkeit zur freiwilligen Ablegung der Dienstausbildung. Bisher war es so, dass man nur, wenn man eine gewisse Funktion hatte, einen gewissen Posten hatte, eine Dienstausbildung machen durfte, jetzt kann man auch freiwillig eine Dienstausbildung im Vorhinein machen.

Ablauftechnische Vereinfachungen im Bereich des Objektivierungsverfahrens unter anderem, dass es möglich ist, Umlaufbeschlüsse in Hinkunft auch im Objektivierungsverfahren zu machen.

Die Angleichung der Regelung des Fahrkostenzuschusses im Gemeindeverbandsbereich an die Landesbediensteten-Regelungen, sodass hier die Gleichstellung zwischen Gemeinde und Land erfolgt ist.

Sehr erfreulich ist es meiner Meinung nach auch, dass es in diesem Zusammenhang auch gelungen ist, dass wir für den Baudienst auch die Gewährung des amtlichen Kilometergeldes umsetzen konnten. Das ist ein Kostenfaktor von zirka 575.000 Euro im Jahr, aber eine wesentliche Gleichstellung auch der Mitarbeiter im öffentlichen Baudienst.

Vor allem aber freut es mich, dass wir mit Beschlussfassung dieser Novelle auch das Jobrad auf den Weg bringen konnten und das Jobrad ist auf alle Fälle auch ein zumindest emotional besetztes Thema inzwischen. Das Jobrad können hinkünftig sowohl Landes- als auch Gemeindebedienstete in Anspruch nehmen. Es soll nicht nur für den beruflichen, sondern vor allem auch für den privaten Gebrauch zur Verfügung stehen. Auch das war eine wichtige Diskussion.

Dabei geht das Land Oberösterreich in Vorfinanzierung, wobei mit durchschnittlichen Kosten in der Höhe von 5.000 Euro pro Rad zu rechnen ist, ob normales Rad oder E-Bike. Für die Abwicklung des Administrationsaufwandes ist ein eigener Dienstposten vorgesehen. Im Gegenzug erfolgt für die vereinbarte Nutzungsdauer ein aliquoter Abzug von den Bruttobezügen des Arbeitnehmers, eine Gehaltsumwandlung. Das hat für den Arbeitnehmer den Vorteil, dass er sich für diesen Betrag sowohl Sozialversicherungsbeiträge als auch Lohnsteuer spart, hat im Umkehrschluss aber auch für das Land Oberösterreich den Vorteil, dass es sich auch in geringem Ausmaß Sozialversicherungsbeiträge für den Arbeitnehmer spart.

Nach Ablauf der vereinbarten Nutzungsdauer besteht dann die Möglichkeit, das Fahrrad oder das E-Bike zum entsprechenden Restwert auch zu erwerben. Und im Sinne der Gleichstellung von Landesbediensteten, Gemeindebediensteten und Bediensteten der Statutarstädte wollen wir auch den Gemeinden und Statutarstädten die Möglichkeit geben, vom Jobrad zu profitieren. Und um das sicherzustellen, bringen wir heute noch einen Zusatzantrag zum Oö. Statutargemeindebedienstetengesetz ein, mit dem sichergestellt ist, dass sämtliche

Bedienstete der Statutarstädte von diesem Gesetz umfasst sind und diese Regelung in Anspruch nehmen können. So viel zum Jobrad.

Ganz kurz vielleicht auch noch ein kleiner Sidestep zum Thema Personalbeirat Objektivierungsgesetz. Ich glaube, auch hier ist es meiner Meinung nach gelungen, eine gute Lösung zu finden, nämlich einerseits, dass es möglich ist, Umlaufbeschlüsse hinkünftig zu machen, gleichzeitig aber sichergestellt ist, dass der Personalbeirat auch in Präsenz zusammenkommen wird, nämlich dadurch, dass es eine vierteljährliche Tagung, einen vierteljährlichen Ausschuss auf alle Fälle geben muss.

Mit der Möglichkeit, gewisse Bereiche befristet aus der Objektivierung herauszunehmen bzw. Entscheidungen innerhalb von drei Arbeitstagen ab Übermittlung der Unterlagen zu treffen, reagieren wir auf die Herausforderungen in der Personalrekrutierung. Nur so bleiben wir konkurrenzfähig und können im Bereich, wo Not am Mann ist, entsprechend schnell reagieren. Das war in der Vergangenheit immer wieder Problem, dass Bewerber sozusagen zu lange warten mussten, bis sie grünes Licht bekommen haben, dass sie tatsächlich beim Land anfangen können. Und um dem entgegenzuwirken, ist hier ist eine wesentliche Beschleunigung damit gelungen. Schließlich ermöglichen wir auch die Ablegung einer freiwilligen Dienstausbildung, habe ich schon gesagt, um den Mitarbeitern im Landesdienst alle Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch einzuräumen. Auch so werden wir den Herausforderungen am Arbeitsmarkt gerecht, weil auch das ein wichtiger Faktor ist, die Leute auch im Landesdienst zu halten. Zusammenfassend handelt es sich beim Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2024 also um eine, wie ich meine, um eine sehr, sehr gute Novelle, mit dem unser Dienstrecht tatsächlich in vielen Bereichen auf die Herausforderungen der Zeit entsprechend reagiert und auf den, auf den Stand der Zeit gebracht wird. Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, die dabei konstruktiv mitgewirkt haben für die guten und gelungen Beratungen und freue mich, wenn es eine möglichst breite Zustimmung gibt. Dankeschön!

**Präsident:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Tobias Höglinger!

**Abg. Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal, in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Dienstrechtsanpassungsgesetz 2024 ist, wie vom Kollegen schon angesprochen worden ist, eine umfassende Anpassung der rechtlichen Basis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Land Oberösterreich und den Städten und Gemeinden, egal auf welcher Rechtsgrundlage sie dann konkret angestellt sind. Viele der darin geregelten Aspekte wurden jetzt eh schon angesprochen und ich werde mich auf ein paar Dinge konzentrieren, die uns in dem Prozess inhaltlich beschäftigt haben, aber auch zum Prozess ein paar Worte sagen.

Starten wir beim Beginn! Der Vorsitzende des Verfassungsausschuss, der Kollege Stanek, den ich persönlich sehr schätze, hat versucht, diese Novelle möglichst aktiv zu kommunizieren. Es hat den angesprochenen Termin gegeben, den Informationstermin mit Dr. Sigi Nußbaumer von der Personalabteilung und da haben wir uns dann dazu hinreißen lassen, entgegen unserer Überzeugung, für dieses Gesetz, für diese Gesetzesänderung keinen Unterausschuss zu fordern. Das hat sich im Nachhinein, offen gesagt, als Fehler rausgestellt, weil ohne Unterausschuss nun mal keine vertiefte politische, inhaltliche Diskussion möglich ist. Die vielen Änderungen der letzten beiden Wochen, das was man übersehen hat, das was man, ich komme später noch dazu, auch so kann man es ruhig sagen, verschlampt hat, hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine tiefgreifende Auseinandersetzung, eine saubere legistische Arbeit bei einer Gesetzwerdung ist. Unterausschüsse gehören da zwingend dazu. So bleibt der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsdirektion, des

Verfassungsdienstes und auch natürlich der Direktion Abteilung Personal, die sehr viele Änderungen, oft sehr rasch, jetzt prüfen und umsetzen mussten. Ich danke aber schon auch Kollegen Stanek nunmehr für sein Bemühen, das Ganze noch irgendwie in guten Bahnen zu halten und den parlamentarischen Prozess konstruktiv zu begleiten.

Auch wenn die Zeit schon etwas fortgeschritten ist, müssen wir das Ganze aber wie schon gesagt, ein bisschen aufdröseln. Einerseits, um darzustellen, worum es in dieser Novelle geht und um Kritik an den einzelnen Passagen, sei es jetzt, dass die noch eingearbeitet worden sind oder sei es, dass die offen bleiben, auch ein wenig darstellen. Einer der Kernpunkte dieser Anpassung ist eigentlich eine Verbesserung für die Bediensteten, die aber in der Umsetzung noch schlechter ist, als die Umsetzung auf nationaler Ebene für Mitarbeiter/innen in der Privatwirtschaft.

Zum Hintergrund: Der EuGH hat 2021, also auch schon vor einem Zeitl, festgestellt, dass die österreichischen Gesetze, österreichischen Arbeitsgesetze, die festlegen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei bestimmten Austrittsgründen keine oder sehr viel geringere Ansprüche haben als andere, dass das dem EU-Recht widerspricht. Das hat vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen, die ohne Grund vorzeitig austreten, wie es im Arbeitsrecht heißt. Das sind Menschen, die ohne Einhaltung der Kündigungsfrist von sich aus das Arbeitsverhältnis beenden. Weiters waren dann, in der Rechtspraxis noch Menschen betroffen, die in der Probezeit ausscheiden aus dem Dienstverhältnis. Das ist aber aufgrund der, aufgrund der wenig anfallenden Urlaubstage in der Zeit nicht so praktisch relevant.

Bisher haben diese Mitarbeiter oder genauer gesagt bis 2022 in der Privatwirtschaft in Österreich, bis 2024 im öffentlichen Dienst in Oberösterreich, weniger bekommen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Dienstverhältnis aus anderen Gründen beendet haben. Insbesondere haben sie ihren offenen Urlaubsanspruch nicht abgegolten bekommen. Da hat der EuGH gesagt, das geht so nicht, es gibt Ansprüche, die hat jeder Arbeitnehmer, wenn das Dienstverhältnis beendet wird und das ist im österreichischen Urlaubsgesetz 2022, ein halbes Jahr etwa nach dem EuGH-Urteil, umgesetzt worden. Allerdings von Schwarz-Grün etwas, wie soll ich sagen, eigenartig. Man hat einfach aufgrund des Wortlauts des EuGH-Urteils, den Urlaubsanspruch im laufenden Urlaubsjahr gekürzt.

Schwarz-Blau in Oberösterreich geht noch weiter und kürzt auch den bestehenden Urlaubsanspruch aus den vergangenen Jahren. Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese Art ausscheiden, kriegen die Menschen bis zu einem Drittel weniger, wenn sie davon betroffen sind, von ihrem nicht verbrauchten Urlaub abgegolten. Ganz nebenbei, auch das ist im Begutachtungsprozess angesprochen worden, fehlen da auch noch die laufenden Zulagen und dergleichen, was so oder so rechtswidrig ist, oder rechtswidrig sein wird. Auf das werden wir noch zurückkommen. Weil in Wahrheit ist das Problem, auch bei der alten Regelung und auch bei dieser, dass der Gedanke dahinter steht, so jemand gehört bestraft vom Arbeitgeber, weil man, wie soll ich sagen, der geht einfach und deshalb soll er einen Nachteil haben. Meine Erfahrung, aus meiner langen Zeit als Personaler ist, dass diese Menschen häufig aus ihrer Sicht gute Gründe haben, ein Dienstverhältnis so zu beenden und ganz sicher nicht im Hinterkopf haben, vor allem, dass sie möglichst Urlaub ansammeln, um dem Arbeitgeber beim Ausscheiden zu schaden.

Die FPÖ hat übrigens im Nationalrat mit uns gemeinsam, mit der Sozialdemokratie, gegen diese Bestrafung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestimmt. Bei den Landes- und Gemeindebediensteten in Oberösterreich akzeptieren sie diesen Nachteil und stimmen mit der ÖVP gegen die Menschen. Offenbar sind der FPÖ die Landes- und Gemeindebediensteten in

Oberösterreich weniger wert als andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder was wahrscheinlicher ist, ihr macht einfach das, was die ÖVP sagt, wenn es nicht um euer Lieblingsthema geht.

Da aber das jetzt, diesen Passus sozusagen sauber zu lösen, sehr komplex wäre, haben wir uns dazu entschieden, und die Neuregelung doch jetzt eine Verbesserung zum Status quo ist für die Betroffenen, haben wir uns dafür entschieden, in dieser Novelle dem mitzustimmen. Wir aber, und das kann ich versprechen, in den nächsten Monaten dieses Thema noch einmal aufgreifen, gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Personalvertretung wieder aufs Tapet bringen, damit die Bediensteten im öffentlichen Dienst Oberösterreich nicht schlechter gestellt werden, als andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die größten von uns kritisierten und zu kritisierenden Brocken sind im Objektivierungsgesetz, was insofern wundert, weil das naturgemäß die sensibelste Materie immer ist im Personalbereich, die politisch sensibelste Materie jedenfalls. Zentrales Anliegen, das ist angesprochen worden, dieser Novelle ist die Beschleunigung des Verfahrens und das ist auch nachvollziehbar. Und wir unterstützen dieses Ansinnen jedenfalls, es ist ja auch notwendig im aktuellen Arbeitsmarkt, auch wenn der recht stark in Bewegung ist gerade wieder. Zumal sich ja, das muss man auch mal sagen, der Personalreferent Thomas Stelzer aktiv weigert, die Arbeitsbedingungen oder die Attraktivität des Arbeitgebers Land Oberösterreich und die Attraktivität der Städte und Gemeinden in Oberösterreich als Arbeitgeber zu fördern.

Der wesentlichste Punkt, das ist angesprochen worden, sind die Umlaufbeschlüsse, die sind wichtig und haben unsere volle Zustimmung. Aber im Erstentwurf hat es so ausgesehen als ob die ÖVP überhaupt die Objektivierung über die Hintertür abschaffen wolle. Ja, weil ab dem Zeitpunkt, ab dem das bekannt war, haben wir dafür gekämpft, uns eingesetzt, dass zumindest ein paar unbedingt notwendige Verbesserungen, Veränderungen noch möglich sind, was wir teilweise im parlamentarischen Prozess erreicht haben. Danke für die Möglichkeit, dass wenn wir schon keinen Unterausschuss gehabt haben, das im Ausschuss noch recht intensiv zu besprechen und das eine oder andere noch abzuändern. Faktum aber ist, es bleibt ein fahler Nachgeschmack. Die ÖVP wollte im Gegensatz, sozusagen im Gegenzug zur Einführung der Umlaufbeschlüsse, dass der Personalbeirat die offenbar lästigen Sitzungen nurmehr zwei Mal im Jahr zusammentritt. Da sind unsere Einwände nachvollzogen worden und wir haben erreicht, wie ja schon angesprochen, dass wir, dass Sitzungen zumindest vier Mal stattfinden müssen. Negativer Höhepunkt und dazu stehe ich nach wie vor, ist der Vorschlag, nämlich wie er umgesetzt werden soll, dass der Personalbeirat sozusagen beschließen kann, für eine Zeit lang oder ursprünglich hat es geheißen sogar auf Dauer beschließen kann, dass bestimmte Stellen gar nicht objektiviert werden müssen, also tatsächlich ein Aushebeln der Objektivierung über die Hintertür.

Ein Traum für jeden ÖVP-Postenschacher, wobei man ja sagen muss, dass die Idee und die Intention dahinter ja nachvollziehbar ist und gescheit ist. Ja, ja es ist angesprochen worden, (Unverständliche Zwischenrufe) es ist angesprochen worden, dass es schnell gehen muss manchmal, dass es Jobs gibt, wo es kaum Bewerbungen gibt und wenn ein Bewerber da ist, soll man ihn nehmen können. Das haben wir unterstützt, das unterstützen wir, aber wir haben gesagt, es braucht eine Befristung. Auch die Mangelberufsliste des Arbeitsministeriums beispielsweise wird jedes Jahr geprüft und neu veröffentlicht. Ein Jahr ist für uns ein guter Zeitraum. Dagegen habt ihr euch gewehrt. Ursprünglich wolltet ihr es ohne Befristung, dann drei Jahre, dann zwei Jahre. Das ist ein sehr, sehr langer Zeitraum, wo Stellen nicht objektiviert werden.

Deshalb, nachdem das nicht ernsthaft diskutiert worden ist, bleiben wir dabei. Ich stelle den Geschäftsantrag: Im Artikel 8 der vorliegenden Novelle, soll in der Ziffer 1 der Paragraph 4 Absatz 5a getrennt abgestimmt werden. Da steht die Möglichkeit drinnen, dass bestimmte Stellen nicht objektiviert werden können, auf bestimmte Zeit, befristet aber auf zwei Jahre. Das ist ein langer Zeitraum, wir haben darüber diskutiert, ihr kennt unseren Standpunkt.

Der nächste Hammer in Wahrheit im Objektivierungsgesetz, im Erstentwurf, den wir eh erst zum Glück noch in dieser Landtagssitzung selbst reparieren können, war die Verkürzung der Vorbereitungszeit und damit auch die Entscheidungszeitverkürzung, die Entscheidungszeit des Personalbeirats. Man muss sich vorstellen, der Personalbeirat, der bearbeitet pro Woche so 25 bis 35 Einstellungen etwa mit entsprechend vielen Bewerbungen, Bewerberinnen und Bewerbern und deren wesentlichsten Unterlagen. Bisher hat man dafür in der Vorbereitung eine Woche Zeit gehabt, das zu prüfen, zu hinterfragen, um eine Entscheidung treffen zu können.

Im Gesetzesvorschlag und auch noch im Ausschussbericht steht trotz unseres Widerstands und der Klarstellung, dass das zu kurz und falsch ist, drei Tage. Warum auch falsch? Weil im Objektivierungsgesetz die Begriffe Tage und Arbeitstage verwendet werden und dadurch, wenn drinnen steht, drei Tage, ist völlig klar, es handelt sich um drei Kalendertage. Da ist aber ursprünglich die ÖVP nicht beweglich gewesen und man hatte den Eindruck, man will die Leute übers Wochenende Bewerbungsunterlagen schauen lassen, damit es ein bisschen schneller geht.

Diesem Vorwurf wollte man sich dieser Pseudoobjektivierung dann offenbar doch nicht aussetzen. Danke, dass es möglich ist, dass man das noch repariert hat. Natürlich wäre eine Woche, so wie bisher professioneller und sinnvoller, aber wir sind froh, dass wir das hier zumindest reparieren konnten.

Ein weiterer Kritikpunkt, den ich ansprechen möchte, ist allerdings ein systemimmanentes Problem, das sich mit dieser Novelle nicht lösen lässt. Aber unter den Tisch fallen lassen möchte es auch nicht. Bei der Zusammensetzung der Begutachtungskommission für leitende Angestellte wird jetzt die Besetzung der Experten weggehen von einer Verordnung der Landesregierung hin zu einer Entscheidung des Landesamtsdirektors. Das macht Sinn von der Logik her und auch von der Organisation, dass das der oberste Beamte macht. Aber man muss natürlich schon ansprechen in dem Zusammenhang, dass die 16 höchsten Beamten des Landes, der Landesamtsdirektor und die Bezirkshauptleute de facto vom Landeshauptmann freihändig ernannt werden. Das ist ein Überbleibsel aus der Monarchie und dort muss angesetzt werden. Da braucht es eine Verbesserung und eine stärkere auch Objektivierung.

Das Jobrad schließlich. Mit Zusatzantrag ist auch noch das Jobrad in diesen Ausschussbericht gekommen. Die unendliche Geschichte, in der Privatwirtschaft längst umgesetzt, im öffentlichen Dienst zugegeben ein bisschen komplexer, aber auch da war schon lange klar, das geht. In Oberösterreich dauert das halt immer ein bisschen länger, man fragt sich wer Personalreferent ist.

Zuerst liegt es ewig beim Landeshauptmann, Schuld ist immer wer anderer. Dann wird offenbar doch daran gearbeitet, dann haben wir im Ausschuss vor einem Monat wieder darüber geredet, wann kommt es jetzt endlich? Ja, das müssen wir noch klären und das müssen wir klären und es dauert. Und am nächsten Tag verkündet der Herr Landeshauptmann medial, dass das Jobrad kommt. Da fühle ich mich als Parlamentarier, mir fällt kein Wort ein, das man da auf offener Bühne sagen kann, ich fühle mich veräppelt, aber darum geht es halt



bei der Politik Thomas Stelzer. Das ist sein Regierungsmotto: „Ankündigen, statt umsetzen“. Kurz vor der Ausschusssrunde letzte Woche kommen wir dann drauf, wir haben es fertig (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „So schnell geht das? Hast du so Druck gemacht?“). Im Gegensatz zu euch brauche ich keinen, ich schreibe mir meine Reden selber. Kurz vor der Ausschusssrunde letzte Woche kommt man dann drauf, man ist fertig und wir schaffen es, wir schaffen es doch, noch reinzubringen. Passt. Was passiert dann? Man vergisst wieder eine Mitarbeitergruppe. Man hat auf eine Mitarbeitergruppe vergessen im Land und vor allem in den Gemeinden.

Danke an dieser Stelle an die aufmerksame Linzer Personaldirektorin Brigitta Schmidberger, der das beim Lesen des Ausschussberichts aufgefallen ist. Auch auf diesen Fehler hat man also hinweisen müssen und es wird zum Glück heute noch korrigiert. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Wer redet dir das ein?“) Zum Abschluss, nein ich will aufzeigen, was gekommen wäre, wenn wir nicht drauf geschaut hätten. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Wo ist das Problem?“) Zum Abschluss noch eine Übersicht zum Prozedere, es tut mir leid, dass ihr schon auf euer Festl gehen wollt, aber man muss schon drüber reden, wenn nicht sauber legislativ gearbeitet wird. Wenn nicht sauber legislativ gearbeitet wird, dann wird man das da herinnen wohl noch sagen dürfen.

Zum Prozedere: Das Dienstrechtanpassungsgesetz wie es vorliegt, ist, wie dargestellt, in vielem, Huch-Pfusch gewesen und man weiß nicht warum. 2021 war das EuGH-Urteil. Die Dinge hätten umgesetzt werden können, es ist zwei Jahre gelegen. Im Übrigen gibt es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt diesen Anspruch nicht gehabt haben, obwohl er ihnen europarechtlich zustehen würde, aber das ist wieder ein anderes Thema, jetzt muss es innerhalb von zwei Wochen sein ohne Unterausschuss, schnell schnell.

Man fragt sich warum? (Zwischenruf Abg. KommR Bgm. Angerlehner: „Sind wir froh, dass es schnell geht!“) Ja, ich kann es mir nicht beantworten, es muss immer schneller gehen. Zuerst liegt es zwei Jahre und dann muss es schnell gehen. Was ist da die Logik dahinter? Dem Parlament, dem Parlament, diesem hohen Haus nicht ausreichend Zeit zur Beratung zu geben, nicht ausreichend Zeit zur Vorbereitung zu geben, auch das ist Machtmissbrauch. Das ist ÖVP-Politik, ja und so bleibt halt der unangenehme Geruch im Raum, dass die ÖVP wieder einmal, Thomas Stelzer wieder einmal zeigen wollte, wer die Macht im Land hat. Man hat ja das Gefühl, man hat als Parlamentarier auch, im Kontrollausschuss erleben müssen, man muss sich beim Herrn Landeshauptmann entschuldigen, wenn man seine eigenen parlamentarischen Rechte einfordert.

Wir haben in den letzten beiden Wochen, (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Und im Übrigen?“) es dauert noch ein bisschen, lieber Klubobmann, tut mir leid. Wir haben in den letzten beiden Wochen vor der Ausschusssitzung, in der Ausschusssitzung, zwischen Ausschuss- und Landtagssitzung dieses Gesetz repariert, ja notoperiert, weil es so viele Baustellen enthalten hat. Ich bin offen, ich bereue, dass wir zugesagt haben, keinen Unterausschuss zu machen und es wird uns eine Lehre sein, dass wir das in Zukunft nicht mehr tun. Kein Gesetz ohne Unterausschuss (Beifall) und als jemand, der viele Jahre selbst für die Personalagenden in einem Unternehmen, in einem großen Unternehmen verantwortlich war, frage ich mich schon auch, was ist die Rolle des Landeshauptmanns als Personalreferent? Bevor ich mich damals mit einem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so relevanten, nennen wir es Projekt, im Vergleich, in die Organisation gegangen bin, ja, habe ich gewusst was ich wollte, hab vorher geklärt, was zu klären war, habe gewusst, wie und wann und warum wir das einführen. Ich habe mit dem Betriebsrat geredet, habe mit den Führungskräften geredet, habe gewusst, wie es geht und warum. Wenn wir da im Gehen

dauernd adaptiert, geändert und draufgekommen wären, was wir alles schon noch falsch gemacht haben, wäre meine Autorität und, zurecht auch jeder, Respekt verloren gewesen. Und das bringt mich wieder zum, Personalreferenten. Wir haben es heute schon gehört, er ist ja auch Kulturreferent, der Landeshauptmann, auch dort Missmanagement und Budgetdebakel in der Bruckneruni in seiner Verantwortung. Finanzreferent, wir hören ein Rasenmäherspapaket kommt über alle Bereiche drüber, buchhalten statt managen und Personalreferent geht offenbar auch nicht. Also bei der Bilanz frage ich mich, oder sagen wir es anders, ich würde, ich würde zum Abschluss gern Thomas Stelzer selbst zitieren. Bei der Bilanz als Kultur-, Finanz- und Personalreferent, ich wüsste, was ich zu tun habe. (Beifall) Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Untersuchungskommissionen ein Minderheitenrecht sein müssen. (Beifall)

**Präsident:** Gut, es geht weiter. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Kroiß, bitte. Ich darf noch berichten, dass der mündliche Geschäftsantrag natürlich in die Wechselrede miteinbezogen wird.

Abg. **Kroiß:** Werter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Die Zeit bleibt nicht stehen, wir entwickeln uns weiter. Auch wenn der Kollege Höglinger im Gestern da weiter hängt, so sollten und müssen wir auch als Land Oberösterreich den gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre Rechnung tragen. Das sind wir als moderner und verantwortungsvoller Arbeitgeber unseren Mitarbeitern in den Landes- und Gemeindeverwaltungen auch schuldig. So liegen heute eine Vielzahl von Gesetzesänderungen und Anpassungen dem Oberösterreichischen Landtag zur Beschlussfassung vor. Im Detail wurde ja von meinen Vorrednern schon sehr viel gesagt, daher erspare ich mir die gesamte Auflistung. Ich möchte dennoch festhalten, dass hier die Personalabteilung in Abstimmung mit dem Landespersonalausschuss, der jetzt zukünftig Landes-Personalvertretung heißen wird, die einzelnen Themen für uns sehr gut vorbereitet hat, wir im Verfassungsausschuss eine sehr gute Diskussionsbasis hatten, dafür möchte ich mich bei den verantwortlichen Personen recht herzlich bedanken.

So ist es zeitgemäß und vertretbar, dass es nun in einigen Bereichen zu Präzisierungen von Begrifflichkeiten und zahlreichen technischen Anpassungen im Landesdienstrecht kommen wird. Wie schon angesprochen in der Personalvertretungswahl, Stichwort Digitalisierung und formale Gleichstellung der Briefwahl, dass wir hier den Mitarbeitern eine zeitgemäße Rechtsgrundlage bieten können. Des Weiteren schaffen wir mit dieser Evaluierung eine Rechtssicherheit bei dem Thema Geschenkkannahmen. Hier ist klargestellt, was erlaubt ist und was nicht. Bei der Urlaubersatzleistung, so wurde mir gesagt, sie ist EU-konform, ob es da jetzt wirklich so ist, wie Kollege Höglinger gemeint hat, dass es hier zu Gesetzeswidrigkeiten kommt, das kann man ja im Nachgang noch feststellen. Es gibt auch einen Passus bei den internen COVID-19-Bestimmungen. Wir schaffen heute die rechtliche Möglichkeit zu einer freiwilligen Ablegung einer Dienstausbildung. Auch beim Thema Mitarbeiterakquise gibt es Verbesserungen. So beschließen wir heute mit diesem Dienstrechtsänderungsgesetz eine ablauftechnische Vereinfachung im Bereich des Optimierungsverfahrens, wo wir dann die Anregung der SPÖ mit der geänderten Formulierung gerne aufnehmen, die Unterlagen müssen mindestens drei Werkzeuge vorher zur Verfügung stehen, wir mit diesem Vorschlag sehr gut leben können. Letztendlich dient es auch dazu, Bewerbern für den Landesdienst noch schneller und verbindlicher eine Zusage machen zu können.

Abschließend sei noch zu erwähnen, dass wir mit dieser Novelle, insbesondere mit dem beantragten Zusatz, nun auch wirklich für alle Mitarbeiter im Landes- und Gemeindedienst bezüglich Jobfahrrad dafür eine gesetzliche Grundlage schaffen. Sie können nun, wie die

Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, hier Lohnsteuerbegünstigt ein CO<sub>2</sub>freies Zweirad erwerben, so wie es eigentlich vor Monaten schon in diesem Landtag sinngemäß einstimmig beschlossen worden ist. Nochmals vielen Dank für die Erarbeitung dieser Vorlage, der wir natürlich zustimmen. (Beifall)

**Präsident:** Die vorläufig letzte Wortmeldung kommt von der Abgeordneten Ines Vukajlović bitte.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich verspreche, ich werde es kürzer machen als der Kollege Höglinger. Beim vorliegenden Gesetz handelt es sich, wie wir schon gehört haben, um eine Anpassung des Dienstrechts aus unterschiedlichen Notwendigkeiten. Ein Detail, es heißt jetzt Personalvertretung statt früher Personalausschuss, das ist auch gut und richtig so. Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch bei allen Personalvertreterinnen und -vertretern für ihre wichtige Arbeit bedanken, ihnen weiterhin alles Gute wünschen für die eine oder andere Diskussion, die wir auch haben, die ihr auch im Landesdienst führt, viel Durchhaltevermögen wünschen. (Beifall)

Ich freue mich, dass wir das DRAG heute zur Abstimmung bringen, unter anderem auch, weil das Jobrad heute schon dreimal angesprochen wurde, wir endlich jetzt etwas Erfreuliches auf den Weg bringen können. Wir ermöglichen öffentlich Bediensteten das Jobrad nutzen zu können, sie somit einen eigenen Beitrag zu ihrer Gesundheit, aber auch zum Klimaschutz leisten können. Mit der heutigen Gesetzesanpassung schaffen wir es, so wie es in der Privatwirtschaft möglich ist, dass jetzt auch im öffentlichen Dienst, Bedienstete das Jobrad haben können. Das ist nicht nur wichtig, weil wir ein attraktiver Arbeitgeber als Land Oberösterreich sein wollen, sondern weil wir auch ein wichtiges Angebot zur Attraktivierung schaffen wollen. Deswegen freue ich mich, es ist ein bisschen länger aus, die erste Anfrage, die wir Landeshauptmann Stelzer im Frühjahr 2023 gestellt haben, aber ich freue mich, dass wir drangeblieben sind, dass wir im Ausschuss diskutiert haben, dass wir auch durch diese Diskussion endlich das Projekt ermöglichen und heute beschließen werden. Wichtig ist uns Grünen in dem Sinn natürlich auch, dass sämtliche Gruppen öffentlich Bediensteter von der Gesetzesregelung umfasst sein werden.

Zu den Änderungen im Objektivierungsgesetz nur ganz kurz. Wir befürworten auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel Regelungen mit denen wir als Land Oberösterreich wettbewerbsfähig bleiben, gleichzeitig ist es uns wichtig, dass wir auch Fristen haben, dass wir Fristen vorgeben, die eine ordentliche Befassung damit im Personalbeirat ermöglichen. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Diskussionen, die wir im Ausschuss gehabt haben, dass uns die weitergebracht haben, dass wir heute gute Beschlüsse gefasst haben. Wir werden auch dem Großteil der Anpassungen, bis auf eine Befristung, zustimmen.

Ich möchte mich abschließend bei allen öffentlichen Bediensteten für ihre Arbeit und für ihren Einsatz für Oberösterreich bedanken. Ich hoffe, dass die heute beschlossenen Anpassungen bald positive Wirkung zeigen, besonders in Form von MitarbeiterInnenzufriedenheit, viel klimafreundliche Mobilität und bessere MitarbeiterInnengesundheit. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Es liegt mir nun keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Dabei werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über den Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung, dann über den Abänderungsantrag Beilage 940/2024, weiters über den Hauptantrag über die Beilage 934/2024, allenfalls in getrennter Weise, sofern dem Geschäftsantrag zugestimmt wird, sodann über den Zusatzantrag mit der Beilagennummer 941/2024 Beschluss fassen werden,

wobei ich darauf hinweise, dass wir im Fall der Annahme des Abänderungs- und Zusatzantrages auf eine zweite Lesung verzichten werden.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die dem Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung über Artikel VIII Paragraph 4 Absatz 5a zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist die einstimmige Annahme.

Ich bitte für die zweite Abstimmung über die Beilage 940/2024, dass jene Mitglieder die Hand heben, die hier zustimmen. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Wiederum einstimmig angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die dem Artikel VIII Paragraph 4 Absatz 5a der Beilage 934/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die den übrigen Bestimmungen des Gesetzesentwurfes gemäß Beilage 934/2024 in der Fassung des beschlossenen Abänderungsantrages der Beilage 940/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist wiederum einstimmig angenommen.

Zuletzt bitte ich jene Mitglieder des Landtags, die dem Zusatzantrag mit der Beilagennummer 941/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 922/2024. Das ist die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH infolge des 9. Mittelfristigen Investitionsprogramms im Zeitraum 2024 bis 2026. Ich bitte Landesrat Steinkellner zu berichten.

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Beilage 922/2024 - Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH infolge des 9. Mittelfristigen Investitionsprogramms im Zeitraum 2024 bis 2026. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 922/2024.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der Oö. Landtag möge

1. diese Regierungsvorlage gemäß Paragraph 25 Abs. 5 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuweisen sowie
2. die aus dem beabsichtigten Abschluss der Vereinbarung mit der Republik Österreich und der Schiene OÖ GmbH sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

**Präsident**: Ich eröffne die Wechselrede, bei der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 922/2024 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind.

Beilage 942/2024 - Initiativantrag betreffend Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Rechtsstellung des Bruckner-Konservatorium zum Betrieb einer Privatuniversität geändert wird. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 943/2024 - Initiativantrag betreffend Verbesserungen beim Zugang zu Heilbehelfen und Hilfsmitteln mit Prothesen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Sitzung erschöpft, die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 18:12 Uhr)